



Geschäftsbericht 2007/2008

IKB 
Deutsche Industriebank

Ausgewählte Zahlen zum IKB-Konzern

Bilanzzahlen	31. März 2008 in Mio. €	Veränderung zum Vorjahr in %
Bilanzsumme	50 245	-20,9
Forderungen an Kunden	28 869	-2,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17 449	25,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	18 185	-54,0
Eigenkapital	1 184	-1,1

Ertragsentwicklung	2007/08 in Mio. €	Veränderung zum Vorjahr in %
Zinsüberschuss	449,9	-33,2
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	255,2	6,5
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	194,7	-55,1
Provisionsüberschuss	54,7	5,2
Fair-Value-Ergebnis	-1 825,4	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	-979,9	>100,0
Verwaltungsaufwendungen	376,5	19,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	662,2	
Ergebnis aus Risikoübernahme	2 401,0	
Operatives Ergebnis	132,5	15,7
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	-31,9	-
Dividendensumme	0,0	-

Ausgewählte Kennzahlen	31. März 2008	31. März 2007
Eigenkapitalrendite	11,1 %	9,4 %
Kosten-Ertrags-Relation	49,3 %	47,2 %
Zahl der Mitarbeiter*	1 839	1 788

* Vollzeitbeschäftigte

Rating der IKB per 30. Juni 2008	Long-Term	Short-Term	Outlook
Moody's	Baa3	P-3	„negativ“
Fitch IBCA	A+	F1	„stabil“

Kennzahlen zur IKB-Aktie	2007/08	2006/07
Ergebnis je Aktie	-0,36 €	0,43 €
Dividende je Aktie	0,0 €	0,0 €
Dividendenrendite*	0,0 %	0,0 %
Höchstkurs im Geschäftsjahr	31,20 €	33,55 €
Tiefstkurs im Geschäftsjahr	3,92 €	25,38 €
Geschäftsjahresendkurs	4,10 €	29,85 €
Anzahl der Aktien*	96,8 Mio.	88,0 Mio.
Marktkapitalisierung*	396,86 Mio. €	2,63 Mrd. €

* zum Geschäftsjahresende

Aktionärsstruktur*	
KfW Bankengruppe	45,5 %
Stiftung Industrieforschung	10,7 %
Institutionelle und private Aktionäre	43,8 %

* zum Geschäftsjahresende

Amtlicher Handel an den Börsen in Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, Berlin-Bremen, Hannover, Stuttgart, München und im elektronischen Handelssystem Xetra

4	Aktionärsbrief
10	Organe und Gremien
10	Aufsichtsrat
11	Ausschüsse des Aufsichtsrats
12	Beraterkreis
15	Vorstand
16	Bericht des Aufsichtsrats
32	Corporate Governance
40	Konzernlagebericht
41	1. Rahmenbedingungen
48	2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum
54	3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
64	4. Risikobericht
91	5. Ereignisse nach dem 31. März 2008 (Nachtragsbericht)
92	6. Prognosebericht
96	7. Vergütungsbericht
103	8. Sonstige Finanzinformationen
107	Konzernabschluss nach IFRS zum 31. März 2008
108	Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
109	Konzernbilanz
110	Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen
111	Kapitalflussrechnung
112	Konzernanhang (Notes)
208	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
210	Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB, § 315 Abs. 1 Satz 6 HGB
212	Entwicklung wichtiger Positionen
216	Glossar

Aktionärsbrief

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

das Geschäftsjahr 2007/08 wird als Krisenjahr in die Geschichte der IKB eingehen. Der IKB als Mittelstandsbank mit jahrzehntelanger Tradition und einer exzellenten Reputation in ihrer Zielgruppe wurden ihre internationalen Portfolio-Investitionen Ende Juli 2007 durch die Subprime-Krise in den USA zum Verhängnis. Sie stand quasi über Nacht am Rande eines Moratoriums und konnte nur durch umfangreiche Maßnahmen der KfW mit Unterstützung der Bankenverbände gerettet werden.

Seitdem besteht die IKB in ihren Aktivitäten – und auch in der öffentlichen Wahrnehmung – fast aus zwei getrennten Welten: Einerseits die Aufarbeitung der milliardenschweren Verluste aus den Portfolioinvestment-Aktivitäten und andererseits die erfolgreiche Fortführung des Kerngeschäfts, das die Basis für die zukünftige Entwicklung der Bank darstellt.

Agenda des neuen Vorstands

Diese beiden Welten setzten für uns, als neuen Vorstand der IKB, auch die Agenda. Wir mussten Transparenz über die Ursachen und Wirkungszusammenhänge der hohen Verluste schaffen, wir mussten die Bank stabilisieren und – parallel dazu – die Bank so ausrichten, dass sie einer erfolgreichen Zukunft entgegensehen kann.

Wie Sie wissen, hat sich die personelle Zusammensetzung des IKB-Vorstands infolge der Krise grundlegend geändert: Ende Juli 2007 haben Herr Dr. Glüder und ich als neu bestellte Vorstände der IKB die Arbeit aufgenommen. Seit dem 15. Oktober 2007 ist Herr Dr. Grzesik als neuer Finanzvorstand tätig, und zum 1. April 2008 wurde Herr Dr. Leimbach als Vorstand mit Zuständigkeit für das inländische Firmenkundengeschäft neu bestellt.

Transparenz über Ursachen und Wirkungszusammenhänge

Der erste wichtige Schritt zur Schaffung von Transparenz war die Sonderuntersuchung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC), die wir unmittelbar nach unserem Amtsantritt in Auftrag gegeben haben und deren Ergebnisse am 16. Oktober vorgestellt wurden. Dabei bleibt festzu-

halten, dass die Umsetzung der Empfehlungen von PwC, wie die Änderung des Jahresabschlusses 2006/07, ausgesprochen zeit- und ressourcenintensiv war.

Wir denken, dass es sich gelohnt hat, diese Zeit zu investieren. Im Ergebnis haben wir die Ursachen der Krise der IKB umfassend aufarbeiten und die entsprechenden Konsequenzen – insbesondere im Risikomanagement – ziehen können. Die Aufarbeitung der Ereignisse in den geänderten AG- und Konzernabschlüssen 2006/07 nahm uns bis Mitte Februar 2008 in Anspruch. Erst im Anschluss konnten wir unsere Quartalszahlen für das Geschäftsjahr 2007/08 erstellen. Wir wissen, dass viele unserer Aktionäre und Investoren gern eine zeitnähere Berichterstattung gesehen hätten, und freuen uns daher umso mehr, mit dem hier vorliegenden Bericht wieder zu einer zeitnahen Berichterstattung zurückzukehren.

Krise hinterlässt tiefe Spuren

Das Ausmaß der Krise wird durch das Ergebnis des Geschäftsjahres noch einmal verdeutlicht. Ein Fair-Value-Verlust von 1,8 Mrd. € und ein Verlust aus Finanzanlagen in Höhe von 1,0 Mrd. € weisen Dimensionen auf, die traditionelle Größenordnungen einzelner Positionen der IKB-Gewinn- und Verlustrechnung bei Weitem übersteigen. Der Fair-Value-Verlust ist schon gemindert um die Erträge aus den zum Fair Value bewerteten Passiva einschließlich der hybriden Kapitalinstrumente in Höhe von insgesamt 1,7 Mrd. €.

Demgegenüber stehen positive Ergebnisse in Höhe von 2,4 Mrd. € aus der Risikoübernahme durch die KfW Bankengruppe mit Unterstützung des Bankenpools.

Letztlich schließen wir das Geschäftsjahr 2007/08 im Konzern mit einem Jahresfehlbetrag von 32 Mio. € nach Steuern ab und liegen damit oberhalb unserer Erwartungen, die wir mit der Vorlage der 6-Monatszahlen 2007/08 Ende April formuliert hatten. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass das nach IFRS ermittelte Konzernergebnis viele nicht nachhaltige Bewertungseffekte enthält. Sehr viel deutlicher spiegelt sich die IKB-Krise im Abschluss der IKB AG wider, in dem wir einen Bilanzverlust nach HGB nach Verlustbeteiligung der hybriden Kapitalgeber von knapp 1,3 Mrd. € ausweisen.

Damit werden – wie mehrfach angekündigt – auch Investoren in hybride Wertpapiere der IKB stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Aktie hat im Verlauf des letzten Jahres etwa 90 % ihres Wertes eingebüßt, und die Dividende wird erneut ausfallen. So schmerzlich diese Wertverluste sind, ist gleichzeitig auch zu berücksichtigen, dass die Mitglieder des Bankenpools im Rahmen ihrer Rettungsmaßnahmen für die IKB Belastungen und Bürgschaften in Milliardenhöhe übernommen haben. Dies hat den Fortbestand der Bank ermöglicht.

Stabilität für die IKB

Die Stabilisierung der Bank erwies sich nicht zuletzt deshalb als große Herausforderung, weil sich die globalen Finanzmärkte im 2. Halbjahr des Geschäftsjahres 2007/08 kontinuierlich weiter verschlechterten – und ein Ende noch nicht abzusehen ist. Diese Verwerfungen inklusive der Befürchtung von Stagflation mit hohen Zinsen und inverser Zinsstruktur beeinflussen die Marktbewertung einer Vielzahl von Positionen auch in der IKB. Heute bleibt unter den vielen Stabilisierungsmaßnahmen (Zinsrisiko, Liquiditätsrisiko, Operationelles Risiko und Rechtsrisiko) zumindest festzuhalten: Die Risiken aus den Portfolioinvestments sind abgearbeitet und derzeit angemessen bewertet.

Darüber hinaus haben wir ab Anfang Juni 2008 damit begonnen, den geplanten Verkauf von Wertpapieren aus dem abgeschirmten Teilportfolio umzusetzen. Bis zum 30. Juni 2008 wurden Tranchen im Wert von nominal 450 Mio. € leicht über dem Buchwert veräußert.

Um diese wieder erreichte Stabilität dauerhaft zu festigen, arbeiten wir derzeit mit Hochdruck an der Umsetzung der Kapitalerhöhung, die durch die Hauptversammlung am 27. März 2008 beschlossen wurde und die für die Sanierung der Bank unbedingt erforderlich ist. Nach der Kapitalerhöhung wollen wir wieder an den Kapitalmarkt zurückkehren, wenn sich dieser wieder normalisiert hat.

Erfolgreiche Neuausrichtung

Die Bewältigung der Krise und die Begleitung des Verkaufsprozesses haben erhebliche Ressourcen bei Management und Mitarbeitern gebunden und werden auch das laufende Geschäftsjahr noch beeinträchtigen. Dennoch haben wir parallel dazu mit großem Engagement die Fortführung der Kerngeschäftsaktivitäten bei Firmen- und Immobilienkunden und im Rahmen der Strukturierten Finanzierung vorangetrieben.

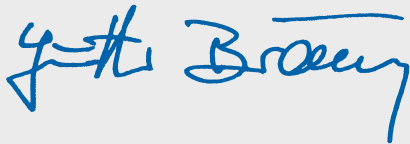
Unterm Strich konnten wir im heimischen Firmenkundengeschäft in 2007/08 mit 4,6 Mrd. € Neuzahlungen das ausgezeichnete Vorjahresergebnis wiederholen. Und was besonders erfreulich ist: Ein Drittel dieser Neuzahlungen haben wir mit neuen Kunden realisieren können. In der Akquisitionsfinanzierung von mittelständischen Unternehmen konnten wir in einem schwierigen Marktumfeld 25 Arranger-Mandate gewinnen. Insgesamt haben die drei Kerngeschäftssegmente im Geschäftsjahr einen positiven operativen Ergebnisbeitrag geliefert.

Diese Erfolge haben uns in der Neuausrichtung der IKB bestärkt. Die Bank konnte auch in der Krise ihre Position als verlässlicher und angesehener Finanzierungspartner für den Mittelstand verteidigen. Hiervon zeugen auch der einzigartige Zuspruch und die hohe Loyalität, die wir seit Ausbruch der Krise von Seiten unserer Kunden erfahren haben.

Mit traditionellen Werten in eine neue Zukunft

Unsere Kunden schätzen die partnerschaftliche Zusammenarbeit, das exzellente Know-how, die hohe Flexibilität und das starke Engagement, mit denen die IKB seit mehr als 80 Jahren erfolgreich im Kerngeschäft agiert. Unsere hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben diese Werte auch in schwierigen Zeiten aktiv gelebt. Dafür möchten wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich bedanken.

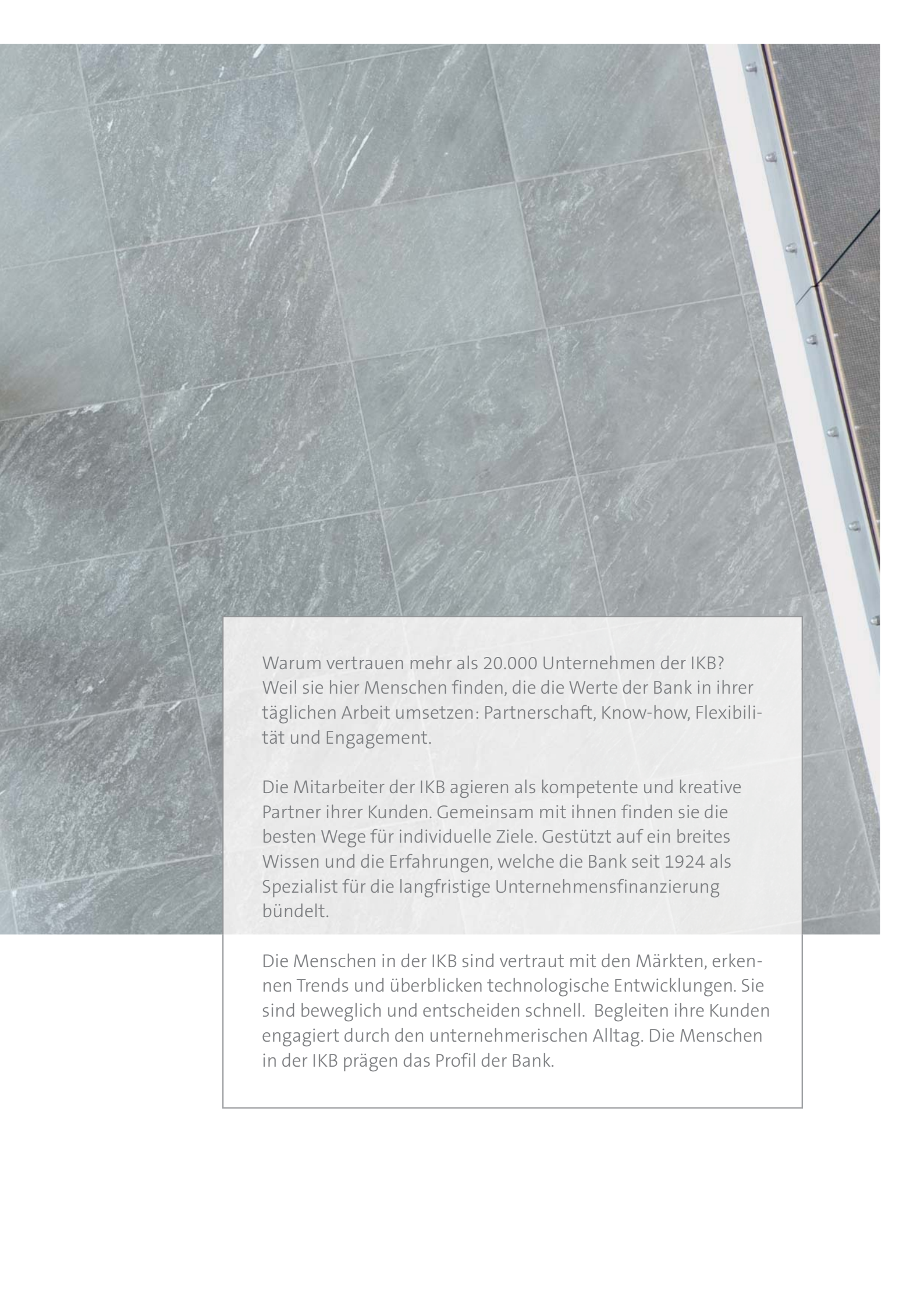
Die IKB hat daher einem neuen strategischen Partner viel zu bieten. Wir haben den Verkaufsprozess des IKB-Anteils der KfW in den letzten Wochen und Monaten intensiv begleitet, indem wir u. a. einen geschützten Datenraum mit umfassenden Informationen bereitgestellt und zahlreiche Management- und Expertengespräche geführt haben. Nach der ersten Auswahlrunde haben neun Bieter ein hohes Interesse am Kerngeschäft der IKB signalisiert. Ende Mai 2008 hat die KfW die Zahl der Bieter auf drei reduziert. Verbindliche Angebote werden ab Mitte Juli erwartet. Gemeinsam mit der KfW verfolgen wir das Ziel, dass die IKB ihre traditionellen Stärken als Mittelstands- und Spezialbank auch in Zukunft unter Beweis stellen kann.



Dr. Günther Bräunig
Vorsitzender des Vorstands
IKB Deutsche Industriebank AG



gemeinsam
wissen
beweglich
engagiert



Warum vertrauen mehr als 20.000 Unternehmen der IKB?
Weil sie hier Menschen finden, die die Werte der Bank in ihrer täglichen Arbeit umsetzen: Partnerschaft, Know-how, Flexibilität und Engagement.

Die Mitarbeiter der IKB agieren als kompetente und kreative Partner ihrer Kunden. Gemeinsam mit ihnen finden sie die besten Wege für individuelle Ziele. Gestützt auf ein breites Wissen und die Erfahrungen, welche die Bank seit 1924 als Spezialist für die langfristige Unternehmensfinanzierung bündelt.

Die Menschen in der IKB sind vertraut mit den Märkten, erkennen Trends und überblicken technologische Entwicklungen. Sie sind beweglich und entscheiden schnell. Begleiten ihre Kunden engagiert durch den unternehmerischen Alltag. Die Menschen in der IKB prägen das Profil der Bank.

Aufsichtsrat

Ehrenvorsitzender

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E. h. Dieter Spethmann,
Düsseldorf
Rechtsanwalt

Vorsitzender

Werner Oerter, Frankfurt am Main
Direktor der
KfW Bankengruppe

Stellv. Vorsitzender

Detlef Leinberger, Frankfurt am Main
Mitglied des Vorstands der
KfW Bankengruppe

Stellv. Vorsitzender

Dieter Pfundt, Frankfurt am Main
Persönlich haftender Gesellschafter der
Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA

Dieter Ammer, Hamburg
Kommissarischer Vorsitzender des Vorstands der
Conergy AG

Dr. Jens Baganz, Düsseldorf
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft, Mittelstand und Energie des
Landes Nordrhein-Westfalen

Wolfgang Bouché, Düsseldorf *

Hermann Franzen, Düsseldorf
Persönlich haftender Gesellschafter des
Porzellanhauses Franzen KG

Dipl.-Kfm. Ulrich Grillo, Duisburg
Vorsitzender des Vorstands der
Grillo-Werke Aktiengesellschaft

Jürgen Metzger, Hamburg *

Roland Oetker, Düsseldorf
Rechtsanwalt
Geschäftsführender Gesellschafter der
ROI Verwaltungsgesellschaft mbH

Dr.-Ing. E. h. Eberhard Reuther, Hamburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Körper Aktiengesellschaft

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Randolf Rodenstock, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG

Rita Röbel, Leipzig *

Dr. Michael Rogowski, Heidenheim
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Voith AG

Jochen Schametat, Düsseldorf*

Dr. Carola Steingräber, Berlin *

Dr. Alfred Tacke, Essen
Mitglied des Vorstands der
Evonik Industries AG

Dr. Martin Viessmann, Allendorf (Eder)
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Viessmann Werke GmbH & Co. KG

Ulrich Wernecke, Düsseldorf *

Andreas Wittmann, München *

Aufsichtsratspräsidium

Vorsitzender

Werner Oerter

Detlef Leinberger

Dieter Pfundt

Finanz- und Prüfungsausschuss

Vorsitzender

Detlef Leinberger

Wolfgang Bouché

Werner Oerter

Dieter Pfundt

Ausschuss zur Begleitung des Verkaufsprozesses (ab 25. Januar 2008)

Vorsitzender

Dr. Alfred Tacke

Wolfgang Bouché

Hermann Franzen

Roland Oetker

* von den Arbeitnehmern gewählt

Beraterkreis

Vorsitzender

Jürgen R. Thumann, Berlin
Präsident des Bundesverbandes
der Deutschen Industrie e.V.

Stellv. Vorsitzender

Prof. Dr. Hermut Kormann, Heidenheim
Vorsitzender des Vorstands i.R. der
Voith AG

Dipl.-Ing. Norbert Basler, Ahrensburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Basler AG

Dr. h. c. Josef Beutelmann, Wuppertal
Vorsitzender der Vorstände der
Barmenia Versicherungs-Gesellschaften

Dipl.-Ing. Jan-Frederic Bierbaum, Borken
Geschäftsführender Gesellschafter der
Bierbaum Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG

Dipl.-Kfm. Martin Dreier, Dortmund
Geschäftsführender Gesellschafter der
Dreier-Werk GmbH Dach und Wand +
Dreier Immobilien

Prof. Dr. phil. Hans-Heinrich Driftmann, Elmshorn
Persönlich haftender und geschäftsführender
Gesellschafter der
Peter Kölln KGaA

Dr. Hugo Fiege, Greven
Vorsitzender des Vorstands der
Fiege Holding Stiftung & Co. KG

Hans-Michael Gallenkamp, Osnabrück
Geschäftsführer der
Felix Schoeller Holding GmbH & Co. KG

Wolfgang Gutberlet, Fulda
Vorsitzender des Vorstands der
tegut... Gutberlet Stiftung & Co.

Dipl.-Kfm. Dietmar Harting, Espelkamp
Persönlich haftender Gesellschafter der
Harting KGaA

Dr. Hannes Hesse, Frankfurt am Main
Hauptgeschäftsführer des
Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.

Dr. Stephan J. Holthoff-Pförtner, Essen
Rechtsanwalt und Notar

Martin Kannegiesser, Vlotho
Geschäftsführender Gesellschafter der
Herbert Kannegiesser GmbH & Co.

Dr. Michael Kaschke, Oberkochen
Mitglied des Vorstands der
Carl Zeiss AG

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Arndt G. Kirchhoff, Attendorn
Geschäftsführender Gesellschafter der
KIRCHHOFF AUTOMOTIVE GmbH & Co. KG
c/o KIRCHHOFF Automotive Deutschland GmbH

Dr. Jochen Klein, Darmstadt
Vorsitzender des Beirats der
Döhler GmbH

Professor Dr.-Ing. Eckart Kottkamp, Bad Oldesloe
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Hako Werke GmbH

Nicolette Kressl, Berlin
Parlamentarische Staatssekretärin
beim Bundesminister der Finanzen

Matthias Graf von Krockow, Köln
Sprecher der persönlich haftenden
Gesellschafter des Bankhauses
Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA

Andreas Langenscheidt, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Langenscheidt KG

Dr.-Ing. Wolfhard Lechnitz, Bonn
Vorsitzender des Vorstands der
IVG Immobilien AG

Axel Oberwelland, Berlin
Persönlich haftender Gesellschafter und
Vorsitzender der Geschäftsführung der
August Storck KG

Dipl.-Kfm. Jürgen Preiss-Daimler, Wilsdruff
Geschäftsführender Gesellschafter der
P-D Gruppe

Olivier Schatz, Paris
Co-Head of Corporate and Investment Banking
NATIXIS

Hartmut Schauerte, Berlin
Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Dr. Ingeborg von Schubert, Bielefeld
Vorsitzende des Beirats der
Gundlach Holding GmbH & Co. KG

Reinhold Schulte, Dortmund
Vorsitzender des Vorstands der
SIGNAL IDUNA Gruppe

Dr. Eric Schweitzer, Berlin
Mitglied des Vorstands der
ALBA AG

Dr.-Ing. Hans-Jochem Steim, Schramberg
Geschäftsführender Gesellschafter der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

Dipl.-Kfm. Rainer Thiele, Halle/Saale
Geschäftsführender Gesellschafter der
KATHI Rainer Thiele GmbH

Torsten Toeller, Krefeld
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Fressnapf Tiernahrungs GmbH

Dr. Martin Wansleben, Berlin
Hauptgeschäftsführer des DIHK
Deutscher Industrie- und Handelskammertag

Dr. Ludolf v. Wartenberg, Berlin
Mitglied des Präsidiums des
Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

Clemens Freiherr von Weichs, Paris
Président du Directoire
Euler Hermes

Vorstand

Dr. Günther Bräunig
(Vorsitzender des Vorstands seit 29. Juli 2007)

Frank Braunsfeld (bis 15. Oktober 2007)

Dr. Volker Doberanzke (bis 7. August 2007)

Dr. Dieter Glüder (seit 29. Juli 2007)

Dr. Reinhard Grzesik (seit 15. Oktober 2007)

Dr. Markus Guthoff (bis 15. Oktober 2007)

Dr. Andreas Leimbach (seit 1. April 2008)

Claus Momburg

Stefan Ortseifen (bis 29. Juli 2007)

Bericht des Aufsichtsrats

Das zurückliegende Geschäftsjahr 2007/08 war geprägt von der Bewältigung der existenzbedrohenden Krise der Bank, die durch die Entwicklung am US-Hypothekenmarkt und den globalen Zusammenbruch der Refinanzierungsmöglichkeiten am Commercial-Paper-Markt bedingt war. Nach dem Ausbruch der Krise Ende Juli 2007 hat der Aufsichtsrat im Berichtsjahr vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der Bank sowie den Sanierungsprozess intensiv begleitet.

Tätigkeit des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2007/08

Während des am 31. März 2008 beendeten Geschäftsjahrs 2007/08 erörterte der Aufsichtsrat den Geschäftsverlauf des Konzerns in 14 Sitzungen.

Wie bereits im letzten Geschäftsbericht ausführlich dargestellt, kam die Krise der Bank Ende Juli 2007 auch für den Aufsichtsrat überraschend und ohne erkennbare Hinweise.

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Noch kurz vor Ausbruch der Krise beschäftigte sich der Aufsichtsrat mit einer Sonderuntersuchung der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), die der Aufsichtsrat aufgrund von Vorwürfen des im Herbst 2006 ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds Frank Schönherr in Auftrag gegeben hatte. Die Sonderuntersuchung durch KPMG beschäftigte sich mit den Bereichen Risikoversorge und Zinsrisiko. Der Bericht von KPMG wurde in einer

Sondersitzung des Finanz- und Prüfungsausschusses vom 16. April 2007 im Beisein der Prüfer der KPMG zusammen mit dem Bericht der Einlagensicherungsprüfung ausführlich beraten. Auch aus der routinemäßigen Prüfung des Prüfungsverbandes Deutscher Banken im Zeitraum vom 8. Mai bis 4. August 2006 ergaben sich für den Aufsichtsrat keine Anhaltspunkte über drohende Risiken der Bank. Dem Aufsichtsrat wurde in der Sitzung am 27. Juni 2007 über das Ergebnis berichtet. Darin ergab sich kein Hinweis auf die erst am 27. Juli 2007 bekannt gewordenen Subprime-Risiken aus den Portfolioinvestments. Auch in dem Bericht des Abschlussprüfers zum Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2007, der ausführlich Bestandteil der Beratungen auf der Sitzung des Aufsichtsrats am 27. Juni 2007 war, ergaben sich keine Hinweise auf ein existenzbedrohendes Risiko der Bank in den Portfolioinvestments.

Ferner hatte am 20. Juli 2007 der Vorstand der Gesellschaft in einer Presseerklärung über das vorläufige Quartalsergebnis zum 30. Juni 2007 und eine voraussichtliche Steigerung um 15 % (auf 63 Mio. €) gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum berichtet. Zudem hatte der Vorstand berichtet, dass die Entwicklung auf dem US-Hypothekenmarkt für die IKB praktisch keine Auswirkungen habe. Die Pressemitteilung war ohne Abstimmung mit dem Aufsichtsrat erfolgt.

Der damalige Aufsichtsratsvorsitzende, Dr. Ulrich Hartmann, wurde erstmals am 27. Juli 2007 gegen Mittag vom Sprecher des Vorstands über die drohende Existenzkrise unterrichtet.

Am Abend des 27. Juli 2007 tagte daraufhin das Präsidium unter Teilnahme von Mitgliedern der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). In dieser Sitzung berichtete der Vorstand erstmals gegenüber dem Aufsichtsrat über das Subprime-Risiko der Gesellschaft. In der Aufsichtsratssitzung einen Monat zuvor, am 27. Juni 2007, hatten Mitglieder des Aufsichtsrats nach einem etwaigen Engagement der IKB im Subprime-Bereich gefragt. In dieser Sitzung hatte der Vorstand den Eindruck erweckt, dass aus dem Subprime-Investment keine signifikanten Risiken resultieren. Auch die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) hat in dieser Sitzung zu diesem Aspekt Stellung genommen.

Mit Ausbruch der Krise hat der Aufsichtsrat seine Überwachungs- und Beratungstätigkeiten der existenzbedrohenden Situation der Bank angepasst. Von den insgesamt 14 Sitzungen des Aufsichtsrats wurden in 13 Sitzungen nach Ausbruch der Krise sowie zahlreichen Sitzungen des Präsidiums und des Finanz- und Prüfungsausschusses die vom Vorstand eingeleiteten Maßnahmen intensiv beraten.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am Abend des 29. Juli 2007 berichtete der Vorstand über die Lage der Gesellschaft; auch an dieser Sitzung nahmen Vertreter der BaFin und der Bundesbank teil. Der Aufsichtsrat erörterte mit dem Vorstand den von der KfW Bankengruppe sowie den drei Bankenverbänden bereitgestellten Risikoschild. Ferner wurden Vorstandspersonalien erörtert. Es wurde die einvernehmliche Beendigung der Bestellung des Sprechers des Vorstands, Herrn Stefan Ortseifen, zum Vorstandsmitglied vom Aufsichtsrat mit sofortiger Wirkung beschlossen, während das Dienstverhältnis mit Herrn Ortseifen aus wichtigem Grund fristlos gekündigt wurde.

Am 1. August 2007 hat der Vorstand PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) mit einer Sonderuntersuchung bei der Gesellschaft beauftragt. Als Untersuchungszeitraum wurde die Zeit vom 1. April 2006 bis 2. August 2007 festgelegt. Die Auftragserteilung erfolgte durch die neu bestellten Vorstandsmitglieder. Diese haben auch die Prüfung begleitet.

Der Aufsichtsrat und die BaFin waren über die Sonderuntersuchung vorab unterrichtet und haben infolgedessen von einem eigenen Untersuchungsauftrag abgesehen. Der Aufsichtsrat veranlasste jedoch, den Prüfungsauftrag zu erweitern und zu untersuchen, ob es Anzeichen dafür gibt, dass der Aufsichtsrat der Gesellschaft durch den Vorstand in diesem Zeitraum unzureichend oder unzutreffend über die Risikolage der Bank informiert wurde. Des Weiteren hat der Aufsichtsrat darauf hingewirkt, dass trotz einer möglichst zeitnahen Erledigung des Prüfungsauftrags auch etwaigen Hinweisen auf kritische Sachverhalte vor dem Prüfungszeitraum (1. April 2006 bis 2. August 2007) nachzugehen ist.

Um die Sonderuntersuchung sachverständig begleiten zu können und zur Plausibilisierung der Ergebnisse von PwC, beauftragte der Aufsichtsrat ferner als Berater die Rechtsanwaltssozietät Shearman & Sterling LLP sowie die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Ernst & Young AG.

Am 15. Oktober 2007 wurde dem Aufsichtsrat über die Ergebnisse der Sonderuntersuchung durch PwC berichtet. Die Sonderuntersuchung bestätigte, dass es vor dem 27. Juli 2007 (Präsidium) bzw. 29. Juli 2007 (Aufsichtsrat) keine Hinweise gegeben hat, die eine Erörterung des Subprime-Exposures oder der US-Hypothekenmarktkrise bzw. etwaige daraus für die IKB resultierender existenzbedrohender Folgen

oder Risiken im Aufsichtsrat erforderlich gemacht hätten. Der Aufsichtsrat war zwar über die Liquiditätszusagen an die Ankaufsgesellschaften von Rhineland Funding unterrichtet worden, nicht jedoch über die weitgehenden Risikoübernahmen für die Liquiditätslinien anderer Liquiditätsliniengeber an die Ankaufsgesellschaften von Rhineland Funding sowie die komplexen Verflechtungen der Gesellschaft mit der Rhineland Funding und die Risiken einer möglichen Marktstörung des Asset-Backed-Commercial Paper-Marktes für die Gesellschaft. Die Sonderuntersuchung bestätigte ferner, dass das Thema Subprime-Risiko in der Aufsichtsratsitzung am 27. Juni 2007 durch Fragen von Aufsichtsratsmitgliedern an den Vorstand angesprochen worden war.

Aufgrund der Feststellungen von PwC hinsichtlich der Schwachstellen bei der Risikoanalyse, Risikosteuerung und dem Berichtswesen bei Portfolioinvestments innerhalb und außerhalb der Bilanz hat der Aufsichtsrat mit dem Vorstand eingehend die Verbesserung dieser Risiko- und Controlling-Prozesse beraten. Dies gilt auch für die von PwC dargelegten Mängel in der Berichterstattung des Vorstands an den Aufsichtsrat.

Da es sich bei der Sonderuntersuchung von PwC mit Auftrag vom 1. August 2007 noch nicht um eine personenbezogene Aufarbeitung der Umstände, die zur Krise der Bank geführt haben, gehandelt hat, begann der Aufsichtsrat nach Abschluss der Prüfung durch PwC mit der Prüfung von möglichen Pflichtverletzungen auch im Hinblick auf mögliche Schadensersatzforderungen gegen Verantwortliche. Dabei lässt er sich von seinem Rechtsberater, der Kanzlei Shearman & Sterling LLP, beraten (sog. Forensische Untersuchung). Die Kanzlei Shearman & Sterling LLP wiederum hat die „Forensic Services“-Abteilung von PwC beauftragt, sie bei der Aufklärung des für die rechtliche Beurteilung erforderlichen Sachverhalts zu unterstützen. PwC hat Shearman & Sterling einen Zwischenbericht vorgelegt, der zurzeit ausgewertet wird.

Neben der personellen Aufarbeitung der Krise der Bank, hat sich der Aufsichtsrat intensiv mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Bank sowie dem Stand der Restrukturierungsmaßnahmen beschäftigt. Dabei waren auch die Sanierungspakete durch die KfW, den Bund sowie private Banken Gegenstand der Beratungen. Gegenstand regelmäßiger Beratungen im Plenum waren zudem die Entwicklung des Portfolioinvestments sowie die Umsatz-, Ergebnis- und Beschäftigungsentwicklung der Bank, ihrer Bereiche und des Konzerns sowie die Liquiditäts- und Finanzlage. Der Vorstand unterrichtete regelmäßig und umfassend über die strategische Weiterentwicklung, den Gang der Geschäfte sowie die aktuelle Lage des Konzerns.

Die Krise der Bank und die Aufarbeitung durch PwC führten dazu, dass der Jahresabschluss und der Konzernabschluss der Bank für das Geschäftsjahr 2006/07 neu aufgestellt und geprüft werden mussten und auch der bereits vorgelegte Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2006/07 geändert und erneut vorgelegt wurde. Der Aufsichtsrat hat den geänderten Jahresabschluss und den geänderten Konzernabschluss unter Anwesenheit des Abschlussprüfers ausführlich beraten und am 16. Februar 2008 gebilligt, sodass am 27. März 2008 die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2006/07 stattfinden konnte. Die Hauptversammlung am 27. März 2008 hat den im Geschäftsjahr 2006/07 amtierenden Mitgliedern des Vorstandes die Entlastung nicht erteilt, wobei allerdings die Entlastung für Herrn Momburg vertagt wurde. Ebenso wurde die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats vertagt. Zudem wurde die Durchführung einer Sonderprüfung beschlossen, ob Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats im Zusammenhang mit den Umständen, die zur Krise der Bank geführt haben, Pflichtverletzungen begangen haben. Es soll insbesondere geprüft werden, ob Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats bei der Aufnahme, Fortsetzung oder Ausweitung von Geschäften in oder mit Verbriefungs- oder Refinanzierungszweckgesellschaften („Conduits“) und hier insbesondere der „Rhineland Funding“, der

„Rhinebridge“, der „Havenrock I und II“ und der „Elan“ sowie bei Einrichtung und Auslagerung wesentlicher Funktionen auf die IKB Capital Asset Management GmbH („IKB CAM“) ihre gesetzlichen, satzungs- und vertragsgemäßen Sorgfaltspflichten, insbesondere die Pflichten zur Überwachung, Kontrolle und Beratung des Vorstands der Gesellschaft, ordnungsgemäß erfüllt haben. Die Sonderprüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Auf seiner Sitzung am 14. März 2008 hat der Aufsichtsrat den Verkauf des Portfolioinvestments unter dem Risikoschirm des Bankenpools sowie die Reintegration der IKB Credit Asset Management GmbH beraten. Auf der Sitzung am 26. März 2008 wurden im Wesentlichen die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB sowie die anstehende Hauptversammlung erörtert. Aufgrund des Ausscheidens einiger Mitglieder des Aufsichtsrats mit Ablauf der Hauptversammlung am 27. März 2008 wurden mehrere interne Personalentscheidungen auf der Sitzung des Aufsichtsrats am 29. März 2008 getroffen, die unter „Personalia – Aufsichtsrat“ im Einzelnen dargestellt werden.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2007/08 hat der Aufsichtsrat laufend die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB beraten. Auf seiner Sitzung am 29. April 2008 wurde der Halbjahresabschluss vom Vorstand erläutert und im Aufsichtsrat diskutiert. Ferner beriet der Aufsichtsrat über das Konzernzwischenenergebnis und das Konzernrisiko per 31.12.2007 sowie über den Bericht der Konzernrevision für das Geschäftsjahr 2007/08.

Tätigkeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat verfügte im Geschäftsjahr 2007/08 aus seiner Mitte über drei Ausschüsse. Auf der Sitzung des Aufsichtsrats am 25. Januar 2008 wurde zusätzlich zu dem Präsidium und dem Finanz- und Prüfungsausschuss ein Ausschuss zur Begleitung des Prozesses für den Verkauf der Beteiligung der KfW Bankengruppe an der Gesellschaft gebildet.

Nach Bekanntwerden der Krise der Gesellschaft passten auch die Ausschüsse des Aufsichtsrats (Präsidium sowie Finanz- und Prüfungsausschuss) ihre Überwachungstätigkeit entsprechend an und berieten vermehrt.

Das Präsidium tagte im Geschäftsjahr 2007/08 insgesamt 15-mal. Das Präsidium nimmt dabei zugleich die Aufgaben eines Nominierungsausschusses i.S.d. Corporate Governance Kodex wahr, was am 27. Juni 2007 auf der Sitzung des Aufsichtsrats durch eine Änderung der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat klargestellt wurde. Im Präsidium wurden im Wesentlichen die Sitzungen des Aufsichtsrats vorbeprochen. Bis zum Eintritt der Krise der Gesellschaft beschäftigte es sich schwerpunktmäßig mit der Geschäftsentwicklung (einschließlich der etwaigen Zustimmung zu zustimmungsbedürftigen Geschäften) und der strategischen Ausrichtung des Konzerns. Nach dem Eintritt der Krise beriet das Präsidium insbesondere mit dem Vorstand über die Lage der Bank (einschließlich der Zustimmung zu zustimmungsbedürftigen Geschäften) und über Personalentscheidungen einschließlich der Wahlvorschläge für Mitglieder des Aufsichtsrats.

Der Finanz- und Prüfungsausschuss tagte 13-mal im Geschäftsjahr 2007/08. Die Arbeit des Finanz- und Prüfungsausschusses konzentrierte sich bis zum Eintritt der Krise der Gesellschaft insbesondere auf den Jahres- und Konzernabschluss, den Gewinnverwendungsvorschlag und den Abhängigkeitsbericht sowie Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer. In einer Sondersitzung des Finanz- und Prüfungsausschusses am 16. April 2007 wurden der Sonderbericht der KPMG zur Risikovorsorge und zum Zinsrisiko sowie der Bericht der Einlagensicherungsprüfung erörtert. Nach dem Eintritt der Krise wurden insbesondere die infolge der Sonderuntersuchung eingeleitete Neuaufstellung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Prüfung des Halbjahresfinanzberichtes sowie die Bestellung eines Abschlussprüfers für den Halbjahresfinanzbericht zum 30. September 2007 beraten. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers gemäß Ziff. 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex ein und erteilte den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer. Er vereinbarte mit dem Abschlussprüfer die Prüfungsschwerpunkte und traf mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Ausschuss zur Begleitung des Verkaufsprozesses tagte im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt zweimal. Er befasste sich dabei mit dem Stand des Verkaufsprozesses.

Die Mitglieder der Ausschüsse berieten sich darüber hinaus untereinander mehrfach und hatten außerhalb der Ausschusssitzungen laufend Kontakt mit dem Vorstand und den vom Aufsichtsrat mandatierten Beratern. Die Berater des Aufsichtsrats hatten ebenfalls direkten Kontakt zum Vorstand, zur Gesellschaft sowie zu deren Beratern. So fanden zusätzlich sieben gemeinsame Sitzungen des Präsidiums und des Finanz- und Prüfungsausschusses statt, in denen insbesondere die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft im Hinblick auf die Lage der Gesellschaft und der Status des Risikoschirms besprochen wurden.

Dabei wurden dem Vorstand Hinweise zur Strukturierung des Risikoschirms gegeben.

Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichteten dem Plenum jeweils ausführlich über die Arbeit der Ausschüsse.

Eine Aufstellung der Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse mit den wesentlichen Gegenständen der Beratung ist diesem Bericht beigefügt.

Corporate Governance

Die Entsprechenserklärung vom 11. Juli 2008 sowie weitere Ausführungen zu diesem Thema finden sich im Kapitel „Corporate Governance“ in diesem Geschäftsbericht.

Bei den Beratungen des Aufsichtsrats trat im Geschäftsjahr 2007/08 in zwei Fällen ein Interessenkonflikt auf, der von dem betreffenden Aufsichtsratsmitglied offengelegt wurde. Das betroffene Aufsichtsratsmitglied hat sich bei der entsprechenden Abstimmung der Stimme enthalten bzw. an der Behandlung der Tagesordnungspunkte nicht teilgenommen.

Prüfung und Billigung von Jahres- und Konzernabschluss und Abhängigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 2007/08

Der Vorstand hat den Jahres- und Konzernabschluss mit den Lageberichten für die AG und den Konzern aufgestellt. Der Jahres- und Konzernabschluss mit den Lageberichten für die AG und den Konzern sind vom Abschlussprüfer PwC geprüft und jeweils mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Jahresabschluss der AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der vorliegende

Konzernabschluss nach IFRS befreit von der Pflicht, einen Konzernabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufzustellen. Der vom Vorstand vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2007/08 war ebenfalls Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Der Abhängigkeitsbericht wurde mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass 1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, 2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war, 3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Mit den mit der Aufstellung der Abschlussberichte relevanten Sachverhalten haben sich die Mitglieder des Aufsichtsrats in der Sitzung am 11. Juli 2008 befasst. Die Abschlussprüfer nahmen an den Beratungen des Aufsichtsrats sowie des Finanz- und Prüfungsausschusses über den Jahres- und Konzernabschluss am 11. Juli 2008 teil. Dabei berichteten die Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Finanz- und Prüfungsausschuss und der eigenen Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie der Lageberichte erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat stimmt daher dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu.

Den vom Vorstand mit Beschluss vom 2. Juli 2008 aufgestellten Jahresabschluss und mit Beschluss vom 8. Juli 2008 aufgestellten Konzernabschluss hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 11. Juli 2008 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Die Prüfung des Abhängigkeitsberichts und die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts haben ebenfalls keinen Anlass zu Einwendungen gegeben. Den Bericht des Abschlussprüfers hat der Aufsichtsrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Personalien – Aufsichtsrat

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 27. März 2008 sind turnusmäßig die Herren Dr. Ulrich Hartmann als langjähriger Vorsitzender des Aufsichtsrats sowie des Präsidiums, Dr. Alexander v. Tippelskirch als langjähriger Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats und Mitglied des Präsidiums sowie die Herren Dr. Jürgen Behrend und Dr. Matthias Kammüller aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Herr Jörg Asmussen hat sein Mandat im Aufsichtsrat am 27. Mai 2008 niedergelegt, da er im Hinblick auf seinen Amtswechsel in der Funktion als Staatssekretär keine Aufsichtsratsmandate im Banken- und Versicherungsbereich ausüben möchte. Der Aufsichtsrat dankt den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Mitarbeit in diesem Gremium.

In der Hauptversammlung am 27. März 2008 wurden Herr Dieter Ammer wieder und die Herren Ulrich Grillo, Werner Oerter, Dieter Pfundt und Dr. Alfred Tacke neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Im Anschluss an die Hauptversammlung am 27. März 2008 ist der Aufsichtsrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Am 29. März 2008 wurden nach dem Ausscheiden der Herren Dr. Ulrich Hartmann und Dr. Alexander v. Tippelskirch mit Ablauf der Hauptversammlung am 27. März 2008 Herr Werner Oerter zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie Herr Dieter Pfundt zu einem neuen Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ebenfalls wurde Herr Dr. Alfred Tacke als neues Mitglied und zum Vorsitzenden des Verkaufsausschusses gewählt.

Der Finanz- und Prüfungsausschuss trat am 29. März 2008 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Aufgrund der Neuwahlen der Herren Werner Oerter und Dieter Pfundt zum Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden sind sie aufgrund der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat zugleich Mitglieder des Finanz- und Prüfungsausschusses geworden. Herr Leinberger ist Vorsitzender des Finanz- und Prüfungsausschusses. Ebenfalls aufgrund der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ist Herr Werner Oerter zugleich Vorsitzender des Präsidiums und Herr Dieter Pfundt Mitglied im Präsidium.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres befasste sich das Präsidium insbesondere mit der wirtschaftlichen Lage der Bank, Vorstandsangelegenheiten, dem Konzernrisiko per 31.12.2007 und der forensischen Untersuchung. Im Finanz- und Prüfungsausschuss wurden insbesondere der Halbjahresfinanzbericht, das Konzernzwischenenergebnis per 31.12.2007 sowie die Kapitalerhöhung bei der IKB International S.A., Luxemburg, erörtert. Der Ausschuss zur Begleitung des Verkaufsprozesses beriet den aktuellen Stand des Verkaufsprozesses.

Personalia – Vorstand

Aufgrund der krisenhaften Situation der Gesellschaft im Sommer 2007 ergriff der Aufsichtsrat unmittelbar personelle Maßnahmen. In der außerordentlichen Sitzung am 29. Juli 2007 wurde die Bestellung von Herrn Stefan Ortseifen zum Mitglied des Vorstands einvernehmlich beendet, während das Dienstverhältnis mit Herrn Stefan Ortseifen aus wichtigem Grunde fristlos gekündigt wurde. Herr Ortseifen erhält kein Übergangsgeld und keine Abfindung. Zwischenzeitlich hat Herr Ortseifen Klage gegen die fristlose Kündigung seines Anstellungsverhältnisses beim Landgericht Düsseldorf eingereicht.

Herr Dr. Volker Doberanzke legte mit Schreiben vom 7. August 2007 sein Amt als Mitglied des Vorstands mit sofortiger Wirkung nieder; der Aufsichtsrat stimmte in seiner Sitzung vom 7. August 2007 zu. Das Dienstverhältnis mit Herrn Dr. Volker Doberanzke wurde einvernehmlich zum 31. Dezember 2007 beendet. Herr Dr. Volker Doberanzke erhält kein Übergangsgeld und keine Abfindung.

Herr Dr. Markus Guthoff schied mit Zustimmung des Aufsichtsrats am 15. Oktober 2007 im gegenseitigen Einvernehmen aus der Bank aus. Das Dienstverhältnis mit Herrn Dr. Markus Guthoff wurde einvernehmlich zum 31. Dezember 2007 beendet. Herr Dr. Markus Guthoff erhält kein Übergangsgeld und keine Abfindung.

Die Bestellung von Herrn Frank Braunsfeld zum Mitglied des Vorstands wurde am 15. Oktober 2007 aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung vom Aufsichtsrat widerrufen. Das Dienstverhältnis wurde mit sofortiger Wirkung fristlos gekündigt, nachdem Herr Frank Braunsfeld eine Aufhebung des Dienstvertrages zum 31. Dezember 2007 unter Verzicht auf ein Übergangsgeld abgelehnt hatte.

Herr Claus Momburg war aufgrund der Geschäftsverteilung des Vorstands mit dem die Krise auslösenden Geschäftsfeld Verbriefungen und dem Bereich Risikomanagement der Gesellschaft nicht befasst. Vor diesem Hintergrund wurde er – trotz der Gesamtverantwortung für die Lage der Gesellschaft – zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Vorstands im Hinblick auf das laufende Bankgeschäft gebeten, seine Arbeit im Vorstand fortzusetzen.

Aufgrund der Neuaufstellung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2007 wurde bis auf die Mindesttantieme die variable Vergütung zurückgefordert. Die Herren Ortseifen, Doberanzke, Guthoff, Braunsfeld sowie auch der bis zum 31. Dezember 2006 dem Vorstand angehörige Herr Neupel haben eine Rückzahlung abgelehnt.

Der Aufsichtsrat prüft weiterhin die etwaige Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen der Gesellschaft gegen Mitglieder des Vorstands. Dazu ist insbesondere der von PwC vorgelegte umfassende Zwischenbericht zur forensischen Untersuchung auszuwerten.

Unmittelbar nach Ausbruch der Krise wurden zunächst am 29. Juli 2007 Herr Dr. Günther Bräunig zum Mitglied und Vorsitzenden des Vorstands und Herr Dr. Dieter Glüder zum Mitglied des Vorstands bestellt. Am 15. Oktober 2007 bestellte der Aufsichtsrat Herrn Dr. Reinhard Grzesik zum Mitglied des

Vorstands der Gesellschaft. Herr Dr. Grzesik hat die Funktion des Finanzvorstands übernommen. Am 26. März 2008 bestellte der Aufsichtsrat Herrn Dr. Andreas Leimbach zum 1. April 2008 als weiteres Mitglied des Vorstands.

Der Aufsichtsrat dankt den amtierenden Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit vor allem nach Eintritt der Existenzkrise der Gesellschaft.

Düsseldorf, den 11. Juli 2008

Der Aufsichtsrat

Werner Oerter
Vorsitzender

Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2007/08	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
27. Juni 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Überblick über das Geschäftsjahr • Bericht über das Geschäftsjahr 2006/07 mit dem Vorschlag für die Gewinnverwendung und 3-Jahresplanung • Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2007 • Entwicklung der Geschäftsfelder/Beteiligungsgesellschaften • Kreditrisikobericht • Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Ergebnisse der Sitzung am 16. April 2007 zu den Schwerpunktthemen: Sonderprüfung der Themenbereiche „Risikovorsorge“ und „Zinsrisiko“ durch die KPMG vom 8. Februar 2007 und routinemäßige Einlagensicherungsprüfung des Prüfungsverbandes deutscher Banken vom 1. März 2007 • Bericht der Abschlussprüfer • Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern, des Gewinnverwendungsvorschlags sowie des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2006/07 • Feststellung des Jahresabschlusses und Billigung des Konzernabschlusses mit den Lageberichten für die IKB und den Konzern und Vorlage des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2006/07 sowie des Entwurfs des Aufsichtsratsberichts • Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 30. August 2007 • Corporate Governance (Jahresbericht des Corporate-Governance-Beauftragten, Aufhebung der Corporate-Governance-Grundsätze der IKB und Corporate-Governance-Bericht im Geschäftsjahr nebst jährlicher Entsprechenserklärung) • Einführung eines Selbstbehalts bei der D&O-Versicherung • Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand • Änderungen der Geschäftsordnung für Aufsichtsrat und Vorstand • Jahresbericht der Konzernrevision
29. Juli 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage des Unternehmens • Personalia (Niederlegung des Vorstandsmandats durch Herrn Ortseifen, Bestellung der Herren Dr. Bräunig und Dr. Glüder zu Vorstandsmitgliedern)
7. August 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur aktuellen Lage der IKB • Personalia (Niederlegung des Vorstandsmandats durch Herrn Dr. Doberanzke)
20. August 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über die aktuelle Entwicklung und wirtschaftliche Lage der IKB • Prüfung einer Änderung des Jahresabschlusses zum 31. März 2007 • Änderung des Gewinnverwendungsvorschlags für das Geschäftsjahr 2006/07
29. September 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Beschreibung und Zustimmung zum Abschluss des „Risikoschirms“ • Bericht über die Quartalszahlen Q1 Geschäftsjahr 2007/08

Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2007/08	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
15. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über die Ergebnisse der Sonderprüfung der PwC • Stellungnahme der Berater des Aufsichtsrats zu dem Bericht der PwC • Personalien (Beendigung des Vorstandsmandats mit Herrn Dr. Guthoff, Widerruf der Bestellung von Herrn Braunsfeld, Bestellung von Herrn Dr. Grzesik zum Vorstandsmitglied) • Stellungnahme des Vorstands zu dem Bericht der PwC und Vorstellung eines Maßnahmenpakets • Abschlussprüfer des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2007/08 und Abschlussprüfer des Halbjahresfinanzberichtes 2007/08
14. November 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen • Informationen über die vom Vorstand geplante Gewährung von „Due-Diligence-Prüfungen“ • Kreditrisikoreport zum 30. Juni 2007 und vorläufiger Kreditrisikoreport zum 30. September 2007 • Bericht über das Compliance-Konzept der IKB
25. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen • Verkaufsprozess • Statusbericht: Änderung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2007 und Erstellung und Prüfung des Halbjahresfinanzberichtes zum 30. September 2007 • Kapitalmaßnahmen • Stand der Vorbereitung der Hauptversammlung
11. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen seit dem 25. Januar 2008 • Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des geänderten Jahres- und Konzernabschlusses mit den geänderten Lageberichten für die IKB AG und den Konzern • Geänderter Jahres- und Konzernabschluss mit den Lageberichten für die IKB AG und den Konzern für das Geschäftsjahr 2006/07 • Bericht der Abschlussprüfer • Vorschlag für den Corporate-Governance-Bericht nebst Entsprechenserklärung • Vorschlag für den Bericht des Aufsichtsrats • Diskussion der Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 27. März 2008 • Überblick über die Strategiedokumentation und Verzahnung zur Risikostrategie

Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2007/08	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
16. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen seit dem 11. Februar 2008 • Bericht der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2006/07 • Bericht des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des geänderten Jahres- und Konzernabschlusses mit den geänderten Lageberichten für die IKB und den Konzern für das Geschäftsjahr 2006/07 • Feststellung des geänderten Jahresabschlusses mit dem geänderten Lagebericht und Billigung des geänderten Konzernabschlusses mit dem geänderten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2006/07 und zugleich Aufhebung der in der Aufsichtsratssitzung am 27. Juni 2007 erfolgten Feststellung des Jahresabschlusses und der Billigung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2006/07 • Geänderter Bericht des Aufsichtsrats • Geänderter Corporate-Governance-Bericht nebst geänderter Entsprechenserklärung • Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung am 27. März 2008
14. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Verkauf des Portfolioinvestments unter dem Risikoschirm des Bankenpools • Reintegration der IKB Credit Asset Management GmbH • Neuer Wahlvorschlag für den Aufsichtsrat an die Hauptversammlung (Herr Dieter Pfundt anstelle von Herrn Dr. Meister) • Entlastung von Herrn Schönherr durch die Hauptversammlung
26. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB • Vorstandsbestellung von Herrn Dr. Leimbach • „Änderung der Satzung“, Aufhebung § 5 Abs. 4 und 5 der Satzung wegen Zeitablauf gegenstandslosen genehmigten und bedingten Kapitals • Vorbesprechung der Hauptversammlung
27. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Konstituierende Sitzung nach Neuwahlen zum Aufsichtsrat
29. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Wahl eines neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrats • Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats • Wahl eines Vertreters für das Präsidium für den Fall der Verhinderung eines Präsidiumsmitglieds • Besetzung des Verkaufsausschusses für den Verkaufsprozess

Sitzungen des Präsidiums im Geschäftsjahr 2007/08	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
26. Juni 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung • Strategische Entwicklung der Geschäftsfelder • Personaldarlehen
27. Juli 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage des Unternehmens • Personalien (Beendigung der Bestellung von Herrn Ortseifen zum Vorstandsmitglied, Bestellung der Herren Dr. Bräunig und Dr. Glüder zu Vorstandsmitgliedern)
6. August 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur aktuellen Lage der IKB • Personalien (Kündigung des Dienstvertrages mit Herrn Ortseifen) • Bericht PwC zur Sonderprüfung
20. August 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung
5. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Personalien (Vorstandsmandate Braunsfeld, Dr. Guthoff und Momburg, Bestellung von Herrn Dr. Grzesik)
14. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Aufsichtsratssitzung
15. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Personalien (Beendigung des Dienstvertrages mit Herrn Dr. Guthoff, Kündigung des Dienstvertrages mit Herrn Braunsfeld)
18. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Personalien (Beendigung des Dienstvertrages mit Herrn Dr. Doberanzke)
14. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Stand forensische Untersuchung zur etwaigen Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen Mitglieder des Vorstands
25. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktueller Vorbereitungsstand der Hauptversammlung • Besetzung des Aufsichtsrats
11. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlvorschläge Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat an die Hauptversammlung (in Funktion als Nominierungsausschuss) • Vorstandsangelegenheiten, u. a. Stand forensische Untersuchung
16. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandsangelegenheiten • Wahlvorschläge Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat an die Hauptversammlung (in Funktion als Nominierungsausschuss) • Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung am 16. Februar 2008
13. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Sitzung des Aufsichtsrats vom 14. März 2008 • Stand der Vorbereitung der Hauptversammlung am 27. März 2008
25. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Hauptversammlung • Geänderte Beschlussfassung zur Entlastung des Aufsichtsrats • Vorstandsangelegenheiten
26. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbesprechung der Hauptversammlung • Personalien (Empfehlung zur Bestellung von Herrn Dr. Leimbach als Mitglied des Vorstands)

Sitzungen des Finanz- und Prüfungsausschusses im Geschäftsjahr 2007/08	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
16. April 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht über die Sonderprüfung vom 8. Februar 2007 von KPMG • Bericht der Einlagensicherungsprüfung vom 1. März 2007
26. Juni 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Überblick über das Geschäftsjahr 2006/07 und 3-Jahresplanung • Jahres- und Konzernabschluss zum 31. März 2007 und Abhängigkeitsbericht (im Beisein des Abschlussprüfers) • Kreditrisikoreport • Bericht der Abschlussprüfer • Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2007/08 und Ermächtigung zu seiner Beauftragung
6. August 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur aktuellen Lage der IKB • Bericht KPMG
15. Oktober 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlussprüfer des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2007/08 und Abschlussprüfer des Halbjahresfinanzberichts 2007/08 • Neuaufstellung des Jahresabschlusses 2006/07
7. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Begebung der Wandelanleihe
25. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Status der Neuaufstellung (Änderung) der Jahresabschlüsse 2006/07
11. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Jahresabschlüsse und Lageberichte • Stellungnahme Wirtschaftsprüfer
16. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Abschlussprüfer • Verabschiedung des Berichts des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des geänderten Jahres- und Konzernabschlusses mit den geänderten Lageberichten für die IKB und den Konzern für das Geschäftsjahr 2006/07 • Beschlussfassung über den Vorschlag des Finanz- und Prüfungsausschusses gegenüber dem Aufsichtsrat
19. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Zustimmung zu dem zwischen der KfW und der IKB vorgesehenen Darlehensvertrag mit Forderungsverzicht und Besserungsabrede in Höhe von 600 Mio. €
26. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Kapitalmaßnahmen für die IKB International S.A., Luxemburg
20. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Information über Entwicklung und Sachstand geplanter Restrukturierungsmaßnahmen • Information über den Abschluss eines Darlehensvertrages zwischen der KfW Bankengruppe und der IKB AG mit Besserungsschein und Nachrangabrede • Kapitalerhöhung IKB International S.A., Luxemburg
26. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB • Vorstandsbestellung • Änderung der Satzung • Vorbesprechung der Hauptversammlung
29. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Neukonstituierung des Ausschusses • Ermächtigung zur Beauftragung des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2007/08

Gemeinsame Sitzungen des Präsidiums und des Finanz- und Prüfungsausschusses im Geschäftsjahr 2007/08	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
12. September 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage der IKB • Bericht über die Sonderprüfung der PwC
25. September 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage der IKB • Bericht über die Quartalszahlen Q1 GJ 2007/08 • Statusbericht Risikoschirm
12. November 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage der IKB
14. November 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage der IKB
14. Dezember 2007	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen • Änderung von Jahresabschlüssen per 31. März 2007 und Erstellung und Prüfung des Halbjahresfinanzberichtes per 30. September 2007 • Kapitalerhöhung IKB International S.A., Luxemburg • Reintegration IKB CAM • Kapitalmaßnahmen • Hauptversammlung • Verkaufsprozess
14. Januar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der IKB und Stand der Restrukturierungsmaßnahmen • Aktueller Stand Verkaufsprozess • Änderung von Jahresabschlüssen per 31. März 2007 und Erstellung und Prüfung des Halbjahresfinanzberichtes per 30. September 2007 • Verfahren zu möglichen Kapitalmaßnahmen bei der IKB • Kapitalerhöhung IKB International S.A., Luxemburg
11. Februar 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht zur Lage der IKB • Vorbesprechung der Vorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung

Sitzungen des Ausschusses zur Begleitung des Verkaufsprozesses im Geschäftsjahr 2007/08	
Datum der Sitzung	Gegenstand der Beratungen
12. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Aktueller Stand des Verkaufsprozesses
27. März 2008	<ul style="list-style-type: none"> • Neukonstituierung des Ausschusses



gemeinsam



Die IKB ist eine Bank, die ihre Produkte ausschließlich auf Unternehmen zuschneidet. Seit 84 Jahren.

Wir sind der Spezialist für die langfristige Unternehmensfinanzierung und bieten unseren Kunden eine breite Palette klassischer und innovativer Finanzierungsinstrumente. Wir gestalten Lösungen, die ihren individuellen Aufgaben entsprechen. Bleiben in allen Phasen der Unternehmensentwicklung an ihrer Seite. Sind ihre Bank, ihr Ratgeber, ihr Sparringspartner, mit dem sie gemeinsam die Herausforderungen eines mittelständischen Unternehmens meistern.

Kunden finden in uns einen Partner, der sie zuverlässig begleitet – über Jahre, Jahrzehnte und Generationen.

Corporate Governance

Gemeinsamer Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat der IKB Deutsche Industriebank AG zur Corporate Governance

Die IKB versteht Corporate Governance als zentrale Herausforderung an eine verantwortungsvolle und wertorientierte Unternehmensführung. Daher unterstützen Vorstand und Aufsichtsrat der IKB den Deutschen Corporate Governance Kodex und die damit verfolgten Ziele und Zwecke ausdrücklich.

Corporate-Governance-Beauftragter der IKB. Die Umsetzung und Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex wird von einem Corporate-Governance-Beauftragten überwacht, der vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestimmt wird. Corporate-Governance-Beauftragter ist seit dem 6. Februar 2008 Herr Marcus Jacob, Leiter Vorstandsstab/Recht. Der letzte Bericht des Corporate-Governance-Beauftragten über die Umsetzung und Einhaltung der Kodex-Regelungen ist vom Aufsichtsrat in der Sitzung am 11. Juli 2008 zustimmend zur Kenntnis genommen worden.

Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung nach § 161 AktG am 16. Februar 2008 hat die IKB den Empfehlungen des Kodex (in der Fassung vom 14. Juni 2007) mit Ausnahme der Ziffern 3.8 Abs. 2 (Selbstbehalt bei der D&O-Versicherung), 4.2.1 S. 2 (Regelung der Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder in der Geschäfts-

ordnung) und 7.1.2 S. 3 Var. 2 (Veröffentlichung von Zwischenberichten binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums) entsprochen. Vorstand und Aufsichtsrat haben erklärt, dass die IKB den Empfehlungen des Kodex mit Ausnahme der Ziffern 3.8 Abs. 2 und 4.2.1 S. 2 entsprechen wird. Die IKB hat sich entschlossen, diese Abweichungen in einer aktualisierten Entsprechenserklärung zum 11. Juli 2008 zu veröffentlichen. Die aktualisierte Entsprechenserklärung ist am Ende dieses Kapitels abgedruckt und wird auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht. Dort sind auch die Entsprechenserklärungen der vergangenen Jahre zugänglich.

Die IKB erfüllt grundsätzlich alle Anregungen des Kodex und weicht lediglich in folgenden Punkten ab: Die Hauptversammlung wird nur auszugsweise, nämlich bis zur Beendigung der Eröffnungsreden des Versammlungsleiters und des Vorstandsvorsitzenden, über die Internetseiten der IKB (www.ikb.de) live übertragen (Ziffer 2.3.4). Die von der IKB bestellten Vertreter für die weisungsgebundene Ausübung des Stimmrechts der Aktionäre sind während der Hauptversammlung nur für anwesende Aktionäre erreichbar (Ziffer 2.3.3 S. 3 Halbs. 2). Für Aktionäre, die nicht an der Hauptversammlung teilnehmen, besteht weiterhin die Möglichkeit, die Stimmrechtsvertreter vor der Hauptversammlung mit ihrer Vertretung zu beauftragen. Anders als im Kodex (Ziffer 4.2.3 Abs. 2 S. 2) angeregt, enthält die variable Vergütung des Vorstands keine Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter, wie z. B. Aktienoptionen.

Leitung und Kontrolle des Unternehmens durch Vorstand und Aufsichtsrat. Gemäß dem deutschen Aktienrecht verfügt die IKB mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat über eine zweigeteilte Führungs- und Kontrollstruktur. Der Vorstand wird vom Aufsichtsrat bestellt. Der Aufsichtsrat besteht gemäß dem deutschen Drittelbeteiligungsgesetz zu zwei Dritteln aus Vertretern der Anteilseigner und zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern. Die Anteilseignervertreter werden von der Hauptversammlung im Wege der Einzelwahl gewählt. Aufgaben und Verantwortung beider Organe sind gesetzlich jeweils klar festgelegt. Der Vorstand der IKB leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse und die geschäftspolitischen Grundsätze gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet. Er führt die Geschäfte nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung, der Geschäftsordnungen, des Geschäftsverteilungsplanes und der jeweiligen Dienstverträge.

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsentwicklung, der Strategie und der Unternehmensplanung, der Ertragslage und der Rentabilität, der Compliance, der Risikolage, des Risikomanagements und des Risikocontrollings zu informieren. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein. Geschäfte von grundlegender Bedeutung sind an die Zustimmung des Aufsichtsrats gebunden.

Der Sonderuntersuchungsbericht der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC), Düsseldorf, zeigte allerdings im Zusammenhang mit der im Sommer 2007 eingetretenen Krise der IKB erhebliche Mängel in der Berichterstattung des Vorstands gegenüber dem Aufsichtsrat in Bezug auf die Risiken von Portfolioinvestments auf: So sind der Aufsichtsratsvorsitzende und das Aufsichtsratspräsidium über das

Subprime-Risiko der Bank erstmals am 27. Juli 2007 informiert worden. Auch enthielten die Kreditrisikoberichte im Hinblick auf die Zweckgesellschaft Rhineland Funding keine ausreichenden Analysen der wirtschaftlichen Risiken. Diesen Mängeln ist der Vorstand durch die Einrichtung eines sog. „Dashboard Konzernrisiko“ entgegengetreten, mit dem der Vorstand den Aufsichtsrat über das Konzernrisiko und dabei insbesondere über die Risikotragfähigkeit, das Marktpreisrisiko, das Adressenausfallrisiko, das Liquiditätsrisiko sowie operationelle Risiken informiert.

Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung der Bank und der Konzernunternehmen. Er führt seine Geschäfte nach den Vorschriften der Gesetze, der Satzung der IKB und seiner Geschäftsordnung.

Der Aufsichtsrat setzt sich aus vierzehn Anteilseigner- und sieben Arbeitnehmervertretern zusammen. Einige Aufsichtsratsmitglieder stehen anderen Unternehmen nahe, mit denen die IKB Geschäftsbeziehungen unterhält. Geschäfte zwischen der IKB und diesen Unternehmen erfolgen stets zu marktgerechten Bedingungen wie unter fremden Dritten. Diese Transaktionen berühren nach unserer Einschätzung die Unabhängigkeit der diesen Unternehmen nahe stehenden Mitglieder unseres Aufsichtsrats nicht. Zustimmungspflichtige Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge zwischen Aufsichtsratsmitgliedern und der IKB oder einem Konzernunternehmen bestanden und bestehen nicht. Interessenkonflikte von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats mit der Gesellschaft sind nicht aufgetreten. Bei dem Aufsichtsrat trat bis zum heutigen Tag in fünf Fällen ein Interessenkonflikt auf, der von dem betreffenden Aufsichtsratsmitglied offengelegt wurde. Das betroffene Aufsichtsratsmitglied hat sich bei der entsprechenden Abstimmung der Stimme enthalten bzw. an der Behandlung des Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen.

Der Aufsichtsrat hat zur Steigerung der Effizienz seiner Tätigkeit zwei Ausschüsse (Aufsichtsratspräsidium; Finanz- und Prüfungsausschuss (Ziff. 5.3.2 S. 1)) sowie einen Ausschuss zur Begleitung des Verkaufsprozesses gebildet und bestimmte Aufgaben auf diese Ausschüsse übertragen. Dem Aufsichtsratspräsidium obliegt u. a. die Unterbreitung von Aufsichtsratskandidatenvorschlägen an den Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung, das Aufsichtsratspräsidium übernimmt insoweit auch die Aufgabe des Nominierungsausschusses im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex (Ziffer 5.3.3). Über die Zusammensetzung der Ausschüsse und die Arbeit des Aufsichtsrats informiert der Aufsichtsrat in seinem Bericht an die Hauptversammlung. Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, dass der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren verfügen soll (Ziffer 5.3.2 S. 2). Herr Detlef Leinberger, seit 31. August 2006 Vorsitzender des Finanz- und Prüfungsausschusses, verfügt aufgrund seiner langjährigen Praxis als Mitglied des Vorstands der KfW Bankengruppe über die erforderlichen Qualifikationen.

Umgang mit Risiken. Für das Risikomanagement der IKB zeichnet der Vorstand verantwortlich. Er legt die Risikopolitik in Form einer klar formulierten Geschäfts- und Risikostrategie sowie der Geschäftsarten fest, definiert das vertretbare Gesamtrisiko im Rahmen der Risikotragfähigkeit und bezieht die Kontrolle von Risiken als wesentliche Bestandteile in seine Prozesse und seine Planung ein. Nach der krisenhaften Entwicklung im Juli 2007 hat der Vorstand der IKB im Rahmen einer Sonderuntersuchung von PwC u.a. das Risikomanagement-System überprüfen lassen. Die Ergebnisse der Sonderunter-

suchung sind zum überwiegenden Teil bis Ende Januar 2008 umgesetzt worden. Einzelheiten hierzu finden sich im Risikobericht, der Bestandteil des Konzernlageberichts ist.

Die Hauptversammlung. Die Aktionäre der IKB nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr und üben dort das Stimmrecht aus. Sie werden durch einen Finanzkalender, der im Geschäftsbericht, in den Quartalsberichten sowie auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht wird, über wesentliche Termine unterrichtet. Die Aktionäre haben die Möglichkeit, ihr Stimmrecht in der Hauptversammlung selbst auszuüben oder durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl oder einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft (Ziffer 2.3.3 Satz 3 Halbs. 1) ausüben zu lassen.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Die Rechnungslegung des IKB-Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS); der Jahresabschluss der AG wird gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Die Wahl des Abschlussprüfers erfolgt gemäß den aktienrechtlichen Bestimmungen durch die Hauptversammlung. Der Finanz- und Prüfungsausschuss hat den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2007/08 vorbereitet. Der Vorsitzende des Finanz- und Prüfungsausschusses hat von dem vorgesehenen Abschlussprüfer die vom Deutschen Corporate Governance Kodex empfohlene Erklärung über eventuell bestehende Ausschluss- und Befangenheitsgründe eingeholt (Ziff. 7.2.1 Abs. 1) und sämtliche im Rahmen der Erteilung des Prüfungsauftrags geforderten Vereinbarungen mit ihm getroffen (Ziffern 7.2.1 Abs. 2, 7.2.3 Abs. 1 und 2).

Prüfer des Konzernjahresabschlusses 2006/07 sowie des Jahresabschlusses der IKB AG 2006/07 war die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf. In seiner Sitzung am 15. Oktober 2007 hat der Aufsichtsrat entschieden, den Halbjahresfinanzbericht zum 30. September 2007 durch einen neuen Abschlussprüfer, PwC, prüfen zu lassen. Das Amtsgericht Düsseldorf hat auf Antrag von Vorstand und Aufsichtsrat PwC zum Prüfer des Konzernzwischenabschlusses zum 30. September 2007 bestellt. In der Hauptversammlung der IKB am 27. März 2008 ist auf Vorschlag des Aufsichtsrats PwC zum Abschlussprüfer des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2007/2008 gewählt worden.

Transparenz und Information. Die IKB befolgt den Grundsatz der Gleichbehandlung. Allen Interessenten müssen die gleichen Informationen zum gleichen Zeitpunkt zur Verfügung stehen. Über die Internetseiten der IKB (www.ikb.de) können sich auch Privatanleger zeitnah über wesentliche Termine sowie aktuelle Entwicklungen (einschließlich Ad-

hoc-Mitteilungen) im Konzern informieren. Darüber hinaus werden wesentliche Vorgänge innerhalb des Unternehmens über Pressemitteilungen, die ebenfalls auf den Internetseiten publiziert werden, bekannt gemacht. Die Gesellschaft bietet allen Interessenten an, einen elektronischen Newsletter zu abonnieren, der über aktuelle Finanzberichte sowie Ad-hoc- und Pressemitteilungen informiert.

Personen mit Führungsaufgaben, insbesondere Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der IKB sowie mit diesen in einer engen Beziehung stehende Personen, sind gemäß § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes gesetzlich verpflichtet, Geschäfte mit Aktien der IKB oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten offenzulegen, soweit der Wert der von dem Mitglied und ihm nahestehenden Personen innerhalb eines Kalenderjahres getätigten Geschäfte die Summe von 5.000,- € erreicht oder übersteigt. Im Berichtsjahr sind folgende Mitteilungen erfolgt und auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht worden:

Name der Person mit Führungsaufgaben	Funktion	Bezeichnung des Finanzinstruments	Handelstag/ Börsenplatz	Geschäftsart	Stückzahl	Preis	Geschäftsvolumen
Metzger, Jürgen	Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan	IKB AG Inhaber-Aktien o.N., ISIN/WKN des Finanzinstruments: DE008063306	2.8.2007/ Xetra	Verkauf	792	15,31 €	12 125,52 €
Bouché, Wolfgang	Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan	IKB AG Inhaber-Aktien o.N., ISIN/WKN des Finanzinstruments: DE008063306	3.8.2007/ Frankfurt	Kauf	500	11,85 €	5 994,99 €*
			6.8.2007/ Frankfurt	Verkauf	500	14,01 €	6 923,35 €*

* Angegebenes Geschäftsvolumen beinhaltet Transaktionskosten.

Mitteilungspflichtiger Besitz gemäß Ziffer 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag bis zum 31. März 2008 nicht vor. Die Mandate der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie die Beziehungen zu nahe stehenden Personen sind im Konzernanhang dargestellt.

Compliance als wesentliche Leitungsaufgabe des Vorstands. Compliance im Sinne von Maßnahmen zur Einhaltung von Recht, Gesetz, aufsichtsrechtlichen Anforderungen und unternehmensinternen Richtlinien ist bei der IKB eine wesentliche Leitungsaufgabe. Der Vorstand hat ein Compliance-Konzept für die Mitarbeiter eingeführt, das regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst wird.

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der IKB Deutsche Industriebank AG erklären gemäß § 161 AktG, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex (Fassung vom 14. Juni 2007) seit Abgabe der letzten Erklärung am 16. Februar 2008 mit folgenden Ausnahmen entsprochen wurde, wobei es entgegen den Empfehlungen Mängel im Berichtswesen des Vorstands an den Aufsichtsrat bis zum Ausbruch der Krise am 27. Juli 2007 gab.

- Ziff. 3.8 Abs. 2 Vereinbarung eines angemessenen Selbstbehalts bei Abschluss einer Haftpflichtversicherung für Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats (D&O-Versicherung)

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine D&O-Versicherung, die einen Selbstbehalt nicht vorsieht. Über die Vereinbarung eines Selbstbehalts wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

- Ziff. 4.2.1 S. 2: Regelung der Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder in der Geschäftsordnung

Die Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder der IKB ist nicht in der Geschäftsordnung für den Vorstand, sondern in einem separaten Geschäftsverteilungsplan geregelt. Dieser wird vom Vorsitzenden des Vorstands vorgeschlagen und durch einstimmigen Beschluss des Gesamtvorstands erlassen, geändert und aufgehoben.

- Ziff. 7.1.2 S. 3 Var. 2: Veröffentlichung von Zwischenberichten binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums

Die Zwischenberichte und der Halbjahresfinanzbericht für das Geschäftsjahr 2007/08 sind am 28. September 2007 (Erstes Quartal), 29. April 2008 (Halbjahresfinanzbericht) und 27. Mai 2008 (Neun-Monats-Zwischenbericht) veröffentlicht worden. Grund auch für diese Verschiebungen waren die krisenhafte Entwicklung bei der IKB Deutsche Industriebank AG und die damit verbundene Notwendigkeit, die Bilanzansätze und -bewertungen der Abschlüsse des Geschäftsjahres 2006/07 auf Basis aktueller, wertaufhellender Informationen bis zum jeweiligen Aufstellungsstichtag zu überprüfen.

Vorstand und Aufsichtsrat erklären weiter, dass die IKB Deutsche Industriebank AG den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 14. Juni 2007 mit Ausnahme der Ziffern 3.8 Abs. 2, 4.2.1 S. 2 sowie Ziffer 7.1.2 S. 3 Var. 2 entsprechen wird.

Der Vergütungsbericht als Element des Corporate-Governance-Berichts ist im Konzernlagebericht (Kapitel 7) dargestellt.

Düsseldorf, den 11. Juli 2008

Für den Aufsichtsrat der
IKB Deutsche Industriebank AG

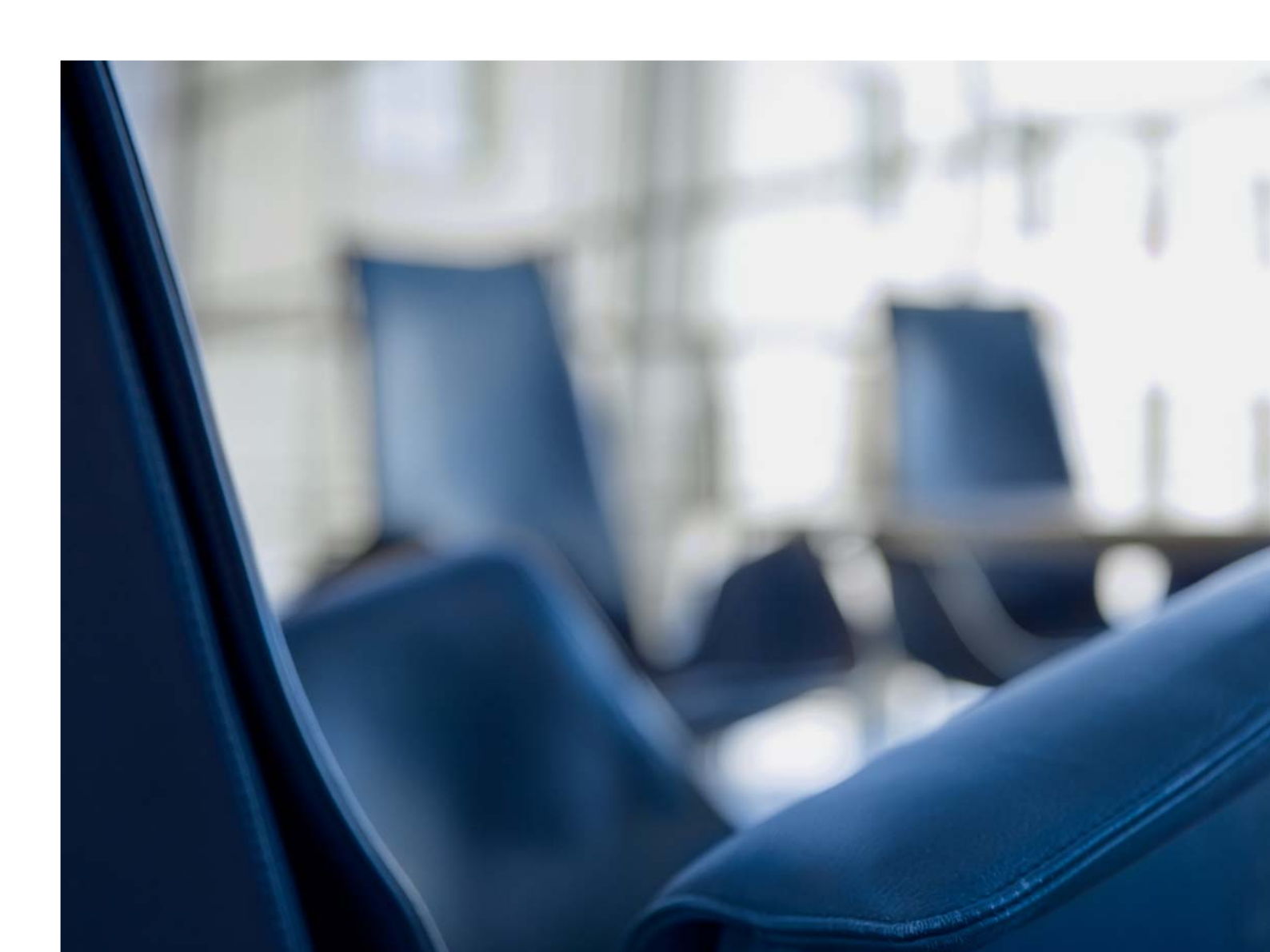


Werner Oerter

Für den Vorstand der
IKB Deutsche Industriebank AG



Dr. Günther Bräunig



Die Ziele unserer Kunden sind auch unsere Ziele. Ihre Märkte sind uns vertraut, hier sind wir seit Jahrzehnten zuhause.

Aus regelmäßiger Beobachtung von 370 Branchen wissen wir, was Branchentrends bedeuten. Wie sich Unternehmen in einem globalisierten Umfeld und einem immer stärkeren Wettbewerb positionieren können. Und welche Konsequenzen technischer Fortschritt für sie hat.

Wir haben gewachsene Verbindungen zu über 20.000 mittelständischen Firmen aus den Bereichen Industrie, Handel, Dienstleistung und Immobilien. Zu Verbänden und Forschungsinstituten, Behörden und Experten. Das wissen Kunden zu schätzen.



wissen

Konzernlagebericht

- 1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
- 2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum
- 3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
- 4. Risikobericht
- 5. Ereignisse nach dem 31. März 2008
(Nachtragsbericht)
- 6. Prognosebericht
- 7. Vergütungsbericht
- 8. Sonstige Finanzinformationen

1. Rahmenbedingungen

Der wesentliche Einflussfaktor für die IKB im Geschäftsjahr 2007/08 war die krisenhafte Entwicklung an den internationalen Kapital- und Kreditmärkten, die zu großen Verlusten im Geschäftsfeld Portfolio Investments und damit zur Krise der IKB führte. Für das Kerngeschäft der IKB stellen die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, die Geschäftsentwicklung des mittelständischen produzierenden Gewerbes und der Gewerbeimmobilienmarkt in Deutschland sowie die Tendenzen an den Private-Equity-Märkten die wichtigsten Rahmenbedingungen dar.

Rahmenbedingungen für Portfolioinvestments

Bis in den Frühsommer 2007 bewegten sich die internationalen Kapital- und Kreditmärkte in geordneten Bahnen. In den USA zeichneten sich allerdings Probleme am Wohnimmobilienmarkt ab. Steigende Zinsen führten zu stagnierenden bzw. zurückgehenden Immobilienpreisen; die Zahl von Immobilien-Zwangsversteigerungen nahm zu. Hinzu kamen wachsende Zweifel im Markt an der Kreditvergabepraxis im US-amerikanischen Hypothekenmarkt für Subprime-Schuldner. Es wurde ein sprunghaftes Ansteigen der Zahlungsverstöße erwartet – und damit weit höhere endgültige Verluste als bis dahin angenommen.

Da die in den letzten Jahren ausgereichten Hypothekenkredite in den USA zu einem großen Teil verbrieft und global platziert wurden, verteilten sich die Risiken hieraus über die gesamte Finanzwelt. Den langfristigen verbrieften Immobilienkrediten standen dabei nicht selten kurzfristige Refinanzierungen über Asset-Backed-Commercial-Paper-Programme gegenüber.

Mitte Juli des Jahres 2007 begannen die Ratingagenturen damit, ihre Ratings für Kreditportfolien mit Subprime-Risiken kritisch zu beobachten (credit watch negative). Innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich daraus eine massive Vertrauenskrise bei den Investoren in Asset Backed Commercial Paper (ABCP).

Der Markt für diese Commercial Paper kam ab Ende Juli 2007 fast völlig zum Erliegen. Folglich wurden die bestehenden Liquiditätslinien der Banken gegenüber den Emissionsgesellschaften der Commercial Paper dauerhaft in Anspruch genommen. Aus der Inanspruchnahme dieser Kreditlinien und den weiter um sich greifenden Unsicherheiten über das Ausmaß der Subprime-Risiken entwickelte sich eine massive Liquiditätsverknappung im Markt für hochstrukturierte Kreditprodukte, die auch auf verwandte Märkte übergriff.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2007 und im ersten Quartal des Jahres 2008 verloren hochstrukturierte Kreditprodukte drastisch an Wert. Dies galt auch für Wertpapiere, die bis dahin mit guten und sehr guten Ratings ausgestattet waren. Während der Wertverfall zunächst insbesondere Papiere mit US-amerikanischem Immobilienrisiko betraf, unterlagen im Zuge der Krise nahezu sämtliche strukturierten und nicht strukturierten Wertpapiere einer zum Teil deutlichen Ausweitung der Credit Spreads.

Besonders betroffen waren dabei solche Wertpapiere, die ein komplexes Risikoprofil aufwiesen. Für diese Papiere, z. B. Collateralized Debt Obligations (CDOs) mit zugrunde liegenden Asset-Backed-Security (ABS)- und Corporate-Forderungen, ergaben sich seit Juli 2007 praktisch keine Marktumsätze mehr. Diesem Umstand mussten die Marktteilnehmer in ihrer internen Bewertung mit erheblichen Abschlägen Rechnung tragen, was den Handel endgültig zum Erliegen brachte.

Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen für das in- und ausländische Kreditgeschäft waren im Berichtszeitraum weiterhin positiv.

Die deutsche Wirtschaft erreichte im Jahr 2007 ein BIP-Wachstum von rund 2,5 %, und auch bis zum Frühjahr 2008 schwächte sich diese Dynamik kaum ab. Triebfeder der positiven Entwicklung waren vor allem die für das IKB-Geschäft wichtigen Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen mit einem Wachstum von 8,2 % in 2007. Aber auch bei der Exporttätigkeit konnte die deutsche Wirtschaft – ungeachtet der nachhaltigen Euroaufwertung – nochmals deutlich zulegen.

Die konjunkturelle Unsicherheit nahm im abgelaufenen Geschäftsjahr zu. Dies beeinträchtigte auch den deutschen Immobilienmarkt. Deutlich angespannter war die Situation auf den Immobilienmärkten in Spanien, Großbritannien und insbesondere in den USA. Hier entwickelte sich der Immobilienmarkt sogar zum größten Belastungsfaktor für die Gesamtwirtschaft.

Grundsätzlich positiv verlief die Konjunktorentwicklung in den für das IKB-Kreditgeschäft wichtigen Ländern Westeuropas und Mittelosteuropas. Impulsgeber waren hier insbesondere Zuwächse bei den Investitionen als auch beim privaten Verbrauch. Im Ergebnis lag das BIP-Wachstum in 2007 im EU-Raum bei 2,6 % und in den Ländern Mittelosteuropas durchschnittlich bei 7 %.

Der Boom auf den Private-Equity-Märkten schwächte sich ab Mitte des Jahres 2007 spürbar ab. Insbesondere große Übernahmetransaktionen konnten nicht mehr syndiziert werden. Die für die IKB relevanten Mid-Cap-Märkte in Europa waren von diesem Rückgang ebenfalls betroffen, allerdings in deutlich geringerem Ausmaß.

Strategische Positionierung der IKB

Die IKB ist eine führende deutsche Spezialbank im Bereich der langfristigen Finanzierung von mittelständischen Unternehmen, Immobilieninvestoren und Projektpartnern. Bei langfristigen Unternehmenskrediten an das deutsche Verarbeitende Gewerbe hatte die Bank zum 31. März 2008 einen Marktanteil von fast 10 %. Stärkste Wettbewerber der IKB in Deutschland sind die großen Universalbanken sowie einige größere Institute aus dem öffentlichen Bankensektor. Darüber hinaus werden zunehmend auch europäische Unternehmen außerhalb Deutschlands begleitet. In den europäischen Märkten fokussiert sich die IKB ebenfalls auf den Mid-Cap-Bereich.

Die Stärken der IKB liegen in ihrer Spezialisierung, der damit verbundenen Kompetenz und dem hohen Vertrauen, das sie bei ihren Kunden besitzt. Deshalb haben sich auch unsere Kunden – gerade in der Krise der Bank – zur IKB bekannt und sind weiter mit der IKB im Geschäft geblieben.

Das Fundament für die Aktivitäten bilden die exzellent ausgebildeten und hoch engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich auch weiterhin in einem hohen Maße mit der Bank identifizieren. Dies zeigt sich in der Mitarbeiterfluktuation, die sich seit dem Beginn der Krise im Juli 2007 zwar spürbar erhöht hat, die aber angesichts der besonderen Situation der Bank immer noch vergleichsweise gering ist.

Nach Beginn der Krise hat der neue Vorstand das Geschäftsmodell der Bank überprüft und die Bank neu ausgerichtet. Es erfolgte dabei eine stärkere Fokussierung auf die drei Kerngeschäftsfelder Firmenkunden, Immobilienkunden und Strukturierte Finanzierung. Innovative Finanzierungslösungen für Kunden und eigene Verbriefungen bleiben ein integraler Bestandteil im Rahmen dieses Geschäftsmodells.

Firmenkunden

Das Geschäftsfeld Firmenkunden umfasst die inländische Unternehmensfinanzierung, das Mobilienleasing sowie Private Equity.

In der Gewährung von langfristigen Investitionskrediten an den deutschen industriellen Mittelstand ist die IKB Marktführer in Deutschland. Neben der hohen Beratungsqualität schätzen die Kunden das jahrzehntelange klare Bekenntnis der Bank zum Mittelstand – auch in für die Kunden schwierigen wirtschaftlichen Zeiten. Besondere Kompetenz besitzt die Bank in der Durchleitung öffentlicher Förderprogramme.

Das Mobilienleasing-Geschäft betreibt die IKB über ihre Leasing-Tochtergesellschaften auf nationaler und internationaler Basis. Dabei nimmt sie in Deutschland eine marktführende Position im Maschinenleasing ein. Im Ausland ist die IKB Leasing Gruppe in Mittel- und Osteuropa (Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechische Republik und Ungarn) sowie in Frankreich und in Österreich tätig.

Die IKB Private Equity Gruppe agiert als einer der führenden deutschen Full-Service-Anbieter für die Wachstumsfinanzierung mittelständischer Unternehmen. Die Engagements erfolgen sowohl über Eigenkapitalbeteiligungen als auch über verschiedene Formen des Mezzanine-Kapitals. Neben den sogenannten Standard-Mezzanine-Programmen gewinnen individuelle Lösungen wieder verstärkt an Bedeutung.

Über den vernetzten Vertrieb bietet die IKB ihren Kunden zusätzlich die gesamte Palette der Strukturierten Finanzierung und der Immobilienfinanzierung an.

Immobilienkunden

Im Geschäftsfeld Immobilienkunden bietet die IKB ihren Kunden neben einer maßgeschneiderten Finanzierung eine breite Dienstleistungspalette rund um die gewerbliche Immobilie an. Hinzu kommt das Immobilienleasing, das unter dem Dach der Movesta Lease and Finance GmbH – eines Gemeinschaftsunternehmens von KfW IPEX Bank und IKB – angesiedelt ist.

Darüber hinaus beteiligt sich die Bank an Immobilienfinanzierungen vor allem in Großbritannien, den Benelux-Staaten, Frankreich, Italien und Spanien.

Strukturierte Finanzierung

Die Produkte der Strukturierten Finanzierung umfassen die Akquisitions- und Projektfinanzierung im europäischen Wirtschaftsraum. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich, Italien und Spanien hat sich die Bank die Position eines anerkannten Arrangers von strukturierten Finanzierungen, schwerpunktmäßig im Mid-Cap-Bereich, erarbeitet. In Großbritannien und den USA beteiligt sich die IKB an entsprechenden Finanzierungen.

Die IKB setzt bei der Akquisitionsfinanzierung auf ihre Kompetenz in allen transaktionsspezifischen Aktivitäten sowie auf ihr Branchen-Know-how, insbesondere in Bezug auf den industriellen Mittelstand. Voraussetzung dafür ist die lokale Präsenz der Bank in allen wirtschaftlich bedeutenden westeuropäischen Märkten, um regionale Besonderheiten von Mid-Cap-Transaktionen besser berücksichtigen zu können.

Im Rahmen der Projektfinanzierung arrangiert und strukturiert die Bank die Finanzierung nationaler und internationaler Projekte. Über ihren vernetzten Vertrieb ist die Bank in der Lage, deutschen Kunden im europäischen Wirtschaftsraum ihre gesamte Finanzierungspalette anzubieten und gleichzeitig auch die Finanzierung grenzüberschreitender Transaktionen innerhalb Europas darzustellen.

Eigene Verbriefungsaktivitäten

Die IKB verfolgte seit Ende der 90er-Jahre das Konzept der Ausplatzierung des Ausfallrisikos von Kundenforderungen. Bis zum 31. März 2008 hat die Bank Aktiva in einem kumulierten Gesamtvolumen von 24 Mrd. € verbrieft und an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten überwiegend synthetisch ausplatziert. Dies bedeutet, dass die Kundenbeziehung der IKB von diesen Transaktionen nicht betroffen war. Damit wurde das Kreditrisiko reduziert und eine Eigenkapitalentlastung herbeigeführt.

Eine hohe Granularität der Einzelrisiken, eine überzeugende Performance der bisherigen Verbriefungstransaktionen und die günstige Marktsituation hatten zu attraktiven Emissionskonditionen geführt. Die europaweite Kreditvergabe, vernetzter Vertrieb und Verbriefung verbinden sich zu einer integrierten Gesamtstrategie. Die aktuellen Verwerfungen an den Kapitalmärkten haben jedoch auch die Verbriefungsmärkte allgemein betroffen, sodass Investoren nur noch bei hohen Risikoprämien zu Investitionen bereit sind. Die IKB geht aber davon aus, dass sich die Märkte wieder normalisieren, wenn auch nicht auf das Niveau vor der Subprime-Krise, sodass die Strategie der Ausplatzierung von Kreditrisiken weitergeführt werden kann. Im März 2008 gelang es der Bank, ein Mittelstands-Portfolio in Höhe von 1,5 Mrd. € synthetisch zu verbrieften (Promise I Mobility 2008-1).

Mit der Verbriefung erreicht die IKB einen Kapitalmarktzugang für ihre mittelständischen Kunden und eine Risikoentlastung für ihr eigenes Kreditportfolio.

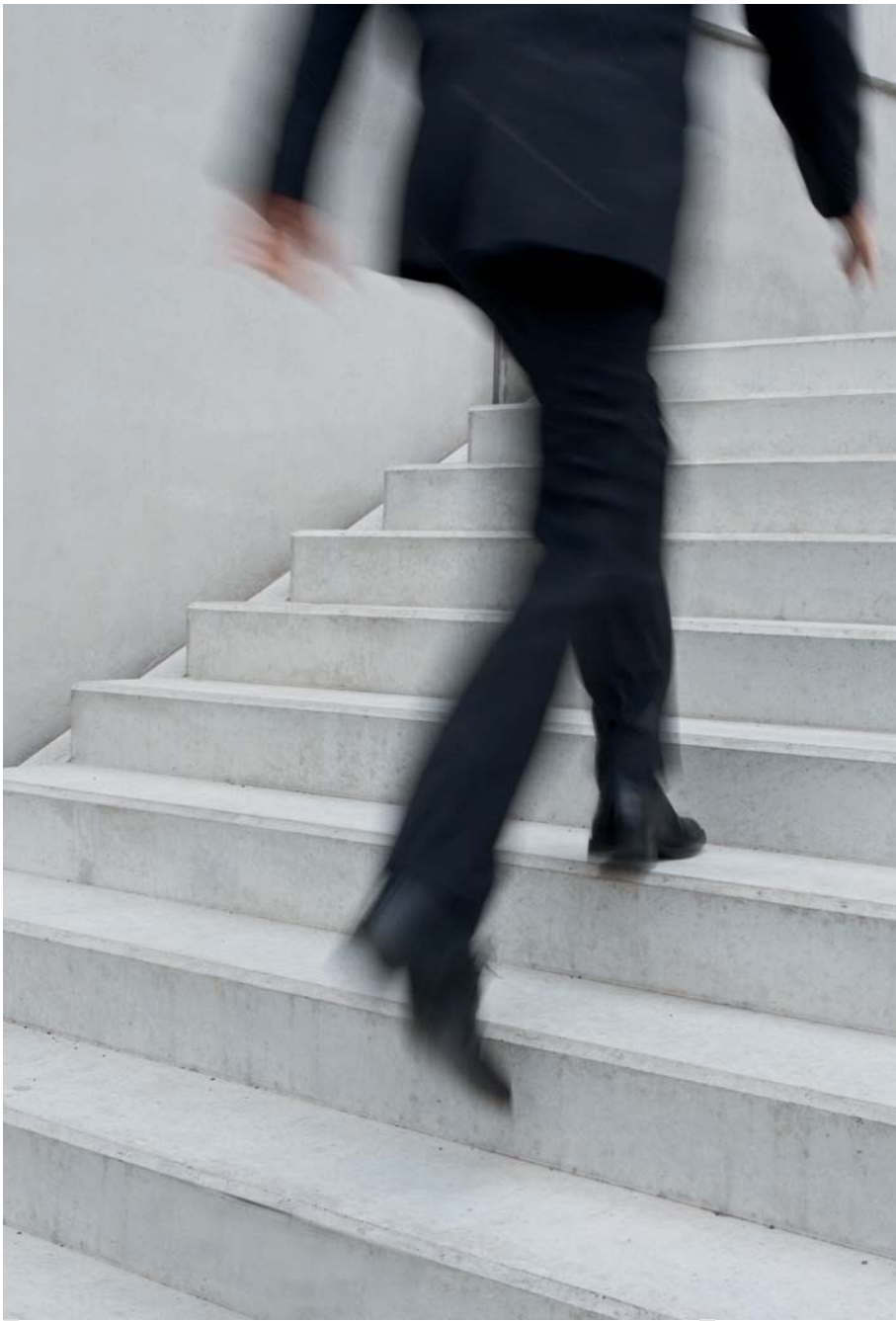
Portfolioinvestments

Die IKB hatte im Jahr 2001 damit begonnen, in Wertpapiere zu investieren, die durch bestimmte Kreditportfolien unterschiedlicher Asset-Klassen unterlegt waren (im Wesentlichen CDOs und ABS) und in hohem Maße auch Risiken aus „Subprime“-Hypothekenkrediten in den USA enthielten. Diese Finanzinstrumente werden unter dem Begriff Portfolioinvestments zusammengefasst.

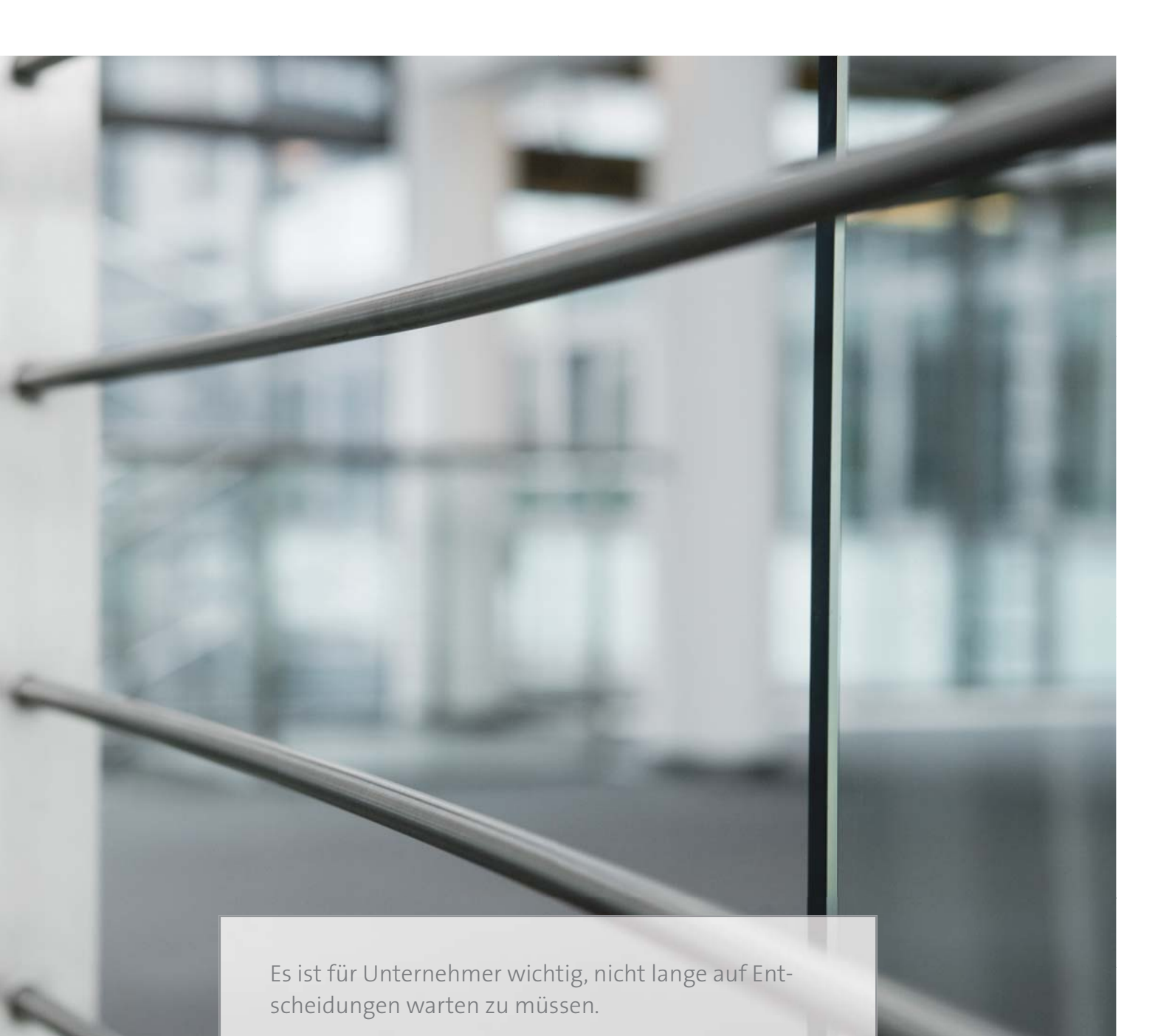
Darüber hinaus hat im Jahr 2002 das Conduit Rhineland Funding („Rhineland Funding“) seine Geschäftstätigkeit aufgenommen, das ebenfalls in kreditbesicherte Wertpapiere investierte und sich revolvingierend durch die Emission von Commercial Paper finanzierte. Die IKB und andere Banken stellten zur Absicherung dieser Commercial Paper Liquiditätslinien in erheblichem Umfang zur Verfügung. Die Investition in länger laufende Wertpapiere und deren Refinanzierung über Commercial Paper bedeutete eine Laufzeitarbitrage, durch die Zusatzerträge im Conduit erzielt wurden.

Ziel dieser Aktivitäten war die Verbesserung der Ertrags-Risiko-Struktur der Bank. Die Portfolioinvestments erhöhten die Erträge in der Vergangenheit deutlich. Ein auf solchen Portfolioinvestments und Zweckgesellschaften basierendes Geschäftsmodell verfolgt die IKB künftig nicht mehr.

Während die Geschäftsbeziehungen zu Rhineland Funding im Zuge der Krise mit Hilfe der KfW und der Bankenverbände restrukturiert wurden, wie nachfolgend erläutert wird, verblieben zum 31. März 2008 nominal 5,7 Mrd. € strukturierte Wertpapiere in der Bilanz der IKB und wurden entsprechend dem Wertverfall abgeschrieben. Die IKB plant, einen Teil dieser Wertpapiere – gegebenenfalls in kleineren Paketen – zu verkaufen. Erste Transaktionen dieser Art wurden im Juni 2008 bereits realisiert.



beweglich



Es ist für Unternehmer wichtig, nicht lange auf Entscheidungen warten zu müssen.

Und mit kompetenten Ansprechpartnern auf kurzen Wegen zu arbeiten. Schon immer war die IKB so beweglich wie ihre mittelständischen Kunden selbst.

Wir handeln lösungsorientiert und effizient. Flache Hierarchien, der kurze Draht in vielfältige Geschäftsfelder und zu Experten sowie zügiges Reagieren auf die Bewegungen der Märkte bringen unsere Kunden schneller an ihre Ziele.

2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum

Die IKB sah sich am 27. Juli 2007 einer existenzbedrohenden Krise ausgesetzt. Ursächlich hierfür waren die Entwicklungen auf dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt im Subprime-Bereich. Die Existenz der IKB konnte nur durch umfangreiche Rettungsmaßnahmen gesichert werden, die von der KfW Bankengruppe (KfW), teilweise mit Unterstützung von drei Verbänden des deutschen Kreditgewerbes (Bundesverband deutscher Banken BdB, Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken BVR und Deutscher Sparkassen- und Giroverband DSGV), durchgeführt wurden.

Ausgangssituation der Krise

Die IKB war in hohem Maße in strukturierten Wertpapierportfolien engagiert, die auch erhebliche Risiken aus US-amerikanischen Immobilienkrediten enthielten. Diese Aktivitäten umfassten zum 31. Juli 2007:

- das Conduit „Rhineland Funding“ (bestehend aus der Refinanzierungsgesellschaft Rhineland Funding Capital Corporation und einer Vielzahl von Ankaufsgesellschaften) mit einem Anlagevolumen von nominal 13,2 Mrd. €. Dem Conduit hatte die IKB Liquiditätslinien von 8,1 Mrd. € zugesagt.

Darüber hinaus hatten weitere Banken Rhineland Funding Liquiditätslinien zur Verfügung gestellt. Die Zweckgesellschaften Havenrock I Ltd. und Havenrock II Ltd. sicherten 25 % des Liquiditätsrisikos sowie das Kreditausfallrisiko einzelner Banken ab. Die IKB und die IKB International S.A. stellten Havenrock I Ltd. und Havenrock II Ltd. Kreditlinien zur Verfügung und übernahmen damit Kreditausfallrisiken von nominal 1,2 Mrd. €.

- Portfolioinvestments der IKB AG in Höhe von nominal 5,0 Mrd. € und der IKB International S.A., Luxemburg, in Höhe von nominal 1,3 Mrd. € sowie
- die Zweckgesellschaft Rhinebridge plc. mit einem Investmentvolumen von nominal 1,8 Mrd. €, an dem die IKB selbst durch Capital Notes in Höhe von 109 Mio. € beteiligt war.

Trotz des ursprünglich hohen Investment-Grade-Anteils dieser Investitionen von 100 % bei Rhineland Funding und Rhinebridge bzw. 99,2 % bei den Portfolioinvestments überstiegen die Risiken aus diesen strukturierten Wertpapieren aus heutiger Sicht bei Weitem die Risikotragfähigkeit der Bank.

Insbesondere aufgrund des hohen Subprime-Anteils in den Portfolien von Rhineland Funding ergab sich ein zunehmendes Risiko, dass Rhineland Funding seine Refinanzierung am Asset-Backed-Commercial-Paper-Markt auf absehbare Zeit nicht mehr sicherstellen konnte. Der Kapital- und Bankenmarkt rechnete daher damit, dass die IKB aus den zugesagten Liquiditätslinien dauerhaft in Anspruch genommen würde und sie damit erhebliche Subprime-Kreditrisiken zu tragen hätte. Daraufhin stellten einige Banken die Bonität der IKB infrage, sodass es für die IKB nicht mehr möglich war, im notwendigen Umfang Liquidität aufzunehmen.

Rettungsmaßnahmen

Um ein Moratorium der IKB zu vermeiden, wurde am Wochenende des 27. bis 29. Juli 2007 ein Rettungskonzept von der KfW gemeinsam mit der BaFin, der Bundesbank, dem Bundesfinanzministerium und drei Verbänden des deutschen Kreditgewerbes (BdB, BVR und DSGV) erstellt. Dieses Rettungskonzept wurde im Laufe des Geschäftsjahrs 2007/08 mehrfach erweitert und umfasste Ende März 2008 folgende Elemente:

Rhineland Funding und Havenrock

In einem ersten Schritt hat die KfW zum 30. Juli 2007 die Liquiditätslinien der IKB in Höhe von 8,1 Mrd. € zugunsten von Rhineland Funding abgelöst. Des Weiteren wurden zunächst Risiken in Höhe von 0,8 Mrd. € aus den Verpflichtungen der IKB gegenüber den Havenrock-Gesellschaften übernommen. Im November 2007 zeigte sich, dass die Abschirmung der drohenden Verluste aus Havenrock voraussichtlich nicht ausreicht. Die KfW und die Bankenverbände haben daraufhin eine Abschirmung aller Risiken der IKB-Gruppe aus Havenrock in Höhe von nominal 1,2 Mrd. € bis auf einen Betrag von 54 Mio. € zugesagt. Die entsprechenden Verträge wurden im Januar 2008 geschlossen.

Zusätzlich erfolgte am 7. Januar 2008 die Emission einer Wandelanleihe mit Wandlungspflicht (Volumen: 54,3 Mio. €) durch die IKB AG, die unter Ausschluss des Bezugsrechts vollständig von der KfW übernommen wurde. Im Februar 2008 wurde die Anleihe gewandelt. Damit erhöhten sich ab dem 28. Februar 2008 das gezeichnete Kapital der IKB AG auf 247,8 Mio. € (vorher 225,3 Mio. €) und die Zahl der nennwertlosen Stückaktien auf 96,8 Mio. (88,0 Mio.). Der Anteil der KfW Bankengruppe am Aktienkapital der IKB AG stieg damit auf 43,4 % (37,8 %).

Bis Ende März 2008 hat sich der KfW-Anteil an der IKB auf 45,5 % erhöht.

Portfolioinvestments

Zu Beginn der Krise waren die IKB AG in Höhe von nominal 5,0 Mrd. € und die IKB International S.A., Luxemburg, in Höhe von nominal 1,3 Mrd. € in strukturierten Wertpapiere investiert. Diese Portfolioinvestments der IKB wurden im Zuge der Rettungsmaßnahmen in zwei Teilportfolien aufgeteilt.

- Das „Risikoreichere Teilportfolio“ enthält besonders ausfallgefährdete Wertpapiere, insbesondere CDOs und ABS mit Subprime-Anteilen sowie sogenannte First Loss Pieces, und wies im Konzern Ende Juli 2007 ein Volumen von nominal 3,3 Mrd. € auf. Für dieses Teilportfolio hat sich die KfW mit Unterstützung der Bankenverbände im Juli 2007 gegenüber der IKB AG verpflichtet, zuerst eintretende Verluste bis zu einer Höhe von nominal 1 Mrd. € zu übernehmen.
- Das „Nicht abgeschirmte Teilportfolio“ mit einem Volumen von nominal 3,0 Mrd. € im Konzern per Ende Juli 2007 enthält insbesondere CDOs auf Corporate Loans und ABS.

Für beide Teilportfolien gilt, dass ihr Nominalvolumen sich durch Tilgungen und Veränderungen des €/US-\$/Wechselkurses im Verlauf der Krise bis zum Bilanzstichtag 31. März 2008 verringerte.

Zum Ausgleich der hohen Bewertungsverluste aus den beiden Teilportfolien und der daraus resultierenden Eigenkapitalminderungen hat die KfW das bankaufsichtsrechtliche Kernkapital der IKB AG bereits zum 19. Februar 2008 um 600 Mio. € und am 19. März 2008 um weitere 450 Mio. € verstärkt. Dies erfolgte jeweils durch Vergabe eines Darlehens mit sofortigem Forderungsverzicht, das im vorliegenden Konzernabschluss als Verbindlichkeit auszuweisen und gemäß IAS 39.AG8 zu bewerten war. Die vertraglichen Ausgestaltungen dieser Darlehen enthalten Besserungsabreden mit folgenden Elementen:

- Die Besserungsansprüche aus beiden Maßnahmen betragen insgesamt 1.050 Mio. € (zuzüglich Kostenersatzung und Zinsen). In einem Geschäftsjahr entstehen Ansprüche nur, wenn und soweit die IKB AG nach ihrer Bedienung im HGB-Einzelabschluss keinen Jahresfehlbetrag ausweist und die bankaufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote der IKB AG bei mindestens 9 % bleibt.
- Zinsen fallen nur für solche Geschäftsjahre und in solchem Umfang an, soweit die IKB AG nach Bedienung der Besserungsabrede keinen Jahresfehlbetrag im HGB-Einzelabschluss ausweist. Falls die vom Darlehensnehmer zu leistende Zahlung dazu führt, dass die Gesellschaft zum Zeitpunkt der Auszahlung die Eigenkapitalquote von 9 % unterschreitet, ist die IKB berechtigt, die Zahlungen so lange aufzuschieben, bis die Zahlung bewirkt werden kann, ohne dass diese Mindesteigenkapitalquote unterschritten wird.
- Die Ansprüche aus der Besserungsabrede gehen den Ansprüchen der Genusscheininhaber und der Inhaber der Stillen Einlagen der IKB AG wirtschaftlich vor.
- Die IKB AG ist im Rahmen des gesetzlich Zulässigen verpflichtet, bei von der IKB AG unmittelbar gehaltenen Tochterunternehmen auf eine weitestgehende Ausschüttung von dort erwirtschafteten Jahresüberschüssen an die IKB AG hinzuwirken.

Rhinebridge

Durch den Erwerb von Wertpapieren hat die Zweckgesellschaft Rhinebridge Ende Juni 2007 Investments in Kreditportfolien getätigt. Für diese Gesellschaft fungierte die Londoner Niederlassung der IKB Credit Asset Management GmbH (IKB CAM) als Portfolio-Manager. Rhinebridge war über Capital Notes und über kurz laufende Commercial Paper (CP) finanziert. Letztere konnten ab August 2007 aufgrund der nachhaltigen Störungen im weltweiten CP-Markt nicht mehr platziert werden. Die IKB hat im August zur Stabilisierung von Rhinebridge in Capital Notes und CP investiert. Verursacht durch die weitere Verschlechterung des Marktes, ging Rhinebridge aufgrund von damit verbundenen Verstößen gegen diverse vertragliche Regeln zur Einhaltung von Portfolio-Relationen im Oktober 2007 in die Zwangsverwaltung (Receivership). Der Receiver wurde am 22. Oktober 2007 bestellt. Dies bedeutet, dass alle Aktivitäten von Rhinebridge durch diesen Receiver gesteuert werden. Zu diesem Zeitpunkt war die Bank mit insgesamt 183 Mio. € in Capital Notes und 222 Mio. € in CP engagiert. Auf die CP erfolgten zwischenzeitlich Kapitalrückzahlungen in Höhe von rund 35 Mio. €.

Ausfallrisiken der IKB AG aus Rhinebridge resultieren aus eigenen Investitionen in Wertpapiere dieses Structured Investment Vehicle. Diese Bestände sind als Investitionen bei den „Portfolioinvestments“ abgebildet und, soweit nicht abgesichert, in Höhe von 74 Mio. € wertberichtet.

Kapitalerhöhung

Die ordentliche Hauptversammlung der IKB AG hat am 27. März 2008 einer Barkapitalerhöhung von nominal bis zu 1,49 Mrd. € (Bezugsverhältnis 1 zu 6) unter Gewährung von Bezugsrechten an die Aktionäre zugestimmt. Die KfW hat gegenüber der BaFin zugesagt, dass aus der Kapitalerhöhung so viele entstehende neue Aktien der IKB AG gezeichnet oder übernommen werden, dass der IKB AG aus der Kapitalerhöhung mindestens 1,25 Mrd. € (vor Kosten) zufließen werden. Diese Zusage steht unter dem Vorbehalt, dass die BaFin dem Käufer ein Sanierungsprivileg gemäß dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz gewährt. Trotz vorliegender Anfechtungsklagen geht der Vorstand unter Würdigung der Gesamtumstände einschließlich des laufenden Verkaufsprozesses unverändert davon aus, dass die Kapitalerhöhung im August 2008 durchgeführt wird und neben freien Aktionären die KfW und/oder der Erwerber des KfW-Aktienanteils an der IKB die Kapitalerhöhung zeichnen wird bzw. werden.

Erkenntnisse aus der Sonderuntersuchung durch PwC

Am 1. August 2007 wurde die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) vom Vorstand der IKB AG mit einer umfassenden Sonderuntersuchung beauftragt. Der Bericht der Sonderuntersuchung wurde am 15. Oktober 2007 vorgelegt.

Als Konsequenz aus den Feststellungen der Prüfer hat der Vorstand ein Sofortprogramm beschlossen und weitestgehend umgesetzt. Dieses umfasst insbesondere die folgenden Punkte:

- Verzicht auf Neugeschäft in Portfolioinvestments
- Durchführung einer umfassenden Bestandsanalyse und Implementierung eines deutlich verbesserten Bestandsmanagements (einschließlich Anpassung der Bewertungsmodelle)
- Re-Integration der Tochtergesellschaft IKB Credit Asset Management GmbH, der die Beratung der Zweckgesellschaften und das Management der Portfolioinvestments der IKB übertragen worden waren: Übertragung der Funktionen und personellen Ressourcen auf die IKB AG
- Stärkung der Funktion des Chief Risk Officer (CRO), insbesondere über die Zusammenführung der Verantwortung für Risiko-Controlling und Marktfolge
- Etablierung eines Risiko- und Kapitalausschusses, der vom CRO geleitet wird, zur ganzheitlichen Bewertung und Steuerung aller Risikopositionen
- Verbesserung der Berichterstattung an den Aufsichtsrat über die Gesamtverhältnisse der Bank, insbesondere im Hinblick auf die noch bestehenden Portfolioinvestments
- Überarbeitung der Konzeption der Risikotragfähigkeit
- Rückwirkende Änderung von Jahresabschluss und Konzernabschluss der IKB AG zum 31. März 2007.

Personelle Veränderungen

Der Aufsichtsrat der IKB AG hat zur Bewältigung der Existenzkrise der Bank und auf Basis der Ergebnisse der Sonderuntersuchung durch PwC auch weitreichende personelle Konsequenzen gezogen: Der Sprecher des Vorstands, Stefan Ortseifen, und der Finanzvorstand, Dr. Volker Doberanzke, sind mit Wirkung vom 29. Juli 2007 bzw. 7. August 2007 aus dem Vorstand ausgeschieden. Die Vorstandsmandate von Dr. Markus Guthoff und Frank Braunsfeld wurden mit Wirkung vom 15. Oktober 2007 beendet.

Der Aufsichtsrat hat mit Wirkung vom 29. Juli 2007 Dr. Günther Bräunig, Mitglied des Vorstands der KfW, zum Vorsitzenden des Vorstands sowie Dr. Dieter Glüder, bis dahin Direktor der KfW, zum Mitglied des Vorstands der IKB AG bestellt. Während seiner Vorstandstätigkeit für die IKB AG ruht das Vorstandsmandat von Dr. Günther Bräunig bei der KfW. Mit Wirkung vom 15. Oktober 2007 wurde Dr. Reinhard Grzesik zum neuen Finanzvorstand der IKB AG bestellt. Der Aufsichtsrat hat am 26. März 2008 mit Wirkung zum 1. April 2008 Dr. Andreas Leimbach in den Vorstand der IKB berufen.

Auf der Hauptversammlung am 27. März 2008 wurden Ulrich Grillo, Werner Oerter, Dieter Pfundt und Dr. Alfred Tacke neu in den Aufsichtsrat gewählt. Die Aufsichtsratsmandate von Dr. Jürgen Behrend, Dr. h.c. Ulrich Hartmann, Dr.-Ing. Mathias Kammüller und Dr. Alexander v. Tippelskirch endeten zum 27. März 2008. Neuer Aufsichtsratsvorsitzender der IKB AG ist seit dem 29. März 2008 Werner Oerter.

Hauptversammlung und Dividende

Die ursprünglich für den 30. August 2007 vorgesehene Hauptversammlung fand am 27. März 2008 statt. Auf ihr wurde allen Vorschlägen der Verwaltung mit großer Mehrheit zugestimmt, u. a. der oben erläuterten Kapitalerhöhung. Darüber hinaus wurde die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den Konzernabschluss zum 31. März 2008 bestellt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse befinden sich im Internet unter www.ikb.de.

Darüber hinaus hat die Hauptversammlung zwei Anträgen der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V. (DSW) auf Sonderprüfung der Verantwortlichkeiten des alten Vorstandes und des Aufsichtsrates zugestimmt. Ergebnisse dieser Sonderprüfung liegen noch nicht vor.

Da im geänderten HGB-Abschluss der IKB AG zum 31. März 2007 kein Bilanzgewinn ausgewiesen wurde, kam es nicht zur Ausschüttung einer Dividende. Ursprünglich war eine Dividende von 0,85 € je Aktie für das Geschäftsjahr 2006/07 vorgesehen.

Aktuelle Ratingsituation

Die Ratingagenturen Moody's und Fitch haben ihre Einschätzungen in Bezug auf die IKB im Laufe des Geschäftsjahres 2007/08 mehrfach angepasst. Die Resultate finden sich in der nachfolgenden Tabelle:

Rating der IKB		Long-Term	Short-Term	Financial Strength/ Einzelrating	Outlook
Moody's		Aa3 (seit 15.9.03)	P-1	B (negativ)	Stabil
	31.7.2007	Aa3	P-1	C (negativ)	Negativ
	4.9.2007	A2	P-1	D- (negativ)	Negativ
	22.1.2008	A3	P-2	E+ (developing)	Negativ
	1.4.2008	Baa3	P-3	E (stable)	Negativ
Fitch		A+ (seit 5.10.98)	F1	B/C (seit 15.12.05)	Stabil
	2.8.2007	A+	F1	C (negativ)	Stabil
	21.12.2007	A+	F1	E	Stabil

Liquiditätssituation

Die Refinanzierung des Aktivgeschäftes im Geschäftsjahr 2007/08 war seit der Krise im Juli 2007 deutlich erschwert und erfolgte überwiegend im Wege besicherter Geldaufnahme. Seit Ausbruch der Krise im Sommer 2007 war die Situation für die meisten Banken am Geldmarkt angespannt, sodass der normale Handel zwischen den Instituten sich immer weiter zurückgebildet hat. Stattdessen sind besicherte Finanzierungen und die Beleihung von Wertpapieren oder Krediten bei der Europäischen Zentralbank für die IKB wie für alle Banken wichtige Refinanzierungsquellen geworden.

Verkaufsprozess

Die KfW hat am 18. Januar 2008 das Verfahren zum Verkauf ihrer Anteile an der IKB eröffnet. Die Stiftung Industrieforschung als zweitgrößter Anteilseigner der IKB beabsichtigt, ihren Anteil im Rahmen des Verkaufsprozesses mit zu veräußern.

Ausgewählten Bietern hat die IKB die Möglichkeit zur Prüfung detaillierter Unterlagen (sogenannte Due Diligence) eingeräumt, sodass auf dieser Basis zunächst indikative Angebote abgegeben werden konnten.

Die IKB begrüßt den Verkaufsprozess. Das Geschäftsmodell der IKB mit den Geschäftsfeldern Firmenkunden, Immobilienkunden sowie Strukturier-te Finanzierung soll durch einen starken Partner zusätzliche Impulse erhalten und neue Potenziale eröffnen. Die Refinanzierungsmöglichkeiten der IKB können ebenfalls durch einen strategischen Erwerber verbessert werden. Aus diesen Gründen hat der Vorstand beschlossen, den Veräußerungsprozess zu unterstützen. Der Aufsichtsrat der IKB begleitet den Prozess und hat dafür einen eigenen Ausschuss gebildet.

Der Fortgang des Verkaufsprozesses fällt in den Zeitraum nach dem 31. März 2008 und ist im Nachtragsbericht erörtert.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Geschäftliche Entwicklung

Das Neugeschäftsvolumen belief sich im Geschäftsjahr 2007/08 auf 11,8 Mrd. € (Vorjahr: 12,8 Mrd. €). Dabei hat die IKB seit Anfang August 2007 das Neugeschäft insbesondere aus Liquiditäts- und Eigenkapitalunterlegungsgründen deutlich reduziert. Darüber hinaus wurden mit Beginn der Krise jegliche Neuengagements bei Portfolioinvestments eingestellt. In den drei Kerngeschäftsfeldern Firmenkunden, Immobilienkunden und Strukturierte Finanzierung hat die Bank 9,8 Mrd. € (Vorjahr: 11,1 Mrd. €) ausgezahlt.

Ertragsentwicklung

Die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ist in starkem Maße durch die Krise der Bank beeinflusst.

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen außerordentlichen Einflüsse auf das Operative Ergebnis der Bank, aufgeteilt auf die einzelnen GuV-Positionen:

1.4.2007 bis 31.3.2008 in Mio. €	Handels- ergebnis + Sonstiges FV-Er- gebnis	Fair-Value- Option	Ergebnis aus Finanz- anlagen	Ergebnis aus Risikoüber- nahme	Sonstiges betrieb- liches Ergebnis	Gesamt 12 Monate	GJ 2006/07	Verän- derung GJ
Rhineland Funding	647	-1 260		547		-66		
Havenrock	-853			912		59		
Risikoreicheres Teilportfolio	-268	-939	-821	778		-1 250		
Nicht abgesichertes Teilportfolio	-53	-271	-123			-447		
Rhinebridge	-2	-242		164		-80		
Marktverluste auf langfristige Anlagen und Derivate	-214	-164				-378		
Passivbewertung Fair Value (bonitätsinduziert)		1 735				1 735		
Passivbewertung IAS 39 AG 8					649	649		
Zwischensumme	-743	-1 141	-944	2 401	649	222		
Sonstiges	60	-1	-36	0	13	36		
Gesamt	-683	-1 142	-980	2 401	662	258	-56	314
Zinsüberschuss						450	673	-223
davon Amortisation aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen						-93	-3	-90
Risikovorsorge im Kreditgeschäft						255	240	15
Provisionsüberschuss						55	52	3
Ergebnis aus et equity bilanzierten Unternehmen						2	2	0
Verwaltungsaufwendungen						377	316	61
Zwischensumme						-125	171	-296
Operatives Ergebnis						132	115	17
Steueraufwand						164	77	87
Gesamt						-32	38	-70

Summendifferenzen aufgrund von Rundungsdifferenzen

Rhineland Funding. Dem Fair-Value-Verlust der Aktiva der Rhineland-Funding-Gesellschaften von 1.260 Mio. € stehen Bewertungsgewinne bei den von den Ankaufsgesellschaften von Rhineland Funding für diese Aktiva abgeschlossenen Liquiditätssicherungsgeschäften in Höhe von 647 Mio. € gegenüber. Durch die Übernahme der Liquiditätslinien durch die KfW und die weitgehende Aufgabe von Einflussmöglichkeiten der IKB wurden die Gesellschaften von Rhineland Funding Ende Juli 2007 entkonsolidiert. Der sich hieraus ergebende Ertrag in Höhe von 547 Mio. € wird im Ergebnis aus Risikoübernahme ausgewiesen, sodass Rhineland Funding insgesamt mit –66 Mio. € zum Konzernverlust beigetragen hat.

Havenrock. Aus der Übernahme von Kreditrisiken für Investitionen der Ankaufsgesellschaften von Rhineland Funding gegenüber zwei Liquiditätslinienstellern auf der einen und aus Sicherungsgeschäften mit zwei Kreditversicherern auf der anderen Seite resultiert per saldo ein Bewertungsverlust im Handelsergebnis von 853 Mio. €. Zum Bilanzierungstichtag bestand hierfür eine Absicherung durch die KfW in Höhe von 912 Mio. €, die im Ergebnis aus Risikoübernahme ausgewiesen wurde, sodass sich ein Bewertungsgewinn in Höhe von netto 59 Mio. € ergibt. Das positive Ergebnis von 59 Mio. € resultiert daraus, dass im geänderten Konzernabschluss 2006/07 bereits ein Bewertungsverlust von 108 Mio. € berücksichtigt war.

Risikoreicheres Teilportfolio. Das durch den Risikoschirm in Höhe von nominal 1 Mrd. € abgesicherte Portfolio teilt sich in zwei IFRS-Kategorien auf:

- Finanzinstrumente, die mit ihrem Fair Value zu bewerten sind: Hierzu gehören zum einen alle Credit Default Swaps, die zu einem Verlust von 268 Mio. € im Handelsergebnis geführt haben, und zum anderen Wertpapiere, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde. Sie sind ebenfalls mit dem Zeitwert zum 31. März 2008 bewertet worden und haben zu einem Verlust von 939 Mio. € geführt.
- Bei den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Wertpapieren sind unter Berücksichtigung von wertaufhellenden Erkenntnissen bis zum Aufstellungstichtag Werte angesetzt worden, die zu einem Verlust von 821 Mio. € geführt haben.

Unter den Risikoschirm fallen auch die Capital Notes von Rhinebridge. Der Risikoschirm deckt mit seinem nicht für Rhinebridge benötigten Barwert zum 31. März 2008 von 778 Mio. € den gebuchten Gesamtverlust aus dem Portfolio nicht ab, sodass ein Nettoverlust nach Abschirmung von 1.250 Mio. € entstanden ist.

Nicht abgesichertes Teilportfolio. Dieses Teilportfolio besteht wie das risikoreichere Teilportfolio aus drei Kategorien von Finanzinstrumenten. Dieses hauptsächlich Corporate-Risiken repräsentierende Teilportfolio hat zum 31. März 2008 aufgrund des schwachen Marktumfeldes zu einem Bewertungsaufwand von insgesamt 447 Mio. € geführt.

Rhinebridge. Der Verlust aus Rhinebridge in Höhe von –244 Mio. € entspricht der Wertminderung der Vermögenswerte von Rhinebridge, soweit sie nicht von anderen Kapitalgebern von Rhinebridge getragen werden. Der Nettoverlust von 80 Mio. € nach Risikoübernahme von 164 Mio. € entfällt auf die nicht abgesicherten Commercial Paper.

Marktwertverluste auf langfristige Anlagen und Derivate. Das Investmentportfolio der IKB umfasst die Eigenmittelanlage der IKB und darüber hinausgehende Finanzanlagen. Es besteht aus Anlagen mit langen Laufzeiten, zu einem erheblichen Teil auch in strukturierter Form unter Einbeziehung von Derivaten. Die Marktzinsveränderungen und die Veränderungen der Zinsvolatilitäten während der Berichtsperiode auf die im Investmentportfolio gehaltenen Derivate führten zu Verlusten im Handelsergebnis in Höhe von 214 Mio. €. Andere Finanzinstrumente des Investmentportfolios, für die die Option zur Fair-Value-Bewertung ausgeübt wurde, haben ebenfalls aufgrund von Marktzinsveränderungen und Veränderungen der Zinsvolatilitäten, aber auch wegen Credit-Spread-Ausweitungen zu Verlusten von 164 Mio. € geführt.

Passivbewertung Fair Value (bonitätsinduziert). Die IKB hat in der Vergangenheit, d. h. vor der Krise, für einen erheblichen Teil ihrer Verbindlichkeiten für die Fair-Value-Bewertung unter IFRS optiert. Die Verbindlichkeiten der IKB haben durch die Krise stark an Marktwert verloren und sind dementsprechend nach IFRS in der Bilanz mit dem niedrigeren Marktwert auszuweisen. Der daraus resultierende Bewertungsgewinn von 1.735 Mio. € wird im Konzernabschluss im Fair-Value-Ergebnis ausgewiesen. Davon entfallen 752 Mio. € auf Genussrechte und Stille Einlagen. Soweit dieser Bewertungsgewinn nicht auf endgültige Zins- und Kapitalausfälle von hybriden Verbindlichkeiten entfällt, wird er sich bis zur Rückzahlung der Verbindlichkeiten wieder auflösen und zu einem entsprechenden Aufwand führen.

Passivbewertung IAS 39.AG8. Weitere Passivbewertungen waren nach IAS 39.AG8 (Barwert geschätzter künftiger Cash-Flows) erforderlich: Zum einen für die nicht zum Fair Value bewerteten, aber wegen der Krise der Bank nicht zu den ursprünglichen Anschaffungswerten anzusetzenden Genussrechte und

Stillen Einlagen gemäß IAS 39.AG8, auf die ein Bewertungsgewinn in Höhe von 286 Mio. € entfällt, zum anderen ergibt sich ein Bewertungsgewinn auf die von der KfW gewährten Darlehen mit Forderungsverzicht und Besserungsabrede in Höhe von nominal 1.050 Mio. €. Diese Instrumente sind im IFRS-Abschluss als Verbindlichkeit auszuweisen und gemäß IAS 39.AG8 zu bewerten. Aufgrund der geringen zu erwartenden Zinsaufwendungen auf diesen Betrag ergibt sich ein Bewertungsgewinn von 363 Mio. €.

Die sonstigen GuV-Positionen lassen sich wie folgt erläutern:

Der Zinsüberschuss wird im Geschäftsjahr 2007/08 mit 450 Mio. € um 223 Mio. € geringer als im Vorjahreszeitraum ausgewiesen (673 Mio. €). Von diesem Rückgang resultieren 90 Mio. € aus der Amortisation eines Ausgleichspostens für aufgelöste Sicherungsbeziehungen (IFRS 1 IG60A) im Zusammenhang mit vorzeitigen Darlehensrückführungen im Zinsergebnis und 50 Mio. € aus dem Segment Portfolio Investments, das nach Ausbruch der Krise nur noch geringe Zinserträge erzielen konnte. Der verbleibende Rückgang von 83 Mio. € resultiert insbesondere aus geringeren Erträgen aus dem Zinsmanagement und aus erhöhten Refinanzierungskosten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft weist mit 255 Mio. € einen höheren Wert als im Vorjahr (240 Mio. €) auf. Zu diesem Anstieg hat insbesondere eine Erhöhung der Risikovorsorge in den Geschäftsfeldern beigetragen, während die Risikovorsorge im Segment Zentrale/Konsolidierung durch den Abbau von Altrisiken zurückgegangen ist.

Der Provisionsüberschuss hat sich leicht auf 55 Mio. € erhöht (52 Mio. € im Vorjahreszeitraum). Das Ergebnis ist im Wesentlichen von den stabilen Provisionserträgen des Segments Strukturierte Finanzierung getragen.

Die Verwaltungsaufwendungen haben um 19,1 % auf 377 Mio. € zugenommen. Während die Personalaufwendungen um 2,5 % leicht rückläufig waren, sind die Anderen Verwaltungsaufwendungen um 49,8 % angewachsen. Letzteres ist vor allem auf den gestiegenen Aufwand – insbesondere Beraterkosten – zur Lösung der krisenhaften Entwicklung bei der IKB zurückzuführen. Der durchschnittliche Bestand an Mitarbeitern lag im Berichtszeitraum bei 1.852 (1.728), per Ende des Geschäftsjahres hatte die IKB 1.839 Mitarbeiter (1.788).

Insgesamt haben die risikoabschirmenden Maßnahmen der KfW und des Bankenpools, die bonitätsinduzierten Fair-Value-Gewinne auf der Passivseite und die Erträge aus der Bewertung nach IAS 39.AG8 von hybriden Verbindlichkeiten und der Besserungsabrede mit der KfW die hohen Wertverluste aus Portfolioinvestments einschließlich der Risiken aus Rhinebridge und Havenrock sogar mehr als ausgeglichen. Der IKB-Konzern weist im Geschäftsjahr 2007/08 letztlich ein Operatives Ergebnis in Höhe von 133 Mio. € aus – gegenüber 115 Mio. € im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

In der Steuerposition wurden aktive Latente Steuern auf Verlustvorträge der Vorjahre abgeschrieben, da sie durch den zu erwartenden Gesellschafterwechsel entfallen. Darüber hinaus wurden passive Latente Steuern auf die bereits dargestellten positiven Ergebniseffekte aus der Bewertung der Verbindlichkeiten gebildet, soweit diese Bewertungseffekte nicht sofort steuerlich wirksame Erträge enthalten und nicht durch steuerliche Verluste innerhalb der nächsten fünf Jahre ausgeglichen werden. Nach Berücksichtigung des Steueraufwandes von 164 Mio. € ergibt sich ein Konzernfehlbetrag von 32 Mio. €.

Für das Ergebnis pro Aktie resultiert ein Wert von –0,36 € (0,43 €). Im Berichtszeitraum wurde eine Wandelanleihe begeben und das Wandlungsrecht ausgeübt. Dadurch erhöhte sich die Anzahl der Aktien von 88,0 Mio. auf 96,8 Mio. Stück.

Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung wurde gegenüber dem geänderten Konzernabschluss zum 31. März 2007 angepasst. Die Einzelheiten dieser Änderungen sind in den Notes zu der Segmentberichterstattung erläutert. Sie betreffen insbesondere das frühere Segment „Verbriefungen“, das deshalb in „Portfolio Investments“ umbenannt wurde, und den Bereich „Zentrale/Konsolidierung“. Die Vergleichswerte wurden entsprechend angepasst.

Die IKB hat im Geschäftsfeld *Firmenkunden*, das die inländische Unternehmensfinanzierung, die Private-Equity-Aktivitäten und das Mobilienleasing umfasst, im Berichtszeitraum 4,6 Mrd. € (Vorjahr: 4,6 Mrd. €) ausgezahlt, davon 3,6 Mrd. € (3,7 Mrd. €) im inländischen Kreditgeschäft. Dabei wurden 171 neue Kunden für die Bank gewonnen (Vorjahr: 285). Dies entspricht in etwa dem Niveau des Geschäftsjahres 2005/06 (190 Neukunden). Die Neugeschäftsmarge im inländischen Kreditgeschäft, gemessen an den durchschnittlichen Refinanzierungskosten der Bank, ist aufgrund des starken Wettbewerbs vor der Finanzmarktkrise und gestiegener Refinanzierungskosten nach Beginn der Krise auf 1,02 % gesunken (Vorjahr: 1,12 %). Die durchschnittliche Bonität des Neugeschäfts konnte nochmals leicht verbessert werden.

Der größte Teil des Neugeschäfts (61 %) entfiel auf Unternehmen mit Umsatzerlösen zwischen 25 Mio. € und 1 Mrd. €. Für Großkunden mit einem Jahresumsatz von mehr als 1 Mrd. € wurden 34 % der Neuzahlungen geleistet. 5 % gingen an Firmen mit Jahresumsätzen unter 25 Mio. €.

Der weitaus größte Anteil der Auszahlungen umfasste langfristige Kredite. Dabei hat die IKB ihre Position als Spezialist für die Vermittlung und Durchleitung langfristiger Kredite aus öffentlichen Förderprogrammen ausgebaut. Im Geschäftsjahr 2007/08 erreichte der Anteil der Förderkredite am inländischen Neukreditgeschäft 47 %. In den Jahren zuvor waren es 43 % (2006/07) bzw. 28 % (2005/06).

Schuldscheindarlehen konnte die IKB in zunehmendem Maße auch für kleinere Unternehmen arrangieren. Es wurden 11 Schuldscheindarlehen mit einem Gesamtvolumen von gut 150 Mio. € begeben.

Die IKB Leasing Gruppe, die national und international im Mobilienleasing tätig ist, konnte ihr Neugeschäftsvolumen im abgelaufenen Geschäftsjahr erstmals auf knapp über 1 Mrd. € steigern. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr (0,8 Mrd. €) von 23 %.

Rund drei Viertel dieses Neugeschäfts entfallen auf Deutschland, wo die IKB Leasing ihre Position im Bereich des Maschinenleasings ausbauen konnte. Parallel dazu wurde die Internationalisierung fortgesetzt. Die IKB Leasing Gruppe ist inzwischen auf 13 Leasinggesellschaften in neun Ländern (Deutschland, Frankreich, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) angewachsen. Nach dem erfolgreichen Aufbau der neuen Tochtergesellschaften in Rumänien und Russland deckt die IKB Leasing jetzt Mittel- und Osteuropa fast vollständig ab.

Die IKB Private Equity Gruppe hat im Berichtszeitraum ein Auszahlungsvolumen von 51 Mio. € erzielt. In Rahmen von Direktbeteiligungen wurden zwei Ne engagements eingegangen. Darüber hinaus wurden zwei Engagements erfolgreich veräußert. Bei Mezzanine-Finanzierungen wurden insgesamt fünf Ne investments platziert. Darüber hinaus hat sich die IKB Private Equity als Investor an der equiNotes-II-Transaktion beteiligt. Bei equiNotes II handelt es sich um ein verbrieftes Portfolio von Mezzanine-Kapital an mittelständische Unternehmen. Die IKB Private Equity verwaltet heute Assets von insgesamt rund 850 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2007/08 erzielte das Segment Firmenkunden ein Operatives Ergebnis in Höhe von 21 Mio. € (93 Mio. €). Bei einem Zinsüberschuss im operativen Geschäft, der mit 233 Mio. € knapp auf

der Höhe des Vorjahres (235 Mio. €) lag, ist das Operative Ergebnis von einem deutlichen Anstieg der Risikovorsorge um 29 Mio. € auf 66 Mio. € im Kreditgeschäft und der im Fair-Value-Ergebnis ausgewiesenen Bewertungsverluste aus einem fehlgeschlagenen Investment im Bereich Private Equity belastet. Das negative Finanzanlageergebnis von 6 Mio. € wurde durch Wertberichtigungen auf von der Private Equity gezeichneten First Loss Pieces aus eigenen Mezzanine-Verbriefungstransaktionen verursacht. Die Private-Equity-Aktivitäten haben dadurch insgesamt mit einem Verlust von 23 Mio. € abgeschlossen (+16 Mio. €). Die Kosten konnten weiter reduziert werden. Im Berichtszeitraum sanken die Verwaltungsaufwendungen auf 141 Mio. € (150 Mio. €). Die Eigenkapitalrendite lag bei 3,1 % (14,4 %); die Kosten-Ertrags-Relation betrug 61,7 % (53,5 %).

Das Geschäftsfeld *Immobilienkunden*, in dem die nationale und internationale Immobilienfinanzierung abgebildet wird, konnte das Neugeschäftsvolumen im Geschäftsjahr 2007/08 auf 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,3 Mrd. €) steigern. Dabei hat sich die Bank bewusst auf die Begleitung von Bestandskunden beschränkt. Auf Vorjahresniveau (0,3 Mrd. €) bewegten sich die internationalen Finanzierungsaktivitäten, deren Neugeschäft angesichts der besonderen Situation der IKB nicht wie ursprünglich geplant aktiv forciert, sondern zunächst begrenzt wurde. Die Neugeschäftsmarge sank durch erhöhte Refinanzierungskosten auf 1,07 % (1,32 %).

Die Bank hat sich wie in den Vorjahren auf die Finanzierung von drittverwendungsfähigen Immobilienprojekten mit guter Bonität konzentriert. Einen wichtigen Branchenschwerpunkt neben den Büroimmobilien bildeten innerstädtische Einkaufszentren, die zunehmend in den Fokus von Kommunen und Projektentwicklern gerückt sind. Weiterhin dynamisch entwickelte sich aber auch das Segment der Logistikimmobilien. Die IKB konnte hier einige anspruchsvolle Projekte in den Bereichen Frachtumschlag und Kontraktlogistik begleiten.

Darüber hinaus befanden sich zum Bilanzstichtag insgesamt 18 Joint Ventures in der Umsetzung, in denen die IKB gemeinsam mit mittelständischen Projektentwicklern komplexe Vorhaben realisiert.

Das Segment Immobilienkunden hat ein Operatives Ergebnis von 11 Mio. € erzielt (Vorjahr: 23 Mio. €). Der Zinsüberschuss lag mit 62 Mio. € unter dem vergleichbaren Vorjahreswert (67 Mio. €). Der Rückgang betrifft fast ausschließlich Erträge aus Bearbeitungsgebühren und Vorfälligkeitsentschädigungen, während das reine Zinsergebnis nahezu unverändert war. Die Risikovorsorge hat sich um 8 Mio. € auf 23 Mio. € erhöht. Die Eigenkapitalrendite des Geschäftsfeldes betrug 5,1 % (11,4 %), die Kosten-Ertrags-Relation 55,3 % (51,8 %).

Im Segment *Strukturierte Finanzierung*, d. h. in der Akquisitions- und Projektfinanzierung sowie der Exportfinanzierung, wurde im Geschäftsjahr 2007/08 ein Neugeschäftsvolumen von 3,8 Mrd. € erzielt (Vorjahr: 5,3 Mrd. €). In dem Rückgang spiegelt sich die aktuelle Schwäche des LBO-Marktes – nach dem Rekordjahr 2006 – deutlich wider. Aufgrund der Fokussierung der IKB auf die weniger stark betroffenen Mid-Cap-Transaktionen lagen die Neuauszahlungen allerdings immer noch über dem Niveau von 2005/06 (3,5 Mrd. €). Darüber hinaus konnte die Neugeschäftsmarge auf 2,09 % gesteigert werden (Vorjahr: 2,01 %).

Etwa die Hälfte des Neugeschäfts wurde mit Akquisitionsfinanzierungen aus den verschiedenen Niederlassungen (Frankfurt, London, Madrid, Mailand und Paris) heraus sowie der Tochtergesellschaft IKB Capital Corporation in New York erzielt. Die IKB hat dabei im europäischen Mid-Cap-Markt eine Vielzahl von Lead-Arranger-Mandaten erhalten.

Die IKB begleitet die eigenen Akquisitionsfinanzierungen systematisch durch ein aktives Portfolio-Management, d. h. auch durch eine konsequente Anwendung ihrer Vertriebsstrategie. Im April 2007 hat die IKB im Rahmen der Transaktion „Bacchus 2007-1“ ein Volumen von 450 Mio. € platziert. Dieses Portfolio besteht aus über 80 Mid-Cap-Akquisitionsfinanzierungen und stieß aufgrund der hohen Diversifikation auf großes Interesse der Investoren.

Im Rahmen der Projektfinanzierung arrangiert und strukturiert die IKB die Finanzierung für nationale und internationale Projekte. Diese Aktivitäten umfassten rund die Hälfte des Neugeschäfts im Segment Strukturierte Finanzierung. Darüber hinaus finanziert die Bank Kapitalgüterexporte (Export Credit Agency ECA-gedekte Exportfinanzierungen) und begleitet mittelständische Unternehmen, die im Zuge ihrer Internationalisierungsstrategie neue oder weitere Produktionskapazitäten in anderen Ländern aufbauen.

Das Geschäftsfeld Strukturierte Finanzierung weist ein negatives Operatives Ergebnis von –3 Mio. € (91 Mio. €) aus. Trotz der leicht gestiegenen Marge im Neugeschäft ging aufgrund eines Kreditvolumenrückgangs – auch durch Verkäufe von Aktiva – in Höhe von rd. 0,5 Mrd. € und erhöhter Refinanzierungskosten für den Bestand der Zinsüberschuss um 17,9 % auf 125 Mio. € zurück. Hier hat sich auch ein negativer Einmaleffekt von 5 Mio. € aus einer geänderten Zinsabgrenzung ausgewirkt. Der Provisionsüberschuss konnte trotz des geringeren Neugeschäftsvolumens konstant gehalten werden, da sich im Geschäftsjahr die Provisionen pro Transaktion erhöht haben und auch die Provisionen aus Verbriefungen sich stabil entwickelten.

Die Risikovorsorge stieg um 28 Mio. € auf 63 Mio. € (35 Mio. € im Vorjahr), bedingt durch zusätzliche Einzelwertberichtigungen einzelner Akquisitionsfinanzierungen und per saldo erhöhte Portfoliowertberichtigungen. Bei Finanzanlagen wurden entsprechend der allgemeinen Marktentwicklung, die zu einer deutlichen Ausweitung der Spreads, gerade für nachrangige Tranchen, geführt hat, Wertberichtigungen in Höhe von 34 Mio. € auf die selbst gehaltenen First Loss Pieces aus eigenen Verbriefungstransaktionen gebildet. Aufgrund weiterer Personal- und Sachinvestitionen an den europäischen IKB-Auslandstandorten erhöhten sich die Verwaltungsaufwendungen auf 69 Mio. € (66 Mio. €).

Die Eigenkapitalrendite im Geschäftsfeld betrug $-0,9\%$ (26,1 %), die Cost-Income Ratio belief sich auf 53,5 % (34,3 %).

Aus dem früheren Segment Verbriefungen wurden die Verbriefungen eigener Aktiva in die Spalte Zentrale/Konsolidierung ausgegliedert und das Segment deshalb in *Portfolio Investments* umbenannt. Das Segment weist ein Operatives Ergebnis von -1.679 Mio. € (Vorjahr: 11 Mio. €) auf und spiegelt damit insbesondere Verluste der IKB infolge der Kreditkrise wider.

Im Einzelnen sanken das Fair-Value-Ergebnis auf -3.241 Mio. € und das Ergebnis aus Finanzanlagen auf -904 Mio. €. Dem gegenüber stand ein positives Ergebnis aus Risikoübernahme durch die KfW mit Unterstützung der Bankenverbände in Höhe von 2.401 Mio. €.

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen aufgrund von Projektkosten und Kosten für die Risikoabschirmung auf 43 Mio. € (27 Mio. €).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme lag am 31. März 2008 mit 50,2 Mrd. € um 13,2 Mrd. € bzw. 20,9 % unter der am Bilanzstichtag 31. März 2007. Dies liegt im Wesentlichen darin begründet, dass Rhineland Funding mit einem Bilanzvolumen von 11,6 Mrd. € (31. März 2007) entkonsolidiert wurde, nachdem die KfW zum 30. Juli 2007 in die von der IKB an Rhineland Funding gewährten Liquiditätslinien eingetreten ist.

Die Forderungen an Kunden verringerten sich im Vergleich zum 31. März 2007 um 0,8 Mrd. € auf 28,9 Mrd. €. Der Rückgang ist insbesondere auf das verringerte Neugeschäft und Verkäufe im Segment Strukturierte Finanzierungen zurückzuführen.

Die Forderungen an Kreditinstitute waren um 1,6 Mrd. € auf 2,9 Mrd. € rückläufig, weil die IKB die Anlagen am Interbankenmarkt im Verlauf der Krise deutlich reduzierte.

Der Bestand an Risikovorsorge im Kreditgeschäft verminderte sich um 0,2 Mrd. € auf 0,9 Mrd. € durch Inanspruchnahmen und Auflösungen bzw. endgültige Abschreibungen in Höhe von 0,6 Mrd. € gegenüber Zuführungen von 0,4 Mrd. €.

Der Bestand der Handelsaktiva erhöhte sich um 1,4 Mrd. € auf 3,6 Mrd. €. Einerseits stiegen die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 2,9 Mrd. € an; dies ist im Wesentlichen auf den Wertanstieg der mit Kreditversicherern abgeschlossenen Kreditderivate der Havenrock-Gesellschaften zurückzuführen (zur wirtschaftlichen Gegenposition siehe Handelspassiva). Andererseits reduzierten sich die Handelsaktiva, weil Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Volumen von 1,2 Mrd. € nach Abschluss des Aufbaus des Rhinebridge-Portfolios in den Finanzanlagen ausgewiesen werden.

Die Finanzanlagen sanken – insbesondere bedingt durch die eingangs erläuterte Entkonsolidierung von Rhineland Funding sowie Abschreibungen auf Portfolioinvestments – um 14,4 Mrd. € auf 12,8 Mrd. €.

In den Sonstigen Aktiva wurden die Forderungen gegenüber der KfW aus der Risikoabsicherung in Höhe von 1,8 Mrd. € aktiviert und prägten damit wesentlich den Anstieg der Sonstigen Aktiva auf 2,1 Mrd. €.

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 3,5 Mrd. € auf 17,4 Mrd. €. Dabei nahmen die täglich fälligen Verbindlichkeiten, d. h. die Aufnahme von kurzfristigen Geldern am Interbankenmarkt, um 1,2 Mrd. € auf 0,1 Mrd. € ab. In diesem Rückgang spiegelt sich die schwierige Situation am Geldmarkt zwischen Banken deutlich wider. Die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist stiegen auf 17,3 Mrd. € (12,6 Mrd. €). Dieser Anstieg erklärt sich insbesondere aus verstärkter Mittelaufnahme bei der EZB und anderen Banken auf besicherter Basis sowie einer höheren Einzelrefinanzierung im Rahmen von Förderprogrammen bei der KfW und anderen Förderinstituten.

Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ergab sich, insbesondere aufgrund einer verstärkten Aufnahme von Schuldscheindarlehen, eine Zunahme um 1,5 Mrd. € auf 5,8 Mrd. €.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten waren hingegen stark rückläufig (–21,4 Mrd. € auf 18,2 Mrd. €). Dieser Rückgang erklärt sich im Wesentlichen aus der Entkonsolidierung von Rhineland Funding, deren Commercial Paper im Vorjahr hier ausgewiesen waren, der Entwicklung eigener Emissionen und der bonitätsinduzierten Wertminderungen der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente. Die Emission von eigenen Schuldverschreibungen war krisenbedingt nur sehr eingeschränkt möglich. Einem

Emissionsvolumen von 1,8 Mrd. € standen Tilgungen in Höhe von 10,2 Mrd. € und vorzeitige Rücknahmen von 1,0 Mrd. € gegenüber.

Die Handelspassiva stiegen um 4,2 Mrd. € auf 5,4 Mrd. € deutlich an. Ursächlich hierfür waren insbesondere die Sicherungsgeberpositionen bei den Havenrock-Gesellschaften.

Das Nachrangkapital war infolge von bonitätsinduzierten Wertminderungen bei den zum Fair Value bewerteten Nachrangigen Verbindlichkeiten, dem Genussrechtskapital und den Stillen Einlagen sowie Bewertungsabschlägen der nicht zum Fair Value bewerteten Instrumente gemäß IAS 39.AG8 um insgesamt 1,3 Mrd. € auf 1,8 Mrd. € rückläufig, während das Eigenkapital nahezu unverändert mit 1,2 Mrd. € ausgewiesen wird.

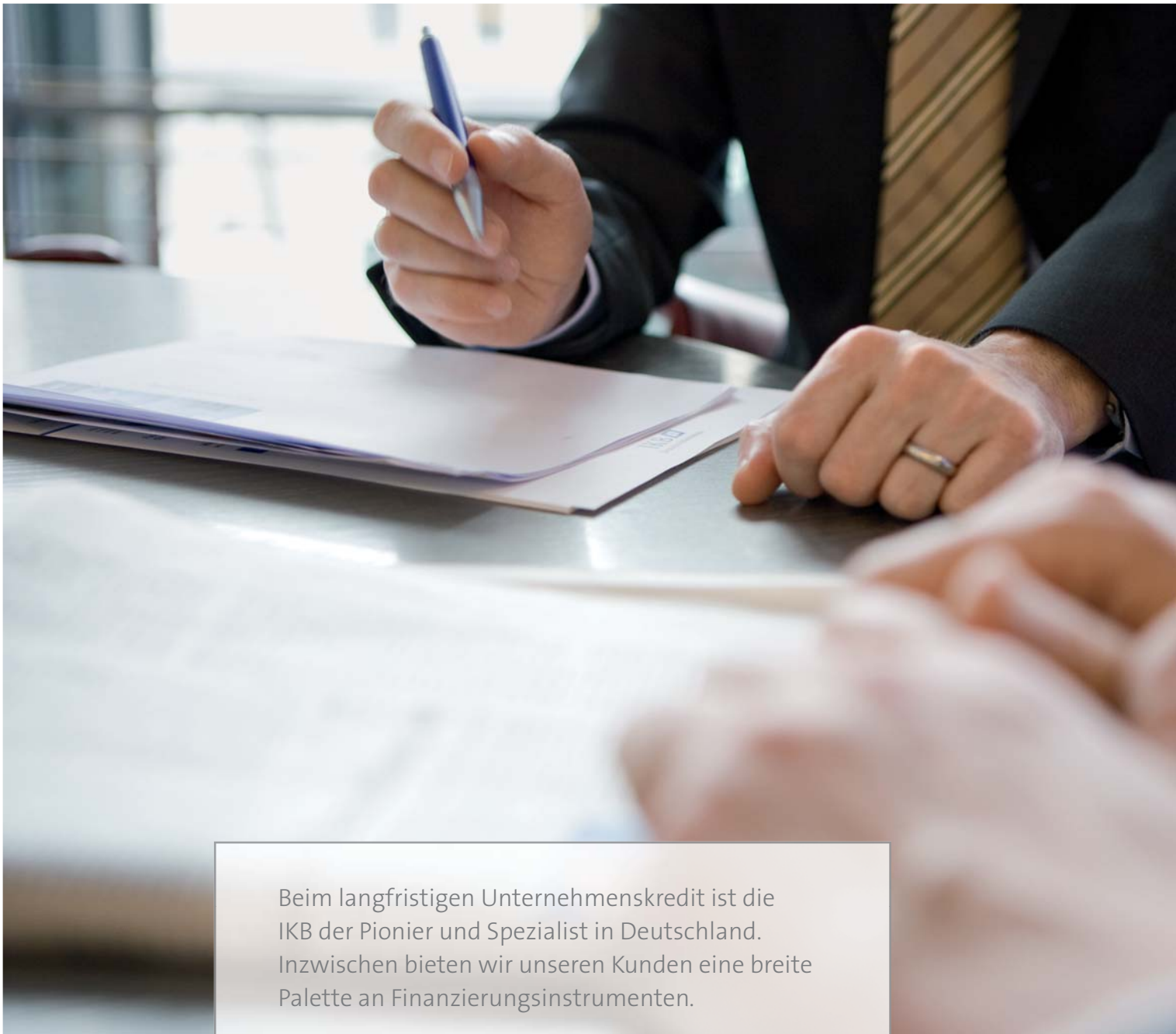
Zum 31. März 2008 hatte die IKB keine eigenen Aktien im Bestand.

Finanzlage

Die Liquiditätslage der IKB zum 31. März 2008 war angespannt. Geldaufnahme war am Geld- und Kapitalmarkt nahezu ausschließlich kurzfristig und in besicherter Form möglich. Zur weiteren Entwicklung verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht.

Gesamtaussage

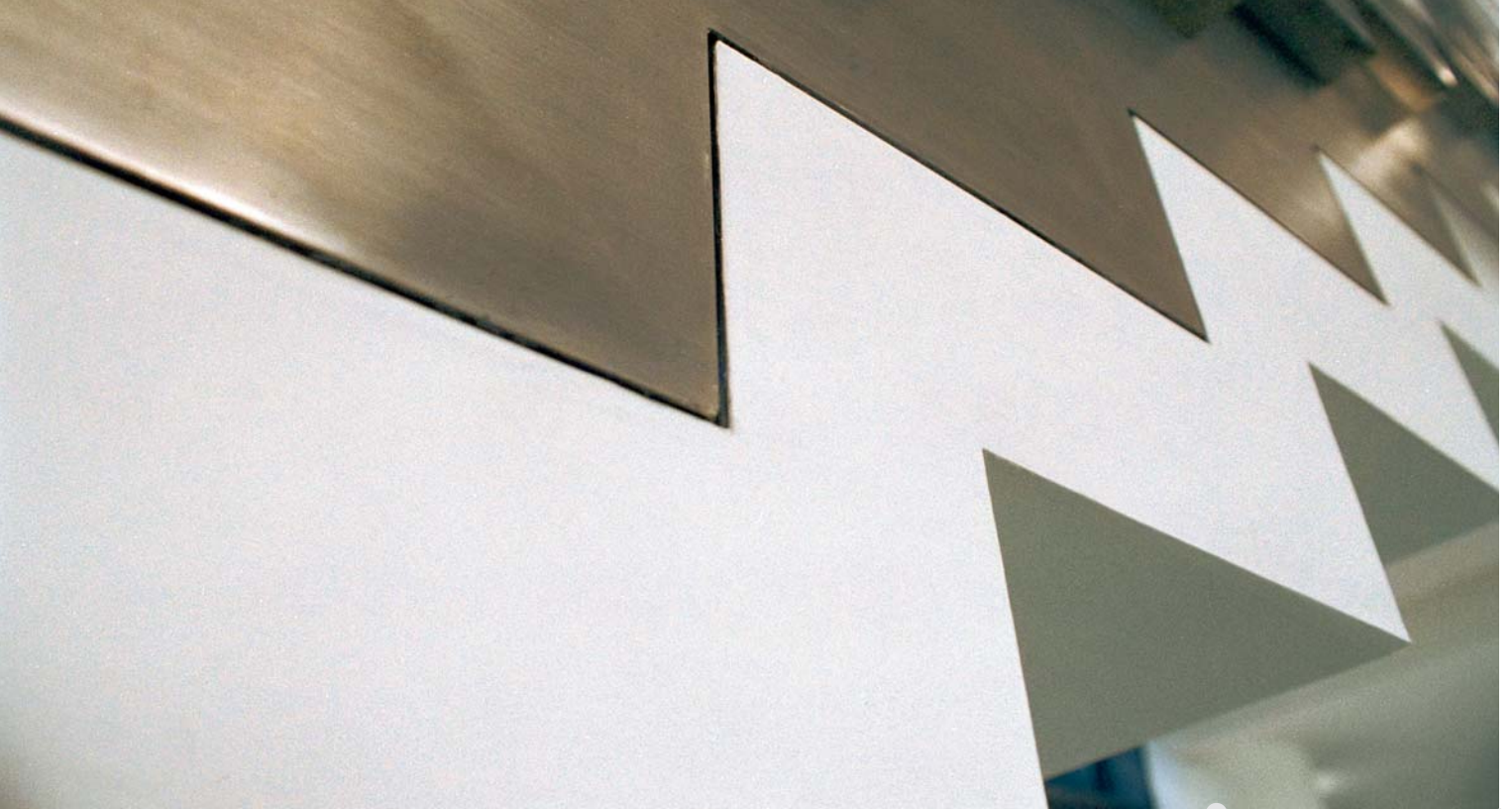
Insgesamt sind die Geschäftsentwicklung und die Lage im Berichtszeitraum sehr stark durch die Krise geprägt, in die die Bank Ende Juli 2007 geriet. Letztlich konnte der Fortbestand der IKB nur durch ein umfangreiches Rettungspaket der KfW mit Unterstützung der Bankenverbände gesichert werden.



Beim langfristigen Unternehmenskredit ist die IKB der Pionier und Spezialist in Deutschland. Inzwischen bieten wir unseren Kunden eine breite Palette an Finanzierungsinstrumenten.

Engagiert und immer die Ziele des Kunden im Blick, eröffnen wir ihnen vielfältige Finanzierungswege, zum Beispiel Leasing von Mobilien und Immobilien, zinsgünstige Förderdarlehen oder variable Finanzierungen.

Wir wissen, wie man gute unternehmerische Ideen fördert. Und schaffen unseren Kunden den erforderlichen Spielraum für ihren Erfolg.



engagiert

4. Risikobericht

Risikomanagement-Organisation

Die Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortungsbereiche ist in einem Risikomanagement-Regelwerk dokumentiert, das unter Berücksichtigung gesetzlicher Anforderungen, der Geschäftsstrategie und der Risikostrategien sowie spezifischer Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagements der IKB festlegt.

Aufsichtsrat. Der Vorstand unterrichtet den Aufsichtsrat in seinen Sitzungen regelmäßig und detailliert über die Risikolage, die Geschäfts- und Risikostrategien und das Risikomanagement der Bank.

Vorstand. Für das IKB-Risikomanagement zeichnet der Vorstand verantwortlich. Ausgehend von der Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeit, legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in den Risikostrategien der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen, des Risikomanagements.

Die Ressortverantwortung für die Marktfolgefunktionen im Kreditgeschäft, insbesondere die einzelgeschäftsbezogene Risikoüberwachung, die Intensivbetreuung sowie die Problemkreditbearbeitung, für das portfoliobezogene Kreditrisikocontrolling, das Marktpreisrisikocontrolling, die Risikoüberwachung operationeller Risiken sowie das Compliancerisiko liegt beim Risikovorstand. Die Überwachung der Ergebnissteuerung und der Kapitalausstattung untersteht dem Finanzvorstand. Das Management der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken sowie der wesentlichen Rechtsrisiken liegt im Verantwortungsbereich des Vorstands.

Risiko-Ausschüsse. Spezifische Ausschüsse zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen unterstützen den Vorstand bei der Risiko- steuerung und der Entscheidungsfindung. Der bedeutendste davon ist der zum Ende des Geschäftsjahres 2007/08 neu geschaffene Risiko- & Kapital-Ausschuss, der die Planung des Risikoprofils und der Kapitalbasis, die laufende Überwachung der Kapitalkapazität sowie die Optimierung der Refinanzierung zur Aufgabe hat. Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Vorstandes sowie den Bereichsleitungen Volkswirtschaft, Kreditrisikomanagement & -controlling, Marktpreisrisikocontrolling und Treasury zusammen. Der Risikovorstand ist Vorsitzender und der Finanzvorstand stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses.

Der Risiko- & Kapital-Ausschuss wird in einzelnen Sachverhalten durch Unterausschüsse unterstützt. Diese Ausschüsse setzen sich wiederum aus Mitgliedern des Vorstandes sowie Vertretern der operativen Geschäftsfelder und Vertretern der zuständigen Zentralbereiche zusammen.

Kreditrisikoüberwachung. Mit Beginn des Geschäftsjahres 2008/09 wurden die Aufgabengebiete der einzelgeschäfts- sowie der portfoliobezogenen Kreditrisikoüberwachung im Bereich Kreditrisikomanagement & -controlling zusammengeführt, um die Funktionen der Risikoanalyse und der Risiko- berichterstattung auch unter Einbeziehung von Portfolioaspekten inhaltlich zusammenzuführen und unter eine einheitliche Leitung zu stellen. Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs Kreditrisikomanagement & -controlling zählen neben Entwicklung und Überwachung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft vor allem die marktunabhängig durchzuführenden Aufgaben des Kreditgenehmigungsprozesses. Zu den weiteren wesentlichen

Aufgaben zählen die Mitwirkung bei der Kreditportfoliosteuerung und die Betreuung und Weiterentwicklung der eingesetzten Ratingsysteme.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfolgt in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement & -controlling. Ebenfalls in gesonderten Einheiten liegen die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung der Kreditrisiken auf Portfolioebene ebenso wie die Validierung der für die Risikoquantifizierung und die Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle.

Marktpreisrisiko- und Liquiditätsüberwachung. Eine der beiden Hauptaufgaben des Bereichs Marktpreisrisikocontrolling & Operations sind die tägliche Berechnung und Analyse der Marktpreisrisiken im Anlage- und Handelsbuch, die Überwachung der vom Vorstand vorgegebenen Limite und die Berichterstattung über die Marktpreisrisikopositionen. Darüber hinaus erfolgen die Überprüfung und die Weiterentwicklung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren sowie die laufende Überwachung und Berichterstattung in Bezug auf das Liquiditätsrisiko durch den Bereich Marktpreisrisikocontrolling & Operations.

Überwachung der Ergebnisentwicklung und Kapitalausstattung. Das Ergebniscontrolling erstellt monatliche Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen, in denen Abweichungen der Ertrags- und Vermögenslage von den Planwerten identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher.

Dem Kapitalcontrolling obliegt die integrierte Kapitalplanung innerhalb der IKB-Gruppe unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte.

Operational Risk Management. Die konzernweite Überwachung des operationellen Risikos obliegt dem Operational Risk Management. Hierzu gehört neben der Identifikation, Analyse und Berichterstattung auch die Festlegung der Methoden zur Messung des operationellen Risikos im IKB-Konzern. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern, Tochtergesellschaften und Zentralbereichen.

Revision. Die Konzernrevision ist als prozessunabhängiger Teil des Risikomanagement-Systems und der Internen Kontrollverfahren nach Maßgabe der MaRisk organisiert. Sie arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz und berichtet unmittelbar an den Vorstandsvorsitzenden. Auf Basis prozessorientierter Prüfungen werden konzernweit grundsätzlich sämtliche Aktivitäten und Prozesse untersucht. Dabei erfolgt die Schwerpunktsetzung auf den besonders risikosensitiven, qualitativen Prozessen, den quantitativen Methoden sowie den EDV-technischen Abläufen des Kredit- und Handelsgeschäftes. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den einzelfallbezogenen Kreditprüfungen. Über die Prüfungsergebnisse wird der Vorstand laufend unterrichtet. In dem Jahresbericht informiert die Revision den Vorstand in zusammenfassender Form über die wesentlichen und schwerwiegenden Revisionsfeststellungen und deren Abarbeitungsstände. Der für die Revision zuständige Vorstand unterrichtet wiederum den Aufsichtsrat mindestens einmal jährlich über die aktuellen Entwicklungen und Ergebnisse.

Risikotragfähigkeit und Regulatorisches Kapital

Risikotragfähigkeit. Basis der Risikosteuerung sind die Risikotragfähigkeit und der Einsatz der Kapitalressourcen mit dem Ziel einer adäquaten Risiko/Rendite-Relation. Zur Überwachung der Risikotragfähigkeit wird neben der Überwachung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalausstattung bzw. angestrebter Kennziffern für die regulatorische Kapitalausstattung auch die verfügbare Risikodeckungsmasse dem nach betriebswirtschaftlichen Methoden gemessenen Gesamtbankrisiko gegenübergestellt. Die Risikodeckungsmasse setzt sich im Wesentlichen aus dem Eigenkapital einschließlich Stiller Einlagen, Genussrechten und Nachrangigen Verbindlichkeiten, nicht realisierten Bewertungspositionen sowie dem Operativen Ergebnis vor Ertragssteuern zusammen.

Als eine wesentliche Erkenntnis aus der Krise wurde das bisherige Risikotragfähigkeitskonzept überarbeitet. Zum einen wird die Risikoquantifizierung auf Basis gestresster Parameter in Zukunft um makroökonomische Stressszenarien erweitert, die die

Auswirkungen auf die Risikoposition der Bank im Hinblick auf für möglich gehaltene gesamtwirtschaftliche Entwicklungen aufzeigen. Zum anderen wird die bisherige Risikobegrenzung, die aus Sicht eines nicht nachrangigen Fremdkapitalgebers getroffen wurde, zukünftig um Analysen zur langfristigen Bestandssicherung ergänzt, die wesentlich engere Grenzen im Hinblick auf die zur Abdeckung des ökonomischen Kapitalbedarfs vorhandene Risikodeckungsmasse setzt.

Regulatorisches Kapital. Die Bank ermittelt das regulatorische Kapital für das Kreditrisiko nach dem Kreditrisikostandardansatz, für das operationelle Risiko nach dem Basisindikatoransatz und das Marktpreisrisiko nach Standardmethoden (Zinsrisiken: Jahresbandmethode, Optionsrisiken: Delta-Plus-Methode).

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten:

Institutsguppe (§ 10a KWG)

Regulatorischer Kapitalbedarf	zum 31.3.2008 in Mio. €	zum 31.3.2007 in Mio. €	zum 31.3.2006 in Mio. €
Risikoaktiva	30 269	32 747	30 634
Marktrisikoäquivalent ¹⁾	795	750	463
Operationelles Risiko	1 330	0	0
Risikoposition	32 394	33 497	31 097
Kernkapital (TIER I)	1 941	2 435	2 421
Ergänzungskapital (TIER II)	1 191	1 726	1 793
Dritttrangmittel	45	9	0
Abzugsposition ²⁾	-18	-88	-71
Eigenmittel	3 159	4 082	4 143
Kernkapitalquote in %	6,0	7,1	7,7
Gesamtkennziffer in %	9,8	12,2	13,3

¹⁾ Der Anstieg von 2006 auf 2007 ist durch die Erhöhung der offenen Währungspositionen bei ausländischen Tochtergesellschaften begründet.

²⁾ In den Abzugspositionen per 31. März 2007 befanden sich First Loss Pieces auf Verbriefungstransaktionen, die unter der neuen SolvV bei den Risikoaktiva mit einem Risikogewicht von 1 250 % berücksichtigt werden.

Mit 6,0 % liegt die gemeldete Kernkapitalquote auf Gruppenebene über der regulatorischen Mindest-Kernkapitalquote von 4,0 %. Die gemeldete Gesamtkennziffer liegt auf Gruppenebene mit 9,8 % ebenfalls über der regulatorischen Mindest-Gesamtkennziffer von 8,0 %. Aufgrund der Anderen Zuzahlungen in die Kapitalrücklage durch die KfW und unter Berücksichtigung der Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geht der Vorstand davon aus, dass die Mindestanforderungen auch in Zukunft eingehalten werden können.

Ökonomisches Kapital. Berechnet wird das ökonomische Kapital auf Konzernebene für das Kreditrisiko, für das Marktpreisrisiko sowie das allgemeine Geschäftsrisiko mittels bankeigener Modelle. Das operationelle Risiko wird nach einem bankaufsichtlich vorgegebenen vereinfachten Verfahren (Basisindikatoransatz) berechnet. Die Liquiditätsrisiken und strategischen Risiken unterliegen ebenfalls einer laufenden Überwachung, jedoch keiner Steuerung über Risikokapital, da derartige Risiken (z. B. mangelnde Liquidität) nicht durch höheres Kapital aufgefangen werden können. Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt über eine separate Limitierung der Salden der Liquiditätsablaufbilanz. Diese zeigt den prognostizierten Liquiditätsbedarf der Bank

aus den Abläufen des Bestandsgeschäfts sowie die vorzunehmenden Steuerungsmaßnahmen an.

Das durch die einzelnen Risikoarten gebundene ökonomische Kapital wird sowohl im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses als auch im Rahmen der kontinuierlichen Limitüberwachung und Berichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat berücksichtigt.

Aufgrund des weiteren Wertverfalls der Portfolioinvestments nach dem 30. September 2007 und der damit verbundenen Reduktion der Risikodeckungsmasse war die Risikotragfähigkeit nicht mehr gegeben. Die Durchführung der Kapitalerhöhung ist die Basis dafür, dass die Risikotragfähigkeit wieder gewährleistet werden kann.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Anteile des gebundenen ökonomischen Kapitals für die nicht mit Portfolioinvestments verbundenen Risikoarten auf Basis gestresster Parameter (insbesondere höherer Ausfallwahrscheinlichkeiten, Verlusterwartungen und Korrelationsannahmen). Zu Vergleichszwecken wurden die auf Basis von ungestressten Parametern ermittelten und zum 31. März 2007 veröffentlichten Werte ergänzt.

Ökonomisches Kapital	31.3.2008		31.3.2007			
	Gestresste Parameter		Gestresste Parameter		Ungestresste Parameter	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Adressenausfallrisiko*	1 206	67	1 573	72	473	62
Marktpreisrisiko*	169	9	274	13	108	14
Operationelles Risiko	277	15	246	11	82	11
Geschäftsrisiko	156	9	94	4	94	13
Summe	1 808	100	2 187	100	757	100

* ohne Portfolioinvestments

Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ist das ökonomische Kapital für das Kreditrisiko trotz leicht gestiegenem Kreditvolumen von 1,57 Mrd. € auf 1,2 Mrd. € zurückgegangen. Dies resultiert vor allem aus der Ausplatzierung von Kreditrisiken und der verbesserten Bonitätsstruktur. Gleichzeitig wurde durch entsprechende Maßnahmen das Marktpreisrisiko kontinuierlich auch unter Hinnahme von Veräußerungsverlusten reduziert. Der Anstieg des Geschäftsrisikos auf 156 Mio. € resultiert aus dem gestiegenen Risiko infolge der Krise. Dies gilt auch für das operationelle Risiko.

Aufgrund der krisenhaften Ausweitung der Spreads für Portfolioinvestments im Jahr 2007 und 2008 wird das Risiko der Portfolioinvestments über eine Szenario-Analyse abgebildet, wobei aufgrund der geringen Steuerbarkeit dieser Investments im Vergleich zu anderen Investment-Klassen (geringe Marktliquidität, geringe Transparenz, schlechte Sicherungsmöglichkeiten) kein explizites Limit für die Bonitäts- und Spreadrisiken gesetzt ist. Stattdessen wird im Rahmen der Überwachung der Risikotragfähigkeit das gemessene Risiko von der Risikodeckungsmasse abgezogen. Im Ergebnis verbleibt dann für die anderen Risikokategorien, die per Limit gesteuert werden, eine geringere Deckungsmasse. Diese Verfahren werden erstmalig für den 31. Dezember 2007 eingesetzt. Damit sollen alle Aspekte des Bonitäts- und Ausfallrisikos (einschließlich Spread- und Migrationsrisiko) abgedeckt werden. Der auf diesem Weg ermittelte ökonomische Kapitalbedarf der Portfolioinvestments betrug per 31. März 2008 858 Mio. € (davon 65 Mio. € für CDOs of ABS, 554 Mio. € für CDOs of Corporates und 239 Mio. € für ABS Bonds).

Adressenausfallrisiken

Die IKB unterscheidet beim Adressenausfallrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die vertragskonforme Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt.

Das Kontrahentenrisiko umfasst bei der IKB neben dem Wiedereindeckungsrisiko im Zusammenhang mit Zins- und Fremdwährungsderivaten, das sich bei Ausfall des Vertragspartners ergeben kann, auch das Emittentenrisiko und das Erfüllungsrisiko. Das Emittentenrisiko spiegelt den potenziellen Verlust beim Ausfall des Emittenten eines von der IKB gehaltenen Wertpapiers wider, während das Erfüllungsrisiko das Risiko eines Nichtleistens des Kontrahenten nach Vorleistung der IKB im Rahmen des Settlementprozesses darstellt. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Kreditgeschäftes als Kerngeschäft der Bank steht das Kreditrisiko im Mittelpunkt der Betrachtung.

Ausgangspunkt für den Risikomanagement-Prozess im Kreditgeschäft ist der Planungsprozess. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit sowie Wachstums- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die abgeleiteten Zielgrößen umfassen somit nicht nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch den Risikovororgebedarf. Mit den „Leitlinien zum Management von Einzelkreditrisiken“ wird nachhaltiger Einfluss auf das Neugeschäft und die Bestandsbetreuung und damit auf die Portfoliostruktur genommen. Dazu gehören auch die Limitierung und das Setzen von Benchmarks von Geschäfts- und Produktarten, Branchen- und Auslandsanteilen sowie Einzel- und Unternehmensgruppenadressen.

Kreditrisikostategie. Die Kreditrisikostategie setzt den Rahmen für die mittelfristige Ausrichtung des Kreditgeschäftes der IKB. Eine besondere Rolle spielt hierbei das Wachstum bei den unterschiedlichen Zielgruppen und Produkten, wobei die Begrenzung von Konzentrations- und Klumpenrisiken sowie die Portfoliosteuerung einen hohen Stellenwert einnehmen. Die in der Kreditrisikostategie vorgegebenen Ziele werden durch „Leitlinien zum Management von Einzelkreditrisiken“ sowie „Leitlinien zum Management von Portfoliorisiken“ operationalisiert.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagement-überwachung. Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses (Kreditanalyse, Votum, Intensivbetreuung, Problemerkreditbearbeitung) werden durch den Bereich Kreditrisikomanagement & -controlling durchgeführt und damit – wie aufsichtsrechtlich gefordert - von den Marktfunktionen (Akquisition und Geschäftsinitiierung) getrennt.

Alle Kreditentscheidungen – mit Ausnahme von Bagatellentscheidungen bei bereits bestehenden Kreditengagements – werden im Rahmen der Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements, der Bonität des Kreditnehmers, der Besicherung, der Laufzeit und nicht zuletzt der bestehenden und geplanten Portfoliostruktur entweder zentral durch Kompetenzträger innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement & -controlling oder durch den Vorstand getroffen. Dabei ist das Vier-Augen-Prinzip stets gewahrt. Auch die danach folgende Kreditumsetzung und Vertragsabwicklung findet durch die vom Markt unabhängig agierenden Mitarbeiter des Bereiches Vertragsrecht statt.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die alle für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert. In diesem Zusammenhang wird zur Portfoliosteuerung im Entscheidungsprozess sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch Engagementebene ein eigenentwickeltes Instrument – der „Portfolio Adviser“ – eingesetzt. Aus Kundenbonität und transaktions-spezifischen Merkmalen wie Laufzeit und Besicherung sowie portfoliobezogenen Kennzahlen werden verschiedene Risikofaktoren ermittelt, um bereits bei der Neugeschäftsakquisition wichtige Impulse im Rahmen der Portfoliosteuerung zu setzen. Gleichzeitig wird hoher Wert auf die Mobilität – also die Ausplatzierbarkeit – von Krediten gelegt, da die

synthetische Verbriefung von Kreditforderungen eine wichtige Rolle bei der Portfoliosteuerung spielt.

Bestehende Kreditengagements werden grundsätzlich alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren analog zu den Neukreditentscheidungen überprüft. Darüber hinaus werden im Rahmen von Jahresgesprächen zwischen dem Kreditrisikomanagement und den Geschäftsfeldern die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet.

Neuinvestitionen bei Portfolioinvestments werden seit Ausbruch der Krise nicht mehr getätigt. Die bestehenden Investments werden durch den Bereich Kreditrisikomanagement & -controlling intensiv überwacht.

Ratingprozess und Ratingverfahren. Zentrales Element des gesamten Kreditprozesses ist die Bonitätsbeurteilung der Kunden und Investments. Die Auswahl der Geschäftspartner und Investments wird durch Anforderungen an die Bonität und die Besicherung der Engagements in den Kreditleitlinien operationalisiert.

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über EDV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Ratingverfahren. Im Ergebnis werden bei jedem Verfahren die jeweils modellspezifischen Risikoparameter zusammengeführt und damit jedem Kunden eine Bonitätsklasse innerhalb einer 11-stufigen internen Skala von 1,0 (bestes Rating) in 0,5er Schritten bis 6,0 zugewiesen. Den einzelnen Bonitätsstufen werden auf Basis der Analyse historischer Ausfälle sowie konjunktureller Erwartungen Ausfallwahrscheinlichkeiten zugewiesen.

Unternehmensfinanzierungen. Bei Unternehmensfinanzierungen setzt die Gesellschaft das „IKB-Mittelstandsrating“ ein, das zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation des Kreditnehmers auf Basis finanzwirtschaftlicher Kennziffern ein mathematisch-statistisches Verfahren einsetzt. Die Beurteilung der individuellen Kunden- und Branchenmerkmale (qualitative Faktoren) erfolgt auf Basis eines Expertensystems.

Projekt- und Spezialfinanzierungen. Den Besonderheiten der Projekt- und Spezialfinanzierungen wird durch spezielle Ratingverfahren Rechnung getragen. Da hier Höhe und Nachhaltigkeit des Cash-Flows zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen im Mittelpunkt stehen, setzt die IKB Modelle ein, die durch unterschiedliche Szenarien und Simulationen eine Aussage über die Schuldendienstfähigkeit ermöglichen. Ergänzt wird diese quantitative Beurteilung durch zusätzliche qualitative Berücksichtigung von Sponsoren, Betreibern, Absatz- und Beschaffungsmärkten sowie Transaktionsspezifika. Für Akquisitionsfinanzierungen setzt die Bank ein auf Basis des „IKB-Mittelstandsratings“ weiterentwickeltes Ratingverfahren ein.

Immobilienfinanzierung. Das im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung eingesetzte Immobilien-Rating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Hierzu zählen nicht nur detaillierte Informationen zur Lage und Beschaffenheit des Objekts, sondern auch Informationen zur Mieterstruktur und -bonität, zur Kapitaldienstfähigkeit des Objekts aus dem erwirtschafteten Cash-Flow sowie zur individuellen Bonitätsbeurteilung des Investors im Hinblick auf Vermögen und Liquidität.

Länderrisiken. Die Bestimmung der Länderbonität erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seine Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesell-

schaftlichen Situation des Landes. Als Quellen dienen internationale Datenbanken, Länderberichte und andere externe Quellen.

Quantifizierung des Kreditrisikos. Zur Quantifizierung des Adressenausfallrisikos wird für das traditionelle Kreditgeschäft ein eigenentwickeltes Modell eingesetzt, welches unter Berücksichtigung von Schwankungsbreiten der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Verteilung möglicher Kreditverluste generiert. In dieses Modell fließt neben den Einzelkredit-/Investmentinformationen (Kredit-/Investmentbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen ein, wie z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlösraten und Branchen-/Assetkorrelationen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen beruhen.

Im Rahmen von Validierungs- und Benchmarkingprozessen werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt.

Portfolioüberwachung und -steuerung. Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt.

Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt durch den Zentralbereich Volkswirtschaft. Dessen umfangreiches Branchen-Know-how ist wichtiger Bestandteil der im Rahmen der Risikosteuerung durchgeführten Clusteranalysen. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren.

Ausgangspunkt für die Festlegung von Konzentrationslimiten, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist die regelmäßige Überprüfung durch das Limitkomitee, welches sich aus Vertretern des Risikomanagements, des Bereichs Volkswirtschaft, des Bereichs Kreditrisikomanagement & -controlling und der Geschäftsfelder zusammensetzt. Auf Basis der bestehenden Strukturen werden unter Berücksichtigung identifizierter Branchenrisiken und Konjunkturlaufverläufe auf die einzelnen Wirtschaftszweige, Volumens- und Risikobeitragslimiten festgelegt. Zusätzlich werden Obergrenzen für Einzelkredite bzw. Kredite an Unternehmensgruppen definiert, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden.

Bei allen Ländern wird das Gesamtengagement durch Länderrisikolimiten begrenzt. Die Limiten werden vom Limitkomitee festgelegt und gelten für alle Geschäfte in diesen Ländern. Die Ausnutzung der festgelegten Limiten wird mittels eines zeitnahen Reportingsystems überwacht und regelmäßig berichtet.

Struktur des Adressenausfallrisikos. Die Bank hat für ihre interne Berichterstattung das Kreditvolumen zum 31. März 2008 im Vergleich zum 31. März 2007 (zwecks Vergleichbarkeit ohne Vermögenswerte der Rhineland Funding) wie folgt ermittelt:

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in Mio. €
Kredite an Kreditinstitute	30	46	-16
Kredite an Kunden	26 844	27 791	-947
Portfolioinvestments sowie Corporate und Government Bonds	5 717	7 783	-2 066
Operating- und Finanzierungsleasing-Verträge	1 951	1 642	+309
Eventualverbindlichkeiten, CDSs und Garantien	3 100	2 477	+623
Summe	37 642	39 739	-2 097

Größenklassengliederung des Gesamtkreditvolumens

Größenklassen ¹⁾ in Mio. €	31.3.2008		31.3.2007	
	Kreditvolumen*	Anzahl ¹⁾	Kreditvolumen*	
kleiner 5 Mio. €	6 059	16 %	19 394	17 %
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	3 840	10 %	534	10 %
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	5 077	13 %	371	14 %
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	4 635	12 %	162	13 %
50 Mio. € und größer	3 700	10 %	35	8 %
Kernsegmente	23 311	62 %	20 496	62 %
Risikoausplatzierungen ²⁾	9 965	26 %	8 105	20 %
Kernsegmente gesamt	33 276	88 %	32 937	83 %
bis 50 Mio. €	2 198	6 %	3 786	10 %
50 Mio. € bis unter 100 Mio. €	594	2 %	1 091	3 %
100 Mio. € und größer	1 574	4 %	1 925	5 %
Segment Portfolio Investments	4 366	12 %	6 802	17 %
Konzern gesamt	37 642	100 %	39 739	100 %

¹⁾ Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG

²⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

* Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Unter Risikoausplatzierungen in Höhe von knapp 10 Mrd. € werden Kredite ausgewiesen, für die Banken und öffentliche Stellen das Kreditrisiko übernommen haben, sowie die synthetischen Ausplatzierungen von Kreditforderungen.

In der Größenklasse 50 Mio. € und größer beträgt die durchschnittliche Engagementhöhe 105,7 Mio. €.

Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbriefungen. Für das traditionelle langfristige Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert. Unabhängig von anstehenden Entscheidungen werden die Wertansätze der einzelnen Sicherheiten kontinuierlich überprüft und aktualisiert.

Sicherheiten in Mio. €	31.3.2008		31.3.2007	
	Kreditvolumen*		Kreditvolumen*	
Grundpfandrechte	8 245	22 %	10 510	26 %
Sicherungsübereignung	2 460	7 %	2 163	5 %
Sonstige Sicherheiten ¹⁾	6 753	18 %	7 292	18 %
Blankokredite	5 853	16 %	4 867	12 %
Kernsegmente	23 311	62 %	24 832	62 %
Risikoausplatzierungen ²⁾	9 965	26 %	8 105	20 %
Kernsegmente gesamt	33 276	88 %	32 937	83 %
Segment Portfolio Investments	4 366	12 %	6 802	17 %
Konzern gesamt	37 642	100 %	39 739	100 %

¹⁾ z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Fixed and Floating Charges, Mortgage over Shares

²⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

* Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Unterstützt wird die Risikominderung mittels Sicherheiten durch portfolioorientierte Risikoausplatzierung im Wege der Einzelengagementsausplatzierung in Form von Konsortialgeschäften und der Ausplatzierung mittels Verbriefungen. Die ausplatzierten Kreditengagements wurden synthetisch am Kapitalmarkt platziert, d. h. die IKB ist gegen die Adressenausfallrisiken aus diesen Engagements abgesichert, obwohl sie nach wie vor in der Bilanz ausgewiesen und weiterhin seitens der IKB betreut werden. Insgesamt wurden bisher rd. 22 Mrd. € durch

synthetische Verbriefungen ausplatziert. Zum Bilanzstichtag valutierte das Volumen der mittels Verbriefung ausplatzierten Kredite mit knapp 7 Mrd. €. In diesem Zusammenhang hat die IKB Verbriefungsprodukte in Höhe von 15,3 Mio. € erworben, die Erstverlustrisiken aus diesen Engagements beinhalten.

Geographische Struktur. Nach Regionen teilt sich das Gesamtkreditvolumen zum 31. März 2008 wie folgt auf:

Regionen in Mio. €	31.3.2008 Kreditvolumen*		31.3.2007 Kreditvolumen*	
	Inland	15 231	40 %	17 698
Alte Bundesländer	12 543	33 %	14 326	36 %
Neue Bundesländer	2 688	7 %	3 373	8 %
Ausland	8 080	21 %	7 134	18 %
Westeuropa	6 063	16 %	5 145	13 %
Nordamerika	1 098	3 %	1 313	3 %
Sonstige Länder	919	2 %	675	2 %
Kernsegmente	23 311	62 %	24 832	62 %
Risikoausplatzierungen ¹⁾	9 965	26 %	8 105	20 %
Kernsegmente gesamt	33 276	88 %	32 937	83 %
Segment Portfolio Investments	4 366	12 %	6 802	17 %
Konzern gesamt	37 642	100 %	39 739	100 %

¹⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

* Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Zum 31. März 2008 entfielen 8,1 Mrd. € des Kreditvolumens auf das Ausland. 95 % dieses Kreditvolumens waren den beiden besten Länderrisikoklassen 1/1,5 zuzuordnen. Zusätzlich entfielen Risikoausplatzierungen (z. B. durch Hermes abgesichert) von 1,3 Mrd. € auf ausländische Kreditnehmer.

Die Aufgliederung des Länderobligos zum 31. März 2008 nach dem Länderrating der IKB zeigt nachfolgende Tabelle:

Länderbonitäten ¹⁾ Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2008 Gesamt	1–1,5	2–2,5	3–3,5	4–4,5	5–6
	Ausland	8 080	7 643	327	55	51
Westeuropa	6 063	6 063	0	0	0	0
Nordamerika	1 098	1 098	0	0	0	0
Sonstige Länder	919	482	327	55	51	4

¹⁾ ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse

Die Inanspruchnahme der Kredite der Risikoklassen 5,0 bis 6,0 entfällt mit 3,6 Mio. € auf den Iran.

Bei den dargestellten Inanspruchnahmen wurden Absicherungen durch ECA (Export Credit Agencies)-Deckungen betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten sind unberücksichtigt geblieben.

Die Länderrisiken werden implizit im Ratingverfahren der Bank und bei der Berechnung der Wertminderungen für signifikante Forderungen berücksichtigt. Eine separate Länderrisikovorsorge auf der Grundlage der Länderobligen wird nicht gebildet.

Branchenstruktur. Zur Bewertung des Branchenrisikos führt die IKB für rund 370 Branchen regelmäßig einen Ratingprozess durch. Dieser basiert auf einem ökonomischen Modell, das sowohl die makroökonomischen nationalen und internationalen

Entwicklungen als auch Branchenzusammenhänge berücksichtigt. Hierbei wird die Expertise der Branchenspezialisten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank genutzt.

Branchen in Mio. €	31.3.2008		31.3.2007	
	Kreditvolumen*		Kreditvolumen*	
Industriebranchen	16 476	44 %	18 023	45 %
Maschinenbau	1 261	3 %	1 278	3 %
Energieversorgung	1 086	3 %	1 025	3 %
Einzelhandel ohne Kfz	993	3 %	1 104	3 %
Dienstleistungen	895	2 %	1 036	3 %
Herst. von Metallerzeugnissen	786	2 %	699	2 %
Ernährung inkl. Tabak	764	2 %	986	2 %
Hilfs-/Nebentätigkeit für d. Verkehr	760	2 %	817	2 %
Chemie, Kokerei, Mineralölverarb.	750	2 %	1 001	3 %
Gesundheits- und Sozialwesen	729	2 %	865	2 %
Sonstige (<0,7 Mrd. €)	8 453	22 %	9 211	23 %
Immobilien	3 779	10 %	4 168	10 %
Finanzsektor	1 039	3 %	1 394	4 %
Öffentlicher Sektor/Banken	2 017	5 %	1 247	3 %
Kernsegmente	23 311	62 %	24 832	62 %
Risikoausplatzierungen ¹⁾	9 965	26 %	8 105	20 %
Kernsegmente gesamt	33 276	88 %	32 937	83 %
Segment Portfolio Investments	4 366	12 %	6 802	17 %
Konzern gesamt	37 642	100 %	39 739	100 %

¹⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

* Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Der Diversifizierungsgrad bei den Industriebranchen ist unverändert hoch; keine Industriebranchengruppe übersteigt einen Anteil am Konzernkreditvolumen von 3 %. Der Anteil der Immobilienbranche verteilt

sich auf Büroimmobilien (3 %), gemischt genutzte Objekte (2 %), Handelsimmobilien (2 %) und sonstige Immobilien (2 %).

Bonitätsstruktur im Kernkreditgeschäft. Das Gesamtkreditvolumen ohne strukturierte Wertpapiere und Non Performing Loans verteilt sich auf die internen Ratingklassen wie folgt:

Bonitätsstruktur Kernsegmente ¹⁾ in Mio. €	31.3.2008 Kreditvolumen*		31.3.2007 Kreditvolumen*		31.3.2006 Kreditvolumen*	
1–1,5	5 633	18 %	5 111	17 %	4 608	17 %
2–2,5	7 734	24 %	8 786	28 %	10 009	36 %
3–3,5	5 386	17 %	5 479	18 %	5 083	18 %
Zwischensumme I	18 753	59 %	19 376	63 %	19 700	71 %
4–4,5	2 000	6 %	2 239	7 %	2 132	8 %
5 und größer	873	3 %	1 191	4 %	1 630	6 %
Zwischensumme II	21 626	68 %	22 806	74 %	23 462	85 %
Risikoausplatzierungen ²⁾	9 965	32 %	8 105	26 %	4 231	15 %
Gesamt	31 591	100 %	30 910	100 %	27 693	100 %

¹⁾ ohne strukturierte Wertpapiere (214 Mio. € per 31. März 2008) und Non Performer (Impaired)/Sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse

²⁾ Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

* Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen

Insgesamt hat sich der Anteil der Risikoausplatzierungen mit 32 % zum 31. März 2008 (31. März 2007: 26 %) weiter erhöht. Der Anteil der Bonitätsstufe 2 – 2,5 hat sich durch die Risikoausplatzierungen von 28 % auf 24 % verringert, die Anteile der anderen Bonitätsstufen sind nahezu unverändert.

Identifikation und Betreuung ausfallgefährdeter Engagements. Alle kreditrisikobehafteten Positionen werden ständig überwacht. Die Betreuung von ausfallgefährdeten Engagements erfolgt in spezialisierten Betreuungseinheiten. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, durch eine enge Begleitung rechtzeitig tragfähige Maßnahmen zu ergreifen, um die Überlebensfähigkeit der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden zu reduzieren. Ein be-

sonderer Fokus liegt auf Non Performing Loans. Eine Forderung wird als „non performing“ eingestuft, wenn (i) ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, (ii) Zinsen oder Kapitalrückzahlungen mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage in Verzug sind oder wenn (iii) andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, und es zusätzlich an objektiven Hinweisen darauf fehlt, dass sie durch spätere Zahlungen oder die Verwertung von Sicherheiten eingebracht werden können. Dabei berücksichtigt die IKB den Liquidationswert der verfügbaren Sicherheiten.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die in den Kernsegmenten als Non Performing Loans eingestuft Forderungen:

Non Performing Loans Kernsegmente	31.3.2008 Kreditvolumen in Mio. €	31.3.2007 Kreditvolumen in Mio. €	Veränderung	
			in Mio. €	in %
Inland	1 364	1 750	-386	-22
Alte Bundesländer	730	943	-213	-23
Neue Bundesländer	635	807	-172	-21
Ausland	107	82	25	+30
Impaired (Non Performer) Kredite	1 471	1 832	-361	-20
Strukturierte Wertpapiere (wertgeminderte Finanzanlagen)	198	15	183	+1 220
Non Performing Loans gesamt	1 669	1 847	-178	-10
in % des Kreditvolumens der Kernsegmente	5,0 %	5,6 %		

Die Non Performing Loans sind bei den inländischen Kunden deutlich zurückgegangen, während im Ausland ein leichter Anstieg zu verzeichnen war. Wegen der aktuellen Unsicherheit im Kapitalmarkt ist bei den Strukturierten Wertpapieren, die im Zusammenhang mit Ausplatzierungen eigener Finanzierungen stehen, – zusätzlich zu den Non Performing Loans im engeren Sinne – ein Kreditvolumen in Höhe von insgesamt 198 Mio. € aufgrund von Wertminderungen unter besonderer Beobachtung.

Risikovorsorge. Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, wird die Risikovorsorge in Form einer Wertberichtigung gebildet. Für Eventualverbindlichkeiten wird bei drohender Inanspruchnahme eine Rückstellung gebildet. Für Produkte, die zum Fair Value angesetzt werden, werden bonitätsbedingte Wertänderungen unmittelbar in die Bestimmung des Fair Value mit einbezogen.

Bei der Bemessung der erforderlichen Wertberichtigung berücksichtigt die IKB sowohl die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Cash-Flows als auch den Wert der jeweiligen Besicherung. Verantwortlich für die Festsetzung der Wertberichtigungen ist der Bereich Kreditrisikomanagement & -controlling, der jeden Fall einzeln beurteilt, die Sanierungsstrategie bewertet und die Schätzung der erwarteten Zahlungseingänge vornimmt.

Zudem werden die zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzten Forderungen auf das Bestehen von latenten Wertminderungen analysiert. Für Portfolien, die vergleichbare Kreditrisikomerkmale aufweisen, wird auf pauschaler Basis eine Risikovorsorge gebildet, wenn es objektive Hinweise darauf gibt, dass gefährdete Forderungen darin enthalten sind, die sich aber im Einzelnen noch nicht ermitteln lassen.

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Zuführung/Auflösungen			
Zuführung zu EWB/Rückstellungen	391,5	437,7	-11
Direktabschreibungen	11,5	12,7	-9
Eingänge aus abgeschrieben Forderungen	-6,8	-3,1	119
Zuführung zu/Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen	-19,6	-121,1	-84
Auflösungen von EWB/Rückstellungen	-121,4	-86,5	40
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	255,2	239,7	6
Bestandsentwicklung			
EWB/Rückstellungen			
Anfangsbestand	1 019,3	1 229,3	-17
Inanspruchnahme	-453,4	-518,0	-12
Auflösung	-121,4	-86,5	40
Umgliederung	-0,7	-	-
Unwinding	-32,9	-43,2	-24
Zuführung EWB/Rückstellungen	391,5	437,7	-11
Fremdwährungsänderung	-0,9	-	-
Bestand EWB/Rückstellungen	801,5	1 019,3	-21
Portfoliowertberichtigungen			
Anfangsbestand	103,6	225,2	-54
Zuführung/Auflösung	-19,6	-121,1	-84
Fremdwährungsänderung	-1,0	-0,5	-
Bestand Portfoliowertberichtigungen	83,0	103,6	-20
Bestand Risikovorsorge gesamt (inkl. Rückstellungen)	884,5	1 122,9	-21

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft weist mit 255 Mio. € zum 31. März 2008 einen leicht höheren Wert als im Vorjahr (240 Mio. €) auf. Die Ursachen hierfür sind in den Ausführungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt. Der Risikovorsorgebestand für das traditionelle Kreditgeschäft beträgt einschließlich der Portfoliowertberichtigungen zum 31. März 2008 885 Mio. €. Die Abdeckung der als „impaired“ klassifizierten Kredite durch Einzelwertberichtigungen beträgt 54 % (56 % zum 31. März 2007).

Investments in strukturierte Kreditprodukte. Die Investments im IKB-Konzern in strukturierten Wertpapierportfolien umfassten zum 31. März 2008

- Investments der IKB AG und der IKB International S.A., Luxemburg, in Höhe von nominal 5,7 Mrd. €,
- die Zweckgesellschaft Rhinebridge plc. mit einem Investmentvolumen von nominal 0,6 Mrd. €, an

dem die IKB selbst durch Capital Notes in Höhe von 164 Mio. € und in Form von Commercial Paper in Höhe von 168 Mio. € beteiligt war, sowie

- das gegenüber den Havenrock-Gesellschaften abgesicherte Erstverlustrisiko in Höhe von 1,03 Mrd. €, von dem die KfW zum Stichtag rund 0,98 Mrd. € übernommen hatte. Das Risiko der IKB beschränkt sich auf 51 Mio. €.

Da sich – anders als im traditionellen Kreditgeschäft – die Portfoliosteuerung für die Portfolioinvestments vor der Krise im Wesentlichen an den Bonitätseinstufungen der Ratingagenturen orientierte, zeigt sich, insbesondere im Nachhinein, dass die wesentlichen Risikotreiber und Konzentrationsrisiken dadurch nicht angemessen erfasst wurden. Zu den ermittelten Verlusten aus diesen Geschäften siehe „Ertragsentwicklung“.

Portfolioinvestments der IKB AG und der IKB International S.A.

Bonitätsstruktur* der IKB-Portfolioinvestments (ohne Rhinebridge und Havenrock)

	zum 31.3.2008 Nominal in Mrd. €***	zum 31.3.2007** Nominal in Mrd. €***	zum 31.3.2006 Nominal in Mrd. €***
Aaa	1,6	2,1	2,2
Aa	1,8	2,9	2,5
A	1,1	1,2	1,2
Baa	0,4	0,6	0,5
Ba / B	0,3	0,1	0,2
Sub B	0,5	0,2	0,0
	5,7	7,0	6,7

* Die Darstellung erfolgt einheitlich in der Ratingbezeichnung von Moody's. Sofern von zwei oder mehr Ratingagenturen ein Rating vorliegt, wurde das schlechtere angesetzt.

** In den Zahlen zum 31. März 2007 sind 0,3 Mrd. € Assets enthalten, die nach der Gründung von Rhinebridge im Juni 2007 an Rhinebridge übertragen wurden.

*** Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Underlying-Assetstruktur der IKB-Portfolioinvestments

Underlying-Portfolien	31.3.2008		31.3.2007	
	Nominal in Mrd. €	in %	Nominal in Mrd. €	in %
Corporates	2,7	46	3,0	43
ABS	2,3	41	3,1	44
davon mit Subprime-Anteilen	1,8	32	2,4	34
ABS + Corporates gemischt	0,7	13	0,9	13
davon mit Subprime-Anteilen	0,2	4	0,2	2
	5,7	100	7,0	100

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Für die insgesamt nominal 5,7 Mrd. € strukturierten Wertpapiere zum 31. März 2008 zuzüglich knapp 0,2 Mrd. € Capital Notes aus Rhinebridge besteht für ein Teilportfolio von nominal 2,8 Mrd. € (risikoreicheres Portfolio) weiter die von der KfW mit Unterstützung

der Bankenverbände gegebene Absicherung bis zu einem Maximalverlust, der sich ursprünglich auf nominal 1 Mrd. € belief und zum 31. März 2008 noch rund 0,9 Mrd. € betrug.

Underlying-Assetstruktur der IKB-Portfolioinvestments zum 31. März 2008, unterteilt nach risikoreicherem und nicht abgesichertem Teilportfolio (ohne Rhinebridge und Havenrock)

	31.3.2008					
	Nominal in Mrd. € Gesamt*		Nominal in Mrd. € Risikoreicheres Teilportfolio*		Nominal in Mrd. € Nicht abgesichertes Teilportfolio*	
Corporates	2,7	46 %	0,6	21 %	2,1	71 %
ABS ¹⁾	2,3	41 %	1,9	66 %	0,5	16 %
davon mit Subprime-Anteilen	1,8	32 %	1,8	65 %	0,0	1 %
ABS + Corporates gemischt	0,7	13 %	0,4	13 %	0,4	13 %
davon mit Subprime-Anteilen	0,2	4 %	–	–	0,2	8 %
	5,7	100 %	2,8	100 %	2,9	100 %

* Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

¹⁾ z. B. Residential Mortgage Backed Securities (RMBS); Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS); Small Business Loans (SBL)

Die nachfolgende Tabelle zeigt die externe Ratingstruktur der Corporate-CDO-Investments, der ABS-Investments sowie der Investments mit gemischten Underlying Assets unterteilt nach risikoreicherem und nicht abgesicherten Investmentvolumen.

Ratingstruktur der IKB-Portfolioinvestments mit Corporate-Underlyings zum 31. März 2008, unterteilt nach risikoreicherem und nicht abgesichertem Investmentvolumen (ohne Rhinebridge und Havenrock)

Corporate CDO-Investments Ratingstruktur*	31.3.2008		
	Nominal in Mrd. € Gesamt	Nominal in Mrd. € Risikoreicheres Teilportfolio	Nominal in Mrd. € Nicht abgesichertes Teilportfolio
Aaa	0,6	0,1	0,6
Aa	1,3	0,2	1,1
A	0,5	0,2	0,3
Baa	0,1	0,0	0,1
Ba / B	0,0	0,0	0,0
Sub B	0,1	0,1	0,0
	2,7	0,6	2,1

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Die Darstellung erfolgt einheitlich in der Ratingbezeichnung von Moody's. Sofern von zwei oder mehr Ratingagenturen ein Rating vorliegt, wurde das schlechtere angesetzt.

Bei den nicht abgesicherten Corporate Investments in Höhe von 2,1 Mrd. € haben 55 % der Underlying-Unternehmen ihren Sitz in Nordamerika.

Ratingstruktur der IKB-Portfolioinvestments mit ABS-Underlyings zum 31. März 2008, unterteilt nach risikoreicherem und nicht abgesichertem Investmentvolumen (ohne Rhinebridge und Havenrock)

ABS-Investments Ratingstruktur*	31.3.2008		
	Nominal in Mrd. € Gesamt	Nominal in Mrd. € Risikoreicheres Teilportfolio	Nominal in Mrd. € Nicht abgesichertes Teilportfolio
Aaa	0,5	0,3	0,2
Aa	0,3	0,2	0,1
A	0,4	0,4	0,1
Baa	0,3	0,3	0,0
Ba / B	0,3	0,3	0,0
Sub B	0,4	0,4	0,0
	2,3	1,9	0,5

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Die Darstellung erfolgt einheitlich in der Ratingbezeichnung von Moody's. Sofern von zwei oder mehr Ratingagenturen ein Rating vorliegt, wurde das schlechtere angesetzt.

Bei den nicht abgeschirmten Investments mit ABS Underlyings (z. B. Hypothekenfinanzierungen, Kreditkarten) in Höhe von 0,4 Mrd. € liegt der überwiegende

Teil der Underlying Assets mit 93 % ebenfalls in Nordamerika. Auch hier liegen die externen Ratings nach wie vor im oberen Investment-Grade-Bereich.

Ratingstruktur der IKB-Portfolioinvestments mit gemischten Underlyings zum 31. März 2008, unterteilt nach risikoreicherem und nicht abgeschirmtem Investmentvolumen (ohne Rhinebridge und Havenrock)

Corporates + ABS gemischt Ratingstruktur*	31.3.2008		
	Nominal in Mrd. € Gesamt	Nominal in Mrd. € Risikoreicheres Teilportfolio	Nominal in Mrd. € Nicht abgeschirmtes Teilportfolio
Aaa	0,4	0,2	0,2
Aa	0,1	0,0	0,1
A	0,2	0,1	0,1
Baa	0,0	0,0	0,0
Ba / B	0,0	0,0	0,0
Sub B	0,0	0,0	0,0
	0,7	0,4	0,4

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

* Die Darstellung erfolgt einheitlich in der Ratingbezeichnung von Moody's. Sofern von zwei oder mehr Ratingagenturen ein Rating vorliegt, wurde das schlechtere angesetzt.

Von den gemischten Underlying Assets der nicht abgeschirmten Investments in Höhe von 0,4 Mrd. € entfallen 41 % auf Nordamerika. Auch hier waren die externen Ratings zum 31. März 2008 im Bereich Aaa bis A.

Portfolioinvestments von Rhinebridge. Zum 31. März 2008 betrug das Investitionsvolumen von Rhinebridge insgesamt nominal 0,6 Mrd. €, von denen zum Stichtag 0,4 Mrd. € ein externes Rating im Investment-Grade (davon 0,3 Mrd. € Aaa) und 0,2 Mrd. € ein Rating im Non-Investment Grade aufwiesen.

Das Risiko aus diesen Investments beschränkt sich für die IKB auf von ihr gehaltene Capital Notes (zum 31. März 2008: 164 Mio. €) und Commercial Paper (zum 31. März 2008: 168 Mio. €). Die Capital Notes waren zum 31. März 2008 vollständig abgeschirmt.

Havenrock. Die IKB hat aus den Havenrock-Gesellschaften Erstverlusttrisiken aus CDSs in Höhe von 25 % (von nominal 4,4 Mrd. €) übernommen. Diese hat die KfW zum Stichtag weitestgehend abgesichert. Dadurch reduzierte sich das Risiko für die IKB auf 52 Mio. €.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Alle relevanten Informationen aus den Kreditgeschäften werden durch den Bereich Kreditrisikomanagement & -controlling detailliert aufbereitet und dem Vorstand bzw. den Geschäftsfeldleitungen vorgelegt und erläutert. Zusätzlich erhielten der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörden vierteljährliche eine umfassende Risikoberichterstattung zum Kreditrisiko, die per 31. Dezember 2007 durch eine neue Risikoberichterstattung (Dash Board) abgelöst wurde. Das Dash Board enthält alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern.

Liquiditäts- und Marktpreisrisiken

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko ist das Risiko, dass die IKB nicht mehr in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen (Liquiditätsrisiko) oder am Markt zu angemessenen Konditionen Refinanzierungsmittel aufzunehmen (Refinanzierungsrisiko).

Die Liquidität der Bank beruhte bis zur krisenhaften Entwicklung des Asset-Backed-Commercial-Paper-Marktes Ende Juli 2007 auf kurz- und langfristig zur Verfügung stehenden Finanzierungsmitteln sowie auf einem angemessenen Volumen jederzeit bei der Europäischen Zentralbank verpfändbarer Wertpapiere. Hiermit nahm die Bank laufend an den sogenannten Tenderfazilitäten der Zentralbank teil, über die das Bankensystem mit Liquidität versorgt wird.

Bei der Bemessung der Vorsorge für die Liquiditätslinien an Rhineland Funding ging die Bank davon aus, dass sich nachhaltige Marktstörungen bis hin zu einem völligen Ausfall aller Marktaktivitäten maximal über einen Zeitraum von zwei Wochen erstrecken würden. Als Liquiditätsreserve für diesen Fall wurden nur die besonders liquiden Bilanzaktiva wie z. B. Pfandbriefe berücksichtigt, während sonstige liquidierbare Aktiva außer Ansatz blieben.

Nicht zuletzt mit Blick auf die dem Conduit Rhineland Funding eingeräumten Liquiditätslinien beschloss die Bank zu Beginn des Jahres 2007, die eigene Liquiditätsvorsorge aufzustocken. So stieg das Volumen bei der EZB refinanzierungsfähiger Titel vom 1. Januar bis zum 31. Juli 2007 von 5,2 Mrd. € auf 7,2 Mrd. € an. Im Juni 2007 hat eine Drittpartei von der IKB gewährte Liquiditätslinien im Volumen von 2,5 Mrd. US-\$ übernommen.

Nach dem Ausbruch der Krise hat die Bank ihre Liquiditätsplanung und -steuerung vollständig überarbeitet und verfeinert. Hierdurch wird eine detaillierte Prognose über die tägliche Liquiditätssituation in den jeweils folgenden drei Monaten und eine hinreichend verlässliche Prognose für einen Zwölfmonatszeitraum ermöglicht.

Der Liquiditätsbedarf der Bank ist seit der Krise durch Mittelaufnahmen am Geldmarkt (Tages- und Termingelder) in besicherter und unbesicherter Form, die Teilnahme am EZB-Tender, den Verkauf von liquiden Wertpapieranlagen sowie Schuldscheindarlehen und die Hereinnahme von Kundengeldern auf Schuldscheinbasis gedeckt worden.

Im Januar 2008 hat die KfW der IKB auf besicherter Basis eine Refinanzierungslinie in Höhe von 1,5 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Ferner hat die KfW im Februar und im März 2008 zwei Darlehen mit sofortigem Verzicht auf Rückzahlung und Besserungsabrede in Höhe von 1,05 Mrd. € gewährt, die als Andere Zuzahlung in die Kapitalrücklage behandelt wurden. Darüber hinaus steht die IKB mit weiteren Banken über die Bereitstellung von Liquidität in Verhandlungen. Weitere Mittel fließen der IKB aus Förderkreditprogrammen der KfW und der Landesförderinstitute zu, die die IKB bei der Finanzierung ihrer mittelständischen Kunden einsetzt.

Diese Instrumente sind auch die Basis für die weitere Refinanzierung der Bank bis zur Wiederherstellung der Kapitalmarktfähigkeit für mittel- und langfristige Refinanzierungen. Entscheidend wird dazu auch die Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung der Bank beitragen.

Darüber hinaus plant die Bank für das Geschäftsjahr 2008/09, einen Teil ihrer Portfolioinvestments zur Liquiditätsbeschaffung einzusetzen. Aus dem risikoreicheren Teil dieser Portfolioinvestments werden Mittel aus Verkauf und aus Verlustausgleich aus dem Risikoschirm bis zur Höhe von rund 1 Mrd. € zufließen.

Die Bank rechnet, verteilt über die nächsten zwölf Monate, je nach Entwicklung des Neugeschäfts, mit einem zu deckenden Mittelbedarf von 13 bis 16 Mrd. €. Die hierfür erforderlichen Finanzierungsmaßnahmen sind bereits teilweise umgesetzt bzw. eingeleitet.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird das Risiko von Wertveränderungen aufgrund von Schwankungen von am Markt beobachtbaren Parametern (Risikofaktoren) bezeichnet. Die für die IKB relevanten Risikofaktoren umfassen Wechselkurse, Zinsen und Credit Spreads, Volatilitäten (Optionspreise) und Aktienpreise.

Zinsänderungsrisiko. Zinsänderungsrisiken bestehen in möglichen Wertveränderungen von Aktiv- und Passivpositionen bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve. Die IKB setzt eine Vielzahl von Instrumenten zur Steuerung und Absicherung ihres Zinsrisikos ein. Sie schließt Transaktionen mit diesen Instrumenten sowohl in ihrem Handelsbuch als auch in ihrem Anlagebuch ab. Risiken im Handelsbuch und im Anlagebuch werden mit vergleichbaren Methoden gemessen und überwacht.

Das Zinsänderungsrisiko der IKB liegt insbesondere im Investmentportfolio, das u. a. die Anlage der Eigenmittel der Bank darstellt.

Spreadrisiken. Spreadrisiken ergeben sich aufgrund von Änderungen der in Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitäts- und Liquiditätsaufschläge auf den risikolosen Zinssatz.

Besondere Bedeutung haben Spreadrisiken für die Portfolioinvestments. Für diese Investments wurde in der IKB eine Risikomessung auf Basis der historischen Spreadentwicklungen vorgenommen. Aufgrund der krisenhaften Ausweitung der Spreads für Portfolioinvestments im Jahr 2007/08 hat sich die IKB dafür entschieden, die Marktpreisrisikomessung für Portfolioinvestments über geeignete Szenario-Analysen abzubilden.

Fremdwährungsrisiken. Fremdwährungsrisiken ergeben sich aufgrund von Schwankungen des jeweiligen Wechselkurses zum Euro. In der IKB bestehen im Wesentlichen nur Währungspositionen in USD, GBP, JPY und CHF. Kredite in Fremdwährungen inklusive ihrer zukünftigen Erträge werden bezüglich der Fremdwährungsrisiken nahezu vollständig abgesichert. Die verbleibenden Währungsrisiken werden mit einem Volumenslimit für die offene Devisenposition begrenzt.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken. Zur Quantifizierung des Zins-, Volatilitäts-, Aktienpreis- und Währungsrisikos werden verschiedene mathematische Modelle eingesetzt, um den Risikogehalt der Position mittels historischer Simulation zu ermitteln. Um den spezifischen Besonderheiten aller Produkte gerecht zu werden, findet bei der historischen Simulation eine Bewertung der strukturierten Instrumente auf Basis beobachteter Zinskurven-, Volatilitäts- und Wechselkursänderungen unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten statt. Für nicht-strukturierte Instrumente erfolgt eine Abschätzung des Marktwerteffekts auf Basis von Zinskurven- und Wechselkursänderungen über die Sensitivitäten der Instrumente. Währungsrisiken sind im Gesamtbestand nicht nennenswert und werden mit einem Volumenlimit für die offene Devisenposition begrenzt. Im Rahmen der regulären Value-at-Risk-Ermittlung erfolgt die historische Simulation auf Basis von 500 Szenarien und entspricht damit 2 Jahren Historie. Die Value-at-Risk-Kennzahlen für die interne Risikoberichterstattung werden für eine Haltedauer von 10 Tagen und

ein Konfidenzniveau von 99,8 % ermittelt. Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit wird der Value at Risk auf das am Zielrating der Bank orientierte Konfidenzniveau von 99,96 % ermittelt.

Zur Ermittlung der Währungs- und Zinsänderungsrisiken in der Kreditrefinanzierung nutzt die IKB die zukünftigen Zinsergebnisse der Zinsbindungsbilanz, über die dann ebenfalls im Rahmen der historischen Simulation das Risiko ermittelt wird. Hierbei werden die zukünftigen Zinsergebnisse der Bank auf Basis der Stichtagsbestände durch Gegenüberstellung der zukünftigen Zinserträge und -aufwendungen der Forderungen und Verbindlichkeiten des Portfolios der Kreditrefinanzierung ermittelt.

Um die Vorhersagekraft der eingesetzten Modelle zu prüfen, wird ein regelmäßiges Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Rahmen des monatlichen MaRisk-Reportings dem Vorstand berichtet. Dieses Backtesting zeigte bisher, dass die täglich eingetretenen Ergebnisveränderungen im Eigenhandel, in der Eigenmittelanlage und der Kreditrefinanzierung durch die Value-at-Risk-Berechnungen zutreffend abgebildet wurden.

Limitsystem. Das Kernstück der Steuerung der Marktpreisrisiken ist die tägliche Berichterstattung an den Vorstand in Verbindung mit einem Limitsystem, das primär auf eine marktwertorientierte Begrenzung der Zins-, Options-, Aktien- und Wechselkursrisiken ausgerichtet ist, die den Value at Risk bestimmen. Basierend auf der vom Vorstand festgelegten Risikotragfähigkeit der Bank, werden die Limite für den

Bereich Treasury, der mit der Steuerung der Marktpreisrisiken im Konzern beauftragt ist, vom Vorstand bestimmt. Im Rahmen dieses Limitsystems setzt der Bereich Treasury seine Markterwartungen in Anlage- und Refinanzierungsentscheidungen um.

Die IKB unterscheidet die Portfolien Eigenhandel, Investmentportfolio (Eigenmittelanlage und Liquiditätsreserve) und Kreditrefinanzierung. Die Liquiditätsreserve stellt Anlagen dar, die im Falle eines Liquiditätsengpasses bei der Zentralbank oder im Interbankengeschäft kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung eingesetzt werden können. Die Refinanzierung des Aktivgeschäfts der Bank ist im Kreditrefinanzierungsportfolio der Bank angesiedelt. Dieses stellt die Kredite und das Kreditsatzgeschäft der Bank (z. B. Portfolioinvestments, Corporate-Bond- und Schuldscheindarlehen-Investments) gegen die nicht nachrangigen Finanzierungsinstrumente der Bank. Diese Portfolien werden täglich bewertet. Ihr Risikogehalt wird in einem barwertorientierten Value-at-Risk-System gemessen, welches die Grundlage für die Limitierung der Marktpreisrisiken darstellt. Hierbei wird der Risikogehalt der Portfolien Eigenhandel und Investmentportfolio unter Berücksichtigung aller relevanten Marktpreisrisikofaktoren ermittelt, während im Portfolio Kreditrefinanzierung lediglich Zinsänderungsrisiken berücksichtigt werden. Das Limitsystem besteht aus einer Kombination eines Performance- und Value-at-Risk-Limits für ein 99,8 %-Konfidenzniveau bei einer angenommenen Haltedauer von 10 Tagen. Das Limitsystem orientiert sich hinsichtlich der Limithöhe an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Neben der täglichen Limitüberwachung und -berichterstattung werden im Rahmen des Marktpreisrisiko-Reportings vom Risikocontrolling in einem Risikoreport für die zuständigen Vorstände, den Bereich Treasury und andere betroffene Bereiche täglich die Bewertung der Positionen sowie das aufgelaufene und risikolos erzielbare Zinsergebnis aus der Refinanzierung des Aktivgeschäftes und der Eigenmittelanlage dargestellt. Dieser Report enthält auch einen Ausweis des barwertigen Risikos unter Stress-Annahmen sowie

die Auslastung der verschiedenen Marktpreislimite und Kommentierungen über besondere Entwicklungen. Einmal im Monat berichtet der Risikovorstand im Gesamtvorstand umfassend über die Marktentwicklung, die Ergebnisse und die Risikosituation dieser Positionen.

Entwicklung des Marktpreisrisikoprofils. Die zinsinduzierten Marktpreisrisiken im Geschäftsjahr 2007/08 wurden substantiell abgebaut, wie in der nachfolgenden Tabelle gezeigt wird.

Zins-, Volatilitäts- und Fremdwährungsrisiken des IKB-Konzerns in Mio. €	31.3.2008	31.3.2007
Basis Point Value	-1,9	-5,7
Vega	-23,2	-33,4
VaR-Fremdwährung	-14	0
VaR-Zins*	-129	-235
VaR gesamt	-143	-235

* Zins- und Volatilitätsrisiken

Darin steht „Basis Point Value (BPV)“ für die potenzielle Barwertänderung des Portfolios der Bank bei einer parallelen Verschiebung aller Zinskurven um einen Basispunkt (0,01 %) nach oben. Analog zum BPV zeigt das sogenannte „Vega“ die potenzielle Barwertänderung des Portfolios der Bank bei Erhöhung von Zinsvolatilitäten um plus 1 %.

Der Value at Risk drückt schließlich die potenzielle Barwertänderung des Portfolios der Bank unter dem Einfluss beider Risikofaktortypen aus, und zwar unter Berücksichtigung einer Haltedauer des Portfolios von 10 Tagen, unerwartete Schwankungen der Risikofaktoren (Konfidenzniveau 99,8 %) sowie Korrelationen zwischen Schwankungen der Risikofaktoren wie in der Vergangenheit beobachtet.

Den Methoden zur Berechnung von BPV, Vega, Value at Risk liegen die Bewertungsmethoden für die einzelnen Finanzinstrumente im Bestand der IKB zugrunde.

Der Rückgang des BPV und des Value at Risk resultiert in erster Linie aus dem Abschluss mehrerer Zinssicherungsgeschäfte über Payer Swaps ab Juni 2007 und dem Verkauf von zwei Notes aus der strukturierten Eigenmittelanlage. Damit einhergehend blieb das ökonomische Ergebnis der Marktrisikoposition seit dem September 2007 relativ stabil.

Trotz aller Maßnahmen zur Reduktion des Zinsänderungsrisikos verbleibt ein relativ hohes Risiko aus steigenden Schwankungsbreiten der Zinsen (Volatilitätsrisiko, Vega) aufgrund der in der Eigenmittelanlage eingesetzten optionalen Elemente (Stillhalterposition bei IKB), das im Geschäftsjahresverlauf nur um etwa ein Drittel reduziert werden konnte. Dieses Risiko ist in der abgebildeten Value-at-Risk-Gesamtgröße enthalten.

Operationelle Risiken

Operationelles Risiko ist die Gefahr eines Verlusts, der infolge eines Mangels oder Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einflussphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt.

Der Bereich Operational Risk Management (ORM), der direkt dem Risikovorstand unterstellt ist, koordiniert und überwacht das Management der operationellen Risiken. Dem ORM obliegen auch die konzernweite Schadenspotenzialanalyse und die Entwicklung konzernweiter OpRisk-Management- und -Schulungskonzepte. Das operative Management liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder, zentralen Bereiche und Tochtergesellschaften.

Dabei liegt der Schwerpunkt nicht nur auf der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe und Prozesse, sondern auch auf dem Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse. Hierzu werden unter der Leitung des ORM jährlich Business-Impact-Analysen durchgeführt, die nicht nur die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche widerspiegeln, sondern hierüber auch Risikopotenziale hervorheben.

Einmal pro Quartal erfolgt in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Bereichsleitern eine Risikobewertung der OpRisk-Handlungsfelder Personal, Prozesse, Infrastruktur, Rechtsrisiken und Projekte. Die Erkenntnisse fließen in den Risikobericht ein.

Alle Geschäftseinheiten sind verpflichtet, eingetretene oder beinahe eingetretene Schadensfälle an das Operational Risk Management zu melden. Alle Schadensfälle werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen untersucht. Hieraus können Verbesserungsvorschläge abgeleitet und umgesetzt werden.

Zum Verantwortungsbereich des Operational Risk Management gehört auch das konzernweite Notfallmanagement, das auf Basis regelmäßiger Business-Impact-Analysen auf dem neuesten Stand gehalten wird. Um eine unternehmensweite Transparenz zu gewährleisten, erfolgt die Darstellung aller Notfallpläne sowohl in umfassender Form im IKB-Intranet als auch in schriftlicher Form in Notfallmanagement-Handbüchern.

Die Qualität der Notfallpläne wird durch regelmäßige Notfalltests in allen Zentralbereichen, Markteinheiten und Tochtergesellschaften sichergestellt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand durch das ORM quartalsweise informiert. Bei wesentlichen Risiken oder eingetretenen Schäden erfolgt eine Ad-hoc-Meldung an den Risikovorstand und ggf. an die Vorstandsmitglieder der darüber hinaus betroffenen Ressorts.

Rechtsrisiken

Unter die operationellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z. B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Die Begrenzung der Rechtsrisiken ist Aufgabe des Bereiches Vorstandsstab, Kommunikation und Recht und des Bereiches Vertragsrecht, die sich – soweit erforderlich – auch der Unterstützung externer Anwaltskanzleien bedienen. Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind.

Der Bank wurden in den letzten Monaten Klagen von Aktionären zugestellt. Diese Klagen beziehen sich insbesondere auf eine Pressemeldung der Bank vom 20. Juli 2007. Die Anlegerkläger stützen ihre Schadensersatzansprüche im Wesentlichen auf den Vorwurf, die Pressemitteilung der IKB vom 20. Juli 2007 sei vorsätzlich falsch gewesen. Die IKB hält diese Klagen für unbegründet. Die IKB ist damals davon ausgegangen, dass aus den Liquiditätslinien für das Conduit Rhineland Funding keine nennenswerten Risiken drohten, weil man es nicht für möglich hielt, dass der gesamte Asset-Backed-Commercial-Paper-(ABCP)-Markt zusammenbrechen und dadurch eine Refinanzierung auf Dauer unmöglich werden könnte. Die IKB konzentrierte sich deshalb in der Presseerklärung vom 20. Juli 2007 aus damaliger Sicht auf die Risiken in ihrer Eigenbilanz. Der vorläufige Streitwert der Aktionärsklagen summierte sich bis Ende Juni 2008 auf rund 2,5 Mio. €. Die Einzelstreitwerte dieser Klagen bewegen sich hierbei in einem Korridor zwischen rund 4 Tsd. € und rund 600 Tsd. €.

In Bezug auf die Klagen von Aktionären, die aufgrund der Pressemeldung vom 20. Juli 2007 Aktien gekauft hatten, hat das Düsseldorfer Landgericht am 11. Juni 2008 in erster Instanz zwei Klagen von Aktionären abgewiesen.

Neben den genannten Klagen gibt es Aktionäre sowie andere Anleger in anderen IKB-Papieren, die außergerichtlich an die IKB mit der Forderung auf Schadensersatz herangetreten sind.

Der US-amerikanische Anleiheversicherer Financial Guaranty Insurance Company (FGIC) und dessen britische Tochtergesellschaft haben am 10. März 2008 u. a. gegen die IKB AG und deren Tochtergesellschaft IKB CAM Klage bei einem New Yorker Gericht eingereicht. Die Kläger beantragen in erster Linie, von vertraglichen Verpflichtungen von bis zu 1,875 Mrd. US-\$ zugunsten eines anderen Liquiditätsgebers für Rhineland Funding befreit zu werden. Überdies werden Schadensersatzansprüche gegen die IKB in nicht benannter Höhe geltend gemacht. Die IKB hält die in der Klageschrift vorgebrachten Vorwürfe für unbegründet.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die IKB AG darüber hinaus in Bezug auf ihre Aktivitäten und Tätigkeiten sowie die Aktivitäten und Tätigkeiten der IKB Credit Asset Management GmbH im Rahmen von Rhineland Funding und/oder Rhinebridge von anderen an diesen Transaktionen beteiligten Parteien auf Schadensersatz in Anspruch genommen wird.

Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft Düsseldorf am 10. August 2007 Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue und des Verstoßes gegen das Aktiengesetz gegen Verantwortliche der IKB aufgenommen. Die Bank hat dabei die Rolle der potenziell Geschädigten. Der Vorstand unterstützt die Staatsanwaltschaft bei ihrer Arbeit und kooperiert mit ihr in jeglicher Hinsicht, um möglichst schnell eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge zu erreichen.

Im Zusammenhang mit den zuvor beschriebenen Rettungsmaßnahmen der KfW mit Unterstützung der Bankenverbände zugunsten der IKB hat die Bundesregierung die Europäische Kommission über die Maßnahmen informiert und die ersten beiden Maßnahmenpakete mit Schreiben vom 15. Januar 2008 vorsorglich bei der Kommission angemeldet; das dritte Maßnahmenpaket wurde mit Schreiben vom 14. März 2008 bei der Kommission notifiziert.

Die Europäische Kommission hat daraufhin am 27. Februar 2008 gemäß den Beihilfevorschriften des EG-Vertrags eine eingehende Prüfung der Maßnahmen eingeleitet, ob die Unterstützungsmaßnahmen staatliche Beihilfen darstellen und ob sie gegebenenfalls mit den Beihilferegeln des EG-Vertrags in Einklang stehen.

Nach Auffassung der Bundesregierung stellen die bisher durchgeführten Maßnahmen keine bzw. keine nicht genehmigungsfähigen Beihilfen dar. Sollte die Kommission zu dem Ergebnis gelangen, dass es sich um staatliche Beihilfen handelt, kann sie diese für zulässig erklären, insbesondere wenn sie den Anforderungen an staatliche Beihilfen für die Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten genügen. Die Kommission wird dazu auch untersuchen, ob durch die geplante Umstrukturierung die langfristige Rentabilität der Bank wiederhergestellt wird, ob sich die Unterstützung auf das erforderliche Minimum beschränkt und durch welche Ausgleichsmaßnahmen etwaige Wettbewerbsverzerrungen begrenzt werden. Sofern die Kommission jedoch zu der Auffassung gelangen sollte, dass die Stützungsmaßnahmen nicht genehmigungsfähige Beihilfen sind, müssten diese zurückgefordert werden. Der Vorstand geht aufgrund des bisherigen Verfahrensverlaufs davon aus, dass es sich bei den Maßnahmen nicht um eine Beihilfe oder um eine genehmigungsfähige Beihilfe handelt.

Im Hinblick auf die Hauptversammlung vom 27. März 2008 ist es zu mehreren Anfechtungsklagen gegen die dort gefassten Beschlüsse gekommen, u. a. gegen die von der Hauptversammlung beschlossene Kapitalerhöhung. Die IKB hat hiergegen ihrerseits einen Freigabeantrag nach § 246a Abs. 1 AktG eingereicht.

IT-Risiken

Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung des bankweiten Notfallmanagements, der Sicherheit der DV-Systeme sowie der Sicherheit des Datenbestandes. Hierzu gehörten u. a. die Einführung und Umsetzung eines einheitlichen Sicherheitsstandards (ISO 17799 „Management der Informationssicherheit“ und ISO 27001 „Information technology – Security techniques – Information security management systems – Requirements“), die Einführung neuer Technologien für die Weiterentwicklung der System- und Netzwerksicherheit zur Abwehr zunehmender externer Bedrohungen und zur Erfüllung der gestiegenen Anforderungen an die Mobilität und Verfügbarkeit von IT-Systemen. Hinzu kommt der Ausbau von Backup-Systemen, durch die das operationelle Risiko der Kommunikations-, DV- und Abwicklungssysteme weiter verringert werden konnte. Gleichzeitig werden in diesen Bereichen die Mitarbeiter kontinuierlich weitergebildet, um auch von dieser Seite allen Anforderungen gerecht zu werden. Unterstützt werden alle diese Maßnahmen durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen. Die Umsetzung eines angemessenen Managementsystems für Informationssicherheit in der IKB wurde vom TÜV Rheinland zertifiziert.

Compliance-Risiken

Als Kreditinstitut unterliegt die IKB speziellen Rechtsnormen. Dazu zählen insbesondere Vorschriften zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Marktmanipulationen oder Insiderhandel und Geldwäsche. Die Regelungen zur Geldwäscherprävention sind in speziellen Organisationsanweisungen („Organisation der Geldwäscherprävention im IKB Konzern“ und „Geldwäscherprävention“) für die IKB AG sowie in spezifischen Handbüchern an den jeweils betroffenen ausländischen Standorten niedergelegt.

Des Weiteren hat die IKB AG ein Compliance-Konzept implementiert, in dem die Verhaltensanforderungen bezüglich Wertpapiercompliance für alle Mitarbeiter verbindlich festgelegt sind. Dieses wird ergänzt durch die Organisationsanweisung „Konzernrichtlinie über den Umgang mit Interessenkonflikten“. Für die Standorte London, Luxemburg und New York wurden jeweils standortspezifische Compliance-Konzepte erlassen.

Mit dem Code of Conduct der IKB wurde darüber hinaus ein Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB abbildet. Die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des IKB-Konzerns. Sie bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft.

Die IKB hat zuletzt im März 2008 eine Analyse der spezifischen Gefährdungssituation bezüglich der Geldwäscherisiken (einschließlich Terrorismusfinanzierung) durchgeführt, die alle gruppenangehörigen Unternehmen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland umfasste. Als Grundlagen für diese Gefährdungsanalyse dienten das Aktionsfeld der Institutsgruppe, ihre Organisations- und Vertriebsstruktur, ihre Kunden- und Produktstruktur, die Art der Transaktionen sowie Experteneinschätzungen und externe Informationen. Hierauf aufbauend wurden

kunden-, produkt- und transaktionsspezifische Risiken erfasst und identifiziert sowie eine entsprechende Kategorisierung vorgenommen. Aus den identifizierten Risiken wurden Indikatoren abgeleitet, die als Suchkriterien und Parameter in die Überwachung integriert sind. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die IKB-Gruppe aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit einem erheblich geringeren Geldwäscherisiko unterliegt als Institute mit Schaltergeschäft und Kontokorrentzahlungsverkehr.

Im Rahmen der Schadenspotenzialanalyse wird derzeit eine Erhebung des Risikos aus externen/internen betrügerischen Handlungen durchgeführt. Zudem wurde im neuen Geschäftsjahr die Stabsstelle Compliance um einen weiteren Mitarbeiter verstärkt, der sich schwerpunktmäßig mit dem Themenkomplex Betrugsprävention befasst.

Personalrisiken

Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Zentralbereiche und Markteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, sondern auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten. Um dem Risiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der IKB eindeutige Vertretungsregelungen und Funktionsstellungen, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Seit Beginn der Krise verzeichnet die IKB AG eine deutlich erhöhte Anzahl von Personalabgängen in allen Bereichen, die aufgrund der derzeitigen Lage der Gesellschaft nicht vollständig durch die Gewinnung neuen qualifizierten Personals kompensiert werden kann. Die hierdurch entstehenden Beeinträchtigungen werden aktuell durch interne Transfermaßnahmen und den intensiven Einsatz externer Berater bewältigt.

Strategische und Reputationsrisiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld erfolgen, aber auch vonseiten der Markt- und Wettbewerbsbedingungen der Kunden oder Refinanzierungspartner ausgehen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System schwer fassbar. Sie stehen deshalb unter besonderer Beobachtung des Vorstands und des Bereiches Unternehmensentwicklung und werden kontinuierlich analysiert. Hierzu gehören auch die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsstrategie im Rahmen des strategischen Planungsprozesses sowie die daraus resultierende Durchführung strategischer Initiativen und Investitionen.

Reputationsrisiken sind die Gefahr von Verlusten, sinkenden Erträgen, steigenden Kosten oder einem verringerten Unternehmenswert aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank in der Öffentlichkeit, vor allem bei Kunden, Anteilseignern, Ratingagenturen oder Mitarbeitern. Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese aufgrund deren Öffentlichkeitswirkung.

Die IKB wird im Zuge der Neuausrichtung alles daran setzen, die durch die Krise beschädigte Reputation schnellstmöglich wiederherzustellen.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko versteht die Gesellschaft unerwartete negative Planabweichungen bei den Zins- und Provisionserträgen und bei den betrieblichen Aufwendungen infolge verschlechterter Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategie – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Das im Bereich Financial Controlling angesiedelte Ergebniscontrolling hat die Aufgabe, die unterjährige Erlös- und Kostenentwicklung durch kontinuierliche Plan-Ist-Vergleiche nachzuhalten und monatlich an den Vorstand und die Geschäftsfelder zu berichten.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos für die Risikotragfähigkeit erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlösvolatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächlichen Provisions- und Zinsergebnisses und der betrieblichen Aufwendungen von den Planwerten errechnet. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt.

Risikoreporting und Risikokommunikation. Die Abweichung von den Planungs- und Zielgrößen werden monatlich an den Vorstand sowie die jeweiligen Zentralbereichs- und Geschäftsfeldleitungen berichtet, um frühzeitig gegensteuern zu können. Damit stehen allen Geschäftsfeldern und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Gesamtaussage zur Risikosituation

Es bestehen weiterhin große Unsicherheiten über die weitere Wertentwicklung von verbrieften Kreditrisiken. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass die fortdauernde Finanzkrise zu weiteren Wertverlusten bei strukturierten Wertpapieren und damit zu weiteren Belastungen in der Gewinn- und Verlustrechnung führt.

Vor diesem Hintergrund ist die Risikotragfähigkeit nur unter Berücksichtigung der beschlossenen Kapitalerhöhung und eines Kapitalzuflusses aus dieser Kapitalerhöhung in Höhe von mindestens 1,25 Mrd. € gewährleistet.

Der Fortbestand der IKB hängt davon ab, dass im Geschäftsjahr 2008/09 wieder ein erweiterter Zugang zum Kapitalmarkt auch für unbesicherte, längerfristige Refinanzierungen erreicht werden kann. Hierzu ist insbesondere erforderlich, dass

- die beschlossene Kapitalerhöhung eingetragen und zeitnah durchgeführt wird und zu einem Kapitalzufluss von mindestens 1,25 Mrd. € führt,
- die geplanten Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung, insbesondere die kurzfristig erforderliche Neuaufnahme und Verlängerung von besicherten Geldmarktrefinanzierungen, umgesetzt werden,

- die Veräußerung eines erheblichen Teils der Portfolioinvestments zu ausreichenden Preisen vorgenommen wird,
- gegen die vorgenannten Maßnahmen und den gesamten Risikoschirm keine rechtlichen Vorbehalte insbesondere im Rahmen von EU-Verfahren geltend gemacht werden und
- aus dem Rechtsstreit mit einem Kreditversicherer keine wesentlichen Risiken entstehen.

Der Vorstand geht davon aus, dass mittelfristig die dargestellten geplanten Maßnahmen zur Kapital- und Liquiditätsbeschaffung umgesetzt werden können und wieder ein erweiterter Zugang zum Kapitalmarkt auch für unbesicherte, längerfristige Refinanzierungen erreicht werden kann. Des Weiteren geht der Vorstand davon aus, dass eine für die IKB positive Klärung hinsichtlich des Beihilfverfahrens in den kommenden Monaten herbeigeführt werden kann und dass die Klage des US-amerikanischen Anleiheversicherers FGIC unbegründet ist.

5. Ereignisse nach dem 31. März 2008 (Nachtragsbericht)

Seit dem 31. März 2008 haben sich die folgenden neuen Entwicklungen ergeben.

Personelle Veränderungen

Herr Jörg Asmussen hat am 27. Mai 2008 sein Aufsichtsratsmandat bei der IKB niedergelegt.

Absicherung und Verkauf von Portfolioinvestments

Die IKB hat ab Juni 2008 begonnen, den geplanten Verkauf von Wertpapieren aus dem risikoreicheren Teilportfolio umzusetzen. Bis zum Aufstellungsstichtag 8. Juli 2008 wurden Tranchen im Nominalwert von 450 Mio. € zum bzw. leicht über dem Buchwert per 31. März 2008 veräußert.

Darüber hinaus wurde im Mai 2008 eine Vereinbarung zwischen IKB und KfW getroffen, wonach bestimmte faktisch ausgefallene und mit einem Buchwert von 0 € angesetzte, abgeschirmte Wertpapiere aus dem risikoreicheren Teilportfolio vorzeitig abgerechnet werden. Weiterhin wurden die Erstverlustpositionen mit Bezug auf von der IKB platzierte Verbriefungstransaktionen für Unternehmens- bzw. Immobilienkredite aus der Abschirmung herausgenommen, da diese Verbriefungstransaktionen zum strategischen Kerngeschäft der IKB gehören.

Veränderungen im Konzern

Nach dem Stichtag ist die IKB Credit Asset Management GmbH in eine KG formgewandelt worden und durch Austritt des Komplementärs aus dieser KG rückwirkend zum 1. April 2008 auf die IKB AG angewachsen.

Verkaufsprozess

Im Mai 2008 führte die IKB mit neun Bietern Managementgespräche, die durch Expertengespräche vertieft wurden.

In der Folge wurde der KfW eine Reihe von gehärteten Angeboten vorgelegt. Die KfW hat die Anzahl der Bieter auf drei reduziert, mit denen seit Juni 2008 weitere Verhandlungen und vertiefte Due-Diligence-Prüfungen durchgeführt werden.

6. Prognosebericht

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Vorstand erwartet, dass die Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft der Bank in 2008 und 2009 schwieriger werden. Für den wichtigsten Markt, Deutschland, wird die folgende gesamtwirtschaftliche Entwicklung erwartet:

- Das deutsche BIP-Wachstum lag im Jahr 2007 noch bei rund 2,5 %. Wachstumstreiber waren vor allem die exportstarken deutschen Unternehmen, die dank ihrer hervorragenden Produktpalette von der positiven Entwicklung der Weltwirtschaft in besonderem Maße profitierten. Nun verliert die weltweite Dynamik an Schwung, sodass das deutsche BIP-Wachstum im Jahr 2008 nach Einschätzung führender Wirtschaftsforscher auf gut 2 % zurückgehen wird. Angesichts der anhaltenden Turbulenzen an den Finanzmärkten ist auch diese Prognose mit Unsicherheiten behaftet.
- Im Jahr 2009 werden die aus der Immobilienkrise resultierenden Konjunkturprobleme in den USA weltweit noch stärker ausstrahlen. Deutschland dürfte nur mehr ein BIP-Wachstum von rund 1,5 % erreichen.
- Leicht positive Impulse für das nationale Wirtschaftswachstum ergeben sich nach jahrelanger Zurückhaltung aus dem privaten Konsum. Angesichts positiver Beschäftigungseffekte und verbesserter Einkommensperspektiven dürfte dieser Effekt in 2008 und 2009 zum Tragen kommen. Allerdings könnte ein anhaltend hoher Inflationsdruck über höhere Energie- und Lebensmittelpreise den privaten Verbrauch wieder dämpfen.
- Die Exporte werden infolge der sich abkühlenden Weltwirtschaft voraussichtlich nicht mehr so kräftig zulegen wie in den vergangenen Jahren. Führende Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten für die Jahre 2008 und 2009 noch eine Zunahme von rund 6 bis 7 % nach knapp 8 % in 2007. Kapazitätsauslastung und Auftragsbestände der IKB-Kunden, überwiegend stark exportorientierter mittelständischer Unternehmen, bleiben somit voraussichtlich noch einige Zeit auf hohem Niveau.
- Die für das Kreditgeschäft der Bank wichtigste gesamtwirtschaftliche Determinante, die Ausstattungsinvestitionen der Unternehmen, dürfte in 2008 und 2009 immerhin noch um 4 bis 5 % wachsen – nach einem Anstieg von gut 8 % in 2007. Es wird erwartet, dass das Kreditgeschäft mit inländischen Unternehmen hiervon weiter profitieren wird.

Für diejenigen Auslandsmärkte, die für die IKB bedeutsam sind, erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute folgende Entwicklung:

- In Europa (EU 27) wird sich das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,9 % in 2007 auf rund 2 % in 2008 und 2009 abschwächen.
- Für die USA rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute mit einer deutlichen Abschwächung auf 1 % in 2008 gegenüber einem Wachstum von 2,2 % im Vorjahr.
- Weiterhin erfreulich sind die Aussichten für die Staaten Mitteleuropas, die in 2008 und 2009 BIP-Wachstumsraten zwischen 4 % und 5 % erreichen dürften.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die IKB wird ihre starke Positionierung als eine führende deutsche Spezialbank im Bereich der langfristigen Finanzierung von mittelständischen Unternehmen, Immobilieninvestoren, Projektpartnern und institutionellen Investoren weiter ausbauen.

Die Basis für den Ausbau der Marktposition liegt in der Spezialisierung der IKB, der damit verbundenen Kompetenz und dem hohen Vertrauen, das sie bei ihren Kunden besitzt. Das Gros der Kundenbeziehungen besteht dabei schon zehn Jahre oder länger. Auf dieser Basis haben sich die Kunden – gerade wegen der Probleme der Bank – zur IKB bekannt. So konnten im inländischen Mittelstandsgeschäft (Geschäftsfeld Firmenkunden) trotz Krise die Auszahlungen im gesamten Geschäftsjahr 2007/08 (1. April 2007 bis 31. März 2008) auf 4,6 Mrd. € gehalten werden (Vorjahr: 4,6 Mrd. €), obwohl die IKB die Neuzusagen in den letzten Monaten gedrosselt hat.

Das zukünftige Geschäftsmodell der Gesellschaft wird stärker auf die drei Kerngeschäftsfelder Firmenkunden (Firmenkunden Inland, Leasing und Private Equity), Strukturierte Finanzierung (Akquisitionssowie Projekt- und Exportfinanzierung) und Immobilienkunden ausgerichtet. Diese Kerngeschäftsfelder sollen durch eine verbesserte Marktdurchdringung (erhöhte Gewinnung von Neukunden und bessere Ausschöpfung der vorhandenen Kundenbeziehungen), die Einführung bzw. den Vertrieb neuer Produkte sowie durch eine deutliche Ausweitung der Cross-Selling-Aktivitäten sowohl innerhalb des IKB-Konzerns als auch mit Kooperationspartnern weiter ausgebaut werden.

Innovative Finanzierungslösungen für die Kunden sollen integraler Bestandteil des Geschäftsmodells bleiben. Über Verbriefungen sollen sowohl die Assets unter Management erhöht werden als auch wichtige Steuerungsbeiträge, wie genauer Einsatz von Eigenkapital und Generierung von Liquidität und Liquiditätsreserven, erreicht werden.

Im Segment *Firmenkunden* wird der Kernmarkt weiterhin Deutschland sein. Die Akquisitionintensität soll weiter erhöht werden. Dies wird auch über das Angebot von langfristigen Investitionskrediten an Unternehmen bereits ab einem Jahresumsatz von 7,5 Mio. € erfolgen. Basis dafür bleibt die zuverlässige Partnerschaft zwischen der IKB und ihren langjährigen Firmenkunden. Der Bereich Mobilienleasing beabsichtigt, seine Marktposition nicht nur in Deutschland zu verbessern, sondern auch in Mittelosteuropa. Damit trägt die Bank der Tatsache Rechnung, dass sich mittlerweile eine Vielzahl von deutschen bzw. westeuropäischen Firmen in diesen Ländern niedergelassen hat und dort Teile ihrer Produktionskapazitäten auf Leasingbasis finanziert.

Im Bereich der *Immobilienfinanzierung* soll das Neugeschäftsvolumen in den nächsten drei Jahren bei kürzeren Laufzeiten organisch erhöht werden, sodass sich der Kreditvolumensbestand stabil entwickeln wird. Die im Geschäftsjahr 2006/07 etablierten europäischen Immobilienaktivitäten sollen nicht nur syndizierte Finanzierungen, sondern auch die Arrangierung von Immobilienkrediten umfassen.

Über die Produkte der *Strukturierten Finanzierung* wird die IKB ihren erfolgreichen Ansatz als europäischer Mid-Cap-Financier fortsetzen. Dies gilt sowohl im Mid-Cap-LBO-Bereich als auch in ausgewählten Feldern der Projektfinanzierung. Der LBO-Markt ist allerdings auch im Mid-Cap-Segment im Zuge der Finanzmarktkrise in den letzten Monaten deutlich geschrumpft. Die Bank geht davon aus, dass sie auch in den nächsten beiden Jahren etwa 70 % der Erträge des Geschäftsfeldes *Strukturierte Finanzierung* auf europäischen Teilmärkten erzielen wird.

Die Bank wird auch zukünftig ihre Verbriefungsaktivitäten fortsetzen. Die Verbriefung eigener Kredite bleibt Teil des integrierten Geschäftsansatzes der Bank als europäischer Mittelstandsfinanzierer. Die Platzierung einer *Mobility-Transaktion* (Verbriefung eines Mittelstandskredit-Portfolios) im März 2008 gibt der Bank Anlass zur Zuversicht, dass sich die Verbriefungsmärkte weiter beruhigen und neue Transaktionen, sofern sie risikomäßig transparent und marktgerecht gepreist sind, wieder platzierbar sind.

Die Entwicklung des Segments *Portfolio Investments* wird stark von den zukünftigen Marktentwicklungen abhängen. Zwischenzeitlich gab es wieder Liquidität und Umsätze in strukturierten Wertpapieren, selbst wenn diesen Subprime-Kredite zugrunde lagen. Nach ersten erfolgreichen Verkäufen plant die IKB deshalb weiterhin, ihr risikoreicheres Teilportfolio – ggf. in kleinen Paketen – zu veräußern. Bei einer Fortdauer der Finanzkrise und einer Verschlechterung der Märkte können weitere Verluste im Segment *Portfolio Investments* nicht ausgeschlossen werden.

Vermögenslage

Durch die Rettungsmaßnahmen von KfW und Bankenverbänden wurde eine Stabilisierung der Finanz- und Vermögenslage der IKB erreicht. Nach Durchführung und Eintragung der Kapitalerhöhung werden sich die Solvabilitätskoeffizienten nachhaltig verbessern. Darüber hinaus sollen weitere Möglichkeiten genutzt werden, die Risikotragfähigkeit der Bank von der Aktivseite her zu entlasten. Hierzu gehört neben der weiteren Reduktion der Marktpreisrisiken auch die Reduktion von Risikoaktiva im Kreditgeschäft.

Liquiditätssituation

Die Refinanzierung des Aktivgeschäftes der IKB wird weiterhin deutlich erschwert bleiben und überwiegend im Wege besicherter Geldaufnahme erfolgen. Besicherte Finanzierungen und die Beleihung von Wertpapieren oder Krediten bei der Zentralbank sind für alle Banken wichtige Refinanzierungsquellen geworden, auch für die IKB. Nach Durchführung der geplanten Kapitalerhöhung erwartet der Vorstand, die Refinanzierung auch in unbesicherter Form – in Form von Schuldverschreibungen – an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten wieder aufnehmen zu können. Voraussetzung dafür ist eine Normalisierung an den internationalen Kapitalmärkten. Darüber hinaus wird die IKB einen Teil ihres Kreditgeschäftes – wie auch schon in der Vergangenheit – durch die Aufnahme von Mitteln bei den öffentlichen Förderbanken refinanzieren.

Ertragslage

Die Bank wird nach Abschluss der Restrukturierung voraussichtlich eine deutlich andere Ertragsstruktur und ein insgesamt niedrigeres Ertragsniveau haben, da die in den Vorjahren vereinnahmten Erträge aus Portfolioinvestments erheblich zurückgehen werden. Das Geschäftsjahr 2008/09 wird noch erheblich durch die Folgewirkungen der Krise, insbesondere die Einschränkung des Neugeschäftes seit August 2007 und die stark gestiegenen Refinanzierungskosten, beeinträchtigt sein. Mittelfristiges Ziel ist die Erreichung einer angemessenen Rendite aus dem operativen Geschäft auf das eingesetzte Kapital.

Voraussetzung ist allerdings, dass die Finanzmarktkrise nicht auf die Realwirtschaft und damit den Unternehmenssektor übergreift.

Die weitere Entwicklung der Bank hängt zudem davon ab, dass sich die Bank adäquat refinanzieren kann. Dafür sind neben der Kapitalerhöhung eine Normalisierung der Kapitalmärkte und die Wiederherstellung von Vertrauen in die Banken generell erforderlich.

Die Bedienung der Besserungsabreden im Zusammenhang mit der Bereitstellung von 1.050 Mio. € bankaufsichtsrechtlichem Kernkapital durch die KfW Bankengruppe sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber führen voraussichtlich dazu, dass für mehrere Geschäftsjahre keine oder nur geringe Überschüsse im Konzern und in der IKB AG ausgewiesen werden.

7. Vergütungsbericht

Der vorliegende Vergütungsbericht bezieht sich auf die Vergütung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder im bzw. für das Geschäftsjahr 2007/08 und stellt die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in diesem bzw. für dieses Geschäftsjahr dar. Er berücksichtigt die Regelungen des Handelsgesetzbuches sowie die Grundsätze des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Das Vergütungssystem des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2007/08 hat sich die Zusammensetzung des Vorstands deutlich geändert. In dem Zeitraum, auf den sich dieser Vergütungsbericht bezieht, gehörten dem Vorstand die folgenden Mitglieder an:

- Dr. Günther Bräunig, (Mitglied und Vorsitzender des Vorstands seit 29. Juli 2007),
- Frank Braunsfeld (bis 15. Oktober 2007),
- Dr. Volker Doberanzke (bis 7. August 2007),
- Dr. Dieter Glüder (seit 29. Juli 2007),
- Dr. Reinhard Grzesik (seit 15. Oktober 2007),
- Dr. Markus Guthoff (bis 15. Oktober 2007),
- Claus Momburg,
- Stefan Ortseifen (bis 29. Juli 2007).

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer festen jährlichen Grundvergütung, einer erfolgsabhängigen variablen Vergütung sowie erfolgsunabhängigen Nebenleistungen und Pensionszusagen zusammen. Aktienoptionspläne oder vergleichbare Gestaltungen bestehen nicht. Ein Vorstandsmitglied erhält neben seiner festen jährlichen Grundvergütung zum Ausgleich für eine nicht vereinbarte Altersversorgung zusätzlich einen monatlichen Betrag von 10.000 € brutto. Die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand wird vom Aufsichtsrat auf Vorschlag des Aufsichtsratspräsidiums regelmäßig beraten und überprüft.

Aufgrund der derzeitigen Situation der Bank und auch im Hinblick darauf, dass gegebenenfalls ein neuer Großaktionär die Vergütung des Vorstandsgremiums maßgeblich mitbestimmen wird, wurde von der Entwicklung einer neuen Vergütungsstruktur bisher abgesehen. Für die Festlegung der Vorstandsvergütung im Einzelnen ist das Aufsichtsratspräsidium zuständig.

Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands insgesamt sowie seit Ausbruch der Krise die besondere Situation der Bank. Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütungen wird regelmäßig vom Aufsichtsratspräsidium überprüft. Etwaige Bezüge aus Konzernmandaten werden einbezogen.

Erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile. Die erfolgsunabhängige Jahresgrundvergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen in Form von Sachbezügen, die im Wesentlichen aus Versicherungsprämien und der Dienstwagennutzung bestehen. Herr Ortseifen erhielt bis zu seinem Ausscheiden zusätzlich den nach steuerlichen Richtlinien anzusetzenden Sachbezug (Unterschied zwischen der ortsüblichen Marktmiete des gemieteten Diensthauses und der gezahlten Miete) für das gemietete Diensthaus. Als Vergütungsbestandteil sind diese Nebenleistungen vom einzelnen Vorstandsmitglied zu versteuern. Die konkrete Höhe variiert bei den einzelnen Vorstandsmitgliedern je nach der persönlichen Situation. Kredite oder Vorschüsse wurden Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr nicht gewährt.

Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile. Gemäß den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex umfassen die monetären Vergütungsbestandteile der Gesamtvergütung fixe und variable Bestandteile. Die variable Vergütungskomponente hat – bis auf einen 30 bzw. 60 %igen Mindestanteil der Zielantiente – Risikocharakter, sodass es sich hierbei nicht um eine gesicherte Vergütung handelt. Eine nachträgliche Änderung der vereinbarten Erfolgsziele ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Grundlage der variablen Vergütung ist zunächst die Erreichung der mit jedem aktiven Vorstandsmitglied für das jeweilige Geschäftsjahr an dessen Anfang schriftlich vereinbarten Ziele. Die Festlegung der erreichten variablen Vergütung erfolgt dann entsprechend dem Erreichungsgrad der Ziele. Maximal ist eine Tantieme von 200 %, minimal von 30 %, in einem Fall von 60 % der Zielantiente möglich. Darüber hinaus kann das Aufsichtsratspräsidium bei der Festlegung der variablen Bezüge nach seinem Ermessen weitere Aspekte berücksichtigen. Dies kann zu einer höheren oder niedrigeren Tantieme innerhalb der festgelegten Grenzen führen. Für das Geschäftsjahr 2007/08 hat der Aufsichtsrat mit den Vorstandsmitgliedern eine Zielvereinbarung nicht abgeschlossen. Die variablen Vergütungen für das Geschäftsjahr 2007/08 für die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Bräunig, Herr Dr. Glüder, Herr Dr. Grzesik und Herr Momburg wurden in der Sitzung des Aufsichtsratspräsidiums am 17. April 2008 für die zu diesem Zeitpunkt amtierenden Vorstandsmitglieder festgelegt. Die variable Erfolgsvergütung von Herrn Momburg für das Geschäftsjahr 2007/08 wird in voller Höhe mit der Rückforderung seiner Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 verrechnet.

Herr Dr. Grzesik erhält für den Fall eines Kontrollwechsels eine Mindesttantieme von 150 %, wobei ein Kontrollwechsel vorliegt, wenn ein Dritter allein oder durch ihm entsprechend § 22 WpHG zuzurechnende Stimmrechte einen Stimmrechtsanteil erlangt, der in einer ordentlichen Hauptversammlung der IKB zu einem Stimmrechtsanteil in Höhe von mindestens der Hälfte des präsenten stimmberechtigten Grundkapitals geführt hätte.

Change of Control. Die am 31. März 2008 amtierenden Vorstandsmitglieder haben keine Change-of-Control-Klausel in ihren Anstellungsverträgen bzw. nachträglich auf eine ursprünglich vereinbarte Klausel verzichtet.

Leistungen durch Dritte. Kein Mitglied des Vorstands hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten, aus-

genommen Bezüge von Tochterunternehmen der IKB bzw. der Movesta Lease and Finance GmbH, im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2007/08 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	Jahresvergütung (in Tsd. €)			Gesamt
	Festbezüge	Variable Bezüge	Wert der Nebenleistungen*	
Dr. Günther Bräunig (seit 29.7.2007)	371	550	15	936
Frank Braunsfeld (bis 15.10.2007)	162	–	21	183
Dr. Volker Doberanzke (bis 7.8.2007)	132	57	23	212
Dr. Dieter Glüder (seit 29.7.2007)	277	450	14	741
Dr. Reinhard Grzesik (seit 15.10.2007)	278	450	8	736
Dr. Markus Guthoff (bis 15.10.2007)	216	87	22	325
Claus Momburg	404	450	50	904
Stefan Ortseifen (bis 29.7.2007)	183	–	44	227
Gesamt	2 023	2 044	197	4 264

* Einschließlich der erhaltenen Vergütungen für die Übernahme von Organfunktionen bei Tochterunternehmen in Höhe von 66 Tsd. € (Herr Dr. Doberanzke 10 Tsd. €, Herr Momburg 26 Tsd. € und Herr Ortseifen 30 Tsd. €)

Für das vorangegangene Geschäftsjahr 2006/07 belief sich die Jahresvergütung des Gesamtvorstands auf 6.837 Tsd. €. Hiervon entfielen 2.141 Tsd. € auf Festbezüge, 4.318 Tsd. € auf variable Bezüge und 378 Tsd. € auf Nebenleistungen.

Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit. Als sonstige Leistungen nach Ausscheiden aus der aktiven Tätigkeit wurden den Vorstandsmitgliedern Herrn Dr. Doberanzke und Herrn Dr. Guthoff im

Rahmen von Vereinbarungen über die Beendigung ihrer Dienstverhältnisse insgesamt erfolgsunabhängige Vergütungen von 248 Tsd. € (Herr Dr. Doberanzke 163 Tsd. € und Herr Dr. Guthoff 85 Tsd. €) sowie anteilige Mindesttantiemen von 97 Tsd. € (Herr Dr. Doberanzke 64 Tsd. € und Herr Dr. Guthoff 33 Tsd. €) für das Geschäftsjahr 2007/08 gewährt. Weitere Zahlungen, wie eine Abfindung oder ein Übergangsgeld, sind nicht gewährt worden.

Rückzahlungsansprüche der Gesellschaft. Das Aufsichtsratspräsidium hat in seiner Sitzung am 16. Februar 2008 beschlossen, folgende für das Geschäftsjahr

2006/07 im Juli 2007 gezahlten erfolgsabhängigen Vergütungen an den Vorstand zurückzufordern.

Vorstandsmitglied	Tsd. €
Frank Braunsfeld	25
Dr. Volker Doberanzke	583
Dr. Markus Guthoff	600
Claus Momburg	558
Joachim Neupel	451
Stefan Ortseifen	805
Gesamt	3 022

Altersversorgung. Die vor Eintritt der Krise am 27. Juli 2007 amtierenden Mitglieder des Vorstands haben nach dem Ausscheiden aus dem Unternehmen in folgenden Fällen einen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen: bei Erreichen der Regelaltersgrenze von derzeit 63 Jahren, dauerhafter Arbeitsunfähigkeit sowie bei vorzeitiger Beendigung oder Nichtverlängerung des Dienstvertrages. Im letztgenannten Fall erhalten die Vorstandsmitglieder bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres als sogenanntes Übergangsgeld ein vermindertes Ruhegeld, soweit die Ursache der vorzeitigen Beendigung oder Nichtverlängerung nicht auf Verschulden (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) oder die Ablehnung eines gleichen oder günstigeren Angebots zur Vertragsverlängerung zurückgeht. Allerdings wird an die infolge der Krise ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder kein Übergangsgeld gezahlt, wobei mit Herrn Dr. Doberanzke und Herrn Dr. Guthoff dies vertraglich vereinbart ist. Herr Momburg hat durch Vereinbarung auf seinen dienstvertraglichen Anspruch auf Übergangsgeld verzichtet, allerdings unter der aufschiebenden Bedingung, dass ein Gericht in einem rechtskräftigen Urteil schuldhaftes

Verhalten (Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit) seiner Person im Zusammenhang mit der Krise der Bank feststellt. Keines der anderen derzeitigen Vorstandsmitglieder hat Anspruch auf Zahlung eines Übergangsgeldes im Falle des Ausscheidens.

Abhängig von der Dauer der Vorstandstätigkeit beträgt der jährliche Ruhegeldanspruch zwischen 50 und 75 % der letzten Jahresgrundvergütung, bei Herrn Braunsfeld zwischen 30 und 60 % der letzten Jahresgrundvergütung. Die Höhe des Übergangsgeldes ist abhängig von dem Alter des Vorstandsmitglieds und der Dauer seiner Vorstandstätigkeit und liegt zwischen 5 und 75 % der letzten Jahresgrundvergütung, bei Herrn Braunsfeld zwischen 5 und 60 % der letzten Jahresgrundvergütung. Anderweitig erworbene Ruhegeldansprüche und anderweitige Arbeitseinkünfte werden in bestimmtem Umfang auf die Ruhegeldzahlungen der Gesellschaft angerechnet. Laufende Renten werden jährlich gemäß der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland angepasst.

Nach dem Tod eines aktiven oder ehemaligen Vorstandsmitglieds wird ein vermindertes Ruhegeld als Hinterbliebenenversorgung ausgezahlt. Witwen erhalten lebenslang bis zu 60 % des Ruhegeldes. Das Witwengeld entfällt bei Wiederverheiratung. Unterhaltsberechtigter Kinder erhalten mindestens bis zur Erreichung des 18. Lebensjahres und darüber hinaus längstens bis zum 25. Lebensjahr für die Dauer der Schul- oder Berufsausbildung einschließlich des Wehr- oder Zivildienstes 15 % des Ruhegeldes (25 %, falls kein Anspruch auf Witwengeld besteht). Übersteigen Witwen- und Waisengelder zusammen den Betrag des Ruhegeldes, erfolgt eine anteilige Kürzung der Waisengelder um den übersteigenden Betrag.

Für die künftigen Ruhegeldansprüche der Vorstandsmitglieder hat die Gesellschaft Pensionsrückstellungen gebildet, im Pensionsfall ergeben sich folgende Zahlungen:

Pensionen in Tsd. €	Jahresbezug bei Eintritt des Pensionsfalles Stand: 31.3.2008	Zuführung zur Pensionsrückstellung Per 31.3.2008 (Service Costs)
Frank Braunsfeld (bis 15.10.2007)	96	–
Dr. Volker Doberanzke (bis 7.8.2007)	230	149
Dr. Markus Guthoff (bis 15.10.2007)	262	99
Claus Momburg	308*	118
Stefan Ortseifen (bis 29.7.2007)	407	–

* Unterstellt eine Bestellung bis zur Beendigung des 63. Lebensjahrs

Die nach Ausbruch der Krise bestellten Vorstandsmitglieder haben abweichende Regelungen der Altersversorgung mit der IKB getroffen. Die nach Eintritt der Krise der Bank im Geschäftsjahr 2007/08 neu bestellten Vorstandsmitglieder Herr Dr. Bräunig, Herr Dr. Glüder und Herr Dr. Grzesik haben keinen Anspruch auf Ruhegeldzahlungen bzw. lediglich bei Eintritt einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit. Die Vorstandsmitglieder Herr Dr. Bräunig und Herr Dr. Glüder haben Versorgungszusagen im Rahmen ihres vor Eintritt in die IKB bestehenden Anstellungsverhältnisses mit der KfW erhalten. Hierfür zahlt die IKB an die KfW die anfallenden Zuführungsbeträge in Höhe von 94 Tsd. € für Herrn Dr. Bräunig und in Höhe von 89 Tsd. € für Herrn Dr. Glüder zur Fortsetzung der Zusagen.

Frühere Mitglieder des Vorstands. Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 3.882 Tsd. € (Vorjahr: 5.622 Tsd. €) als Auszahlungen, Personal- und Sachleistungen. Darüber hinaus wurde im Geschäftsjahr 2007/08 an ein ehemaliges Vorstandsmitglied im Rahmen einer Abfindungsvereinbarung ein Betrag in Höhe von 800 Tsd. € ausgezahlt, ein weiterer Betrag in gleicher Höhe kommt im nächsten Geschäftsjahr zur Auszahlung. Für diese Abfindungsbeträge wurde bereits im Geschäftsjahr 2006/07 eine Rückstellung gebildet. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 42.536 Tsd. € (Vorjahr: 37.227 Tsd. €) zurückgestellt.

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 11 der Satzung der IKB geregelt. Sie trägt – im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften und entsprechend den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex – der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des IKB-Konzerns Rechnung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben einer festen auch zwei variable, erfolgsorientierte Vergütungskomponenten. Die kurzfristige Komponente ist von der Höhe der Dividende abhängig und die langfristige richtet sich nach dem Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie; beide Komponenten werden aber auch nur dann gezahlt, wenn eine Dividende von mindestens 4 % des Grundkapitals ausgeschüttet wird. Als feste Vergütung erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats, neben dem Ersatz ihrer Auslagen, zu denen auch die auf ihre Bezüge entfallende Umsatzsteuer gehört, für jedes Geschäftsjahr 20.000,- €. Daneben erhalten die Aufsichtsratsmitglieder für jedes Geschäftsjahr eine variable Vergütung in Höhe von 200,- € für je 0,01 € Dividende, die über 0,30 € je Aktie hinaus für das abgelaufene Geschäftsjahr an die Aktionäre ausgeschüttet wird. Ferner wird eine weitere variable Vergütung in Höhe von 90,- € für jede 0,01 € gezahlt, um die der Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses je Aktie den Betrag von 0,30 € übersteigt.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte und jeder Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Die Vergütung erhöht sich außerdem für jede Mitgliedschaft in einem Aufsichtsratsausschuss jeweils um das 0,25-

Fache und für jeden Vorsitz in einem Ausschuss zusätzlich jeweils um das 0,25-Fache der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds. Die zusätzlichen Vergütungen für die Ausschussarbeit können maximal die Höhe der Vergütung eines Aufsichtsratsmitglieds erreichen. Mitglieder des Aufsichtsrats, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat oder einem Ausschuss angehören, erhalten für jeden angefangenen Monat ihrer Tätigkeit eine zeitanteilige Vergütung.

Die Aufsichtsratsvergütung ist von anderen Kennzahlen abhängig als die Vorstandsbezüge, sodass eine unerwünschte Angleichung der Vergütungsinteressen beider Gremien ausgeschlossen ist. Mit der jährlichen festen Vergütung von 20.000,- € soll insbesondere der Unabhängigkeit des Aufsichtsrats Rechnung getragen werden, die zur Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion erforderlich ist. Außerdem soll hierdurch eine angemessene und vom wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens unabhängige Mindestvergütung gewährleistet sein. Das dividendenabhängige Vergütungselement soll zu einem gewissen Gleichklang der Vergütungsinteressen des Aufsichtsrats mit den Renditeerwartungen der Aktionäre führen. Durch die Bindung eines weiteren Teils der variablen Vergütung an den Dreijahresdurchschnitt des Konzernjahresüberschusses enthält die Aufsichtsratsvergütung auch einen auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteil.

Die Vergütung des Aufsichtsrats. Für das Geschäftsjahr 2007/08 erhalten die Aufsichtsratsmitglieder, unter der Annahme, dass aufgrund der Lage der Gesellschaft keine Dividende gezahlt wird, keine variable Vergütung.

Über ihre feste Vergütung hinaus haben Aufsichtsratsmitglieder im Berichtsjahr keine weiteren Vergütungen bzw. Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere für Beratungs- und Vermittlungsleistungen, erhalten.

Einzelheiten zur Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2007/08 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

In Tsd. €	Gesamt (nur feste Vergütung; variable Vergütung entfällt, da keine Dividende gezahlt wird)
Werner Oerter (seit 27.3.2008)	5
Dr. Ulrich Hartmann (bis 27.3.2008)	58
Detlef Leinberger	45
Dr. Alexander v. Tippelskirch (bis 27.3.2008)	40
Dieter Pfundt (seit 27.3.2008)	3
Dieter Ammer	20
Jörg Asmussen	20
Dr. Jens Baganz	20
Dr. Jürgen Behrend (bis 27.3.2008)	20
Wolfgang Bouché	26
Hermann Franzen	21
Ulrich Grillo (ab 27.3.2008)	2
Dr.-Ing. Mathias Kammüller (bis 27.3.2008)	20
Jürgen Metzger	20
Roland Oetker	21
Dr.-Ing. Eberhard Reuther	20
Randolf Rodenstock	20
Rita Röbel	20
Dr. Michael Rogowski	20
Jochen Schametat	20
Dr. Carola Steingräber	20
Dr. Alfred Tacke (seit 27.3.2008)	3
Dr. Martin Viessmann	20
Ulrich Wernecke	20
Andreas Wittmann	20
Zwischensumme	524
Auslagenersatz Aufsichtsrat gesamt	37
Gesamt	561

8. Sonstige Finanzinformationen

Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Das Grundkapital der Gesellschaft zum 31. März 2008 betrug 247.794.332,16 € und war eingeteilt in 96.794.661 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Am 7. Januar 2008 hatte die Gesellschaft eine Wandelschuldverschreibung in Höhe von 54,3 Mio. € mit Wandlungspflicht begeben, die unter Ausschluss des Bezugsrechts von der KfW Bankengruppe übernommen worden ist. Die Wandelschuldverschreibung war in Aktien der Gesellschaft von bis zu 10 % ihres Grundkapitals wandelbar. Die Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen sahen unter bestimmten Voraussetzungen eine vorzeitige Wandlungspflicht vor. Nachdem diese Voraussetzungen eingetreten waren, sind die Schuldverschreibungen gewandelt worden und am 28. Februar 2008 Aktien aus bedingtem Kapital im Nennwert von 22.514.332,16 € an die KfW Bankengruppe ausgegeben worden. Damit hatte das Grundkapital der Gesellschaft den Stand vom 31. März 2008 in Höhe von 247.794.332,16 € erreicht.

Alle Aktien gewähren die gleichen Rechte. Jede Aktie gewährt eine Stimme und ist maßgebend für den Anteil am Gewinn.

Die Hauptversammlung der IKB hat am 27. März 2008 eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen von nominal bis zu 1.486.765.992,96 € auf bis zu 1.734.560.325,12 € unter Gewährung von Bezugsrechten an die Aktionäre beschlossen. Die KfW hat gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zugesagt, dass aus der Kapitalerhöhung so viele entstehende neue Aktien der IKB gezeichnet oder übernommen werden, dass der IKB aus der Kapitalerhöhung mindestens 1,25 Mrd. € (vor Kosten) zufließen werden. Diese Zusage steht unter dem Vorbehalt, dass die BaFin dem Käufer ein Sanierungsprivileg gemäß dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz gewährt. Trotz vorliegender Anfechtungsklagen geht der Vorstand unter Würdigung der Gesamtumstände einschließlich des laufenden Verkaufsprozesses unverändert davon aus, dass die Kapitalerhöhung im August 2008 durchgeführt wird und neben freien Aktionären die KfW und/oder der Erwerber des KfW-Aktienanteils an der IKB die Kapitalerhöhung zeichnen wird bzw. werden. Sofern die Kapitalerhöhung vor dem Tage der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2007/08 durchgeführt werden kann und die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen wird, wird das Grundkapital der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Hauptversammlung erhöht sein.

Durch Beschluss der Hauptversammlung am 9. September 2004 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 8. September 2009 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 300.000.000,- € mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 22.528.000,- € nach Maßgabe der festgelegten Bedingungen zu gewähren. Diese Ermächtigung sowie das dazugehörige bedingte Kapital sind – wie im Rahmen der Entwicklung des Grundkapitals beschrieben – ausgenutzt worden. Danach besteht die Ermächtigung noch in Höhe von bis zu 245.700.000,- € nebst dazugehörendem bedingten Kapital in Höhe von bis zu 13.667,84 €.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. März 2008 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum 26. September 2009 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. Aktiengesetz zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu 80 % an der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main, beteiligt, die zum 31. März 2008 unmittelbar und mittelbar

über ihre 100 %ige Tochtergesellschaft KfW-Beteiligungsholding GmbH, Frankfurt am Main, insgesamt 45,48 % der Stimmrechte an der IKB hält. Außerdem ist die Stiftung zur Förderung der Forschung für die gewerbliche Wirtschaft (Stiftung Industrieforschung), Köln, zum 31. März 2008 mit einem Anteil von 10,75 % an der Gesellschaft beteiligt. Das restliche Kapital wird von institutionellen und privaten Aktionären gehalten.

Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat nach Maßgabe des § 84 AktG und § 6 der Satzung bestellt und abberufen. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die Zahl der Mitglieder bestimmt der Aufsichtsrat. Die Bestellung erfolgt für eine Amtszeit von höchstens fünf Jahren. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die Satzung kann gemäß § 179 Abs. 1 AktG und § 17 der Satzung nur durch Beschluss der Hauptversammlung geändert werden. Der satzungsändernde Beschluss bedarf, sofern das Aktiengesetz nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt, einer Zweidrittelmehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, kann auch der Aufsichtsrat beschließen.

Die Vereinbarungen mit einem Vorstandsmitglied für den Fall eines Kontrollwechsels bei der Gesellschaft sind im Vergütungsbericht dargestellt. Die Anstellungsverträge der Mitarbeiter enthalten keine Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels.

Bericht des Vorstands zu den Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Der Vorstand hat im Lagebericht für die Gesellschaft Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB gemacht und erläutert diese wie folgt:

- Die Zusammensetzung des Grundkapitals ergibt sich aus § 5 der Satzung. Die Gesellschaft hat lediglich Stammaktien ausgegeben; Vorzugsaktien oder Sonderrechte einzelner Aktionäre bestehen nicht.
- Die IKB verfügt mit der KfW Bankengruppe und der Stiftung Industrieforschung über einen Aktionärskreis, der dem Mittelstand verpflichtet ist und die Fokussierung auf die langfristige Unternehmensfinanzierung unterstützt. Aufgrund der Ergebnisse des Verkaufsprozesses, mit dem die KfW und die Stiftung Industrieforschung ihre Beteiligungen an der IKB veräußern wollen, können sich hier im laufenden Geschäftsjahr Veränderungen ergeben.


- Die Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder folgt den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen. Gemäß der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ernennt der Aufsichtsrat aus der Mitte des Vorstands den Vorsitzenden des Vorstands. Satzungsänderungen werden in gesetzlich zulässigem Umfang erleichtert.

IKB Deutsche Industriebank AG

Der Vorstand

Düsseldorf, 8. Juli 2008

Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. März 2008

- 
- Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
 - Konzernbilanz
 - Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen
 - Kapitalflussrechnung
 - Konzernanhang (Notes)

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2007 bis 31. März 2008

	Notes	1.4.2007– 31.3.2008 in Mio. €	1.4.2006– 31.3.2007 in Mio. € nach Änderungen	Veränderung in %
Zinsüberschuss	(23)	449,9	673,1	–33,2
Zinserträge		3 426,6	3 831,6	–10,6
Zinsaufwendungen		2 976,7	3 158,5	–5,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(24)	255,2	239,7	6,5
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		194,7	433,4	–55,1
Provisionsüberschuss	(25)	54,7	52,0	5,2
Provisionserträge		67,0	66,6	0,6
Provisionsaufwendungen		12,3	14,6	–15,8
Fair-Value-Ergebnis	(26)	–1 825,4	–37,8	>100,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	(27)	–979,9	–12,4	>100,0
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	(28)	1,7	1,7	–
Verwaltungsaufwendungen	(29)	376,5	316,2	19,1
Personalaufwendungen		181,2	185,8	–2,5
Andere Verwaltungsaufwendungen		195,3	130,4	49,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(30)	662,2	–6,2	
Sonstige betriebliche Erträge		749,5	28,4	>100,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen		87,3	34,6	>100,0
Ergebnis aus Risikoübernahme	(31)	2 401,0	–	
Operatives Ergebnis		132,5	114,5	15,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(32)	158,6	74,7	>100,0
Sonstige Steuern		5,8	1,9	>100,0
Konzernüberschuss/-fehlbetrag		–31,9	37,9	
Ergebnis Konzernfremde		–0,1	–0,1	–
Konzernüberschuss/-fehlbetrag nach Ergebnis Konzernfremde		–32,0	37,8	
Ergebnisverwendung		–	–37,8	
Konzernbilanzgewinn/-verlust		–32,0	–	

Ergebnis je Aktie

	2007/08	2006/07	Veränderung in %
Konzernüberschuss/-fehlbetrag nach Ergebnis Konzernfremde (Mio. €)	–32,0	37,8	
Durchschnittliche Anzahl ausgegebener Stückaktien (Mio.)	90,0	87,9	2,4
Ergebnis je Aktie (€)	–0,36	0,43	

Im Berichtszeitraum erhöhte sich die Anzahl der ausgegebenen Stückaktien durch die Ausgabe einer Wandelanleihe mit Wandlungspflicht per 31. März 2008 auf 96.794.661 nennwertlose Stammaktien. Die in Zusammenhang mit der Pflichtwandelanleihe ausgegebenen Stammaktien waren gemäß IAS 33 bereits ab Vertragsabschluss dieser Wandelanleihe im unverwässerten Ergebnis zu berücksichtigen. Somit waren im Geschäftsjahr 2007/08 durchschnittlich 90.041.915 Aktien ausgegeben.

Ein Verwässerungseffekt besteht nicht, da zu den Stichtagen keine Wandel- und Optionsrechte im Umlauf waren.

Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2008

	Notes	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. € nach Änderungen	Veränderung in %
Aktiva				
Barreserve	(8, 33)	308,8	28,7	>100,0
Forderungen an Kreditinstitute	(9, 34)	2 850,3	4 441,9	-35,8
Forderungen an Kunden	(9, 35)	28 868,9	29 685,0	-2,7
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(10, 36)	-861,2	-1 094,7	-21,3
Handelsaktiva	(11, 37)	3 637,7	2 208,5	64,7
Finanzanlagen	(12, 38)	12 844,5	27 258,6	-52,9
At equity bilanzierte Unternehmen	(13, 39)	14,7	13,3	10,5
Immaterielle Anlagewerte	(14, 40)	32,1	37,9	-15,3
Sachanlagen	(15, 41)	218,8	212,1	3,2
Laufende Ertragsteueransprüche	(16, 42)	44,8	13,7	>100,0
Latente Ertragsteueransprüche	(16, 43)	174,1	150,2	15,9
Sonstige Aktiva	(17, 44)	2 111,1	589,4	>100,0
Gesamt		50 244,6	63 544,6	-20,9
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(9, 45)	17 449,3	13 912,5	25,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(9, 46)	5 751,5	4 277,8	34,4
Verbrieftete Verbindlichkeiten	(18, 47)	18 184,8	39 555,5	-54,0
Handelspassiva	(11, 48)	5 410,9	1 164,7	>100,0
Rückstellungen	(19, 20, 49, 50)	83,7	60,0	39,5
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	(16, 51)	88,1	79,2	11,2
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(16, 52)	149,2	16,7	>100,0
Sonstige Passiva	(17, 53)	163,4	172,7	-5,4
Nachrangkapital	(21, 54)	1 779,7	3 108,0	-42,7
Eigenkapital	(22, 55)	1 184,0	1 197,5	-1,1
Gezeichnetes Kapital		247,8	225,3	10,0
Kapitalrücklage		597,8	568,2	5,2
Gewinnrücklagen		333,1	330,6	0,8
Rücklage aus der Währungsumrechnung		7,0	-15,2	
Neubewertungsrücklage		29,9	88,4	-66,2
Anteile in Fremdbesitz		0,4	0,2	97,3
Konzernbilanzgewinn/-verlust		-32,0	-	-
Gesamt		50 244,6	63 544,6	-20,9

Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen (SORIE¹)

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. € nach Änderungen	Veränderung in %
Gewinne/Verluste aus der Neubewertung von Wertpapieren	-53,9	-39,0	38,2
Nicht realisiertes Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen	-20,2	-32,6	-38,0
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen zur Veräußerung verfügbarer Finanzanlagen	-33,7	-6,4	>100,0
In die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellte Wertänderungen aus Sicherungsbeziehungen (IFRS 1 IG 60B)	-74,8	-74,8	-
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	22,2	-7,7	
Veränderungen aus versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten (IAS 19)	2,7	20,2	-86,6
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	68,1	34,7	96,3
Saldo der direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne/Verluste	-35,7	-66,6	-46,4
Konzernüberschuss/-fehlbetrag	-31,9	37,9	
Summe der erfassten Gewinne und Verluste	-67,6	-28,7	>100,0
Auf Aktionäre der IKB AG entfallend	-67,4	-28,7	>100,0
Auf Anteile Fremder entfallend	-0,2	0,0	

¹) Statement of Recognised Income and Expense

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist Note (55) zu entnehmen.

Kapitalflussrechnung vom 1. April 2007 bis 31. März 2008

in Mio. €	2007/08	2006/07
Konzernüberschuss	-32,0	37,8
<i>Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit</i>		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	262,0	262,1
Abschreibungen abzüglich Zuschreibungen auf Sachanlagevermögen und Finanzanlagen	990,0	16,9
Veränderungen anderer zahlungsunwirksamer Posten (im Wesentlichen Veränderung der sonstigen Rückstellungen und bestimmter Verbindlichkeiten sowie positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten)	-2 495,0	54,8
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanzanlagen	99,7	-14,0
Ergebnis aus der Veräußerung von Sachanlagen	1,2	1,7
Sonstige Anpassungen (im Wesentlichen Umgliederung von Zinsen inklusive Ergebnisse aus Leasinggeschäften und Ertragsteuern)	-248,4	-603,9
Zwischensumme	-1 422,5	-244,6
<i>Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile</i>		
Forderungen		
an Kreditinstitute	1 560,0	-2 226,8
an Kunden	953,2	-2 189,3
Handelsaktiva	-1 451,8	-1 486,5
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	286,2	-493,5
Verbindlichkeiten		
gegenüber Kreditinstituten	3 768,3	-162,8
gegenüber Kunden	1 407,4	1 671,7
Handelsspassiva	3 834,1	-14,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	-11 540,8	8 526,5
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-38,7	-35,6
Erhaltene Zinsen und Dividenden	3 208,5	3 523,8
Gezahlte Zinsen	-2 332,9	-2 649,7
Ertragsteuerzahlungen	-18,4	-20,9
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-1 787,4	4 197,8
Einzahlungen aus der Veräußerung von		
Finanzanlagen	4 542,6	3 414,9
Sachanlagevermögen	52,6	36,9
Auszahlungen für den Erwerb von		
Finanzanlagen	-2 974,5	-7 618,7
Sachanlagevermögen	-97,0	-100,4
Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises	628,5	-25,7
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	2 152,2	-4 293,0
Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen	54,3	0,0
Dividendenzahlungen	0,0	-74,8
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Rücklagen, Nachrangkapital etc.)	-139,0	150,7
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-84,7	75,9
Zahlungsmittelbestand am Ende der Vorperiode	28,7	47,6
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-1 787,4	4 197,8
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	2 152,2	-4 293,0
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-84,7	75,9
Effekte aus Wechselkursänderungen	0,0	0,4
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	308,8	28,7

Konzernanhang (Notes)

Inhaltsverzeichnis

Grundlagen der Konzernrechnungslegung	115
Änderungen gemäß IAS 8	117
a. Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	117
b. Schätzungsänderungen	118
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	119
(1) Grundsätze	119
(2) Erläuterung zur Risikoübernahme	119
(3) Konsolidierungskreis	120
(4) Konsolidierungsgrundsätze	122
(5) Währungsumrechnung	123
(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	123
(7) Klassenbildung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7	129
(8) Barreserve	130
(9) Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden	130
(10) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	131
(11) Handelsaktiva/-passiva	131
(12) Finanzanlagen	132
(13) At equity bilanzierte Unternehmen	132
(14) Immaterielle Anlagewerte	132
(15) Sachanlagen	132
(16) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen / Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	133
(17) Sonstige Aktiva/Passiva	134
(18) Verbriefte Verbindlichkeiten	134
(19) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	134
(20) Sonstige Rückstellungen	136
(21) Nachrangkapital	136
(22) Eigenkapital	137

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	138
(23) Zinsüberschuss	138
(24) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	139
(25) Provisionsüberschuss	140
(26) Fair-Value-Ergebnis	140
(27) Ergebnis aus Finanzanlagen	142
(28) Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	142
(29) Verwaltungsaufwendungen	142
(30) Sonstiges betriebliches Ergebnis	145
(31) Ergebnis aus Risikoübernahme	146
(32) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	146
Erläuterungen zur Aktivseite	148
(33) Barreserve	148
(34) Forderungen an Kreditinstitute	148
(35) Forderungen an Kunden	148
(36) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	149
(37) Handelsaktiva	151
(38) Finanzanlagen	152
(39) At equity bilanzierte Unternehmen	153
(40) Immaterielle Anlagewerte	153
(41) Sachanlagen	153
(42) Laufende Ertragsteueransprüche	153
(43) Latente Ertragsteueransprüche	154
(44) Sonstige Aktiva	155
Erläuterungen zur Passivseite	156
(45) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	156
(46) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	157
(47) Verbriefte Verbindlichkeiten	158
(48) Handelspassiva	158
(49) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	159
(50) Sonstige Rückstellungen	162
(51) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	162
(52) Latente Ertragsteuerverpflichtungen	163
(53) Sonstige Passiva	163
(54) Nachrangkapital	164
(55) Eigenkapital	166

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung	170
Erläuterungen zur Segmentberichterstattung	171
(56) Segmentberichterstattung	171
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	174
(57) Ergebnis nach Haltekategorien und Überleitung zur Gewinn- und Verlustrechnung	174
(58) Klasseneinteilung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7	176
(59) Beizulegende Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	177
(60) Derivative Geschäfte	181
(61) Kreditrisikoangaben	183
Sonstige Erläuterungen	187
(62) Eventualforderungen/-verbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	187
(63) Leasing	188
(64) Angaben zu Sicherheiten	190
(65) Wertpapierpensionsgeschäfte	191
(66) Anlagespiegel	192
(67) Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten	193
(68) Fremdwährungsvolumina	194
(69) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	194
(70) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	196
(71) Bezüge und Kredite der Organe	199
(72) Corporate Governance Kodex	199
(73) Angaben über Ereignisse nach dem 31. März 2008	199
(74) Organe	200
(75) Konsolidierungskreis zum 31. März 2008	205

Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Der Konzernabschluss der IKB zum 31. März 2008 wurde in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt, soweit diese bis zum Abschlussstichtag, basierend auf der Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 und den dazugehörigen Folgeverordnungen, nach EU-Recht anzuwenden sind. Darunter fallen zugleich deren Auslegungen durch das Standing Interpretations Committee (SIC) bzw. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC). Darüber hinaus wurden die nationalen Vorschriften des § 315a Abs. 1 HGB angewandt.

Der Konzernabschluss enthält neben der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz die Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, die Kapitalflussrechnung sowie den Konzernanhang (Notes). Die Segmentberichterstattung ist den Notes zu entnehmen.

Alle Beträge sind, sofern nicht anders vermerkt, in Mio. € dargestellt. Beträge sind in der Regel auf Mio. €, Prozentzahlen mit einer Nachkommastelle kaufmännisch gerundet. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen und Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Erstmals angewendete Rechnungslegungsvorschriften

Bei der Erstellung des vorliegenden Konzernabschlusses wurden alle Standards und Interpretationen angewandt, deren Anwendung für das Geschäftsjahr Pflicht war. Neue, seit 2007 verpflichtend anzuwendende Standards und Interpretationen, namentlich IFRS 7 (Finanzinstrumente: Angaben) und Änderungen von IAS 1 (Darstellung des Abschlusses), IFRIC 8 (Anwendungsbereich von IFRS 2), IFRIC 9 (Neubeurteilung eingebetteter Derivate), IFRIC 10 (Zwischenberichterstattung und Wertminderung) und

IFRIC 11 (IFRS 2: Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen) haben sich nicht auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Bank ausgewirkt. Allerdings besitzt IFRS 7 wesentlichen Einfluss auf die Angaben zu Finanzinstrumenten, während die Änderung von IAS 1 zu erweiterten Angaben zum Kapital und dessen Steuerung geführt hat.

Der erstmalig im Geschäftsjahr 2007/08 angewendete IFRS 7 enthält insbesondere umfangreiche Berichterstattungsrichtlinien zu Risiken, die aus Finanzinstrumenten resultieren. Nachstehend aufgeführte Einzelvorschriften werden unter Bezugnahme auf IFRS 7 B6 außerhalb des Konzernjahresabschlusses im Risikobericht des Konzernlageberichts erfüllt:

- IFRS 7.33: Qualitative Angaben zu Risiken, die aus Finanzinstrumenten resultieren
- IFRS 7.34 (c): Angaben zu Risikokonzentrationen
- IFRS 7.34 i.V.m. IFRS 7.40-42: Qualitative und quantitative Angaben zu Marktrisiken
- IFRS 7.36 (c): Angaben zur Kreditqualität

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Von der Anwendung für die Bank relevanter Standards und Interpretationen, deren Anwendung jedoch noch nicht Pflicht ist, wurde abgesehen. Im Folgenden werden Standards und Interpretationen beschrieben, die vor dem Bilanzstichtag der IKB vom IASB veröffentlicht wurden, wobei von der Darstellung von IFRS 2 „Aktienbasierte Vergütung“, IFRIC 12 „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“ und IFRIC 13 „Kundentreueprogramme“ aus Gründen mangelnder Relevanz abgesehen wurde.

IFRS 8 „Geschäftssegmente“ wurde im November 2006 veröffentlicht und im November 2007 in EU-Recht übernommen. IFRS 8 löst IAS 14 „Segmentberichterstattung“ ab. Der Standard erfordert von Unternehmen die Berichterstattung von finanziellen und beschreibenden Informationen bezüglich der berichtspflichtigen Segmente und ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die ab dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Unterschiede zwischen IFRS 8 und IAS 14 ergeben sich aus der Abgrenzung der Segmente, der Segmentgröße und in den Bewertungsnormen. Es erfolgt eine Abkehr vom „Risk and Reward Approach“ hin zum „Management Approach“. Als Basis zur Bestimmung der operativen Segmente werden unmittelbar Informationen des internen Berichtswesens zugrunde gelegt, die die Hauptentscheidungsträger zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu Segmenten heranziehen.

Die folgenden Standards und Interpretationen wurden durch den IASB verabschiedet, aber zum Bilanzstichtag noch nicht in EU-Recht übernommen:

Der überarbeitete IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die ab dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Änderungen betreffen erweiterte Vergleichsangaben (IAS 1.39). Daraus resultiert, dass im Jahr der Umstellung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden drei Bilanzstichtage anzugeben sind. Durch IAS 1 (rev. 2007) ist darüber hinaus im Wesentlichen zu berücksichtigen, dass die Gewinn- und Verlustrechnung einer inhaltlichen Neugestaltung unterliegt. Diese neue Erfolgsrechnung kann wahlweise in einer Tabelle der Gesamterfolgsrechnung (single statement approach) oder durch zwei Rechnungen (two statement approach), der alten Gewinn- und Verlustrechnung und einer Ergänzungsrechnung dargestellt werden.

Die wesentliche Änderung des IAS 23 „Fremdkapitalkosten“, die ab dem 1. Januar 2009 in Kraft tritt, betrifft die Streichung des Wahlrechts, Fremdkapitalkosten direkt als Aufwand zu erfassen, die direkt dem Erwerb, Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts zugeordnet werden können.

Im Februar 2008 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“, die für Geschäftsjahre ab dem 1. Januar 2009 in Kraft treten. Demnach darf unter bestimmten Bedingungen eine Klassifizierung von zum Fair Value kündbaren Finanzinstrumenten und von Verpflichtungen, die lediglich im Liquidationsfall entstehen, als Eigenkapital vorgenommen werden.

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“, die ab dem 1. Juli 2009 in Kraft tritt und eine geänderte Fassung von IAS 27 „Konzernabschlüsse und Einzelabschlüsse“, die ab dem 1. Januar 2009 anzuwenden ist. Während in IFRS 3 die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wurde, enthält IAS 27 geänderte Vorschriften zur Ermittlung von Minderheitsanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf ein Tochterunternehmen.

Im Juli 2007 wurde die Interpretation IFRIC 14 „IAS 19 – Die Obergrenze von Vermögenswerten bei leistungsorientierten Plänen, Mindestfinanzierungsanforderungen und ihre Wechselwirkung“, veröffentlicht, die ab dem 1. Juli 2008 in Kraft tritt. IFRIC 14 bestimmt die Obergrenze des Überschussbetrags eines Pensionsfonds, der nach IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ als Vermögenswert erfasst wird, und beschreibt, wie sich eine gesetzliche oder vertragliche Mindestfinanzierungsvorschrift auf die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken kann.

Aus den erstmals ab dem Geschäftsjahr 2008/09 anzuwendenden IFRS-Vorschriften erwartet die IKB keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen gemäß IAS 8

a. Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der vorliegende Abschluss enthält im Vergleich zum Vorjahr verschiedene Ausweisänderungen. Um eine Vergleichbarkeit zwischen den Abschlüssen zu gewährleisten, wurden im geänderten Konzernabschluss, der am 4. Juni 2007 / 15. Februar 2008 aufgestellt wurde, die nachfolgend beschriebenen Anpassungen vorgenommen.

Die vormalig in der Position *Risikovorsorge für das Kreditgeschäft (GuV)* gezeigten Änderungen der Risikovorsorge auf Finanzanlagen der Kategorie *Kredite und Forderungen* werden in der Position *Ergebnis aus Finanzanlagen* ausgewiesen. Somit werden – analog zum Ausweis der Bestände in der Bilanz – die Einzelwertberichtigungen und Abschreibungen auf Wertpapiere des Finanzanlagebestands im Ergebnis aus Finanzanlagen gezeigt. Zum 31. März 2007 wurden –19,3 Mio. € aus der Position *Risikovorsorge für das Kreditgeschäft (GuV)* in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgegliedert.

Latente Steueransprüche bzw. Steuerverpflichtungen werden nicht mehr unter den Positionen *Sonstige Aktiva* bzw. *Sonstige Passiva*, sondern unter den Positionen *Latente Ertragsteueransprüche* bzw. *Latente Ertragsteuerverpflichtungen* ausgewiesen. Zum 31. März 2007 führt diese Umgliederung zu einer Verschiebung auf der Aktivseite in Höhe von 150,2 Mio. € sowie auf der Passivseite in Höhe von 16,7 Mio. €.

Das Management und die Performance-Messung für die Finanzinstrumente des Rhinebridge-Portfolios (einschließlich der Berichterstattung) erfolgen, ausgehend von den vertraglichen Vereinbarungen, auf Fair-Value-Basis. Die IKB wendet seit dem Berichtszeitraum die Fair-Value-Option gemäß IAS 39 unter der Voraussetzung der Steuerung und Überwachung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Fair-Value-Basis an.

Aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Abschlussdaten der seit Oktober 2007 unter Zwangsverwaltung (Receivership) gestellten Rhinebridge plc waren in gewissem Umfang Schätzungen und Annahmen insbesondere zu den Vermögenswerten zu treffen. Dabei ist es mangels Zurverfügungstellung ausreichender Einzeldaten nicht möglich gewesen, zwischen den von der IKB im Vorfeld der operativen Geschäftsaufnahme für Rhinebridge erworbenen, den Handelsaktiva zugeordneten Vermögenswerten, und den nach Geschäftsaufnahme durch Rhinebridge erworbenen Vermögenswerten zu differenzieren. Die Bewertung erfolgt unverändert für alle Finanzinstrumente des Rhinebridge-Portfolios erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert. Eine Aufteilung des Bewertungs- und Veräußerungsergebnisses aus den Finanzinstrumenten in Handelsergebnis und Ergebnis aus der Anwendung der Fair-Value-Option im Rahmen der Notes-Angaben ist aus den gleichen Gründen nicht möglich (siehe Note (26)).

Die Beträge aus der Amortisierung von aufgelösten Sicherungsbeziehungen gemäß IFRS 1 IG 60A und IG 60B werden nicht mehr im Fair-Value-Ergebnis, sondern im Zinsergebnis ausgewiesen. Dies führt zu einer Umgliederung am 31. März 2007 in Höhe von –77,9 Mio. € aus dem Fair-Value-Ergebnis in die Zinsaufwendungen sowie von 74,8 Mio. € aus dem Fair-Value-Ergebnis in die Zinserträge.

Das Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen wird nicht mehr unter dem Zinsüberschuss, sondern in einer separaten Position der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Auf at equity bilanzierte Unternehmen entfällt zum 31. März 2007 ein Ertrag in Höhe von 1,7 Mio. €, der aus dem Zinsüberschuss in die neu gebildete Position umgegliedert wird.

Die sonstigen betrieblichen Erträge und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung nicht mehr saldiert, sondern getrennt ausgewiesen. Dies führt zum 31. März 2007 zu einem Bruttoausweis der Sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 28,4 Mio. € und der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 34,6 Mio. €.

In der Konzernbilanz werden die nach der Equity-Methode bilanzierten Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen in einer gesonderten Bilanzposition *At equity bilanzierte Unternehmen* ausgewiesen. Der Vorjahreswert wurde retrospektiv um Effekte aus im Wesentlichen der Ermittlung der Erstanwendungsrücklage der *at equity* bilanzierten Unternehmen geändert. Hierdurch erhöhte sich der Bilanzansatz für die *at equity* bilanzierten Unternehmen sowie die Gewinnrücklagen jeweils um 6,9 Mio. €, sodass sich zum 31. März 2007 für die Position *At equity bilanzierte Unternehmen* ein Bestand von 13,3 Mio. € (vor Anpassung: 6,4 Mio. €) und für die Gewinnrücklagen ein Ausweis von 330,6 Mio. € (vor Anpassung: 323,7 Mio. €) ergibt. Als Grundlage dienen erstmalig erstellte IFRS-Abschlüsse der Gesellschaften.

Die Zinsabgrenzung des Nachrangkapitals wird in der Position *Nachrangkapital* und nicht mehr unter den Sonstigen Passiva ausgewiesen. Dies führt zum 31. März 2007 zu einer Umgliederung in Höhe von 81,6 Mio. € von den Sonstigen Passiva in das Nachrangkapital.

Änderungen in der Segmentberichterstattung sind der Note (56) zu entnehmen.

b. Schätzungsänderungen

Bei der Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen auf unwiderrufliche Kreditzusagen wurde im Geschäftsjahr 2007/08 der Faktor zur Schätzung des vorhandenen Zeitverzugs bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Ausfallereignisses (*Loss-Identification-Period-Faktor*) auf den Faktor, der für die Forderungen an Kunden genutzt wird, angeglichen. Durch die Anpassung veränderten sich die Portfoliowertberichtigungen um –2,1 Mio. €.

Diese Schätzungsänderung wurde gemäß IAS 8 prospektiv berücksichtigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Konzernabschluss wird entsprechend IAS 27 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt und basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going Concern).

In die Erstellung des Konzernabschlusses sind teilweise Beurteilungen und Annahmen des Managements eingeflossen. Der Ausweis von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie die in der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Aufwendungen und Erträge werden durch diese Beurteilungen und Annahmen beeinflusst. Die tatsächlichen Wertansätze können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Dies betrifft insbesondere die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft und der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

(1) Grundsätze

Die Abschlüsse der einbezogenen Tochtergesellschaften sind in der Regel auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens erstellt. Abschlüsse, die auf den 31. Dezember 2007 datieren, sind dem Konsolidierungskreis (Note (75)) zu entnehmen.

Anpassungen für wesentliche Effekte im Übergangszeitraum vom 31. Dezember 2007 bis zum 31. März 2008 sind, soweit aus Materialitätsgründen notwendig, erfasst worden.

(2) Erläuterung zur Risikoübernahme

Zur Abwendung der existenzbedrohenden Situation, der die IKB infolge der Subprime-Krise ausgesetzt war, hat die KfW Bankengruppe mit Unterstützung von drei Verbänden der deutschen Kreditwirtschaft verschiedene Rettungsmaßnahmen durchgeführt. Aufgrund des besonderen Charakters dieser Rettungsmaßnahmen werden deren Auswirkungen auf das Ergebnis in Anwendung von IAS 1 in einer gesonderten GuV-Position *Ergebnis aus Risikoübernahme* (Note (31)) ausgewiesen. Ansprüche gegenüber der KfW Bankengruppe aus den Risikoübernahmen werden unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen (Note (44)). Im Einzelnen handelt es sich um folgende Sachverhalte:

Ende Juli 2007 ist die KfW Bankengruppe in die Liquiditätslinien der IKB gegenüber den Ankaufsgesellschaften des Conduits Rhineland Funding Capital Corporation (RFCC), Delaware, eingetreten. Die IKB hat in diesem Zusammenhang sowie durch eine Nachtragsvereinbarung Ende September 2007 ihre Möglichkeiten zur Einflussnahme weitgehend aufgegeben. Die Gesellschaften des RFCC-Conduits wurden aufgrund der nicht mehr gegebenen Erfüllung der Kriterien nach SIC-12 Ende Juli 2007 entkonsolidiert. Dies führte zu einer Verminderung der Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 11,6 Mrd. € und zu einem Entkonsolidierungsgewinn, der in der Position *Ergebnis aus Risikoübernahme* ausgewiesen wird.

Für bestimmte Finanzinstrumente der IKB in Höhe von nominal 3,3 Mrd. € stellte die KfW Bankengruppe mit Unterstützung des Bankenpools zum 30. September 2007 zudem eine Risikoabsicherung zur Verfügung. Insgesamt erfolgte eine Absicherung bis zu einer Gesamthöhe von 1 Mrd. €. Zahlungen der KfW erfolgen vereinbarungsgemäß erst bei Zahlungsausfall oder vorzeitiger Veräußerung, die nur mit Zustimmung oder auf Empfehlung der KfW möglich ist. Soweit die abgesicherten Finanzinstrumente der Haltekategorie *Kredite und Forderungen* zugeordnet

sind, ist die Absicherung als Finanzgarantie ausgestaltet. Für Finanzinstrumente der Kategorie *Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert* bewertete finanzielle Vermögenswerte erfolgt die Absicherung in Form eines Kreditderivats.

Die Bewertung des Ausgleichsanspruchs aus der Finanzgarantie sowie des Kreditderivats erfolgt aufgrund der engen Verbundenheit der Geschäfte auf zusammengefasster Basis nach den Verfahren zur Bewertung einer CDO, bei der das Erstverlustrisiko bis zu 1,0 Mrd. € durch die KfW abgedeckt wird. Die Bewertung bezieht die Prämienzahlungen der IKB mit ein und berücksichtigt die von der IKB ermittelten Werte für die gesicherten Finanzinstrumente und Annahmen über die Korrelation der Ausfälle dieser Finanzinstrumente sowie Marktdaten über die historische Verlusthöhe bei Ausfall für vergleichbare Finanzinstrumente.

Zum 31. März 2008 haben sich für die abgesicherten Finanzinstrumente der Kategorie *Kredite und Forderungen* Wertminderungen von –821 Mio. € und für die Finanzinstrumente der Kategorie *Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Derivate* Wertminderungen von –1.155 Mio. € ergeben. Unter Berücksichtigung des Haftungshöchstbetrags, der für die Absicherung noch an die KfW zu leistenden Prämien und von Barwerteffekten wurden zum Bilanzstichtag für die Risikoabsicherung 942 Mio. € in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus Risikoübernahme vereinbart.

Da im Hinblick auf den Haftungshöchstbetrag der KfW ein wechselseitiger Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten der Risikoabsicherung besteht und der nominale Höchstbetrag zum Bewertungsstichtag bereits erreicht gewesen ist, wurde der Anspruch aus beiden Absicherungsinstrumenten gebündelt unter den Sonstigen Aktiva erfasst und das Bewertungsergebnis zusammengefasst in der Position *Ergebnis aus Risikoübernahme* ausgewiesen. Dabei wurden auch Ansprüche gegenüber der KfW aus der Absicherung von Finanzinstrumenten mittels der Finanzgarantie bereits aktiviert, da – auch unter Berücksichtigung der im Wertaufhellungszeitraum bis zur Aufstellung des Konzernjahresabschlusses erlangten Erkennt-

nisse über die Wertverhältnisse der Finanzinstrumente – von einem quasi-sicheren Anspruch gegenüber der KfW im Sinne von IAS 37 ausgegangen werden kann.

Zudem wurde zwischen der KfW Bankengruppe und der IKB eine Vereinbarung abgeschlossen, die die IKB bis auf einen Restbetrag von 79,9 Mio. US-\$ von Risiken freistellt, die aus den Liquiditätszusagen der IKB in Höhe von 1,6 Mrd. US-\$ gegenüber den Gesellschaften Havenrock I Ltd. und Havenrock II Ltd. resultieren. Danach hat sich die KfW an den aus diesen Liquiditätslinien resultierenden ersten Verlustrisiken der IKB bis zu einer Höhe von 1,5 Mrd. US-\$ unterbeteiligt. Aufgrund der Wertentwicklung der durch diese Liquiditätslinien gedeckten Vermögenswerte können die Verpflichtung der IKB wie auch der hieraus resultierende Anspruch in Höhe von 911,8 Mio. € als quasi-sicher eingestuft werden. Auch dieser Anspruch gegenüber der KfW wurde daher zum 31. März 2008 im Sinne des IAS 37 barwertig unter der Position *Sonstige Aktiva* aktiviert und erfolgswirksam im Ergebnis aus Risikoübernahme verbucht.

Des Weiteren hat die KfW – wie im Rahmen des Maßnahmenpakets von Mitte Februar 2008 vorgesehen – der IKB eine weitere Kapitalverstärkung gewährt. Diese Kapitalverstärkung in Höhe von 450 Mio. € ist als Darlehen mit sofortigem Forderungsverzicht und Besserungsabrede ausgestaltet und umfasst die selben Elemente wie die Kapitalzuführung in Höhe von 600 Mio. € vom 19. Februar 2008.

(3) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der IKB zum 31. März 2008 wurden gemäß IAS 27 neben dem Mutterunternehmen 29 (Vorjahr: 26) inländische und 16 (Vorjahr: 15) ausländische Unternehmen einbezogen. An diesen besitzt die IKB die Mehrheit der Stimmrechte. Die konsolidierten Gesellschaften sind in Note (75) aufgeführt. Die Veränderung des Konsolidierungskreises im Geschäftsjahr betreffen folgende Gesellschaften:

Die IKB Private-Equity-Gruppe hat die IKB Dritte Equity Suporta GmbH gegründet, deren Haupttätigkeitsgegenstand die Eigenkapitalfinanzierung ist. Die IKB Dritte Equity Suporta GmbH wird vollkonsolidiert.

Die IKB Leasing-Gruppe hat zwei Tochtergesellschaften gegründet, um ihren Geschäftspartnern auch in Russland und in Rumänien mit eigenen Organisationen zur Verfügung zu stehen. Der Haupttätigkeitsgegenstand der neuen Gesellschaften ist das Finanzierungsleasing. Der Kreis der in den Konzernabschluss einbezogenen vollkonsolidierten Gesellschaften wurde somit um die ZAO IKB Leasing, Moskau, und IKB Leasing srl, Bukarest, erweitert.

Die ISTOS Zweite Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf, sowie die ISTOS Dritte Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf, deren Haupttätigkeit die Verwaltung von Beteiligungen und die Vermietung von Grundstücken ist, sind per 31. März 2008 als vollkonsolidierte Gesellschaften in den Konzernabschluss einbezogen.

Die IKB Financière France S.A., Paris, wurde durch Verschmelzungsvertrag vom 26. Oktober 2007 mit Wirkung zum 1. Oktober 2007 auf die IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf, verschmolzen. Im Wege der Verschmelzung (Auflösung ohne Abwicklung) wurden die gesamten Aktiva und Passiva der IKB Financière France S.A. auf die IKB Beteiligungen GmbH übertragen. Die IKB Financière France S.A. ist damit aufgelöst.

Die IKB Beteiligungen GmbH erwarb im Geschäftsjahr 100 % der Anteile von sechs Leasingobjektgesellschaften (Phillease alpha-1 GmbH, Phillease alpha-2 GmbH, Phillease beta-1 GmbH, Phillease beta-2 GmbH, Phillease beta-3 GmbH und Phillease gamma-1 GmbH; Sitz München) zum Kaufpreis von 76,5 Mio. €. Der Kontrollübergang fand am 21. Januar 2008 statt. Bei Erstkonsolidierung entstand ein negativer Unterschiedsbetrag, der gemäß IFRS 3 sofort erfolgswirksam zu vereinnahmen ist. Diese Gesellschaften wurden gemäß notariell beurkundeten Verträgen vom 11. März 2008 auf die IKB Beteiligungen GmbH verschmolzen. Die Gesellschaften sind damit untergegangen und

aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden. Auf Angaben gemäß IFRS 3.70 wurde aufgrund des Zu- und Abganges zwischen zwei Berichtsperioden innerhalb des Geschäftsjahres verzichtet.

Des Weiteren wurden die zwei Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicles) Havenrock II Ltd., Jersey, und Rhinebridge plc, Dublin, im Geschäftsjahr in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Oktober 2007 wurde eine Note der Emissionsgesellschaft ELAN Ltd. veräußert. Dies führt zu einer Reduzierung der von der IKB zu konsolidierenden Zellen der Gesellschaft ELAN Ltd. Die Entkonsolidierung der Note führte zu keinem wesentlichen Effekt in der Gewinn- und Verlustrechnung unter IFRS.

Infolge der Übernahme der Liquiditätslinien für das RFCC-Conduit durch die KfW Bankengruppe und der weitgehenden Abgabe der diesbezüglichen Einflussmöglichkeiten der IKB wurde das Conduit zum 30. Juli 2007 entkonsolidiert. Der Entkonsolidierungseffekt wird in der Position *Ergebnis aus Risikoübernahme* gezeigt.

Die IKB weist darauf hin, dass aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit von Abschlüssen für Gesellschaften des RFCC-Conduits sowie für Havenrock I und Havenrock II – nach anzuwendendem lokalen Recht bestand z.B. teilweise keine Aufstellungspflicht – und die seit Oktober 2007 unter Zwangsverwaltung (Receivership) gestellte Rhinebridge plc in gewissem Umfang Schätzungen und Annahmen zu treffen waren.

Die Gesellschaften ProPart Funding Limited Partnership (ProPart), Jersey, Capital Raising GmbH, Norderfriedrichskoog, und Hybrid Raising GmbH, Norderfriedrichskoog, erfüllen zwar die in SIC-12 genannten Anforderungen für eine konsolidierungspflichtige Zweckgesellschaft. Bei der Konsolidierung ergäben sich jedoch keine wesentlichen Effekte auf das Gesamtbild des Konzernabschlusses, da es sich um durchleitende Vehikel handelt. Daher wurde unter Wesentlichkeitsaspekten auf eine Konsolidierung verzichtet.

Über die vorgenannten konsolidierten Gesellschaften hinaus ist die IKB bei verschiedenen Unternehmen in unterschiedlichen Funktionen engagiert. Unter Berücksichtigung des Gesamtbilds der wirtschaftlichen Verhältnisse werden jedoch in keinem dieser Fälle die in IAS 27 bzw. SIC-12 genannten Voraussetzungen erfüllt, um diese Gesellschaften zu konsolidieren. So wurden die Bacchus-Zweckgesellschaften, die der Verbriefung im Rahmen eines Collateralized Debt Obligation Program dienen, nicht in den IFRS-Konsolidierungskreis einbezogen. Im Rahmen dieser Verbriefungstransaktionen erwerben die Bacchus-Zweckgesellschaften CDO-Portfolien, die durch die Emission von Notes sowie ungerateter Subordinated Notes refinanziert werden. Teile der gerateten Notes sowie der ungerateten Subordinated Notes sind Bestandteile von sogenannten Combination Notes, die teilweise von der IKB erworben wurden. Die IKB übernimmt ebenfalls einen Anteil an der Erstverlustposition durch den direkten Erwerb von Subordinated Notes. Vorschläge über den Erwerb von Vermögenswerten der Zweckgesellschaften werden von der IKB unterbreitet; über die Annahme oder Ablehnung der Vorschläge wird jedoch von einem von der IKB unabhängigen Direktorium entschieden. Unter Berücksichtigung der Gesamtschau der wirtschaftlichen Verhältnisse besteht gemäß den Konsolidierungskriterien des IAS 27 und SIC 12 keine Konsolidierungspflicht für die Bacchus-Gesellschaften, da die Entscheidungsmacht im Wesentlichen durch das Direktorium der Bacchus-Gesellschaften ausgeübt wird und die IKB trotz ihrer Anteile an den Combination und Subordinated Notes nicht die Mehrheit der Chancen und Risiken trägt.

(4) Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung von Unternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Danach sind alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des jeweiligen Tochterunternehmens mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt zu bewerten (zur Definition des beizulegenden Zeitwerts der Finanzinstrumente siehe Note (6)). Der sich aus der Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem anteiligen Eigenkapital ergebende Unterschiedsbetrag wird mit den durch die Bewertung zum beizulegenden

Zeitwert offen gelegten stillen Reserven der Vermögenswerte verrechnet. Ein darüber hinaus verbleibender positiver Unterschiedsbetrag wird, sofern vorhanden, als Geschäfts- oder Firmenwert unter den Immateriellen Anlagewerten ausgewiesen. Verbleibt ein negativer Unterschiedsbetrag, wird dieser nach erneuter Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgswirksam erfasst.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Gewinne sowie Aufwendungen und Erträge werden im Rahmen der Schulden- sowie der Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß IAS 27 eliminiert.

Assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und als at equity bilanzierte Unternehmen separat in der Bilanz gezeigt. Zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss werden die Buchwerte dieser Beteiligungen und die Unterschiedsbeträge (Geschäfts- oder Firmenwerte) ermittelt. Dabei werden die gleichen Regeln wie bei Tochtergesellschaften angewandt.

Zur Abbildung von Anteilen an Joint Ventures wird vom Wahlrecht der Equity-Bewertung Gebrauch gemacht.

Gemäß IAS 28 i.V.m. IAS 39 werden Direktbeteiligungen der IKB Private Equity GmbH, der IKB Capital Fund I GmbH & Co. KG, der IKB Erste Equity Suporta GmbH und der IKB Dritte Equity Suporta GmbH zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Finanzanlagen dargestellt.

Unterjährig erworbene oder veräußerte Tochterunternehmen werden vom Erwerbszeitpunkt bzw. bis zum Abgangszeitpunkt in die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns einbezogen.

(5) Währungsumrechnung

Bei der Umrechnung von Geschäftsvorfällen in fremder Währung sind nach IAS 21 monetäre Vermögenswerte und Schulden am Bilanzstichtag erfolgswirksam zum Stichtagskurs umzurechnen. Diese Umrechnung erfolgt zum Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag. Der Ausweis der Fremdwährungseffekte erfolgt im Fair-Value-Ergebnis.

Auf ausländische Währung lautende Jahresabschlüsse von ausländischen Tochtergesellschaften werden nach der modifizierten Stichtagskursmethode umgerechnet. Dabei wird das Eigenkapital mit Ausnahme der Neubewertungsrücklage zum historischen Kurs und alle übrigen Bilanzposten zum Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag umgerechnet. Alle Aufwendungen und Erträge werden zum Durchschnittskurs umgerechnet. Die sich ergebenden Umrechnungsgewinne und -verluste werden erfolgsneutral erfasst. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung werden ebenfalls erfolgsneutral separat im Eigenkapital ausgewiesen.

(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung

Die Behandlung von Finanzinstrumenten ist in IAS 39 geregelt. Danach sind sämtliche Finanzinstrumente zum Zugangszeitpunkt zu bilanzieren. Für Derivate ist dies stets der Handelstag (Trade Date). Die Zugangs- und Abgangsbilanzierung von Finanzinstrumenten, die innerhalb einer marktüblichen Frist erfüllt werden, erfolgt bei der IKB zum Erfüllungszeitpunkt (Settlement Date). Gehen Finanzinstrumente außerhalb der marktüblichen Frist zu, so werden diese als Forward-Geschäfte zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der *beizulegende Zeitwert* eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit ist gemäß IAS 39 der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Vertragspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Darüber hinaus sind sämtliche finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten einer Haltekategorie zuzuordnen und entsprechend zu bewerten. Im Konzern der IKB werden die Regelungen des IAS 39 wie folgt umgesetzt:

Finanzielle Vermögenswerte

- **Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss)** | Finanzinstrumente dieser Kategorie werden sowohl im Zeitpunkt ihres Zugangs als auch an den folgenden Bilanzstichtagen zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Das Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst. Diese Kategorie setzt sich wie folgt zusammen:

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held for Trading) | Als *Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte* werden Finanzinstrumente eingestuft, die mit der Absicht erworben wurden, kurzfristig Gewinne zu erzielen. Derivative finanzielle Vermögenswerte werden immer als *Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte* eingestuft, es sei denn, sie sind für Sicherungszwecke bestimmt und wirksam eingesetzt. In diesem Fall werden die Sicherungsderivate unter den Handelsaktiva in der separaten Position *Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten* ausgewiesen.

Fair-Value-Option | Die Fair-Value-Option des IAS 39 bietet zusätzlich die Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, beim erstmaligen Ansatz unwiderruflich als Finanzinstrumente zu bestimmen, die in der Folge erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Davon ausgenommen sind Eigenkapitalinstrumente, für die keine notierten Marktpreise auf aktiven Märkten vorliegen und deren beizulegende Zeitwerte nicht zuverlässig ermittelt werden können.

Diese freiwillige Einstufung darf zudem nur dann vorgenommen werden, wenn

- Ansatz- und Bewertungsinkongruenzen (Accounting Mismatch) vermieden bzw. erheblich reduziert werden oder
- das Finanzinstrument ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält oder
- das Management und die Performance-Messung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten auf Basis des beizulegenden Zeitwertes erfolgt.

Finanzinstrumente, für welche die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, werden produktspezifisch in ihren jeweiligen Bilanzposten ausgewiesen. Ihre Wertänderungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst.

- **Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)** | Der Kategorie *Kredite und Forderungen* werden alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen zugeordnet, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden.

Im Zugangszeitpunkt werden Finanzinstrumente dieser Kategorie zu ihrem beizulegenden Zeitwert inklusive Transaktionskosten angesetzt. Die Folgebewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden über die Restlaufzeit erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss vereinnahmt.

- **Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity)** | Die IKB ordnet derzeit keine Finanzinstrumente dieser Kategorie zu.
- **Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale)** | Dieser Kategorie werden alle nicht-derivativen finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die in keiner der vorgenannten Kategorien erfasst wurden.

Die Zugangs- und Folgebewertung in dieser Kategorie wird jeweils zum beizulegenden Zeitwert vorgenommen. Nur in den Fällen, in denen dieser nicht verlässlich ermittelbar ist, erfolgt die Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten. Das Bewertungsergebnis wird bis zur Veräußerung des Vermögenswertes oder einer erfolgswirksamen Wertminderung (Impairment) erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Wertaufholungen von nicht-monetären Vermögenswerten werden dabei stets erfolgsneutral erfasst. Agien oder Disagien werden erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit im Zinsüberschuss verrechnet.

Finanzielle Verbindlichkeiten

- **Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)** | Analog zur Aktivseite sind für finanzielle Verbindlichkeiten dieser Kategorie zwei Unterkategorien vorgesehen:

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten (Held for Trading) | Zu dieser Kategorie zählen finanzielle Verbindlichkeiten, die mit der Absicht der kurzfristigen Gewinnerzielung eingegangen wurden. Darüber hinaus werden auch Derivate mit negativen beizulegenden Zeitwerten in diesem Posten erfasst.

Fair-Value-Option | Die Fair-Value-Option wird für finanzielle Verbindlichkeiten unter den gleichen Voraussetzungen angewandt wie auf der Aktivseite.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für finanzielle Verpflichtungen dieser Kategorie entsprechen denen der Aktivseite.

- **Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (Other Financial Liabilities)** | Bei Finanzinstrumenten der Haltekategorie *Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten* handelt es sich um alle finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden.

Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bzw. Disagien werden über die Laufzeit erfolgswirksam unter Anwendung der Effektivzinsmethode im Zinsüberschuss erfasst.

Das Nachrangkapital ist im Sinne des IAS 32 dem Fremdkapital zuzuordnen. Im Nachrangkapital der IKB sind neben Nachrangigen Verbindlichkeiten zudem Genussrechtsverbindlichkeiten, Stille Beteiligungen und Vorzugsaktien der Kategorie *Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten* enthalten, bei denen, sofern sie nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, die Regelung des IAS 39 AG8 zu beachten sind. Die Regelungen gelten auch für die von der KfW zur Verfügung gestellten Darlehen mit sofortigem Forderungsverzicht und Besserungsabrede, welche in der Position *Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten* ausgewiesen werden. Erläuterungen siehe Note (45). Diese Geschäfte sind zu jedem Bilanzstichtag mit ihrem Barwert zu bilanzieren, der sich durch eine Neuschätzung des zugrunde liegenden Zins- und Tilgungs-Cash-Flows, diskontiert mit der Ursprungsrendite des Instruments (Effektivzins am Emissionstag), ergibt. Mögliche Buchwertänderungen sind erfolgswirksam im Sonstigen betrieblichen Ergebnis auszuweisen. Folglich sind eventuelle Verlustteilnahmen oder Aussetzungen von Zinszahlungen im Barwert berücksichtigt.

Bei der Untersuchung, ob eine Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten stattfinden kann, wird von einer gemäß IAS 27 und SIC 12 konsolidierten Grundlage ausgegangen.

Eine Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten wird vorgenommen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cash-Flows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen, auslaufen oder übertragen werden. Im Falle der Übertragung ist zu untersuchen, ob der Konzern bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cash-Flows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten, ohne daraus einen Nutzen ziehen zu können. Dabei erfolgt eine vollständige Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden hingegen alle

wesentlichen Chancen und Risiken zurückbehalten, kann keine Ausbuchung stattfinden.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, sind die übertragenen Vermögenswerte nur dann auszubuchen, wenn die Verfügungsmacht über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst.

Sofern nicht alle Risiken und Chancen übertragen wurden und Verfügungsmacht zurückbehalten wurde, sind die Vermögenswerte entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin auszuweisen.

Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn sie getilgt ist, d.h. wenn die mit ihr verbundenen Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder fällig sind.

Bewertung der Portfolioinvestments

Vor dem Hintergrund der Subprime-Krise hat die IKB bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes für bestimmte Finanzinstrumente eine Erweiterung der von ihr verwendeten Bewertungsverfahren vorgenommen und sich dabei an dem Positionspapier des IDW zu Bilanzierungs- und Bewertungsfragen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise vom 10. Dezember 2007 orientiert. Danach werden folgende Verfahren zur Ableitung eines beizulegenden Zeitwertes herangezogen:

Bewertung von ABS-Wertpapieren: Für diese Wertpapiere werden überwiegend Preisquotierungen von Marktdatenanbietern verwendet. In wenigen Ausnahmen wird, aufgrund der geringen Marktliquidität in diesen Titeln, auf ein Discounted-Cash-Flow-Modell mit Spreads für Wertpapiere mit vergleichbarem Risikoprofil zurückgegriffen. Die mangelnde Marktliquidität dieser Wertpapiere wurde auch hier durch pauschale Abschläge berücksichtigt.

Bewertung von CDOs, die insbesondere auf ABS-Wertpapiere mit Subprime-Anteil referenzieren: Aufgrund fehlender Marktliquidität wird eine Modellbewertung vorgenommen, die auf einem Discounted-Cash-Flow-Modell beruht. Hierzu werden für die zugrunde liegenden Pools von ABS-Wertpapieren Cash-Flow-Schätzungen generiert, die insbesondere von den erwarteten Ausfallraten, den konkreten Verlusthöhen im Falle eines Ausfalls sowie von der Möglichkeit vorzeitiger Darlehensrückführungen beeinflusst werden. Dabei wird sowohl auf empirische Zeitreihen als auch auf veröffentlichte Schätzungen von namhaften Marktteilnehmern zurückgegriffen. Den aktuellen negativen Marktbedingungen wird dabei ausreichend Rechnung getragen. Für die jeweils einer bestimmten CDO-Tranche zuzuordnenden erwarteten Zahlungen wurde angenommen, dass Tilgungen der ABS-Wertpapiere der jeweils ranghöchsten Tranche zugerechnet werden. In einem weiteren Schritt erfolgt für die einzelnen CDOs eine Verdichtung zu einem Gesamt-Cash-Flow. Hierbei werden vereinfachende Annahmen über die Rangverhältnisse im CDO-Vertrag („Wasserfall“) berücksichtigt. Im Rahmen der Barwertermittlung für diesen Gesamt-Cash-Flow werden zusätzlich Abschläge für mangelnde Marktliquidität dieser Titel vorgenommen.

Bewertung sonstiger CDOs, die überwiegend auf Wertpapiere mit Unternehmerrisiken referenzieren: Die Bewertung dieser CDOs beruht auf üblicherweise von Marktteilnehmern für CDOs verwendeten Bewertungsmethoden. Soweit CDOs auf andere CDOs referenzieren (CDO²), wurden diese zunächst in eine einstufige CDO überführt. Bestehende Sonderausstattungen wurden bei der Festlegung der unteren und oberen Schwelle der Verlustbeteiligung der einstufigen CDO berücksichtigt. Die wesentlichen Bewertungsparameter – CDS-Spreads und Korrelationen für die zugrunde liegenden Unternehmerrisiken – waren am Markt verfügbar bzw. wurden aus Marktdaten abgeleitet und wurden gegebenenfalls den Besonderheiten der Portfoliostruktur angepasst. Die mangelnde Marktliquidität dieser Wertpapiere wurde auch hier durch pauschale Abschläge berücksichtigt.

Bewertung der von Rhinebridge gehaltenen Vermögenswerte: Die Bewertung der Rhinebridge ABS Bonds erfolgte ebenfalls über einen externen Marktdatenanbieter. Die CDO of ABS ohne Event of Default Trigger wurden mit dem CDO of ABS Pricer bewertet. Die verbleibenden CDO of ABS mit Event of Default Trigger wurden mit null angesetzt (bis auf eine Ausnahme, welche ebenfalls mit dem CDO of ABS Pricer bewertet wurde).

Um der Veräußerungsabsicht eines Teilportfolios der IKB-Portfolioinvestments in angemessener Weise Rechnung zu tragen, wurde der beizulegende Zeitwert dieser Assets mit einem Liquiditätsabschlag versehen. Zu dessen Bestimmung wurden von verschiedenen Marktteilnehmern indikative Preisquotierungen für vergleichbare Transaktionen eingeholt. Auf Basis dieser Quotierungen wurden anschließend assetklassenspezifische Abschläge ermittelt.

Für Wertpapiere der Kategorie *Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (Financial Assets at Fair Value through Profit or Loss)* wurden die nach den oben genannten Verfahren ermittelten Werte als beizulegende Zeitwerte verwendet. Für Wertpapiere der Kategorie *Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)* wurde ausgehend von diesen Werten das Vorliegen von Gründen für eine Wertberichtigung geprüft und gegebenenfalls ein Impairment gebucht. Hierbei wurden wert-aufhellende Erkenntnisse bis zum Aufstellungszeitpunkt des Konzernjahresabschlusses berücksichtigt.

Die Werte der von den Havenrock-Gesellschaften abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumente wurden vereinfachend mit von Marktteilnehmern bei Credit Default Swaps üblicherweise verwendeten Bewertungsmethoden bestimmt. Die beizulegenden Zeitwerte für die Basisinstrumente dieser Geschäfte wurden zunächst mit einem Discounted-Cash-Flow-Modell und auf Basis von Spreads für Wertpapiere mit vergleichbarem Risikoprofil ermittelt. In einem zweiten Schritt wurden diese Werte näherungsweise anhand eines Vergleichportfolios auf die oben beschriebenen Verfahren kalibriert.

Zur Bewertung erstrangiger Emissionen der IKB wird eine Bewertungskurve verwendet, die für Restlaufzeiten unter 4 Jahren die Spreads aus dem sogenannten „Rückhandel“ (Rückkauf eigener Emissionen) und für Restlaufzeiten von über 4 Jahren aus vergleichbaren CDS berücksichtigt. Für Nachrangemissionen wird eine Bewertungskurve auf Basis liquider CDS-Spread-Quotierungen gebildet. Die Emissionen von hybriden Eigenmitteln werden auf Basis von beobachtbaren Marktkursen bewertet.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Die IKB setzt Derivate als Sicherungsinstrumente zur Reduzierung von Marktpreisrisiken (z.B. Zinsrisiken und Währungsrisiken) ein. Da nach IAS 39 Grundgeschäfte (z.B. Kreditforderungen und Verbindlichkeiten) und Sicherungsgeschäfte (Derivate) unterschiedlichen bilanziellen Wertansätzen unterliegen können, erlaubt IAS 39 mit dem sogenannten Hedge Accounting eine besondere Form der Bilanzierung, um eine periodengerechte Erfolgsermittlung sicherzustellen.

Um ökonomische Sicherungsbeziehungen auch bilanziell durch ein Hedge Accounting abbilden zu dürfen, müssen eine Reihe restriktiver Bedingungen erfüllt werden. Neben einer formalen Dokumentation der Sicherungsbeziehung muss nachgewiesen werden, dass die Sicherungsbeziehung bei Hedgebeginn und an den nachfolgenden Bilanzstichtagen eine effektive Risikokompensation erwarten lässt (prospektive Effektivität). Ferner muss dokumentiert werden, dass der Hedge während der Sicherungsdauer den Effektivitätskriterien des IAS 39 AG105 genügt (retrospektive Effektivität). Im Wesentlichen ist zwischen Fair Value Hedge Accounting und Cash-Flow Hedge Accounting zu unterscheiden, wobei die IKB derzeit nur noch ausschließlich ein Fair Value Hedge Accounting anwendet.

Bei einem Fair Value Hedge wird ein bestehender Vermögenswert, eine bestehende Verbindlichkeit oder eine feste vertragliche Verpflichtung (firm commitment) gegen Zeitwertänderungen bestimmter Risikofaktoren abgesichert (IAS 39.86). Die Absicherung kann auf Basis von 1:1-Beziehungen (Mikro Hedges) oder auf Portfoliobasis

erfolgen, wodurch gleichartige Aktiva oder Passiva zu einer homogenen Gruppe zusammengefasst werden. Nur für den Fall einer Sicherung von festverzinslichen Aktiva und Passiva gegen zinsinduzierte Fair-Value-Änderungen ist auch ein Makro Hedge Accounting erlaubt, bei dem Aktiva und Passiva mit entgegengerichtetem Exposure in die Portfoliobildung einbezogen werden dürfen (IAS 39.81A).

Bei einem Fair Value Hedge Accounting werden sowohl die Marktwertänderungen der Sicherungsderivate als auch die risikobezogenen Wertänderungen der Grundgeschäfte kompensierend im Periodenergebnis vereinbart. Dadurch werden die Buchwerte der designierten Grundgeschäfte erfolgswirksam um die kumulierten Bewertungsergebnisse angepasst, die seit dem Zeitpunkt der Hedge-Designation auf eine Änderung der abgesicherten Risikofaktoren zurückzuführen sind. Bei Mikro-Hedge-Beziehungen sind diese Buchwertänderungen (Hedge Adjustments) an den jeweiligen Einzelgeschäften zu erfassen. Ausschließlich für den Fall eines Makro Hedge Accounting für Zinsrisiken erlaubt IAS 39.89A, die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte in einer separaten Position („separate line item“) zu erfassen.

Die IKB wendet ein Makro Hedge Accounting für Zinsrisiken an. Die zinsinduzierten Wertänderungen aktiver (passiver) Grundgeschäfte werden in der jeweiligen Position des Grundgeschäftes ausgewiesen. Die in die Sicherungsbeziehung einbezogenen Wertänderungen der Grundgeschäfte werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der Sicherungsderivate im Fair-Value-Ergebnis ausgewiesen.

Aufgrund der restriktiven Bedingungen des Hedge Accounting ist es nicht möglich, für alle Sicherungsbeziehungen Hedge Accounting anzuwenden. Aus diesem Grunde wendet die IKB für Finanzinstrumente, die in einer wirtschaftlichen Sicherungsbeziehung stehen und für die eine Risikokompensation erwartet wird, die Fair-Value-Option des IAS 39.9 an. Finanzinstrumente, die in diesem Rahmen einer vollständigen Fair-Value-Bewertung unterzogen werden, sind überwiegend festverzinsliche Finanzinstrumente, die in einer wirtschaftlichen Mikro-Hedge-Beziehung stehen.

Finanzinstrumente mit eingebetteten Derivaten

Die Bilanzierung von Finanzinstrumenten mit eingebetteten Derivaten hängt davon ab, ob die darin enthaltenen Derivate separat vom Basiskontrakt bilanziert werden müssen. Eine Separierungspflicht eingebetteter Derivate besteht insbesondere dann, wenn die ökonomischen Charakteristika von Basiskontrakt und eingebettetem Derivat nicht eng miteinander verbunden sind.

Liegt eine enge ökonomische Verbundenheit vor, d.h. unterliegen beide Instrumente den gleichen Risikofaktoren, so ist eine Trennung der Instrumente nicht gestattet. Die Bilanzierung des Gesamtinstruments folgt dann der Bilanzierung des Basiskontrakts. Unterliegen Basiskontrakt und Derivat unterschiedlichen Risikofaktoren, so ist eine Trennung der beiden Instrumente geboten, womit eine erfolgswirksame Bewertung zum beizulegenden Zeitwert des Derivats verbunden ist, es sei denn, das Gesamtinstrument wird erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Insbesondere Wertpapiere mit eingebetteten Derivaten werden bei der IKB nicht getrennt bilanziert, sondern unter Anwendung der Fair-Value-Option als ein Instrument in der Kategorie *Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten* erfasst. Nur in bestimmten Ausnahmefällen werden trennungspflichtige eingebettete Derivate separat bilanziert. Die entsprechenden Derivate werden in diesem Fall getrennt vom Basiskontrakt in den Handelsaktiva und -passiva zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der Basiskontrakt wird entsprechend seiner Haltekategorie bilanziert.

Finanzgarantien

Nach IAS 39 handelt es sich bei einer Finanzgarantie um einen Vertrag, der den Garantiegeber zur Leistung bestimmter Zahlungen verpflichtet. Diese Zahlungen stellen die Entschädigung für den Verlust dar, der dem Garantiennehmer durch das nicht fristgemäße Begleichen von Zahlungsverpflichtungen eines Schuldners gemäß den geltenden Bedingungen eines Schuldinstruments entsteht.

Die Bewertung einer Finanzgarantie, die erstmalig zum Erfassungszeitpunkt vorgenommen wird, ist bei Vertragsabschluss grundsätzlich null, da die Prämie bei marktgerechten Bedingungen mit dem Wert der Garantieverpflichtung identisch ist. Im Rahmen von Folgebewertungen ist zu prüfen, ob eine Verpflichtung zu bilanzieren ist.

Die Erfassung einer Finanzgarantie erfolgt zum Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots.

Wertpapierpensionsgeschäfte

Wertpapierpensionsgeschäfte sind Kombinationen aus Wertpapier-Kassageschäften und gleichzeitigen Wertpapier-Termingeschäften (Verkauf oder Rückkauf) mit demselben Kontrahenten (Repo-Geschäfte). Bei Repo-Geschäften sind die in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassa-Verkauf) weiterhin in der Bilanz auszuweisen. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Reverse-Repo-Geschäfte (Kassa-Kauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Die erhaltene beziehungsweise zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig im Zinsergebnis erfasst.

(7) Klassenbildung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten setzt die IKB wie folgt um:

Aktiva

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading
	Handelsaktiva
	Fair-Value-Option
	Forderungen an Kreditinstitute
	Forderungen an Kunden
	Finanzanlagen
	Forderungen KfW Bankengruppe Sonstige Aktiva
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Handelsaktiva
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Available for Sale
	Finanzanlagen
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	Loans and Receivables
	Forderungen an Kreditinstitute
	Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)
	Finanzanlagen
Forderungen aus Finanzierungsleasing	Forderungen an Kunden
Sonstige Finanzinstrumente, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen	Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Passiva

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Held for Trading
	Handelspassiva
	Fair-Value-Option
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
	Verbriefte Verbindlichkeiten
	Nachrangkapital
Derivate in Sicherungsbeziehungen	Handelspassiva
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	Other Financial Liabilities
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
	Verbriefte Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)
	Nachrangkapital
Außerbilanzielles Geschäft	Eventualverbindlichkeiten
	Andere Verpflichtungen

Die Berichtsklasseneinteilung erfolgt grundsätzlich nach den IAS-39-Haltekategorien der entsprechenden Bilanzpositionen. Die Darstellung des von der KfW zur Verfügung gestellten Risikoschirms erfolgt in der gesonderten Berichtsklasse *Forderungen KfW Bankengruppe*. Derivate in Sicherungsbeziehungen und Forderungen aus Finanzierungsleasing-Verträgen werden in gesonderten Berichtsklassen ausgewiesen, da diese keiner Haltekatgorie nach

IAS 39 zugeordnet werden können. Das außerbilanzielle Geschäft ist ebenfalls im Anwendungsbereich des IFRS 7 und erscheint daher in einer eigenen Berichtsklasse. Finanzinstrumente, die nach den Vorschriften des IAS 28 und IAS 31 at equity bilanziert werden, fallen nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 und werden daher in einer gesonderten Berichtsklasse abgegrenzt.

(8) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand und das Guthaben bei Zentralnotenbanken. Die Bestände sind zum Nennwert bilanziert.

(9) Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten/Kunden

Die Bewertung von Forderungen und Verbindlichkeiten der IKB an bzw. gegenüber Kreditinstituten und Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten und nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden, erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Agien und Disagien werden unter der entsprechenden Bilanzposition ausgewiesen. Sie werden erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit amortisiert und im Zinsüberschuss vereinnahmt. Zum Thema Wertberichtigungen (Impairment) sind weitere Erläuterungen dem Kapitel *Risikoversorge im Kreditgeschäft* (Note (10)) zu entnehmen.

Die in den Forderungen und Verbindlichkeiten eingebetteten Derivate (Embedded Derivatives) werden – sofern abspaltungspflichtig – getrennt bilanziert und zum beizulegenden Zeitwert unter den Handelsaktiva oder -passiva in Ansatz gebracht (vgl. hierzu auch die Ausführungen unter Note (6)).

Finanzierungsleasing

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Finanzierungsleasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Im Rahmen des Finanzierungsleasings bilanziert die Bank Leasingforderungen zum Nettoinvestitionswert innerhalb des Bilanzpostens *Forderungen an Kunden*.

Bei den Finanzierungsleasing-Verträgen handelt es sich überwiegend um Teilamortisationsverträge, bei denen der Restwert mit dem Leasingnehmer vertraglich festgelegt ist. Während der unkündbaren Grundmietzeit werden die Anschaffungskosten nur zum Teil amortisiert. Die Amortisation erfolgt dabei auf Basis der impliziten Zinssätze. Zum Vertragsende wird kalkulatorisch ein Restwert bestimmt. Der Restwert orientiert sich an dem erwarteten beizulegenden Zeitwert des Leasingobjektes zum Vertragsende. Bei den Teilamortisationsverträgen werden Verträge mit Andienungsrecht für die IKB und Verträge ohne Andienungsrecht gegenüber dem Leasingnehmer unterschieden. Bei Verträgen ohne Andienungsrecht können aber Absicherungen in Form von Rückkaufvereinbarungen mit Dritten zum Tragen kommen. In den Auslandsgesellschaften werden bei diesem Vertragstyp den Kunden teilweise Kaufoptionen eingeräumt. Bei Verträgen ohne Andienungsrecht oder Verträgen mit Rückkaufvereinbarungen kann sich in Abhängigkeit von der Höhe des kalkulierten Restwertes auch eine bilanzielle Abbildung als Operating-Leasing-Verhältnis (Note (15)) ergeben. Entsprechend hohe Restwerte treten beispielsweise im Bereich des Maschinenleasings auf.

Daneben werden auch Vollamortisationsverträge, kündbare Verträge und Mietkaufverträge vereinbart, die als Finanzierungsleasing-Verhältnisse bilanziert werden. Bei Vollamortisationsverträgen werden in der unkündbaren Grundmietzeit die gesamten Anschaffungskosten amortisiert. Diese Verträge werden bei solchen Leasinggegenständen verwandt, bei denen kein nennenswerter beizulegender Zeitwert zum Vertragsende zu erwarten ist. Kündbare Verträge haben eine unkündbare Grundmietzeit, der eine automatische Verlängerung folgt, sofern der Kunde keine Kündigung ausspricht. In dem Falle der Kündigung hat der Kunde eine Abschlusszahlung zu leisten. Im Ergebnis wird dadurch die Vollamortisation erreicht. Bei Mietkaufverträgen geht das juristische Eigentum mit Zahlung der letzten Rate auf den Kunden über.

Der Finanzierungsleasing-Vertrag endet nach vollständiger und vereinbarungsgemäßer Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen durch die Vertragsparteien.

(10) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Zur Absicherung erkennbarer Risiken aus dem Kreditgeschäft werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus wird auf Basis statistischer Erfahrungswerte den Risiken, die nicht bereits durch eine Einzelwertberichtigung abgedeckt wurden, durch Bildung von Portfoliowertberichtigungen (Portfolio Impairment) Rechnung getragen.

Die Risikovorsorge wird aktivisch mit negativem Vorzeichen ausgewiesen. In der aktivisch ausgewiesenen Risikovorsorge ist der Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthalten. Finanzanlagen werden stets nach Abzug von Wertberichtigungen ausgewiesen. Uneinbringliche Forderungen werden direkt abgeschrieben, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst. Entfällt die Grundlage einer direkten Abschreibung, wird maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten zugeschrieben.

Einzelwertberichtigungen werden in Höhe des potenziellen Ausfalls gebildet, sobald auf Basis konzerneinheitlicher Bewertungskriterien die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls von Zins- und Tilgungsforderungen hinreichend groß ist. Ein Kredit wird auf das Vorliegen einer Wertminderung überprüft, wenn eines der folgenden Kriterien vorliegt: bereits bestehende Wertminderung, Insolvenz, Rückstände über 90 Tage oder Restrukturierungsmaßnahmen. Der potenzielle Ausfall wird aus der Differenz des aktuellen Buchwerts und des Barwerts der noch erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Der Diskontfaktor entspricht dem ursprünglichen Effektivzins der wertberichtigten Forderung.

Für Kreditrisiken werden auf Basis historischer Ausfall-/Verlustquoten Portfoliowertberichtigungen gebildet, die eine Risikoabdeckung für die vorhandenen, aber noch nicht transparent gewordenen akuten Ausfallrisiken darstellen. Dem vorhandenen Zeitverzug bis zur Identifikation bzw. zum Bekanntwerden eines Ereignisses wird durch portfolioorientierte Parameter (Loss-Identification-Period-Faktor) Rechnung getragen.

Bei wertberichtigten Finanzinstrumenten wird der Zinsertrag unter Verwendung des ursprünglichen effektiven Zinssatzes durch Aufzinsung zukünftig erwarteter Cash-Flows ermittelt. Somit werden nicht mehr die vertraglich vereinbarten Zinserträge erfasst, sondern die Fortschreibung des Barwerts zum nächsten Abschlussstichtag (Unwinding).

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen im Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Bilanz als Rückstellungen für Risiken aus dem Kreditgeschäft unter Sonstige Rückstellungen (Note (50)) und in der Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

(11) Handelsaktiva/-passiva

Den Handelsaktiva und -passiva werden gemäß IAS 39 alle Derivate zugeordnet. Diese werden mit ihrem jeweiligen beizulegenden Zeitwert angesetzt. Darüber hinaus werden diesen Posten zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente, im Wesentlichen Bestände in Aktien und Schuldscheindarlehen sowie in Schuldverschreibungen mit Ausplatzierungsabsicht, zugewiesen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird bei börsennotierten Produkten der Börsenkurs verwendet. Der beizulegende Zeitwert von nicht börsennotierten Produkten wird durch die Barwertmethode oder andere geeignete Modelle ermittelt. Das Bewertungsergebnis und realisierte Gewinne bzw. Verluste werden im Fair-Value-Ergebnis gezeigt. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(12) Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden alle nicht zu Handelszwecken gehaltenen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

Nicht an einem aktiven Markt gehandelte Bestände werden, sofern für diese nicht die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Eventuell vorhandene Agien und Disagien werden den entsprechenden Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt sowie im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Alle übrigen unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Bestände werden bei erstmaliger Erfassung sowie zu den jeweiligen Abschlussstichtagen zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Sofern der beizulegende Zeitwert von Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstigen Beteiligungen nicht zuverlässig ermittelt werden kann, erfolgt die Bilanzierung zu Anschaffungskosten. Bei den zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Beteiligungen handelt es sich um Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Anteile an Personengesellschaften, bei denen die Schwankungsbreite von vernünftigen Schätzungen des beizulegenden Zeitwertes signifikant ist und die Eintrittswahrscheinlichkeiten der verschiedenen Schätzungen nicht auf angemessene Weise beurteilt werden können.

Die Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Bestände der Kategorie *Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* werden in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital ausgewiesen. Bei dauerhaften bzw. wesentlichen Wertminderungen werden erfolgswirksame Abschreibungen vorgenommen und vom Bestand abgesetzt.

Das Bewertungsergebnis von Beständen, für welche die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, wird direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung im Fair-Value-Ergebnis erfasst.

(13) At equity bilanzierte Unternehmen

Unter der Position werden alle Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures ausgewiesen, sofern sie nach der Equity-Methode bilanziert werden.

Die IKB erfasst Erträge aus den Anteilen an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures periodengerecht. Das Ergebnis wird gesondert in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position *Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen* ausgewiesen.

(14) Immaterielle Anlagewerte

Unter den Immateriellen Anlagewerten bilanziert die IKB neben selbst erstellten Immateriellen Anlagewerten, die im Wesentlichen aus direkt zurechenbaren Entwicklungskosten zu selbst geschaffener Software resultieren, auch erworbene Software, welche nicht integraler Bestandteil der zugehörigen Hardware ist. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungs- und/oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen.

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear über eine Nutzungsdauer von fünf Jahren. Sofern Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen, wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

(15) Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden alle Grundstücke und Gebäude, die ganz überwiegend zu eigenen Zwecken genutzt werden, sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen. Die Bewertung des Sachanlagevermögens erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die planmäßigen Abschreibungen der Gebäude werden linear über eine Nutzungsdauer von 33 bis 50 Jahren, die der Betriebs- und Geschäftsausstattung über drei bis 20 Jahre vorgenommen. Der Ausweis erfolgt unter den Verwaltungsaufwendungen.

Liegen Anzeichen für eine Wertminderung aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung bzw. wegen Verfalls des Marktpreises vor, wird außerplanmäßig abgeschrieben.

Der Ausweis von Gewinnen und Verlusten aus der Veräußerung von Sachanlagen erfolgt im *Sonstigen betrieblichen Ergebnis*.

Operating-Leasing

Nach IAS 17 wird ein Leasinggeschäft als Operating-Leasing-Verhältnis klassifiziert, wenn es nicht im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt. Leasinggegenstände, welche die IKB im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrages bilanziert, werden unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um die über die vertragliche Nutzungsdauer unter Berücksichtigung des vertraglichen Restwertes planmäßig vorgesehenen Abschreibungen oder die aufgrund von dauerhaften Wertminderungen erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen.

Operating-Leasing-Verhältnisse können aus Teilamortisationsverträgen sowie aus kündbaren Verträgen, bei denen ein Restwert berücksichtigt wurde, resultieren. Bei den Teilamortisationsverträgen erfolgt zusätzlich zur Laufzeit eine Vereinbarung über den Restwert. Die Amortisation des Restwertes erfolgt zum Vertragsende aus der Veräußerung oder Weitervermietung des Leasinggegenstandes. Die IKB besitzt grundsätzlich hinsichtlich des Restwertes ein Andienungsrecht gemäß den Vertragsbedingungen. Bei Kfz-Teilamortisationsverträgen ist auch eine Mehrerlösbeteiligung des Leasingnehmers vertraglich möglich, sofern der Verwertungserlös über dem Restwert liegt. Die kündbaren

Verträge werden auf eine unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die kalkulatorische Laufzeit, die Kündigungsmöglichkeiten sowie die entsprechenden Ausgleichzahlungen sind individuell vereinbart. Hinsichtlich des Ausweises von Aufwendungen und Erträgen siehe Note (23).

(16) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen / Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

Die Ermittlung der tatsächlichen Ertragsteuern erfolgt für die einzelnen Konzernunternehmen gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder. Die zahlungswirksamen Ertragsteueraufwendungen sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Veränderung aktiver bzw. passiver Latenter Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ausgewiesen.

Der Ausweis in der Bilanz wird für tatsächliche sowie für latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen getrennt als Aktiv- bzw. als Passivposten vorgenommen. Unter dem Posten *Laufende Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen* werden die tatsächlichen Ertragsteuern, in deren Höhe eine Erstattung von den bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörden erfolgen wird, ausgewiesen. Die Latenten Steueransprüche und -verpflichtungen werden unter dem Posten *Latente Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen* gezeigt.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen werden entsprechend IAS 12 auf Basis der bilanzorientierten Methode ermittelt. Sie ergeben sich aus Differenzen zwischen dem im Konzernabschluss angesetzten Buchwert der Vermögenswerte/Verpflichtungen und deren steuerlichen Wertansätzen, soweit aus ihnen in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungen bzw. -entlastungen entstehen (temporäre Differenzen). Die temporären Differenzen wurden unter Berücksichtigung der länderspezifischen Ertragsteuersätze, die im Zeitpunkt des Ausgleichs der Differenzen erwartet werden, bewertet.

Aktive Latente Steuern auf steuerlich noch nicht genutzte Verlustvorträge eines Steuersubjektes werden angesetzt, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass das betreffende Steuersubjekt in den Folgeperioden ausreichend steuerpflichtiges Einkommen zur Nutzung des Verlustvortrags erzielen wird.

Eine Abzinsung der Latenten Steuern wird nicht vorgenommen. Steuersatzänderungen werden bei der Berechnung der Latenten Steueransprüche und -verpflichtungen berücksichtigt, soweit im Zeitpunkt der Aufstellung des Abschlusses ihr Inkrafttreten sicher ist.

Die Bildung und Auflösung der Latenten Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen erfolgt – in Abhängigkeit des zugrunde liegenden Sachverhalts – entweder in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam als Steuern vom Einkommen und vom Ertrag oder erfolgsneutral im Eigenkapital.

Sonstige nicht ertragsabhängige Steuern werden in der Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen.

(17) Sonstige Aktiva/Passiva

Unter den Sonstigen Aktiva werden im Wesentlichen Forderungen an die KfW Bankengruppe aus der Risikoübernahme ausgewiesen. Die Sonstigen Passiva enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

(18) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere (z.B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Paper) ausgewiesen. Diese Finanzinstrumente werden entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (*Sonstige Finanzielle Verbindlichkeiten*) oder zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, sofern für diese die Fair-Value-Option ausgeübt wurde.

(19) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für Pensionszusagen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB Deutsche Industriebank AG und der Tochterunternehmen IKB Leasing GmbH, IKB Leasing Berlin GmbH, IKB Immobilien Management GmbH, IKB Private Equity GmbH, IKB Equity Finance GmbH, IKB International S.A., IKB Data GmbH und IKB Credit Asset Management GmbH werden Rückstellungen gebildet. Die Zusagen erfolgen leistungsorientiert.

Mit den Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen deckt die IKB vor allem Leistungen von betrieblichen Ruhegeldern aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen ab. Danach werden Pensionen mit Beginn des Ruhestands wegen Erreichen der Altersgrenze bzw. vorzeitig bei Invalidität oder im Todesfall an die Hinterbliebenen gezahlt. Dabei ist die Höhe der Rückstellungen für die leistungsorientierte Altersversorgung abhängig von der jeweils anzuwendenden Versorgungsordnung. Während die Versorgungsordnung des Jahres 1979 (VO 79) im Wesentlichen auf Faktoren wie rentenfähige Dienstzeit und rentenfähiger Arbeitsverdienst basiert, beinhaltet die Versorgungsordnung des Jahres 1994 (VO 94) dagegen ein sogenanntes Eckwertmodell und ein Rentenbaustein-system. Nach der VO 94 bestimmt sich die Höhe der passivierten Verpflichtungen für die Einkommensbestandteile unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze (gemäß RV-Bezugsgrößenverordnung) nach dem Endgehalt sowie dem Renteneckwert und für Vergütungsbestandteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nach der Höhe des auf Jahresbasis erdienten Rentenbausteins.

Mit Neueinführung der Versorgungsordnung 2006 (VO 06) folgte im Geschäftsjahr 2006/07 die IKB dem am Markt beobachtbaren Trend, die Altersvorsorge stärker an die Entwicklung der korrespondierenden Vermögensanlage anzulehnen. Bei der VO 06 handelt es sich um ein cash-balance-orientiertes Versorgungssystem, das performance-abhängig, aber mit einer Mindestverzinsung und besonderen Zusatzleistungen bei Erwerbsminderung und Tod versehen ist. Die VO 06 ist für ab dem Geschäftsjahr 2006/07 neu eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB Deutsche Industriebank AG, der IKB Data GmbH, der IKB Leasing GmbH, der IKB Private Equity GmbH und der IKB Credit Asset Management GmbH gültig.

Alle Pensionsverpflichtungen werden gemäß IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Die Bewertung der zukünftigen Verpflichtungen basiert auf versicherungsmathematischen Gutachten, die von unabhängigen Aktuaren erstellt wurden. Dabei werden nicht nur die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften berücksichtigt, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten sowie Fluktuationsraten in die Berechnung einbezogen. Zur Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtung wird der aktuelle Zinssatz für erstrangige, festverzinsliche Industrieanleihen herangezogen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Aufwand aus den Direktzusagen teilt sich in die Bestandteile Zins und Dienstzeitaufwand auf. Ersterer wird im Zinsaufwand, der Dienstzeitaufwand in den Personalaufwendungen ausgewiesen. Sich ergebende versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste resultieren aus der Veränderung der den Pensionsgutachten ursprünglich zugrunde gelegten versicherungsmathematischen Parametern und Rechnungsgrundlagen sowie aus Bestandsänderungen. Diese Mehr- oder Minderverpflichtungen, damit also die Differenz zur ursprünglich geschätzten Verpflichtung, werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe, d.h. in Höhe des Barwertes der leistungsorientierten Verpflichtungen (der sogenannten Defined Benefit Obligation), erfolgsneutral über die Gewinnrücklagen erfasst.

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen auch Rückstellungen für Vorruhestandsverpflichtungen und Verpflichtungen aus Versorgungszusagen von umgewandelten Tantiemeansprüchen (Deferred Compensation), die nach versicherungsmathematischen Regeln ermittelt wurden. Rückstellungen für Zahlungen anlässlich von Dienstjubiläen, die ebenfalls auf Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten bestimmt werden, werden nach IFRS unter den Sonstigen Rückstellungen bilanziert.

Im November 2006 hat die IKB einen Wertkontenplan, ein Modell zur Entgeltumwandlung hinsichtlich der Flexibilisierung des Beginns des Vorruhestands, aufgesetzt. Basierend auf dem Gesetz zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen (FlexiGesetz), können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen dieses Modells auf den sofortigen Zufluss von Bestandteilen, die nicht das reguläre Monatsgehalt betreffen, verzichten und stattdessen diese Gelder individualisiert in Renten- und Aktienfonds investieren. Durch den stattfindenden Zufluss des mit einem Garantiezins in Höhe von 2,25 % versehenen Investments bei den Teilnehmern am Wertkontenplan ergänzt dieses Modell die bestehenden Versorgungsregelungen der IKB und bietet somit eine weitere Möglichkeit zur Entgeltumwandlung. Der Wertkontenplan ist für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IKB Deutsche Industriebank AG und der Tochterunternehmen IKB Leasing GmbH, IKB Leasing Berlin GmbH, IKB Immobilien Management GmbH, IKB Private Equity GmbH und der IKB Data GmbH gültig.

Im März 2007 wurde ein weit überwiegender Teil der die Pensionsverpflichtungen aus den Versorgungsordnungen VO 79 und 94, Deferred Compensation sowie Vorruhestandsverpflichtungen absichernden Vermögenswerte ausgelagert. Im November 2007 wurden die Vermögenswerte des Wertkontenplans ebenfalls ausgelagert. Im Rahmen dieses Contractual Trust Arrangement (CTA) haben die IKB Deutsche Industriebank AG und die einbezogenen Tochtergesellschaften zur Erfüllung der Pensionsansprüche daher die erforderlichen Vermögensmittel von ihrem übrigen Unternehmensvermögen separiert und diese auf einen Unternehmenstreuhänder übertragen. Die Auslagerung der Vermögenswerte der VO 06 wird im Geschäftsjahr 2008/09 erfolgen.

Das von der IKB eingebrachte Vermögen stellt Planvermögen im Sinne des IAS 19 dar und wird daher mit den Pensionsverpflichtungen saldiert. Die Bewertung des Planvermögens erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Abweichungen zwischen dem in der GuV erfassten Planertrag und dem tatsächlichen Ertrag werden erfolgsneutral als versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in der Gewinnrücklage erfasst.

(20) Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen werden für gegenwärtige rechtliche und faktische Verpflichtungen, deren Fälligkeit oder Höhe ungewiss und deren Erfüllung wahrscheinlich mit einem Vermögensabgang verbunden ist, gebildet. Die Bewertung erfolgt in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme.

(21) Nachrangkapital

Nachrangige Verbindlichkeiten

Unter Nachrangigen Verbindlichkeiten werden Verbindlichkeiten ausgewiesen, die im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Nachrangige Verbindlichkeiten sind Eigenmittel im Sinne des Kreditwesengesetzes und zählen damit zum haftenden Eigenkapital. Bei einer Restlaufzeit von weniger als zwei Jahren erfolgt nur eine anteilige Zurechnung zum haftenden Eigenkapital. Eine Beteiligung an Verlusten aus dem laufenden Geschäft ist hier nicht vorgesehen; Zinsen werden unabhängig vom Jahresergebnis der Bank geschuldet und gezahlt.

Genussrechtskapital

Genussrechtskapital nimmt in voller Höhe am Verlust der Gesellschaft teil. Zinszahlungen erfolgen nur im Falle eines Jahresüberschusses. Die Ansprüche der Genussrechtinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber denen der anderen Gläubiger nachrangig. Das Genussrechtskapital dient der Stärkung des haftenden Eigenkapitals entsprechend den Vorschriften des Kreditwesengesetzes. Im Falle eines Jahresfehlbetrags bzw. eines Bilanzverlustes der AG (nach HGB) nehmen die Genussscheine in voller Höhe durch Verminderung ihrer Rückzahlungsbeträge teil, und zwar im Verhältnis ihres Buchwertes zu dem in der AG-Bilanz ausgewiesenen Eigenkapital (inkl. Genussscheinkapital, jedoch ohne andere nachrangige Verbindlichkeiten).

Stille Einlagen/Preferred Shares

Unter die Stillen Einlagen fallen Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Darüber hinaus weist die IKB hier Vorzugsaktien (Preferred Shares) zweier amerikanischer Tochterunternehmen aus.

Diese Verbindlichkeiten werden entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten (*Sonstige Finanzielle Verbindlichkeiten*) oder zum beizulegenden Zeitwert, sofern für diese die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, bilanziert.

Die Stillen Einlagen nehmen am Bilanzverlust der AG (nach HGB) teil, und zwar im Verhältnis der Stillen Einlage zum Gesamtbuchwert des haftenden Eigenkapitals der Bank, das am Verlust teilnimmt.

Bei einem Bilanzverlust der AG nehmen die Preferred Shares nur durch Ausfall der Vergütung im darauf folgenden Geschäftsjahr teil.

(22) Eigenkapital

Gezeichnetes Kapital

Im Gezeichneten Kapital wird das Grundkapital der IKB AG abzüglich des Nennwertes der zu Kurspflegezwecken im Bestand befindlichen eigenen Aktien ausgewiesen.

Kapitalrücklage

Unter der Kapitalrücklage wird der Betrag ausgewiesen, der bei der Ausgabe von Aktien über dem Nennwert erzielt wird. Aus Transaktionen in eigenen Aktien resultierende Gewinne oder Verluste werden ergebnisneutral ebenfalls mit den Kapitalrücklagen verrechnet.

Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen setzen sich aus den Gesetzlichen Rücklagen und den Anderen Rücklagen zusammen. In den Anderen Gewinnrücklagen werden u.a. versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste gemäß IAS 19 erfasst, die sich u.a. aus Änderungen der Berechnungsparameter sowie aus Abweichungen im Risikoverlauf (bzw. Invaliditäts- oder Todesfälle) im Vergleich der Situation zum Stichtag zu den Erwartungswerten ergeben.

Rücklage aus der Währungsumrechnung

Die Rücklage aus der Währungsumrechnung beinhaltet Umrechnungsgewinne und -verluste, die im Rahmen der Währungsumrechnung des Eigenkapitals von Tochterunternehmen in fremder Währung entstehen.

Neubewertungsrücklage

Die Neubewertungsrücklage enthält zum einen die Bewertungsergebnisse der *Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte* (Available for Sale); zum anderen werden hier Bewertungseffekte aus Sicherungsbeziehungen gezeigt, die vor dem Übergangszeitpunkt auf IFRS bestanden haben und sich auf eine Sicherung variabler Zahlungsströme beziehen. Für die aufgeführten Posten werden jeweils Latente Steuern berechnet und ebenfalls in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen.

Anteile in Fremdbesitz

Die Anteile Konzernfremder am Eigenkapital von Tochtergesellschaften werden in einem gesonderten Posten innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(23) Zinsüberschuss

Im Zinsüberschuss werden neben Zinserträgen und -aufwendungen Dividenden aus Wertpapieren, laufende Erträge aus Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie die Erträge und Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft ausgewiesen. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden nach der Effektivzinsmethode periodengerecht abgegrenzt. Zinserträge aus

Finanzierungsleasing-Verträgen werden so über die Grundmietzeit vereinnahmt, dass eine konstante periodische Verzinsung aus dem Nettoinvestitionswert erzielt wird. Die Erträge und Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft betreffen sowohl das Finanzierungsleasing als auch das Operating-Leasinggeschäft.

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Zinserträge aus Derivaten	315,6	729,7	-56,7
Zinserträge aus Finanzinstrumenten, für die die Fair-Value-Option angewandt wurde	340,6	172,0	98,0
Zinserträge aus zu Handelszwecken gehaltenen Wertpapieren	47,5	35,4	34,2
Summe Zinserträge aus ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten	703,7	937,1	-24,9
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1 648,8	1 513,8	8,9
Amortisation aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen IFRS 1 IG 60B	74,8	74,8	0,0
Zinserträge aus fest- und variabel verzinslichen Wertpapieren	718,6	1 064,5	-32,5
Erträge aus Beteiligungen	6,7	10,5	-36,2
Dividenden	1,1	2,1	-47,6
Erträge aus dem Leasinggeschäft	272,9	228,8	19,3
Summe Zinserträge aus sonstigen Kategorien	2 722,9	2 894,5	-5,9
Summe Zinserträge	3 426,6	3 831,6	-10,6
Zinsaufwendungen für Derivate	316,5	663,2	-52,3
Amortisation aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen IFRS 1 IG 60A	168,1	77,9	>100,0
Zinsaufwendungen für finanzielle Verbindlichkeiten, für die die Fair-Value-Option angewandt wurde	346,1	275,2	25,8
Summe Zinsaufwendungen für ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	830,7	1 016,3	-18,3
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten	1 090,1	1 239,7	-12,1
Zinsaufwendungen für Sonstige Verbindlichkeiten	774,6	636,0	21,8
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	59,6	72,5	-17,8
Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft	153,5	134,1	14,5
Zinsähnliche Aufwendungen inkl. Zinsaufwendungen aus Pensionsverpflichtungen	68,2	59,9	13,9
Summe Zinsaufwendungen aus sonstigen Kategorien	2 146,0	2 142,2	0,2
Summe Zinsaufwendungen	2 976,7	3 158,5	-5,8
Zinsüberschuss	449,9	673,1	-33,2

Für wertgeminderte Forderungen werden keine laufenden Zinsen vereinnahmt, sondern die durch Zeitablauf eintretende Steigerung des Barwerts zukünftiger Zahlungen (Unwinding) als Zinsertrag erfasst. Der aus dem Unwinding-Effekt resultierende Zinsertrag beträgt 32,1 Mio. € (Vorjahr: 42,4 Mio. €).

Sowohl die im Rahmen der IFRS-Erstanwendung entstehende Anpassung aus Fair Value Hedges als auch die Beträge aus den aufzulösenden Cash Flow Hedges werden entsprechend der Restlaufzeit der Grundgeschäfte unter Berücksichtigung von vorzeitigen Rückzahlungen über das Zinsergebnis amortisiert.

(24) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert			Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Forderungen aus Finanzierungsleasing	Rückstellungen für das außerbilanzielle Geschäft	Gesamt
	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen				
2007/08 in Mio. €							
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	–	355,2	–	–	3,6	32,8	391,6
Direktabschreibungen	–	11,5	–	–	–	–	11,5
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	–	6,8	–	–	–	–	6,8
Zuführung zu/Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen	–	–19,7	–	–	–	–	–19,7
Auflösungen von Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	–	86,7	–	–	2,3	32,4	121,4
Umgliederung	–	–	–	–	–	–	–
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	253,5	–	–	1,3	0,4	255,2
Wertberichtigung auf Finanzanlagen (Ergebnis aus Finanzanlagen)	–	–	966,7	–	–	–	966,7
Gesamt	–	253,5	966,7	–	1,3	0,4	1 221,9

	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert			Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	Forderungen aus Finanzierungsleasing	Rückstellungen für das außerbilanzielle Geschäft	Gesamt
	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Finanzanlagen	Forderungen an Kunden		
2006/07 in Mio. €							
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	–	415,0	–	–	0,8	21,9	437,7
Direktabschreibungen	–	12,7	–	–	–	–	12,7
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	–	3,1	–	–	–	–	3,1
Zuführung zu/Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen	–	–121,1	–	–	–	–	–121,1
Auflösungen von Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	–	70,3	–	–	1,8	14,4	86,5
Umgliederung	–	–	–	–	–	–	–
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–	233,2	–	–	–1,0	7,5	239,7
Wertberichtigung auf Finanzanlagen (Ergebnis aus Finanzanlagen)	–	–	19,3	–	–	–	19,3
Gesamt	–	233,2	19,3	–	–1,0	7,5	259,0

(25) Provisionsüberschuss

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit dem Kreditgeschäft	43,6	41,3	5,6
Provisionsüberschuss im Zusammenhang mit Verbriefungen	6,1	3,1	96,8
Sonstige	5,0	7,6	–34,2
Gesamt	54,7	52,0	5,2

(26) Fair-Value-Ergebnis

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Handelsergebnis	–668,8	65,8	
Ergebnis aus Anwendung der Fair-Value-Option	–900,5	–103,4	>100,0
Ergebnis aus Rhinebridge	–241,9	–	
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	–14,2	–0,2	>100,0
Gesamt	–1 825,4	–37,8	>100,0

Die negativen Effekte im Handelsergebnis resultieren im Wesentlichen aus Bewertungsergebnissen der Zweckgesellschaften Havenrock I und Havenrock II sowie der ELAN-Zellen. Im Handelsergebnis ist das Devisenergebnis in Höhe von –24,9 Mio. € (Vorjahr 4,0 Mio. €) enthalten.

Unter die Anwendung der Fair-Value-Option fallen ein Teil der Investments in internationale Kreditportfolien sowie Finanzinstrumente, die trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten. Darüber hinaus wendet die IKB diese Kategorie auch im Rahmen von risikomindernden Sicherungsstrategien gemäß IAS 39 an. Die Marktwertänderungen aus Sicherungsswaps werden zusammen mit den Wertänderungen der Grundgeschäfte in dieser Position erfasst.

Im Ergebnis aus Anwendung der Fair-Value-Option sind insbesondere Wertminderungen auf Portfolioinvestments des entkonsolidierten RFCC-Conduits (–1.260 Mio. €) und auf Portfolioinvestments der IKB AG und der IKB International S.A., Luxemburg, (–1.210 Mio. €) enthalten. Darüber hinaus werden die eigenen Emissionen der IKB zum 31. März 2008 mit einem bonitätsbedingten Abschlag am Kapitalmarkt gehandelt. Da für einen Teil dieser Emissionen die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, hat dies zu einem bonitätsinduzierten Ertrag innerhalb des Fair-Value-Ergebnisses von 1.734,8 Mio. € geführt. Bis zur planmäßigen Tilgung dieser Finanzinstrumente können diese Effekte das Fair-Value-Ergebnis in künftigen Perioden zu einem Teil wieder belasten. Die bonitätsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwertes eigener Emissionen verteilen sich dabei auf folgende Bilanzpositionen:

in Mio. €	Kumulative Änderungen beizulegender Zeitwerte, die auf veränderte Ausfallrisiken zurückzuführen sind		Änderungen beizulegender Zeitwerte innerhalb der Periode, die auf veränderte Ausfallrisiken zurückzuführen sind	
	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	109,4	0,0	109,4	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	34,8	0,0	34,8	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	736,3	0,6	735,7	0,0
Nachrangkapital	854,9	0,0	854,9	0,0
Gesamt	1 735,4	0,6	1 734,8	0,0

Für eine im Geschäftsjahr begründete Forderung an ein Kreditinstitut wurde die Fair-Value-Option ausgeübt. Das Ergebnis aus Anwendung der Fair-Value-Option enthält den Aufwand aus bonitätsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwertes dieser Forderung in Höhe von –74,5 Mio. €.

Neben dem separat ausgewiesenen Ergebnis aus Rhinebridge in Höhe von –241,9 Mio. € sind im Handelsergebnis auf Rhinebridge entfallende Bewertungs- und Devisenverluste in Höhe von –2,4 Mio. € enthalten.

Das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen aus Fair Value Hedges enthält das Ergebnis aus Grundgeschäften (51,4 Mio. €) und aus Sicherungsderivaten (–65,6 Mio. €).

(27) Ergebnis aus Finanzanlagen

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis aus Wertpapieren	-975,7	-11,6	>100,0
Ergebnis aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	-4,2	-0,8	>100,0
Gesamt	-979,9	-12,4	>100,0

Das Ergebnis aus Wertpapieren beinhaltet mit 966,7 Mio. € (Vorjahr: 19,3 Mio. €) die Risikovorsorge auf Wertpapiere der IAS-39-Kategorie *Kredite und Forderungen*.

Für Beteiligungen wurden im vergangenen Geschäftsjahr erfolgswirksame Wertminderungen in Höhe von 7,0 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €) vorgenommen.

(28) Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen

Das Ergebnis der at equity bilanzierten Unternehmen Movesta Lease and Finance GmbH und Linde Leasing GmbH beträgt zum 31. März 2008 1,7 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €).

(29) Verwaltungsaufwendungen

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Personalaufwendungen	181,2	185,8	-2,5
Übrige Verwaltungsaufwendungen	168,4	111,8	50,6
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Immaterielle Anlagewerte	26,9	18,6	44,6
Gesamt	376,5	316,2	19,1

Die einzelnen Aufwandskategorien gliedern sich wie folgt auf:

Personalaufwendungen

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Löhne und Gehälter	160,5	155,7	3,1
Soziale Abgaben	20,7	19,5	6,2
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	0,0	10,6	-100,0
Gesamt	181,2	185,8	-2,5

Die Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung beinhalten neben dem laufenden Dienstzeitaufwand auch den erwarteten Ertrag aus dem Planvermögen (Note (49)) sowie weitere Aufwendungen wie die Beiträge zur Insolvenzversicherung an den PSVaG. Der in den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung enthaltene Ertrag aus Planvermögen beträgt 11 Mio. €. Die Zinsaufwendungen aus den Pensionsverpflichtungen sind im Zinsüberschuss (Note (23)) erfasst.

Übrige Verwaltungsaufwendungen

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
EDV-Aufwand	44,4	24,1	84,2
Beratungsaufwendungen	30,9	14,3	>100,0
Pflichtbeiträge, andere Verwaltungsaufwendungen und gesellschaftsrechtliche Aufwendungen	24,2	11,4	>100,0
Raumaufwand	20,5	17,4	17,8
Reiseaufwand und Kfz-Aufwand	11,9	12,7	-6,3
Arbeitsplatzaufwand	13,7	12,3	11,4
Aufwand für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	5,7	8,0	-28,8
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	17,1	11,6	47,4
Gesamt	168,4	111,8	50,6

Der Anstieg in den Übrigen Verwaltungsaufwendungen ist auf Aufwendungen für Beratungs- und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Krise (36,8 Mio. €) und für EDV-Projekte zurückzuführen.

Aus den in den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthaltenen Prüfungsaufwendungen entfallen folgende Aufwendungen auf den inländischen Abschlussprüfer:

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Abschlussprüfung	3,7	2,1	76,2
davon ehemaliger Abschlussprüfer	1,3		
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen ¹⁾	8,0	0,5	>100,0
davon ehemaliger Abschlussprüfer	0,3		
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,4	-75,0
davon ehemaliger Abschlussprüfer	0,1		
Sonstige Leistungen	0,6	0,2	>100,0
davon ehemaliger Abschlussprüfer	0,1		
Gesamt	12,4	3,2	>100,0

¹⁾ Betrag in 2007/08 inklusive Honorar für die Sonderprüfung

Daneben werden in den Verwaltungsaufwendungen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, Immobilien und Immaterielle Anlagewerte ausgewiesen:

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7,9	7,2	9,7
Bankbetrieblich genutzte Immobilien	1,6	1,7	-5,9
Immaterielle Anlagewerte	17,4	9,7	79,4
Gesamt	26,9	18,6	44,6

(30) Sonstiges betriebliches Ergebnis

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Sonstige betriebliche Erträge	749,5	28,4	>100,0
Erträge aus der Neubewertung der Besserungsabrede sowie hybrider Finanzinstrumente	648,7	–	
Erträge aus der Vereinnahmung von negativen Unterschiedsbeträgen	50,2	–	
Rückkauf von Eigenemissionen	17,5	–	
Kostenumlagen	9,9	10,9	–9,2
Auflösungen von Rückstellungen/Wertberichtigungen von sonstigen Forderungen	7,7	4,2	83,3
Erträge für nicht bankbetrieblich genutzte Gebäude	3,1	2,8	10,7
Ertrag aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten	0,2	–	
Übrige Sonstige betriebliche Erträge	12,2	10,5	16,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	87,3	34,6	>100,0
Aufwendungen für nicht bankbetrieblich genutzte Gebäude (inkl. Abschreibungen)	5,0	8,1	–38,3
Zuführung zu Rückstellungen/Wertberichtigungen von sonstigen Forderungen	35,4	5,1	>100,0
Freiwillige soziale Aufwendungen (inkl. Spenden)	3,0	3,3	–9,1
Aufwendungen aus dem Verkauf von nicht finanziellen Vermögenswerten	1,3	1,9	–31,6
Übrige Sonstige betriebliche Aufwendungen	42,6	16,2	>100,0
Gesamt	662,2	–6,2	

Die Erträge aus der *Neubewertung hybrider Finanzinstrumente (IAS 39 AG8)* werden in Note (45) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und in Note (54) *Nachrangkapital* erläutert.

(31) Ergebnis aus Risikoübernahme

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €
Ergebnis aus Absicherung für IKB Portfolioinvestments	942,0	–
Ergebnis aus Absicherung auf Havenrock	911,8	–
Entkonsolidierungseffekt Rhineland Funding	547,2	–
Gesamt	2 401,0	–

(32) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Tatsächliche Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	–13,5	39,6	
des laufenden Jahres	11,1	57,3	–80,6
aus früheren Jahren	–24,5	–17,7	38,4
Latente Steuern	172,1	35,1	>100,0
Gesamt	158,6	74,7	>100,0

Nach dem Operativen Ergebnis des Konzerns 2007/08 wäre – unter Berücksichtigung der Gewerbesteuer – bei Anwendung des in Deutschland gültigen Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag ein Steueraufwand von 39,8 Mio. € (Vorjahr: 45,0 Mio. €) zu erwarten gewesen. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung des erwarteten Steueraufwands auf den ausgewiesenen Steueraufwand:

	2007/08 in Mio. €	2006/07 in Mio. €	Veränderung in %
Ergebnis vor Ertragsteuern	126,7	112,6	12,5
Anzuwendender Steuersatz	31,4 %	40,0 %	–21,5
Rechnerische Ertragsteuern	39,8	45,0	–11,5
Steuereffekte			
aus Vorjahren und Steuersatzänderungen	11,4	–19,7	
abweichende Steuersätze im In- und Ausland	86,9	18,4	>100,0
aus steuerfreien Erträgen	–116,4	15,7	
aus nicht abziehbaren Aufwendungen	140,6	17,8	>100,0
aus nicht angesetzten latenten Steuern	514,7	–	
aus sonstigen Unterschieden	–518,4	–2,5	>100,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	158,6	74,7	>100,0

Der als Basis für die Überleitungsrechnung gewählte anzuwendende Ertragsteuersatz setzt sich zusammen aus dem in Deutschland ab 2008 geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0 % (Vorjahr: 25,0 %) zuzüglich Solidaritätszuschlag von 5,5 % (Vorjahr: 5,5 %) auf die Körperschaftsteuer und einem durchschnittlichen Steuersatz für die Gewerbesteuer von 15,6 % (Vorjahr: 18,4 %). Insgesamt ergibt sich ein inländischer Ertragsteuersatz von 31,4 % (Vorjahr: 40,0 %). Die Reduzierung der Steuersätze führt zu einer Minderung der Anfangsbestände an aktiven und passiven Latenten Steuern. Hierdurch ergibt sich ein zusätzlicher Steueraufwand von 34,1 Mio. €.

Ertragsteuereffekte wegen abweichender Steuersätze entstehen aufgrund der – im Vergleich zum Inland – abweichenden Ertragsteuersätze der einzelnen Sitzländer ausländischer Konzerngesellschaften und -einheiten, die unverändert zwischen 16,0 % und 47,6 % liegen, sowie unterschiedlicher Gewerbesteuerhebesätze im Inland.

Für temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen, ausländischen Niederlassungen und assoziierten Unternehmen sowie Anteilen an Joint Ventures wurden Latente Steuern, soweit dies nach IAS 12 zulässig ist, abgegrenzt.

Die Überleitung ist geprägt durch den Nichtansatz von Latenten Steuern aufgrund des erwarteten Übergangs der Mehrheit der Anteile an der IKB AG sowie mangels Nutzung innerhalb des Planungszeitraums von 5 Jahren (in Deutschland 348,3 Mio. €; in Luxemburg 128 Mio. €). Weiterhin ergeben sich erhebliche entlastende Effekte aus der Einschätzung, dass die Stützungsmaßnahmen der KfW steuerlich als Einlage und damit als permanenter Unterschied zu werten sind; 482 Mio. € der sonstigen Unterschiede entfallen hierauf.

Erläuterungen zur Aktivseite

(33) Barreserve

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Kassenbestand	0,1	0,1	0,0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	308,5	28,3	>100,0
Sonstige	0,2	0,3	-33,3
Gesamt	308,8	28,7	>100,0

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen zum Bilanzstichtag mit 308,3 Mio. € (Vorjahr: 28,1 Mio. €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

(34) Forderungen an Kreditinstitute

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €
Täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute	1 462,0	692,2	>100,0	332,0	174,2	1 130,0	518,0
Forderungen an Kreditinstitute < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	1 126,3	3 568,5	-68,4	87,3	779,9	1 038,9	2 788,6
Forderungen an Kreditinstitute ≥ 4 Jahre Ursprungslaufzeit	262,0	181,2	44,6	3,6	10,7	258,4	170,5
Gesamt	2 850,3	4 441,9	-35,8	422,9	964,8	2 427,4	3 477,1

(35) Forderungen an Kunden

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €
Forderungen an Kunden < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	4 747,8	4 107,8	15,6	3 092,8	3 297,5	1 655,0	810,3
Forderungen an Kunden ≥ 4 Jahre Ursprungslaufzeit	22 280,5	24 038,8	-7,3	17 528,7	18 515,8	4 751,8	5 523,0
Forderungen aus Finanzierungsleasing-Verträgen	1 840,6	1 538,4	19,6	1 532,2	1 432,5	308,4	105,9
Gesamt	28 868,9	29 685,0	-2,7	22 153,7	23 245,8	6 715,2	6 439,2

Die Forderungen an Kunden beinhalten noch nicht amortisierte Wertaufholungen aus Sicherungsbeziehungen gemäß IFRS 1 von 197,0 Mio. € (Vorjahr: 365,1 Mio. €).

Die Forderungen an Kunden berücksichtigen Wertänderungen von -11,1 Mio. € (Vorjahr: -9,3) aus gesicherten Grundgeschäften des Hedge Accounting.

(36) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Zur Absicherung erkennbarer Risiken aus dem Kreditgeschäft werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen			Portfolio- wertberich- tigungen	Rück- stellungen für das außer- bilanzielle Geschäft	Gesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		Forderungen aus Finanzie- rungsleasing			
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kunden			
Anfangsbestand zum 1.4.2007	0,0	989,3	1,8	103,6	28,2	1 122,9
Inanspruchnahmen	0,0	448,9	0,0	0,0	4,5	453,4
Auflösung	0,0	86,7	2,3	23,2	32,4	144,6
Unwinding	0,0	32,1	0,0	0,0	0,8	32,9
Zuführung	0,0	355,2	3,6	3,5	32,8	395,1
Umgliederung	0,0	0,0	-0,8	0,0	0,0	-0,8
Fremdwährungskursänderung	0,0	-0,9	0,0	-0,9	0,0	-1,8
Konsolidierungs- kreisänderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Endbestand zum 31.3.2008	0,0	775,9	2,3	83,0	23,3	884,5
abzüglich Rückstellungen	-	-	-	-	23,3	23,3
Bilanzausweis Risikovorsorge zum 31.3.2008	0,0	775,9	2,3	83,0	-	861,2

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen			Portfolio- wertberich- tigungen	Rück- stellungen für das außer- bilanzielle Geschäft	Gesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		Forderungen aus Finanzie- rungsleasing			
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	Forderungen an Kunden			
Anfangsbestand zum 1.4.2006	0,0	1 180,2	6,3	225,2	42,8	1 454,5
Inanspruchnahmen	0,0	504,1	3,5	0,0	10,4	518,0
Auflösung	0,0	70,3	1,8	126,3	14,4	212,8
Unwinding	0,0	42,4	0,0	0,0	0,8	43,2
Zuführung	0,0	415,0	0,8	5,2	21,9	442,9
Umgliederung	0,0	10,9	0,0	0,0	-10,9	0,0
Fremdwährungskursänderung	0,0	0,0	0,0	-0,5	0,0	-0,5
Konsolidierungs- kreisänderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Endbestand zum 31.3.2007	0,0	989,3	1,8	103,6	28,2	1 122,9
abzüglich Rückstellungen	-	-	-	-	28,2	28,2
Bilanzausweis Risikovorsorge zum 31.3.2007	0,0	989,3	1,8	103,6	-	1 094,7

Der Risikovorsorgebestand aus Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen beläuft sich auf 801,5 Mio. € (Vorjahr: 1.019,3 Mio. €).

Darüber hinaus wird für nicht eindeutig identifizierbare Risiken, die nicht bereits durch eine Einzelwertberichtigung abgedeckt wurden, durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Vorsorge getroffen. Die Portfoliowertberichtigungen betragen zum 31. März 2008 83,0 Mio. € (Vorjahr: 103,6 Mio. €).

Die Risikovorsorge für Adressenrisiken nach Kundengruppen gliedert sich wie folgt:

in Mio. €	Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen (Forderungen und Kredite)		Inanspruchnahme Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen		Risikovorsorge im Kreditgeschäft (GuV)	
	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07
Inländische Kunden	755,1	976,7	424,2	484,2	233,8	334,7
Produktion	203,0	254,9	121,5	160,2	80,2	89,4
Handel	32,2	65,4	43,2	58,1	12,3	25,0
Dienstleistung	480,1	609,0	244,6	255,5	135,2	183,9
Verkehr	24,9	20,8	5,0	2,1	9,2	14,1
Sonstiges	14,9	26,6	9,8	8,3	-3,1	22,3
Ausländische Kunden	46,5	40,6	29,2	33,8	41,1	24,1
Produktion	26,2	22,1	15,0	6,4	22,8	15,3
Handel	6,5	0,1	0,0	0,1	8,2	0,3
Dienstleistung	8,6	12,7	12,4	22,4	8,8	7,6
Verkehr	4,0	4,3	1,3	4,9	1,2	0,9
Sonstiges	1,1	1,4	0,5	0,0	0,1	0,0
Segment Portfolio Investments	0,0	2,0	0,0	0,0	0,0	2,0
Portfoliowertberichtigungen					-19,7	-121,1
Gesamt	801,5	1 019,3	453,4	518,0	255,2	239,7

Kennziffern zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft:

	2007/08 in %	2006/07 in %	Veränderung absolut
Zuführung	0,7	0,5	0,2
Inanspruchnahme	1,2	1,0	0,2
Bestand	2,3	2,2	0,1

Die Kennziffern der Risikovorsorge definieren sich wie folgt:

- Zuführung = Nettorisikovorsorge in Relation zum Kreditvolumen
- Inanspruchnahme = Kreditausfälle in Relation zum Kreditvolumen
- Bestand = Risikovorsorgebestand in Relation zum Kreditvolumen

(37) Handelsaktiva

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	33,2	1 201,4	-97,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,1	1,9	-94,7
Schuldscheindarlehen des Handelsbestandes	67,8	419,2	-83,8
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	3 502,9	586,0	>100,0
Positive Marktwerte aus Sicherungsderivaten	33,7	-	-
Gesamt	3 637,7	2 208,5	64,7

Der Rückgang bei den Schuldverschreibungen und den anderen festverzinslichen Wertpapieren ist auf die Übertragung der Handelsbestände auf Rhinebridge (1,2 Mrd. € zum 31. März 2007) zurückzuführen, die bei unveränderter erfolgswirksamer Bewertung zum beizulegenden Zeitwert jetzt unter den Finanzanlagen ausgewiesen werden. Der

Anstieg der positiven beizulegenden Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten resultiert aus Beständen in den Havenrock-Zweckgesellschaften (2,8 Mrd. €).

Die in den Handelsaktiva ausgewiesenen Wertpapiere sind in voller Höhe börsenfähig und börsennotiert.

(38) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen beinhalten die nachfolgend genannten Bestände:

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12 585,8	26 975,3	-53,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11,5	18,5	-37,8
Beteiligungen	247,1	264,7	-6,6
davon an Kreditinstituten	44,1	78,5	-43,8
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,1	0,1	0,0
davon an Kreditinstituten	–	–	
Gesamt	12 844,5	27 258,6	-52,9

Die Veränderung der Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere resultiert im Wesentlichen aus der Entkonsolidierung der Rhineland Funding Capital Corporation (RFCC) in Höhe von 11,5 Mrd. € (Bestand zum 31. März 2007).

Die Finanzanlagen gliedern sich in folgende Haltekategorien gemäß IAS 39:

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Finanzanlagen, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde	4 714,6	16 040,8	-70,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4 547,9	15 884,0	-71,4
Beteiligungen	166,7	156,8	6,3
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1 709,1	2 106,1	-18,9
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 617,1	1 979,6	-18,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	11,5	18,5	-37,8
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,1	0,1	0,0
Beteiligungen	80,4	107,9	-25,5
davon zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	36,3	29,4	23,5
Kredite und Forderungen	6 420,8	9 111,7	-29,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6 420,8	9 111,7	-29,5
Gesamt	12 844,5	27 258,6	-52,9

Der Buchwert aller unter den Finanzanlagen ausgewiesenen börsenfähigen Wertpapiere verteilt sich wie folgt:

31.3.2008 in Mio. €	gesamt börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12 289,7	11 699,9	589,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	60,8	43,8	17,0
Beteiligungen	68,9	3,5	65,4

Zum 31. März 2008 waren keine börsenfähigen Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen im Bestand.

(39) At equity bilanzierte Unternehmen

Auf die Position *At equity bilanzierte Unternehmen* entfallen 14,7 Mio. € (Vorjahr: 13,3 Mio. €).

Zum 31. März 2008 waren keine börsenfähigen Beteiligungen an at equity bilanzierten Unternehmen im Bestand.

(40) Immaterielle Anlagewerte

Die Immateriellen Anlagewerte enthalten keine Geschäfts- oder Firmenwerte.

Unter den Immateriellen Anlagewerten wurde selbstgeschaffene Software in Höhe von 6,3 Mio. € (Vorjahr: 9,0 Mio. €) bilanziert.

(41) Sachanlagen

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Operating-Leasing-Vermögenswerte	112,2	104,0	7,9
Grundstücke und Gebäude	83,3	84,5	-1,4
Betriebs- und Geschäftsausstattung	23,3	21,4	8,9
Zur Veräußerung gehaltene Immobilien	–	2,2	-100,0
Gesamt	218,8	212,1	3,2

(42) Laufende Ertragsteueransprüche

Die laufenden Ertragsteueransprüche verteilen sich wie folgt:

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Inland	36,8	12,2	>100,0
Ausland	8,0	1,5	>100,0
Gesamt	44,8	13,7	>100,0

(43) Latente Ertragsteueransprüche

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft	70,4	132,9	-47,0
Handelsaktiva	22,9	45,6	-49,8
Finanzanlagen	403,5	22,0	>100,0
Sachanlagen	6,6	8,7	-24,1
Verlustvorträge	27,0	126,2	-78,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	40,3	1,3	>100,0
Handelsspassiva	443,2	356,8	24,2
Pensionsrückstellungen	10,0	21,2	-52,8
Nachrangkapital	1,0	-	
Übrige Bilanzposten	73,1	21,8	>100,0
Zwischensumme	1 098,0	736,5	49,1
Saldierung mit passiven Latenten Steuern	-923,9	-586,3	57,6
Gesamt	174,1	150,2	15,9

Die Latenten Steueransprüche und die Latenten Steuer-schulden wurden gemäß IAS 12 saldiert.

Aufgrund des erwarteten Anteilseignerwechsels von mehr als 50 % wird der inländische steuerliche Verlustvortrag gemäß § 8c KStG sowie § 10a GewStG verloren gehen. Die aktiven Latenten Steuern auf inländische Verlustvorträge (125 Mio. €) sind daher vollständig abgeschrieben worden;

einschließlich im laufenden Geschäftsjahr anfallender steuerlicher Verluste rechnet die Bank mit einem Verlust „unverfallbarer“ Verlustvorträge von etwa 350 Mio. €. Andererseits sind aktive Latente Steuern in Höhe von 26,2 Mio. € neu gebildet worden für einen Teil der in Luxemburg entstandenen Verluste. Insgesamt sind 868 Mio. € Verlustvorträge nicht angesetzt worden; die Einzelheiten ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Körperschaftsteuer – nicht angesetzte Verlustvorträge zum	868,1	-	
davon verfallen in 2008/09	-	-	
davon verfallen in 2009/10	-	-	
davon verfallen in 2010/11	0,5	-	
davon verfallen in 2011/12	1,3	-	
davon verfallen in 2012/13	0,8	-	
davon verfallen in 2013/14	1,5	-	
davon unverfallbar	738,9	-	
Gewerbsteuer – nicht angesetzte Verlustvorträge zum Berichtsstichtag	829,5	3,4	>100,0
davon unverfallbar	704,5	3,4	>100,0

(44) Sonstige Aktiva

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen KfW Bankengruppe	1 829,7	–	
Inkassopapiere	–	333,3	–100,0
Forderungen aus dem Leasinggeschäft	119,4	93,2	28,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	74,8	82,9	–9,8
Rechnungsabgrenzungsposten	35,4	39,9	–11,3
Übrige Forderungen	51,8	40,1	29,2
Gesamt	2 111,1	589,4	>100,0

Erläuterungen zur Passivseite

(45) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Verände- rung in %	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	107,0	1 278,2	-91,6	46,3	1 245,2	60,7	33,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	7 431,1	4 499,9	65,1	5 308,9	2 649,3	2 122,2	1 850,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ≥ 4 Jahre Ursprungslaufzeit	9 911,2	8 134,4	21,8	9 749,7	7 790,9	161,5	343,5
Gesamt	17 449,3	13 912,5	25,4	15 104,9	11 685,4	2 344,4	2 227,1

Festverzinsliche Verbindlichkeiten werden teilweise mit Hilfe von Derivaten (Zinsswaps) gegen Zinsänderungsrisiken gesichert. Um einen sachgerechten Bilanz- und Erfolgsausweis zu erhalten, wird für entsprechende festverzinsliche Verbindlichkeiten im Zugangszeitpunkt die Fair-Value-Option angewandt.

Zum Ausgleich der hohen Bewertungsverluste aus den beiden Teilportfolien und der daraus resultierenden Eigenkapitalminderung hat die KfW das bankaufsichtsrechtliche Kernkapital der IKB AG bereits zum 19. Februar 2008 um 600 Mio. € und am 19. März 2008 um weitere 450 Mio. € verstärkt. Die vertraglichen Ausgestaltungen dieser Darlehen enthalten Besserungsabreden mit folgenden Elementen:

- Die Besserungsansprüche aus beiden Maßnahmen betragen insgesamt 1.050 Mio. € (zuzüglich Kostenerstattung und Zinsen). In einem Geschäftsjahr entstehen Ansprüche nur, wenn und soweit die IKB AG nach ihrer Bedienung im HGB-Einzelabschluss keinen Jahresfehlbetrag ausweist und die bankaufsichtsrechtliche Eigenkapitalquote der IKB AG bei mindestens 9 % bleibt.
- Zinsen fallen nur für solche Geschäftsjahre und in solchem Umfang an, soweit die IKB AG nach Bedienung der Besserungsabrede keinen Jahresfehlbetrag im HGB-Einzelabschluss ausweist. Falls die vom Darlehensnehmer zu leistende Zahlung dazu führt, dass die Gesellschaft zum Zeitpunkt der Auszahlung die Eigenkapitalquote von 9 % unterschreitet, ist die IKB berechtigt, die Zahlungen so lange aufzuschieben, bis die Zahlung bewirkt werden kann, ohne dass die Mindesteigenkapitalquote unterschritten wird.
- Die Ansprüche aus der Besserungsabrede gehen den Ansprüchen der Genussscheininhaber und der Inhaber der Stillen Einlagen der IKB AG wirtschaftlich vor.
- Die IKB AG ist im Rahmen des gesetzlich Zulässigen verpflichtet, bei von der IKB AG unmittelbar gehaltenen Tochterunternehmen auf eine weitestgehende Ausschüttung von dort erwirtschafteten Jahresüberschüssen an die IKB AG hinzuwirken.

Bei den von der KfW zur Verfügung gestellten Darlehen mit Forderungsverzicht und Besserungsabrede greift im Konzernabschluss für die Kategorie *Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten* die Bewertung gemäß IAS 39 AG8. Diese Geschäfte werden zu jedem Bilanzstichtag mit ihrem Barwert bilanziert. Dieser resultiert aus einer Neuschätzung des zugrunde liegenden Zins- und Tilgungs-Cash-Flow, diskontiert mit der Ursprungsrendite des Instruments

(Effektivzins am Emissionstag). Die Prognose der zukünftig für diese Instrumente zu leistenden Zins- und Tilgungszahlungen basiert auf dem geplanten Operativen Ergebnis der nächsten Jahre. Die Buchwertänderung ist zurückzuführen auf die vertragliche Ausgestaltung der Besserungsabrede und den damit verbundenen, zeitlich verzögerten Zins- und Tilgungszahlungen. Der Buchwertgewinn in Höhe von 362,7 Mio. € ist im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

(46) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Gesamt			Inland		Ausland	
	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €
Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24,7	204,8	-87,9	21,7	204,8	3,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden < 4 Jahre Ursprungslaufzeit	2 710,6	978,0	>100,0	2 673,8	758,8	36,8	219,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ≥ 4 Jahre Ursprungslaufzeit	3 016,2	3 095,0	-2,5	3 015,8	3 074,3	0,4	20,7
Gesamt	5 751,5	4 277,8	34,4	5 711,3	4 037,9	40,2	239,9

(47) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Begebene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit < 4 Jahre)	10 756,0	30 713,3	-65,0
abzüglich eigene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit < 4 Jahre)	893,5	18,1	>100,0
Zwischensumme (Ursprungslaufzeit < 4 Jahre)	9 862,5	30 695,2	-67,9
Begebene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit ≥ 4 Jahre)	8 680,3	8 887,7	-2,3
abzüglich eigene Schuldverschreibungen (Ursprungslaufzeit ≥ 4 Jahre)	358,0	27,4	>100,0
Zwischensumme (Ursprungslaufzeit ≥ 4 Jahre)	8 322,3	8 860,3	-6,1
Gesamt	18 184,8	39 555,5	-54,0

Die Veränderung der Verbrieften Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus der Entkonsolidierung der Rhineland Funding Capital Corporation (RFCC) in Höhe von 11,5 Mrd. € (Bestand zum 31. März 2007) sowie dem Rückgang der Emissionstätigkeiten.

Verursacht durch die Kapitalmarktkrise, ging Rhinebridge aufgrund von damit verbundenen Verstößen gegen diverse vertragliche Regeln zur Einhaltung von Portfoliorelationen im Oktober 2007 in die Zwangsverwaltung (Receivership). Der Receiver wurde am 22. Oktober 2007 bestellt, der seit-

dem alle Aktivitäten der Rhinebridge steuert. Dies führte seit Oktober 2007 zu Rückzahlungsverzögerungen der fälligen Commercial Paper, die mit einer durchschnittlichen Verzinsung von LIBOR + 7,29 Basispunkten begeben wurden. Das Nominalvolumen der Commercial Paper beträgt zum 31. März 2008 402,0 Mio. US-\$. Rhinebridge wird derzeit unter der Regie des Receivers umstrukturiert.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten berücksichtigen Wertänderungen von -0,8 Mio. € (Vorjahr: -0,1 Mio. €) aus gesicherten Grundgeschäften des Hedge Accounting.

(48) Handelspassiva

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Derivate mit negativem Marktwert	5 345,3	1 164,7	>100,0
Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten	65,6	-	-
Gesamt	5 410,9	1 164,7	>100,0

Der Anstieg der negativen beizulegenden Zeitwerte aus derivativen Finanzinstrumenten resultiert aus Beständen in den Havenrock-Zweckgesellschaften (3,8 Mrd. €).

(49) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Art und die Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richten sich nach den jeweils zugrunde liegenden Versorgungsregelungen (siehe auch Note (19)).

Der Wert der Pensionsverpflichtung wird jährlich durch einen unabhängigen Aktuar mittels des Anwartschafts-

barwertverfahrens ermittelt. Der Unterschied zu den Pensionsrückstellungen resultiert aus dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens. Die Pensionsverpflichtung sowie das Planvermögen für leistungsorientierte Versorgungspläne haben sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2006
Pensionsverpflichtung (Anwartschaftsbarwert)	204,9	218,6	227,4
– Fair Value des Planvermögens	206,5	215,9	
= Über- (+) bzw. Unterdeckung (–)	1,6	–2,7	–227,4
davon als Vermögenswert aktiviert	5,1	0,0	
davon als Verpflichtung passiviert	3,5	2,7	227,4

Der Anwartschaftsbarwert der Pensionsverpflichtungen zum 31. März 2008 beträgt 204,9 Mio. € (Vorjahr: 218,6 Mio. €). Die Pensionsverpflichtungen sind am Bilanzstichtag insgesamt mehr als vollständig durch die Vermögenswerte im CTA gedeckt. Gemäß IAS 19 reduziert sich der Ausweis der Pensionsrückstellung auf die nicht durch entsprechende Vermögenswerte gedeckten Pensionsverpflichtungen. Diese belaufen sich zum 31. März 2008 auf 3,5 Mio. € und entsprechen den Pensionsverpflichtungen der IKB International S.A. und den Verpflichtungen nach der Versorgungsordnung 2006, den Vorruhestandsverpflichtungen sowie dem Wertkontenplan.

Den Verpflichtungen aus dem Wertkontenplan in Höhe von 1,1 Mio. € steht ein Fondsinvestment in Höhe von 1,0 Mio. € gegenüber. Im November 2007 des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden auch diese Vermögenswerte auf das CTA übertragen. Wertentwicklungen und daraus resultierende Effekte auf die Gewinn- und Verlustrechnung bis zum 31. März 2008 sind infolgedessen von untergeordneter Bedeutung.

Die Pensionsverpflichtungen haben sich in den beiden abgelaufenen Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2007/08	2006/07
Anfangsbestand der Pensionsverpflichtungen zum 1.4. des Geschäftsjahres	218,6	227,4
Pensionszahlungen	9,9	8,4
Beitragszahlungen der Arbeitnehmer	0,8	0,0
Zuführungen	19,6	19,9
davon laufender Dienstzeitaufwand	9,5	10,4
davon Zinsaufwand	10,1	9,5
–/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	–24,2	–20,3
Endbestand der Pensionsverpflichtungen zum 31.3. des Geschäftsjahres	204,9	218,6
Planvermögen gemäß IAS 19	206,5	215,9
Bilanzielle Nettosition zum 31.3. des Geschäftsjahres	1,6	–2,7

Die Pensionsverpflichtungen weisen am 31. März 2008 einen Gesamtwert in Höhe von 204,9 Mio. € auf (Vorjahr: 218,6 Mio. €). Der Rückgang der Pensionsverpflichtung im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf versicherungsmathematischen Gewinnen mit 24,2 Mio. € (Vorjahr: 20,3 Mio. €), die mit Verlusten in Höhe von 7,4 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €) auf Bestandsänderungen und mit Gewinnen in Höhe von 31,6 Mio. € (Vorjahr: 21,9 Mio. €) auf Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen entfallen. Als hauptmaßgeblicher Verursachungsfaktor für die versicherungsmathematischen Gewinne ist vor allem der um 100 Basispunkte

gestiegene Diskontsatz zu nennen. Die im Geschäftsjahr vorliegenden versicherungsmathematischen Gewinne belaufen sich am Bilanzstichtag insgesamt auf 2,7 Mio. €. Sie wurden als Bestandteil der Gesamtverpflichtungen erfolgsneutral über das Eigenkapital erfasst. Daneben haben sich geringfügige Änderungen in den Fluktuationsraten ergeben.

Die Entwicklung der erfolgsneutral erfassten versicherungsmathematischen Gewinne / Verluste stellt sich für die abgelaufenen Geschäftsjahre wie folgt dar:

in Mio. €	Pensionsverpflichtungen	Planvermögen	Summe
kumulierte im SORIE erfasste Gewinne/Verluste zum 31.3.2005	16,6	0,0	16,6
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	19,0	0,0	19,0
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	14,0	0,0	14,0
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	5,0	0,0	5,0
kumulierte im SORIE erfasste Gewinne/Verluste zum 31.3.2006	35,6	0,0	35,6
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-20,3	0,0	-20,3
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	-21,9	0,0	-21,9
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	1,6	0,0	1,6
kumulierte im SORIE erfasste Gewinne/Verluste zum 31.3.2007	15,3	0,0	15,3
-/+ versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-24,2	21,5	-2,7
davon Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter und Rechnungsgrundlagen	-31,6	0,0	-31,6
davon Anpassungen aufgrund von Bestandsänderungen	7,4	0,0	7,4
kumulierte im SORIE erfasste Gewinne/Verluste zum 31.3.2008	-8,9	21,5	12,6

Das den Verpflichtungen gegenüberstehende Planvermögen hat sich in den beiden abgelaufenen Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

in Mio. €	2007/08	2006/07
Anfangsbestand des Planvermögens zum 1.4. des Geschäftsjahres	215,9	0,0
erwarteter Ertrag des Planvermögens	11,0	0,0
+/- versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-21,5	0,0
Beitragszuführung der IKB	0,3	215,9
Beitragszahlungen der Arbeitnehmer	0,8	0,0
Pensionszahlungen	0,0	0,0
Endbestand des Planvermögens zum 31.3. des Geschäftsjahres	206,5	215,9

Das Planvermögen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007/08 einen Verlust in Höhe von 10,5 Mio. € verursacht. Zum 31. März 2008 und 31. März 2007 setzte sich das Planvermögen wie folgt zusammen:

in %	31.3.2008	31.3.2007
Liquide Mittel	8,7	100,0
Aktien	21,9	–
Festverzinsliche Wertpapiere	66,5	–
Immobilien	2,4	–
Sonstige	0,4	–

Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden den Berechnungen zugrunde gelegt:

	31.3.2008	31.3.2007
Zinssatz für die Abzinsung	5,75	4,75
Erwartete Steigerung der ruhegehaltstfähigen Bezüge	3,0	3,0
Erwartete Rentensteigerung (inklusive Inflationsrate)	1,5	1,5
Fluktuationsrate (differenziert nach Altersgruppen)	1,0–6,5	1,0–5,5
Erwartete Rendite des Planvermögens	5,25	5,25

Der erwartete Vermögensertrag aus dem Planvermögen für das kommende Geschäftsjahr basiert auf der Zielallokation und den langfristig erwarteten Vermögensrenditen je Anlageklasse. Bei den Performanceannahmen handelt es sich nicht um eine historische Betrachtung, sondern um eine Prognose auf der Basis eines Kapitalmarktmodells, bei dem die Entwicklung einer Vielzahl von Anlageklassen in die Zukunft über Simulationsmodelle fortgeschrieben wird.

Die zu erwartenden Beiträge an das Planvermögen orientieren sich an der zukünftigen Veränderung des Anwartschaftsbarwertes der Pensionsverpflichtungen. Grundsätzlich wird (weiterhin) eine vollständige Deckung der Verpflichtungen durch das Planvermögen angestrebt.

Für das Geschäftsjahr 2008/09 wird keine Einstellung in das Planvermögen erwartet. Die erwarteten Pensionszahlungen haben eine Höhe von 10,4 Mio. €.

(50) Sonstige Rückstellungen

in Mio. €	Anfangsbestand zum 31.3.2007	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	Umgliederung	Fremdwährungskursänderung	Endbestand zum 31.3.2008	Veränderung in %
Risiken aus dem Kreditgeschäft	28,2	4,5	33,2	32,8	–	–	23,3	–17,4
Rückstellungen für Zinsen auf Steuern	14,5	2,4	–	–	–	–	12,1	–16,6
Jubiläumsrückstellungen	4,7	0,4	–	–	–	–	4,3	–8,5
Steuerrückstellungen ohne Ertragsteuern	1,3	–	–	1,8	–	–	3,1	>100,0
Prozesse und Regresse	0,3	0,1	0,1	18,0	–	–	18,1	>100,0
Sonstige	8,3	2,0	0,7	13,7	–	–	19,3	>100,0
Gesamt	57,3	9,4	34,0	66,3	–	–	80,2	40,0

Die Jubiläumsrückstellungen wurden analog der Pensionsverpflichtungen mittels versicherungsmathematischer Gutachten von unabhängigen Aktuaren – in Höhe des in Note (49) angegebenen Zinssatzes – ermittelt.

Unter den Risiken aus dem Kreditgeschäft wird die Vorsorge auf Risiken außerbilanzieller Posten wie beispielsweise Bürgschaften subsumiert.

Im Zeitpunkt des Abschlusses lagen uns keine Informationen vor, die auf eine zeitliche Kumulation der Inanspruchnahmen hindeuteten.

(51) Laufende Ertragsteuerverpflichtungen

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen verteilen sich wie folgt:

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Inland	87,3	78,4	11,4
Ausland	0,8	0,8	0,0
Gesamt	88,1	79,2	11,2

(52) Latente Ertragsteuerverpflichtungen

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kunden/Risikovorsorge im Kreditgeschäft	185,2	231,7	-20,1
Handelsaktiva	118,0	143,8	-17,9
Finanzanlagen	51,6	51,0	1,2
Sachanlagen	2,7	0,4	>100,0
Verbindlichkeiten	326,8	51,1	>100,0
Handelspassiva	22,8	39,8	-42,7
Pensionsrückstellungen	6,5	6,5	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	10,9	42,9	-74,6
Nachrangkapital	199,8	24,6	>100,0
Übrige Bilanzposten	148,8	11,2	>100,0
Zwischensumme	1 073,1	603,0	78,0
Saldierung mit aktiven Latenten Steuern	-923,9	-586,3	57,6
Gesamt	149,2	16,7	>100,0

Die Latenten Steueransprüche und die Latenten Steuerschulden wurden gemäß IAS 12 saldiert.

Der starke Anstieg der Latenten Ertragsteuerverpflichtungen bei den Verbindlichkeiten und dem Nachrangkapital ist auf die aus der derzeitigen Situation der Bank resultierenden Abwertungen aufgrund von Marktbewertungen dieser Positionen zurückzuführen.

(53) Sonstige Passiva

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	123,1	107,2	14,8
Rechnungsabgrenzungsposten	13,9	12,2	13,9
Übrige Verbindlichkeiten	26,4	53,3	-50,5
Gesamt	163,4	172,7	-5,4

(54) Nachrangkapital

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. € geändert	Veränderung in %
Nachrangige Verbindlichkeiten	1 228,5	1 466,3	-16,2
Genussrechtskapital	187,5	625,7	-70,0
Stille Einlagen/Preferred Shares	363,7	1 016,0	-64,2
Gesamt	1 779,7	3 108,0	-42,7

Neben den Nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Nachrangkapital der IKB Genussrechtsverbindlichkeiten, Stille Beteiligungen und Vorzugsaktien der Kategorie Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten enthalten, bei denen die Regelungen des IAS 39 AG8 zu beachten sind. Diese Geschäfte werden zu jedem Bilanzstichtag mit ihrem Barwert bilanziert. Dieser resultiert aus einer Neueinschätzung des zugrunde liegenden Zins- und Tilgungs-Cash-Flow, diskontiert mit der Ursprungsrendite des Instruments

(Effektivzins am Emissionstag). Die Prognose der zukünftig für diese Instrumente zu leistenden Zins- und Tilgungszahlungen basiert auf dem geplanten Jahresüberschuss der nächsten Jahre. Die Buchwertänderungen in Höhe von 286 Mio. € sind auf das Genussrechtskapital und die Stillen Einlagen/Preferred Shares zurückzuführen. Eventuelle Verlustteilnahmen oder Aussetzungen von Zinszahlungen sind damit im Barwert enthalten. Der Buchwertgewinn ist im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Von den Nachrangigen Verbindlichkeiten sind 235,0 Mio. € (Vorjahr: 350,0 Mio. €) vor Ablauf von zwei Jahren fällig. Drittrangmittel im Sinne des § 10 KWG bestehen in Höhe von 45,0 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €).

Zum 31. März 2008 bestanden die folgenden wesentlichen Nachrangigen Verbindlichkeiten (> 100,0 Mio. €):

Laufzeitbeginn	Nominalbetrag in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2000/2001	150,0	EUR	6,00	27.2.2009
2003/2004	310,0	EUR	4,50	9.7.2013
2006/2007	160,0	EUR	4,64	23.1.2017

Die Zinsaufwendungen für die Nachrangigen Verbindlichkeiten betragen im Geschäftsjahr 2007/08 74,6 Mio. € (Vorjahr: 62,9 Mio. €).

Genussrechtskapital

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Gesamt	187,5	625,7	-70,0
darunter: Voraussetzungen des § 10 KWG	140,9	508,6	-72,3
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	45,4	81,8	-44,5

Das Genussrechtskapital setzt sich wie folgt zusammen:

Emissionsjahr	Nominalbetrag in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
1997/1998	102,3	DM	7,05	31.3.2009
1999/2000	20,0	EUR	7,23	31.3.2010
2001/2002	100,0	EUR	6,50	31.3.2012
2001/2002	74,5	EUR	6,55	31.3.2012
2004/2005	30,0	EUR	4,50	31.3.2015
2005/2006	150,0	EUR	3,86	31.3.2015
2006/2007	50,0	EUR	4,70	31.3.2017
2007/2008	70,0	EUR	5,63	31.3.2017

Im Geschäftsjahr 2007/08 sind Zinsen auf das Genussrechtskapital in Höhe von 2,3 Mio. € (Vorjahr: 37,3 Mio. €) im Zinsaufwand erfasst worden. Aufgrund des Jahresfehlbetrages bzw. Bilanzverlustes werden für das Geschäftsjahr 2007/08 keine Zinsen gezahlt.

Stille Einlagen/Preferred Shares

Der Buchwert der Stillen Einlagen beträgt zum 31. März 2008 363,7 Mio. € (Vorjahr: 1.016,0 Mio. €). Darin enthalten sind Preferred Shares mit einem Buchwert nach Verlustteilnahme von 208,5 Mio. € (Vorjahr: 433,4 Mio. €), die durch zwei eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaften in den USA begeben wurden.

Die Stillen Einlagen werden nach § 10 KWG dem aufsichtsrechtlichen Eigenkapital zugeordnet. Nach IFRS gelten sie als Fremdkapital.

Aus der Neubewertung (IAS 39 AG8) ergibt sich ein Ertrag in Höhe von 131,9 Mio. €, der im Sonstigen betrieblichen Ergebnis (Note (30)) ausgewiesen wird.

Der Zinsaufwand für die Stillen Einlagen/Preferred Shares beträgt im Konzern 40,9 Mio. € (Vorjahr: 61,5 Mio. €). Wegen der Verlustteilnahme siehe Note (21).

Aus der Neubewertung (IAS 39 AG8) ergibt sich ein Ertrag in Höhe von 154,1 Mio. €, der im Sonstigen betrieblichen Ergebnis (Note (30)) ausgewiesen wird.

(55) Eigenkapital

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Gezeichnetes Kapital	247,8	225,3	10,0
Kapitalrücklage	597,8	568,2	5,2
Gewinnrücklagen	333,1	330,6	0,8
Gesetzliche Rücklage	2,4	2,4	–
Andere Gewinnrücklagen	330,7	328,2	0,8
Rücklage aus der Währungsumrechnung	7,0	–15,2	
Neubewertungsrücklage	29,9	88,4	–66,2
Anteile in Fremdbesitz	0,4	0,2	97,3
Konzernbilanzgewinn/-verlust	–32,0	–	–
Gesamt	1 184,0	1 197,5	–1,1

Gezeichnetes Kapital

Am 7. Januar 2008 hat die IKB eine Wandelschuldverschreibung in Höhe von 54,3 Mio. € mit Wandlungspflicht begeben, die unter Ausschluss des Bezugsrechts von der KfW Bankengruppe übernommen worden ist. Die Wandelschuldverschreibung war in Aktien der Gesellschaft von bis zu 10 % ihres Grundkapitals wandelbar. Die Bedingungen der Wandelschuldverschreibung sahen unter bestimmten Voraussetzungen eine vorzeitige Wandlungspflicht vor. Nachdem diese Voraussetzungen eingetreten waren, ist die Schuldverschreibung gewandelt worden und am 28. Februar 2008 Aktien aus bedingtem Kapital im Nennwert von 22.514.332,16 € an die KfW Bankengruppe ausgegeben worden. Nach Durchführung der Wandlung beträgt das Gezeichnete Kapital (Grundkapital) der IKB 247.794.332,16 € (vorher: 225.280.000 €), eingeteilt in 96.794.661 (vorher: 88.000.000) nennwertlose Stückaktien.

Der Vorstand wurde auf der Hauptversammlung vom 27. März 2008 ermächtigt, bis zum Ablauf des 26. Septembers 2009 zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu

diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht überschreiten. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der IKB befinden oder ihr zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen.

Im Geschäftsjahr 2007/08 hat die IKB insgesamt 648.505 Stück eigene Aktien gekauft. Der durchschnittliche Einstandspreis betrug 20,58 € pro Stückaktie. Die Veräußerung im gleichen Umfang erfolgte zum durchschnittlichen Verkaufspreis von 17,21 €. Die Verluste hieraus sind in Höhe von 2,2 Mio. € in der Kapitalrücklage enthalten. Der höchste Tagesbestand an eigenen Aktien belief sich auf 0,14 % des Grundkapitals. Die mit der IKB AG verbundenen Unternehmen tätigten keine Käufe und Verkäufe von IKB-Aktien. Am Bilanzstichtag befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand der Bank.

Im Berichtsjahr wurden keine Belegschaftsaktien ausgegeben.

Eigenkapitalentwicklung

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Rücklage aus der Währungsumrechnung	Neubewertungsrücklage	Anteile in Fremdbesitz	Konzernbilanzgewinn/-verlust	Gesamt
Eigenkapital 1.4.2006 nach Änderungen	225,3	568,2	273,0	-7,5	159,1	0,2	74,8	1 293,1
IAS-8-Änderungen			6,9					6,9
Ausgabe/Rückgabe von Anteilen		0,0						0,0
Gezahlte Dividenden							-74,8	-74,8
Änderungen Konsolidierungskreis/Sonstige			1,0					1,0
Jahresüberschuss			37,8			0,1		37,9
Veränderung aus Währungsumrechnung				-7,7				-7,7
Erfolgsneutrale Wertänderung			11,9		-70,7	-0,1		-58,9
Eigenkapital 31.3.2007/1.4.2007	225,3	568,2	330,6	-15,2	88,4	0,2	-	1 197,5
Pflichtwandelanleihe	22,5	31,8						54,3
Ausgabe/Rückgabe von Anteilen		-2,2						-2,2
Gezahlte Dividenden								0,0
Änderungen Konsolidierungskreis/Sonstige			2,1					2,1
Jahresüberschuss							-32,0	-32,0
Veränderung aus Währungsumrechnung				22,2				22,2
Erfolgsneutrale Wertänderung			0,4		-58,5	0,2		-57,9
Eigenkapital 31.3.2008	247,8	597,8	333,1	7,0	29,9	0,4	-32,0	1 184,0

Neubewertungsrücklage

in Mio. €	2007/08	2006/07	Veränderung in %
Anfangsbestand zum 1.4.	88,4	159,1	-44,4
Nicht realisiertes Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen	-20,2	-32,6	-38,0
Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung wegen zur Veräußerung verfügbaren Finanzanlagen	-33,7	-6,4	>100,0
In die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellte Wertänderungen aus aufgelösten Sicherungsbeziehungen gemäß IFRS 1	-74,8	-74,8	-
Latente Steuern auf erfolgsneutrale Veränderungen	70,2	43,1	62,9
Endbestand zum 31.3.	29,9	88,4	-66,2

Die Neubewertungsrücklage beinhaltet gemäß IFRS 1 eine Cash-Flow-Hedge-Rücklage aus dem Übergang der Rechnungslegung von HGB auf IFRS in Höhe von 37,4 Mio. € (Vorjahr: 112,2 Mio. €).

Bedingtes Kapital/Genehmigtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. September 2004 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 8. September 2009 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 300 Mio. € zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- und Optionsrechte auf Aktien der IKB mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 22.528.000 € zu gewähren. Diese Ermächtigung sowie das dazugehörige bedingte Kapital sind – wie zuvor beschrieben – ausgenutzt worden. Danach besteht die Ermächtigung noch in Höhe von bis zu 245.700.000 € nebst dazugehörigem bedingtem Kapital in Höhe von bis zu 13.667,84 €. Zudem bestand ein bedingtes Kapital von 22,5 Mio. € zur Gewährung von Wandlungs- oder Optionsrechten an die Inhaber von bis zum 30. August 2007 zu gebenden Genussscheinen mit Wandlungs- oder Optionsrechten.

Barkapitalerhöhung

Im Rahmen der finanziellen Restrukturierung der IKB wurde auf der Hauptversammlung vom 27. März 2008 eine Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen beschlossen. Die Kapitalerhöhung stellt einen wesentlichen Baustein eines tragfähigen Zukunftskonzeptes für die Gesellschaft dar.

Das Grundkapital der Gesellschaft wird von 247.794.332,16 € um bis zu 1.486.765.992,96 € auf bis zu 1.734.560.325,12 € durch Ausgabe von bis zu 580.767.966 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien (jeweils mit einem rechnerischen anteiligen Betrag am Grundkapital von 2,56 €) gegen Bareinlagen erhöht. Die neuen Aktien sind von Beginn des bei Eintragung der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister laufenden Geschäftsjahres an gewinnberechtigt. Die neuen Aktien werden den Aktionären mit einem Bezugsverhältnis von 1 zu 6 zum Bezug angeboten.

Bankaufsichtsrechtliche Kennzahlen

Der Kapitalsteuerungsprozess im IKB Konzern knüpft an die für deutsche Institute und Institutsgruppen geltenden Vorschriften der §§ 10 bzw. 10a KWG an. Danach sind in der Institutsgruppe ausreichende regulatorische Eigenmittel vorzuhalten. Konkret sind die gewichteten Risikoaktiva mit mindestens 8 % Eigenmitteln zu unterlegen (Solvabilitätskennziffer). Für die Unterlegung der gewichteten Risikoaktiva mit Kernkapital ist eine Mindestquote von 4 % einzuhalten (Kernkapitalquote). Eine Übersicht der Eigenmittelkomponenten der IKB Gruppe findet sich in nachstehender Tabelle:

in Mio. €	31.3.2008	31.3.2007
Anrechnungsbetrag Kreditrisiko	30 269,0	32 747,0
Anrechnungsbetrag Marktpreisrisiko	795,0	750,0
Anrechnungsbetrag Operationelles Risiko	1 330,0	–
Summe der anrechnungspflichtigen Positionen	32 394,0	33 497,0
Kernkapital	1 941,0	2 434,0
Gezeichnetes Kapital	1 265,0	757,0
Sonstige Rücklagen	3 433,0	2 265,0
Anteile in Fremdbesitz	0,0	0,0
Sonstiges	1 146,0	1 570,0
Abzugspositionen	–3 903,0	–2 158,0
Ergänzungskapital	1 191,0	1 726,0
Nicht realisierte Reserven in Wertpapieren und Immobilien	0,0	0,0
Genussrechtsverbindlichkeiten	248,0	523,0
Weitere langfristige nachrangige Verbindlichkeiten sofern nach BIZ anrechenbar	1 170,0	1 226,0
Sonstiges	–227,0	–23,0
Abzugspositionen	–18,0	–88,0
Zusammengefasstes haftendes Eigenkapital	3 114,0	4 072,0
Drittangemittel	45,0	9,0
Anrechenbare Eigenmittel	3 159,0	4 081,0
Kernkapitalquote	6,0 %	7,1 %
Eigenmittelquote	9,8 %	12,2 %

Die Eigenmittel setzen sich aus dem haftenden Eigenkapital, das wiederum aus Kern- und Ergänzungskapital besteht, sowie den Drittrangmitteln zusammen. Das Kernkapital (Tier I) besteht im Wesentlichen aus dem Gezeichnetem Kapital sowie den Rücklagen (Core bzw. True Tier I) und den als Kernkapital anrechenbaren Hybridmitteln (Hybrid Tier I). Dem Ergänzungskapital (Tier II) sind die Genussrechtsverbindlichkeiten (Upper Tier II) sowie die langfristigen Nachrangverbindlichkeiten (Lower Tier II) zuzurechnen. Unter den Drittrangmitteln sind u.a. kurzfristige Nachrangverbindlichkeiten bzw. die Nachrangverbindlichkeiten, die aufgrund der Begrenzungsnorm bei 50 % des Kernkapitals gekappt wurden, auszuweisen.

Die Berechnung der Angemessenheit der Eigenmittel wurde von der IKB unter Ausnutzung der im § 339 Abs. 9 Solvabilitätsverordnung (SolvV) vorgesehenen Übergangsregelung bis zum 31. Dezember 2007 nach den Regelungen des alten Grundsatz I durchgeführt. Seit dem 1. Januar 2008 kommen die mit Basel II eingeführten neuen Regelungen der SolvV zur Anwendung. Die Berechnung der risikogewichteten Aktiva wird dabei nach dem sogenannten Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) vorgenommen. Dabei macht die Bank von dem Wahlrecht des § 64h KWG i. V. m. § 10a Abs. 6 und 7 KWG dahingehend Gebrauch, dass für die Zwecke der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelberechnung weiterhin das Aggregationsverfahren auf der Basis von HGB-Bemessungsgrundlagen zur Anwendung kommt. Die IKB AG ist ein Handelsbuchinstitut und wendet für die operationalen Risiken den Basisindikatoransatz an.

Während aufgrund der Krise im abgelaufenen Geschäftsjahr das primäre Ziel der Kapitalsteuerung in der Sicherstellung der aufsichtsrechtlich notwendigen Mindestquoten lag, liegt das Ziel für das Geschäftsjahr 2008/09 in der Wiederherstellung einer adäquaten Kapitalisierung auf Gesamtbankebene, die einer Wiederherstellung der Kapitalmarktfähigkeit dient. Nach Durchführung der auf der letzten Hauptversammlung beschlossenen Kapitalerhöhung plant die Bank, auf Gruppenebene wieder eine Kernkapitalquote (Tier I Ratio) von deutlich über 6 % und eine Eigenmittelquote (Solvency Ratio) von deutlich über 10 % zu erreichen.

Im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses wird zunächst den Geschäftsfeldern bzw. Segmenten (vgl. Tabelle zur Segmentberichterstattung) regulatorisches Kapital zugewiesen. Die jeweils erwartete Kapitalbelastung ergibt sich aus der Drei-Jahres-Planung der risikogewichteten Aktiva. Die Verzinsungsansprüche an die Geschäftsfelder sind dabei an den Untergrenzen der Zielkapitalstruktur (6 % Tier I Ratio und 10 % Solvency Ratio) orientiert und basieren auf differenzierten Kapitalkostensätzen für die einzelnen Eigenmittelkomponenten True Tier I, Hybrid Tier I, Upper und Lower Tier II. Im Rahmen des monatlichen Performance Reportings werden die Deckungsbeiträge stufenweise bis auf Profit-Center-Ebene heruntergebrochen und dem jeweiligen Kapitalverbrauch gegenübergestellt. Darüber hinaus ist eine Limitierung des Kapitalverbrauchs auf Profit-Center-Ebene in Vorbereitung.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Gemäß IAS 7 wird in der Kapitalflussrechnung die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes in seinen Komponenten operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit analysiert.

Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit

Hierzu gehören Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, aus Wertpapieren des Handelsbestandes und aus anderen Aktiva der operativen Geschäftstätigkeit. Veränderungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus Verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva der operativen Geschäftstätigkeit werden in dieser Position ebenfalls wie die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen aufgeführt.

Daneben werden auch alle übrigen Zahlungsströme, die nicht unter dem Cash-Flow aus Investitionstätigkeit oder dem Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden, unter dem Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit abgebildet.

Cash-Flow aus Investitionstätigkeit

Der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit berücksichtigt Ein- und Auszahlungen für Erwerbe und Veräußerungen im Beteiligungs- und Wertpapierbestand sowie Sachanlagen. Zudem werden hier Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises gezeigt.

Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit

Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit enthält Zahlungsströme aus Kapitalerhöhungen, ausgeschütteten Dividenden und Nachrangkapital sowie Veränderungen von Rücklagen und Anteilen.

Der Zahlungsmittelbestand setzt sich in der Berichtsperiode im Wesentlichen aus Guthaben bei Zentralnotenbanken zusammen.

Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

(56) Segmentberichterstattung

Grundlage der Segmentberichterstattung ist die interne, steuerungsorientierte Geschäftsfeldrechnung, die Teil des Management-Information-Systems der IKB ist. Die Darstellung des primären Berichtsformates erfolgt auf Basis der internen Organisationsstruktur und der jeweiligen Managementverantwortlichkeit. Die Segmentberichterstattung wird gemäß den Vorschriften des IAS 14 erstellt.

Die Segmentberichterstattung im primären Berichtsformat ist nach den Geschäftsfeldern der Bank ausgerichtet. Methodisch ist die Rechnung so aufgebaut, dass die Geschäftsfelder wie selbstständige Unternehmen mit eigener Ergebnis- und Kostenverantwortung sowie der erforderlichen Eigenkapitalausstattung abgebildet werden.

Die operativen Geschäftsfelder sind:

- Firmenkunden
- Immobilienkunden
- Strukturierte Finanzierung und
- Portfolio Investments

Im Segment **Firmenkunden** weisen wir die Erträge und Aufwendungen aus unserem Marktantritt im Firmenkundengeschäft aus. Dazu gehören neben dem traditionellen Kreditgeschäft mit inländischen Firmenkunden die Aktivitäten in den Bereichen Mobilienleasing, Private Equity und Kapitalmarktprodukte für Kunden (ABS-Verbriefungen, Schuldscheindarlehen und Corporate Bonds).

Dem Segment **Immobilienkunden** sind alle Leistungen unseres Finanzierungs- und Dienstleistungsangebotes rund um die Immobilie zugeordnet. Dazu gehören die klassischen Immobilienfinanzierungen sowie die Aktivitäten unserer Tochtergesellschaften IKB Immobilien Management GmbH und IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG.

Unsere Tätigkeiten im Bereich der Akquisitions- und Projektfinanzierung bei in- und ausländischen Adressen fassen wir im Segment **Strukturierte Finanzierung** zusammen. Hierzu gehört auch die Tochtergesellschaft IKB Capital Corporation, New York.

Das Segment **Verbriefungen** wurde in **Portfolio Investments** umbenannt. Der Name des Segments wurde aufgrund der Reduzierung des Segments auf Investitionen in Verbriefungsprodukte (inkl. der konsolidierten Zweckgesellschaften) angepasst. Darunter fallen auch die Ergebnis- und Volumenkomponenten aus den Zweckgesellschaften Rhineland Funding Capital Corporation, Rhinebridge und Havenrock. Der Ausweis der bisher im Segment Verbriefungen gezeigten Ergebnisse aus der Verbriefung und Ausplatzierung von Kreditrisiken erfolgt jetzt in der Spalte Zentrale/Konsolidierung.

In der Spalte **Zentrale/Konsolidierung** weisen wir die Ergebnisbestandteile aus, die aus den Dispositionsentscheidungen des Treasury im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung resultieren. Dazu gehören Investments in Anleihen und Schuldscheindarlehen, die nicht im Verantwortungsbereich unserer operativen Geschäftsfelder stehen, sowie die ELAN-Transaktionen. Außerdem weisen wir die Ergebnisse aus den nicht mehr zum strategischen Bestand gehörenden Kreditengagements sowie die aus der Überleitung der Ergebnisse unserer operativen Geschäftsfelder auf die Ergebnisgrößen der externen Rechnungslegung resultierenden Konsolidierungswerte aus.

Den Geschäftsfeldern werden Erträge und Kosten gemäß ihrer Ergebnisverantwortung zugeordnet. Der Zinsüberschuss aus dem Kreditgeschäft wird nach der Marktzinsmethode ermittelt und den Geschäftsfeldern kalkulatorisch zugewiesen. Die Geschäftsfelder werden wie eigenständige, mit eigenem Kapital ausgestattete Unternehmen betrachtet. Die Kapitalzuweisung auf die Geschäftsfelder erfolgt auf Basis der Risikoaktiva (Geschäftsjahr 2007/08 gemäß Basel-II-Standardansatz; Geschäftsjahr 2006/07 gemäß dem aufsichtsrechtlichen Grundsatz I) mit einer gegenüber der bisherigen Darstellungsweise geänderten Eigenkapitalquote von 6,5 % und unter Berücksichtigung der vorhandenen Hybridmittel. Der Zinsüberschuss enthält nun neben dem Anlageertrag aus diesen wirtschaftlichen Eigenmitteln auch den Aufwand für die Hybrid- und Nachrangmittel. Der Zinssatz für die Eigenmittelanlage entspricht dem Zinssatz einer risikofreien Verzinsung auf dem langfristigen Kapitalmarkt. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Der Ausweis der Risikovorsorge in den Segmenten und in der Zentrale entspricht dem Saldo aus den Zuführungen und Auflösungen zu bzw. von Wertberichtigungen für Kreditausfälle und den Eingängen aus abgeschriebenen Forderungen.

Die Personal- und Sachkosten der Zentrale werden, soweit verursachungsgerecht zurechenbar, auf die Geschäftsfelder verrechnet. Projektkosten werden den Geschäftsfeldern zugerechnet, sofern die Projekte in einem unmittelbaren Zusammenhang mit diesen Geschäftsfeldern stehen. Verwaltungsaufwendungen von Projekten und Konzernfunktionen mit aufsichtsrechtlichem Hintergrund werden in der Zentrale/Konsolidierung gezeigt.

Der Segmenterfolg ist durch das Operative Ergebnis des jeweiligen Geschäftsfeldes gekennzeichnet. Darüber hinaus misst die IKB das Ergebnis der Geschäftsfelder anhand der Kennziffern Eigenkapital-Rentabilität und der Kosten-Ertrags-Relation. Die Eigenkapital-Rendite errechnet sich aus dem Verhältnis des Operativen Ergebnisses zum durchschnittlich zugeordneten Eigenkapital. Die Kosten-Ertrags-Relation ermittelt die IKB aus dem Quotienten Verwaltungsaufwendungen zu Erträgen.

Die Refinanzierung des IKB Konzerns erfolgt durch ein zentrales Treasury. Insofern erfolgt keine direkte Zuordnung von Verbindlichkeiten auf die Segmente. Auf eine rechnerische Verteilung der Verbindlichkeiten wird nach IAS 14.20 verzichtet.

Segmentberichterstattung (primäres Berichtsformat)

in Mio. €	Firmenkunden		Immobilienkunden		Strukturierte Finanzierung		Portfolio Investments		Zentrale/Konsolidierung		Gesamt	
	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07
Zinsüberschuss	232,5	234,7	62,0	67,3	124,9	152,2	103,2	153,2	-72,7	65,7	449,9	673,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	66,0	37,5	23,0	15,4	63,4	35,4	0,0	0,0	102,8	151,4	255,2	239,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	166,5	197,2	39,0	51,9	61,5	116,8	103,2	153,2	-175,5	-85,7	194,7	433,4
Provisionsüberschuss	6,7	12,9	7,7	8,0	35,8	36,1	5,9	0,6	-1,4	-5,6	54,7	52,0
Fair-Value-Ergebnis	-8,1	23,2	3,5	3,4	2,0	1,9	-3 241,2	-92,3	1 418,4	26,0	-1 825,4	-37,8
Ergebnis aus Finanzanlagen	-6,0	2,4	0,8	0,0	-33,7	0,0	-904,1	-18,9	-36,9	4,1	-979,9	-12,4
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	0,5	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0	1,7	1,7
Verwaltungsaufwendungen	140,7	149,9	41,9	41,5	69,2	65,8	43,2	26,9	81,5	32,1	376,5	316,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	2,3	5,3	1,8	1,4	0,4	1,6	-0,3	-4,4	658,0	-10,1	662,2	-6,2
Ergebnis aus Risikoübernahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2 401,0	0,0	0,0	0,0	2 401,0	0,0
Operatives Ergebnis	21,2	92,8	10,9	23,2	-3,2	90,6	-1 678,7	11,3	1 782,3	-103,4	132,5	114,5
Kosten-Ertrags-Relation in %	61,7	53,5	55,3	51,8	53,5	34,3	<0	70,4	-	-	49,3	47,2
Eigenkapitalrendite in %	3,1	14,4	5,1	11,4	<0	26,1	<0	4,0	-	-	11,1	9,4
Durchschnittlich zugeordnetes Eigenkapital	677	644	213	204	370	347	185	282	-254	-259	1 191	1 218
Kreditvolumen	16 741	16 065	4 886	4 889	7 551	7 870	4 366	18 260	4 098	4 114	37 642	51 198
Neugeschäftsvolumen	4 630	4 577	1 412	1 299	3 804	5 270	283	1 168	1 664	498	11 793	12 812

Das sekundäre Berichtsformat wird gemäß der geografischen Verteilung nach dem jeweiligen Sitz unserer Betriebsstätten oder Konzernunternehmen erstellt.

Segmentberichterstattung (sekundäres Berichtsformat)

in Mio. €	Deutschland		Übriges Europa		Amerika		Zentrale/Konsolidierung		Gesamt	
	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07	2007/08	2006/07
Zinsüberschuss	305,7	352,6	181,2	181,6	35,8	73,2	-72,8	65,7	449,9	673,1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	97,7	65,9	49,6	22,4	5,1	0,0	102,8	151,4	255,2	239,7
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	208,0	286,7	131,6	159,2	30,7	73,2	-175,6	-85,7	194,7	433,4
Provisionsüberschuss	54,1	111,0	18,7	0,6	-16,7	-54,0	-1,4	-5,6	54,7	52,0
Fair-Value-Ergebnis	-1 388,2	-53,8	-1 189,7	53,7	-614,2	-63,7	1 366,7	26,0	-1 825,4	-37,8
Ergebnis aus Finanzanlagen	-322,7	-16,7	-609,3	0,2	-11,0	0,0	-36,9	4,1	-979,9	-12,4
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	0,5	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0	1,7	1,7
Verwaltungsaufwendungen	231,4	238,5	57,6	40,6	6,0	5,0	81,5	32,1	376,5	316,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	1,3	3,5	3,9	4,5	-1,0	-4,1	658,0	-10,1	662,2	-6,2
Ergebnis aus Risikoübernahme	619,9	0,0	1 233,9	0,0	547,2	0,0	0,0	0,0	2 401,0	0,0
Operatives Ergebnis	-1 058,5	93,9	-468,5	177,6	-71,0	-53,6	1 730,5	-103,4	132,5	114,5
Kosten-Ertrags-Relation in %	<0	59,9	<0	16,9	<0	<0	-	-	49,3	47,2
Kreditvolumen	23 046	23 491	9 585	10 992	913	12 601	4 098	4 114	37 642	51 198

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(57) Ergebnis nach Haltekategorien und Überleitung zur Gewinn- und Verlustrechnung

	IAS 39 – Kategorie					Forderungen aus Finanz- ierungs- leasing	Außer- bilanzielles Geschäft	Ergebnis aus Finanz- instrumenten nach IFRS 7 Gesamt	Übriges Ergebnis außerhalb Anwendungs- bereich IFRS 7	Gesamt
	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value- Option	Other Financial Liabilities					
31.3.2008 in Mio. €										
Zinsüberschuss	2 366,7	83,3	46,6	-173,6	-1 997,1	112,1	0,0	438,0	11,9	449,9
Zinserträge	2 366,7	83,3	363,1	340,6	–	210,5	0,0	3 364,2	62,4	3 426,6
Zinsaufwendungen	–	–	316,5	514,2	1 997,1	98,4	0,0	2 926,2	50,5	2 976,7
Provisionsüberschuss	45,0	0,0	0,0	-1,0	0,0	-1,5	0,0	42,5	12,2	54,7
Provisionserträge	54,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	54,8	12,2	67,0
Provisionsaufwendungen	9,8	0,0	0,0	1,0	0,0	1,5	0,0	12,3	0,0	12,3
Nettogewinne/-verluste	-1 277,5	44,1	-668,8	-1 156,6	666,2	-1,3	0,0	7,1	-4,4	2,7
Fair-Value-Ergebnis	–	–	-668,8	-1 156,6	–	–	–	-1 825,4	–	-1 825,4
Ergebnis aus Finanzanlagen	-1 024,0	44,1	–	–	–	–	–	-979,9	–	-979,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	253,5	–	–	–	–	1,3	0,0	254,8	0,4	255,2
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–	–	–	0,0	666,2	–	–	666,2	-4,0	662,2
Ergebnis aus Risikoübernahme	–	–	–	–	–	–	–	2 401,0	–	2 401,0
Gesamt	1 134,2	127,4	-622,2	-1 331,2	-1 330,9	109,3	0,0	487,6	19,7	507,3

31.3.2007 in Mio. €	IAS 39 – Kategorie					Forderungen aus Finanzierungsleasing	Außerbilanzielles Geschäft	Ergebnis aus Finanzinstrumenten nach IFRS 7 Gesamt	Übriges Ergebnis außerhalb Anwendungsbereich IFRS 7	Gesamt
	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value-Option	Other Financial Liabilities					
Zinsüberschuss	2 579,4	86,0	101,9	-181,1	-2 005,8	91,3	0,0	671,7	1,4	673,1
Zinserträge	2 579,4	86,0	765,1	172,0	–	165,1	0,0	3 767,6	64,0	3 831,6
Zinsaufwendungen	–	–	663,2	353,1	2 005,8	73,8	0,0	3 095,9	62,6	3 158,5
Provisionsüberschuss	49,0	0,0	-3,9	-1,5	-0,1	0,0	-0,2	43,3	8,7	52,0
Provisionserträge	56,5	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	1,3	57,9	8,7	66,6
Provisionsaufwendungen	7,5	0,0	4,0	1,5	0,1	0,0	1,5	14,6	0,0	14,6
Nettogewinne/-verluste	-252,4	6,8	65,8	-103,6	0,0	1,0	0,0	-282,4	-13,7	-296,1
Fair-Value-Ergebnis	–	–	65,8	-103,6	–	–	–	-37,8	–	-37,8
Ergebnis aus Finanzanlagen	-19,2	6,8	–	–	–	–	–	-12,4	–	-12,4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	233,2	–	–	–	–	-1,0	–	232,2	7,5	239,7
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–	–	–	0,0	0,0	–	–	0,0	-6,2	-6,2
Ergebnis aus Risikoübernahme	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	2 376,0	92,8	163,8	-286,2	-2 005,9	92,3	-0,2	432,6	-3,6	429,0

In der Überleitung zur Gewinn- und Verlustrechnung sind Erträge und Aufwendungen enthalten, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen.

Das in den Nettogewinnen und -verlusten ausgewiesene Ergebnis aus Finanzanlagen umfasst Erträge und Verluste aus dem Abgang sowie der Bewertung von Finanzanlagen. Das Fair-Value-Ergebnis beinhaltet neben Abgangs- und Bewertungserfolg zusätzlich das Zinsergebnis von Grund- und Sicherungsgeschäften in Höhe von -16,9 Mio. €. Im Sonstigen betrieblichen Ergebnis werden Erträge und Auf-

wendungen, die aus dem Rückkauf eigener Emissionen entstanden sind, ausgewiesen. Das Zins- und Dividenden-ergebnis ist, mit Ausnahme des Hedge-Accounting-Zins-ergebnisses, nicht in den Nettogewinnen und -verlusten enthalten, sondern wird für sämtliche IAS-39-Haltekategorien im Zinsergebnis ausgewiesen.

Das im Geschäftsjahr aus der Risikoübernahme der KfW Bankengruppe vereinnahmte Ergebnis wird innerhalb der Nettogewinne als gesonderte Position ausgewiesen.

(58) Klasseneinteilung von Finanzinstrumenten nach IFRS 7

Die folgende Tabelle enthält die Buchwerte der Finanzinstrumente (vor Abzug der Risikovorsorge) nach IFRS-7-Berichtsklassen:

IFRS-7-Berichtsklassen für Finanzinstrumente	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €
Aktiva		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Held for Trading	3 604,0	2 208,5
Handelsaktiva	3 604,0	2 208,5
Fair-Value-Option	4 803,4	16 040,8
Forderungen an Kreditinstitute	88,8	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0
Finanzanlagen	4 714,6	16 040,8
Forderungen KfW Bankengruppe	1 829,7	–
Sonstige Aktiva	1 829,7	–
Derivate in Sicherungsbeziehungen		
Handelsaktiva	33,7	0,0
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Available for Sale	1 709,1	2 106,1
Finanzanlagen	1 709,1	2 106,1
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		
Loans and Receivables	36 208,7	41 700,2
Forderungen an Kreditinstitute	2 761,5	4 441,9
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)	27 026,4	28 146,6
Finanzanlagen	6 420,8	9 111,7
Forderungen aus Finanzierungsleasing		
Forderungen an Kunden	1 842,5	1 538,4
Sonstige Finanzinstrumente, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen		
Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	14,7	13,3
Gesamt	50 045,8	63 607,3
Passiva		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert		
Held for Trading	5 345,3	1 164,7
Handelspassiva	5 345,3	1 164,7
Fair-Value-Option	5 349,6	7 839,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	647,1	660,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 222,9	1 872,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 760,1	3 652,8
Nachrangkapital	719,5	1 653,9
Derivate in Sicherungsbeziehungen		
Handelspassiva	65,6	0,0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert		
Other Financial Liabilities	37 815,7	53 014,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16 802,2	13 251,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 528,6	2 405,4
Verbriefte Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)	15 424,7	35 902,7
Nachrangkapital	1 060,2	1 454,1
Gesamt	48 576,2	62 018,5
Außerbilanzielles Geschäft		
Eventualverbindlichkeiten	1 482,5	1 012,5
Andere Verpflichtungen	4 436,0	5 776,8
Gesamt	5 918,5	6 789,3

(59) Beizulegende Zeitwerte von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Der beizulegende Zeitwert eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit ist gemäß IAS 32 der Betrag, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Vertragspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden könnte.

Bei Finanzinstrumenten, für die ein aktiver Markt existiert, ergibt sich der beizulegende Zeitwert aus dem Börsen- oder Marktpreis am Bilanzstichtag. Liegen keine Preisnotierungen vor, wird der beizulegende Zeitwert auf Basis eines Vergleichs mit ähnlichen Markttransaktionen ermittelt. Sofern kein Vergleich mit ähnlichen Markttransaktionen möglich ist, werden geeignete Bewertungsmodelle (u.a. Discounted-Cash-Flow-Methode und Optionspreismodelle) zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes verwendet. Die Discounted-Cash-Flow-Methode beruht dabei auf zukünftigen Zahlungsströmen und entsprechenden Abzinsungsfaktoren. In die Bewertungsmodelle gehen Parameter wie Zinsstrukturkurven, Spreadkurven und Volatilitätsfaktoren ein, die von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet werden. Die errechneten beizulegenden Zeitwerte werden – den Marktusancen folgend – um die Stückzinsen bereinigt.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden erfolgt grundsätzlich auf Basis der Discounted-Cash-Flow-Methode. Dabei wird je Kredit ein risikoadäquater Credit Spread zugrunde gelegt. Die Diskontierung wird über die laufzeitdifferenzierten Swapsätze zuzüglich des risikoadäquaten Credit Spreads vorgenommen. Der Swapsatz ergibt sich aus den jeweils zu den Bewertungsstichtagen aktuell geltenden Marktkonditionen. Der Credit Spread des Kredites schwankt entsprechend der Veränderung der gemessenen Standardrisikokosten, die sich aus dem Kunden-Rating, der Besicherungssituation und der Restlaufzeit des Kredites am Bewertungsstichtag ermitteln. Jeweilige Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte gegenüber den Buchwerten können somit zins- und bonitätsgetrieben sein.

Für die Barreserve sowie für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten, bei denen der Buchwert einen hinreichenden Näherungswert des beizulegenden Zeitwerts darstellt, wurde auf dessen separate Ermittlung verzichtet und der aktuelle Buchwert herangezogen.

Die Bewertung von Finanzanlagen und Handelsaktiva bzw. Handelspassiva erfolgt, soweit keine notierten Preise auf aktiven Märkten vorhanden sind, auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle. Dabei wird zur Berücksichtigung der Bid-Mid-Spanne ein vereinfachter einheitlicher Ansatz für alle Derivate und Wertpapiere gewählt, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, soweit nicht bereits die Bid- bzw. Ask-Preise am Einzelgeschäft berücksichtigt werden. Hierbei werden die durchschnittlichen Marktquotierungen für Bid-Preise der aktivischen Wertpapiere zugrunde gelegt.

Die Bewertung der Portfolioinvestments ist in Note (6) dargestellt.

Die beizulegenden Zeitwerte der bilanzierten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden werden grundsätzlich auf Basis der Discounted-Cash-Flow-Methode ermittelt. Die Diskontierung wird über laufzeitdifferenzierte risikolose Swapsätze sowie Marktspreads vorgenommen. Die Verbindlichkeiten der IKB werden über Modelle bepreist, für die ein wesentlicher Einflussfaktor der Marktspread ist. Die kurzfristigen erstrangigen Verbindlichkeiten orientieren sich dabei an den aus dem Rückhandel ersichtlichen Spreads. Für die längerfristigen erstrangigen Verbindlichkeiten sowie nachrangige Emissionen werden CDS-Spreads zugrunde gelegt. Bei Schuldscheindarlehen wird berücksichtigt, dass die Spreads geringer sind als bei den verbrieften Verbindlichkeiten, da der Einlagensicherungsfonds hier in der Regel eine Deckung bietet. Bei erstrangigen Emissionen werden zusätzlich individuelle Spreads berücksichtigt, die strukturelle Unterschiede der Emissionen abbilden. Für die genannten Verfahren wird ein Ask-Abschlag bei den Spreads berücksichtigt. Analog wird bei der Diskontierung der Globaldarlehen vorgegangen.

Für Genussrechte und Tier-I-Emissionen in der Fair-Value-Option werden zunächst am Markt beobachtbare Preise verwendet. Nicht quotierte Geschäfte werden mit den hieraus interpolierten Spreads angesetzt. Für Genussrechte und Tier-I-Geschäfte zu fortgeführten Anschaffungskosten werden die prognostizierten Zins- und Tilgungszahlen mit den jeweiligen Emissionsrenditen abgezinst (zur näheren Erläuterung der Bilanzierung und Bewertung nach IAS 39

AG8 dieser Geschäfte vgl. Note (6) sowie Note (45) *Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten* und Note (54) *Nachrangkapital*).

In der folgenden Tabelle erfolgt eine Gegenüberstellung der beizulegenden Zeitwerte und der entsprechenden Buchwerte.

in Mio. €	Beizulegender Zeitwert		Buchwert		Unterschied	
	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007
Aktiva						
Loans and Receivables	34 426,5	40 167,9	35 432,8	40 710,9	-1 006,3	-543,0
Forderungen an Kreditinstitute	2 767,2	4 441,7	2 761,5	4 441,9	5,7	-0,2
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)*	25 448,7	26 766,0	26 250,5	27 157,3	-801,8	-391,3
Finanzanlagen	6 210,6	8 960,2	6 420,8	9 111,7	-210,2	-151,5
Forderungen aus Finanzierungsleasing	1 839,0	1 536,6	1 840,2	1 536,6	-1,2	0,0
Forderungen an Kunden*	1 839,0	1 536,6	1 840,2	1 536,6	-1,2	0,0
Aktiva nach Risikovorsorge	36 265,5	41 704,5	37 273,0	42 247,5	-1 007,5	-543,0
Passiva						
Other Financial Liabilities	36 392,6	52 820,2	37 815,7	53 014,0	-1 423,1	-193,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16 593,8	13 149,9	16 802,2	13 251,8	-208,4	-101,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 192,0	2 403,2	4 528,6	2 405,4	-336,6	-2,2
Verbriefte Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)	14 778,2	35 831,4	15 424,7	35 902,7	-646,5	-71,3
Nachrangkapital	828,6	1 435,7	1 060,2	1 454,1	-231,6	-18,4
Passiva	36 392,6	52 820,2	37 815,7	53 014,0	-1 423,1	-193,8

¹⁾ Der Buchwert der Position *Forderungen an Kunden* wird abzüglich Einzelwertberichtigungen in Höhe von 778,2 Mio. € (Vorjahr : 991,1 Mio. €) dargestellt.

Es befinden sich Geschäfte im Bestand, bei denen Parameter in die Bewertung einfließen, die nicht am Markt beobachtbar sind. Bei diesen Parametern handelt es sich in der Regel um Korrelationen zwischen Zinssätzen. Diese Korrelationen lassen sich indirekt über historische Zeitreihen

abschätzen, die auch als Basis für die hier verwendeten Grenzparameter der Sensitivitäten herangezogen wurden.

Die bei der Bewertung der Portfolioinvestments verwendeten Parameter sind in Note (6) dargestellt.

	Beizulegender Zeitwert		Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes auf Basis nicht am Marktwert beobachtbarer Parameter			
			Volumen		Im Periodenergebnis erfasste Änderungen des beizulegenden Zeitwertes	
	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007
in Mio. €						
Aktiva						
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert						
Held for Trading	3 604,0	2 208,5	6,5	0,0	-3,0	0,0
Handelsaktiva	3 604,0	2 208,5	6,5	0,0	-3,0	0,0
Fair-Value-Option	4 803,4	16 040,8	347,6	169,5	-0,3	0,4
Forderungen an Kreditinstitute	88,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	4 714,6	16 040,8	347,6	169,5	-0,3	0,4
Forderungen KfW Bankengruppen	1 829,7	-	1 829,7	-	0,0	-
Sonstige Aktiva	1 829,7	-	1 829,7	-	0,0	-
Derivate in Sicherungsbeziehungen						
Handelsaktiva	33,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert						
Available-for-Sale	1 709,1	2 106,1	0,0	14,3	0,0	0,0
Finanzanlagen	1 709,1	2 106,1	0,0	14,3	0,0	0,0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert						
Loans and Receivables	34 426,5	40 167,9	27 803,9	27 414,2	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	2 767,2	4 441,7	2 290,3	856,0	-	-
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)	25 448,7	26 766,0	25 200,0	26 455,5	-	-
Finanzanlagen	6 210,6	8 960,2	313,6	102,7	-	-
Forderungen aus Finanzierungsleasing						
Forderungen an Kunden	1 839,0	1 536,6	1 839,0	1 536,6	-	-
Passiva						
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert						
Held for Trading	5 345,3	1 164,7	0,0	79,9	0,0	0,8
Handelspassiva	5 345,3	1 164,7	0,0	79,9	0,0	0,8
Fair-Value-Option	5 349,6	7 839,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	647,1	660,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 222,9	1 872,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 760,1	3 652,8	0,0	0,0	0,0	0,0
Nachrangkapital	719,5	1 653,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Derivate in Sicherungsbeziehungen						
Handelspassiva	65,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert						
Other-Financial-Liabilities	36 392,6	52 820,2	7 806,1	8 177,5	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16 593,8	13 149,9	7 731,5	8 083,4	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 192,0	2 403,2	74,6	94,1	-	-
Verbriefte Verbindlichkeiten (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)	14 778,2	35 831,4	0,0	0,0	-	-
Nachrangkapital	828,6	1 435,7	0,0	0,0	-	-

Bei den zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Geschäften, deren Ermittlung nicht auf am Markt beobachtbaren Parametern basiert, liegt bei einer Parametervariation im positiven Fall eine kumulierte Unterschätzung des beizulegenden Zeitwertes von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 4,5 Mio. €) vor, im negativen Fall eine kumulierte Überschätzung von 1,3 Mio. € (Vorjahr: 13,5 Mio. €). Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes des unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesenen KfW-Risikoschirms sind zudem Korrelationen eingeflossen, die nicht am Markt beobachtbar sind. Aus der Variation dieser Parameter resultiert im positiven Fall eine Unterschätzung des beizulegenden Zeitwertes in Höhe von 0,9 Mio. €, im negativen Fall eine kumulierte Überschätzung von 4,0 Mio. €.

Es gab keine Geschäfte, bei denen Differenzen zwischen Transaktionspreis und auf Modelbasis ermitteltem beizulegenden Zeitwert aufgetreten sind.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten und dem Rückzahlungsbetrag beläuft sich auf –1.337,3 Mio. € (Vorjahr: –1,7 Mio. €) und resultiert aus folgenden Bilanzpositionen:

in Mio. €	Buchwert		Differenz zwischen Buchwert und Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	
	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	647,1	660,7	–34,9	–1,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 222,9	1 872,4	–776,0	–1,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 760,1	3 652,8	–99,6	–2,0
Nachrangkapital	719,5	1 653,9	–426,8	2,3
Gesamt	5 349,6	7 839,8	–1 337,3	–1,7

(60) Derivative Geschäfte

Die IKB schließt Termingeschäfte ab, die im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken, Kreditrisiken und Währungsrisiken dienen. Ein Handel in diesen Instrumenten wird nur in eingeschränktem Umfang betrieben.

	Nominalbetrag			Beizulegender Zeitwert						
	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. € nach Ände- rungen	Verände- rung in %	Positiv		Negativ		Gesamt		Verände- rung in %
				31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	
Zinsderivate	46 973,8	42 311,4	11,0	301,8	305,7	1 106,9	894,9	-805,1	-589,2	36,6
Restlaufzeit bis 1 Jahr				42,5	134,7	118,7	104,1	-76,2	30,6	>100,0
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				93,5	52,4	179,4	176,6	-85,9	-124,2	-30,8
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				165,8	118,6	808,8	614,2	-643,0	-495,6	29,7
Kreditderivate	9 323,8	10 167,1	-8,3	2 926,5	125,3	4 083,7	124,8	-1 157,2	0,5	>100,0
Restlaufzeit bis 1 Jahr				1,1	1,5	5,4	0,0	-4,3	1,5	>100,0
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				8,1	120,7	242,6	123,0	-234,5	-2,3	>100,0
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				2 917,3	3,1	3 835,7	1,8	-918,4	1,3	>100,0
Währungsderivate	7 551,2	8 200,4	-7,9	307,8	155,0	220,3	145,0	87,5	10,0	>100,0
Restlaufzeit bis 1 Jahr				253,0	113,1	97,3	53,6	155,7	59,5	>100,0
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				46,6	41,7	121,2	70,9	-74,6	-29,2	>100,0
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				8,2	0,2	1,8	20,5	6,4	-20,3	-
Aktienderivate	-	-	-	0,5	0,0	-	0,0	0,5	0,0	
Restlaufzeit bis 1 Jahr				-	-	-	-	-	-	
Restlaufzeit mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre				0,5	-	-	-	0,5	-	
Restlaufzeit mehr als 5 Jahre				-	-	-	-	-	-	
Gesamt	63 848,8	60 678,9	5,2	3 536,6	586,0	5 410,9	1 164,7	-1 874,3	-578,7	>100,0

Die beizulegenden Zeitwerte werden, soweit möglich, mittels Börsenkursen ermittelt. Falls Börsenkurse nicht verfügbar sind, werden die beizulegenden Zeitwerte nach der Discounted-Cash-Flow-Methode, auf Basis eines Vergleichs mit ähnlichen Markttransaktionen oder anderen Bewertungsmodellen (z.B. Optionspreismodell) ermittelt. Die Discounted-Cash-Flow-Methode beruht auf geschätzten

zukünftigen Zahlungsströmen und entsprechenden Abzinsungsfaktoren. In die Bewertungsmodelle gehen Parameter wie Zinsstrukturkurven, Spreadkurven und Volatilitätsfaktoren ein. Die beizulegenden Zeitwerte enthalten – den Marktusancen folgend – die abzugrenzenden Stückzinsen.

Die Aufteilung der Derivate nach Kontrahenten stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	Beizulegende Zeitwerte zum 31.3.2008		Beizulegende Zeitwerte zum 31.3.2007	
	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
OECD-Banken	669,2	5 020,5	466,3	1 054,8
Sonstige OECD-Unternehmen und OECD-Privatpersonen	2 867,3	381,4	119,2	105,8
Nicht-OECD	0,1	9,0	0,5	4,1
Gesamt	3 536,6	5 410,9	586,0	1 164,7

Das Kreditderivat, das Teil der Risikoübernahme durch die KfW Bankengruppe ist, ist in diesen Darstellungen nicht enthalten.

Der maximale Kreditrisikobetrag beinhaltet den von der KfW zur Verfügung gestellten Risikoschirm. Die beiden Komponenten der Risikoabsicherung sind gebündelt unter den Sonstigen Aktiva erfasst und werden im maximalen Kreditrisikobetrag gesondert als „Forderung KfW Bankengruppe“ ausgewiesen.

Zur Absicherung von Kreditrisiken werden bei der IKB von Kreditnehmern gestellte Sicherheiten hereingenommen, die bei einem Ausfall in Anspruch genommen oder verwertet werden. Als Sicherheiten werden grundsätzlich Grund-

pfandrechte, Sicherungsübereignungen, Bürgschaften nach entsprechender Prüfung akzeptiert. Der Anteil je Sicherheitenart beträgt für Bürgschaften 36,3 % (Vorjahr: 28,9 %), Grundpfandrechte 30,1 % (Vorjahr: 37,4 %), Sicherungsübereignungen 1,9 % (Vorjahr: 7,7 %) und sonstige Sicherheiten 31,7 % (Vorjahr: 26,0 %). Neben den genannten Sicherheiten tragen Kreditderivate und ähnliche Instrumente zur Minderung des Kreditrisikos bei. Angaben zu Kreditderivaten und ähnlichen Instrumenten, die im Zusammenhang mit Forderungen, für die die Fair-Value-Option ausgeübt wurde, stehen, sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

	Maximales Ausfallrisiko (Kreditrisiko)		Betrag der Minderung des maximalen Ausfallrisikos durch ein zugehöriges Kreditderivat oder ähnliches Instrument		Kumulative Änderung beizulegender Zeitwerte von zugehörigen Kreditderivaten oder ähnlichen Instrumenten		Änderungen beizulegender Zeitwerte innerhalb der Periode von zugehörigen Kreditderivaten oder ähnlichen Instrumenten	
	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007
in Mio. €								
Forderungen an Kreditinstitute	88,8	0,0	150,0	0,0	74,5	0,0	74,5	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	88,8	0,0	150,0	0,0	74,5	0,0	74,5	0,0

Die Risikoentlastung durch Sicherheiten ist insbesondere von der jeweiligen Sicherheitenart abhängig. Bei der IKB werden deshalb individuelle Parameter und standardisierte Prozesse bei der Bewertung hereingenommener Sicherheiten verwendet. Neben der Eingangsbewertung der Sicherheiten spielt der nachhaltige Wert eine entscheidende Rolle. Zur Gewährleistung einer nachhaltigen Risikoentlastung durch Sicherheiten werden diese, in Abhängigkeit ihrer Art, einer kontinuierlichen Überwachung unterzogen, die eine zyklische Werthaltigkeitsprüfung und -aktualisierung beinhaltet.

Neben problembehafteten Krediten werden auch weder überfällige noch wertgeminderte Finanzinstrumente einem kontinuierlichen Prüfungs- und Reportingprozess unterzogen. Hierzu hat die IKB für die Berichterstattung das

sogenannte Kreditvolumen definiert. Das Kreditvolumen ist anhand des Geschäftsmodells der IKB konzipiert und eignet sich zur adäquaten Darstellung des Kreditrisikos. Nicht im Kreditvolumen enthaltene Finanzinstrumente bestehen zum überwiegenden Teil aus Forderungen an Kreditinstitute und Hypothekendarlehen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Kontrahenten wie OECD-Banken und Kreditversicherer mit einem Rating im Investment-Grade-Bereich. Davon ausgenommen ist eine derivative Position in den Handelsaktiva gegen den Kreditversicherer FGIC Financial Guaranty Insurance Company (BB; Standard & Poor's) in Höhe von 1.127,2 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €). Die Darstellung der Kreditqualität nach internen und externen Bonitäten erfolgt für die Kernsegmente der IKB, die strukturierten Wertpapierportfolios und Portfolioinvestments im Risikobericht.

Die in der Tabelle zum maximalen Kreditrisikobetrag dargestellten nachverhandelten Kredite sind weder überfällig noch liegt eine nachhaltige Wertminderung vor, weil die Kapitaldienstfähigkeit oder eine ausreichende Besicherung gegeben ist. Eine intensivere Betrachtung ist aber dennoch geboten, da bei diesen Krediten die Vereinbarungen mit dem Kreditnehmer nachträglich geändert wurden. Ein solcher Fall tritt zumeist im Rahmen von Restrukturierungen auf. Hierbei werden hauptsächlich Modifikationen

der Zins- und Tilgungsstruktur vorgenommen, um die zukünftige Erfüllung des Obligos durch den Kreditnehmer nicht zu gefährden. In die Ermittlung der Portfoliowertberichtigungen gehen diese Kredite – ebenso wie über 90 Tage rückständige Engagements – mit historischen Verlustquoten ein.

Zum Bilanzstichtag 31. März 2008 befinden sich folgende finanzielle Vermögenswerte im Verzug:

31.3.2008 in Mio. €	Überfällige aber nicht wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte						Gesamt	Beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten
	1 Tag bis 5 Tage	mehr als 5 Tage bis 30 Tage	mehr als 30 Tage bis 90 Tage	mehr als 90 Tage bis 180 Tage	mehr als 180 Tage bis 360 Tage	mehr als 360 Tage		
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert								
Loans and Receivables	981,8	140,5	40,2	71,6	18,7	59,4	1 312,2	559,2
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value-Änderungen)	981,8	140,5	40,2	71,6	18,7	59,4	1 312,2	559,2
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen aus Finanzierungsleasing								
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	981,8	140,5	40,2	71,6	18,7	59,4	1 312,2	559,2

31.3.2007 in Mio. €	Überfällige aber nicht wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte						Gesamt	Beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten
	1 Tag bis 5 Tage	mehr als 5 Tage bis 30 Tage	mehr als 30 Tage bis 90 Tage	mehr als 90 Tage bis 180 Tage	mehr als 180 Tage bis 360 Tage	mehr als 360 Tage		
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert								
Loans and Receivables	1 053,2	116,1	50,2	74,0	33,1	118,8	1 445,4	437,7
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)	1 053,2	116,1	50,2	74,0	33,1	118,8	1 445,4	437,7
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen aus Finanzierungsleasing								
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	1 053,2	116,1	50,2	74,0	33,1	118,8	1 445,4	437,7

Finanzinstrumente, die einen Tag oder mehr Tage im Verzug sind, gelten als überfällig im Sinne des IFRS 7. Das erste Laufzeitband (1 bis 5 Tage Verzug) ist jedoch unter anderem wegen abwicklungsbedingter Verzögerungen seitens der

Kreditnehmer als wenig aussagekräftig einzustufen. Bei den hier dargestellten überfälligen Finanzinstrumenten liegt kein Wertberichtigungsbedarf vor.

Folgende finanzielle Vermögenswerte unterliegen zum Bilanzstichtag einer Einzelwertberichtigung:

in Mio. €	Buchwert der einzelwertberichtigten Vermögenswerte vor Wertberichtigung		Umfang der Wertberichtigung		Buchwert der einzelwertberichtigten Vermögenswerte vor Wertberichtigung		Beizulegender Zeitwert korrespondierender Sicherheiten	
	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert								
Loans and Receivables	2 966,3	1 960,2	1 742,6	1 008,6	1 223,7	951,6	642,9	798,4
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden (inklusive Hedge-Fair-Value Änderungen)	1 454,2	1 832,2	775,9	989,3	678,3	842,9	642,9	798,4
Finanzanlagen	1 512,1	128,0	966,7	19,3	545,4	108,7	0,0	0,0
Forderungen aus Finanzierungsleasing								
Forderungen an Kunden	17,1	14,1	2,3	1,8	14,8	12,3	0,0	0,0
Gesamt	2 983,4	1 974,3	1 744,9	1 010,4	1 238,5	963,9	642,9	798,4

Im Rahmen der Sicherheitenverwertung sind der IKB während des Geschäftsjahres Sicherheitenerlöse in Höhe von 599,7 Mio. € (Vorjahr: 708,4 Mio. €) zugeflossen.

Weitere ausführliche Angaben zu den Risiken befinden sich im Risikobericht innerhalb des Konzernlageberichts.

Sonstige Erläuterungen

(62) Eventualforderungen/-verbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Unter den Eventualverbindlichkeiten werden u.a. potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten des Konzerns ausgewiesen, die aus den Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen.

Die Erträge aus Bürgschaften u.Ä. werden im Provisionsergebnis erfasst, wobei die Höhe durch Anwendung vereinbarter Sätze auf den Nominalbetrag der Bürgschaften bestimmt wird.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen der IKB setzen sich wie folgt zusammen:

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Eventualverbindlichkeiten	1 482,5	1 012,5	46,4
Bürgschaften, Garantien, Sonstige	1 329,1	842,9	57,7
Haftungsübernahmen	153,4	169,6	-9,6
Andere Verpflichtungen	4 436,0	5 776,8	-23,2
Kreditzusagen bis zu einem Jahr	2 161,0	3 201,8	-32,5
Kreditzusagen von mehr als einem Jahr	2 275,0	2 575,0	-11,7
Gesamt	5 918,5	6 789,3	-12,8

Den Eventualverbindlichkeiten stehen grundsätzlich Eventualforderungen in gleicher Höhe gegenüber.

In dem Posten *Andere Verpflichtungen* sind Kreditzusagen über insgesamt 17,4 Mio. € (Vorjahr: 933,3 Mio. €) Gegenwert an Spezialgesellschaften enthalten, die im Falle von kurzfristigen Liquiditätsengpässen bzw. vertraglich definierten Kreditausfallereignissen von diesen in Anspruch genommen werden können.

Die dargestellten Zahlen reflektieren die Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung der Fazilitäten an den Kunden ausgezahlt werden müssten.

(63) Leasing

Finanzierungsleasing

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen aus dem Leasinggeschäft			
Bruttoinvestitionswert (Restlaufzeiten)			
bis 1 Jahr	579,2	532,3	8,8
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1 247,5	1 124,3	11,0
über 5 Jahre	106,9	77,7	37,6
Bruttoinvestitionswert gesamt	1 933,6	1 734,3	11,5
darunter:			
Nicht garantierte Restwerte	32,8	55,9	-41,3
Unrealisierter Finanzertrag (Restlaufzeiten)			
bis 1 Jahr	92,1	79,1	16,4
über 1 Jahr bis 5 Jahre	138,8	111,2	24,8
über 5 Jahre	7,1	5,6	26,8
Unrealisierter Finanzertrag gesamt	238,0	195,9	21,5
Nettoinvestitionswert (Restlaufzeiten)			
bis 1 Jahr	487,0	453,2	7,5
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1 108,9	1 012,8	9,5
über 5 Jahre	99,7	72,4	37,7
Nettoinvestitionswert gesamt	1 695,6	1 538,4	10,2
Erfolgswirksam erfasste bedingte Mietzahlungen	8,7	6,4	35,9
Kumulierte Wertberichtigungen für uneinbringlich ausstehende Mindestleasingzahlungen	0,8	-0,6	

Zukünftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Finanzierungsleasing-Verträgen teilen sich nach Laufzeiten wie folgt auf:

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
bis 1 Jahr	574,3	486,1	18,1
über 1 Jahr bis 5 Jahre	1 225,0	997,1	22,9
über 5 Jahre	101,2	75,0	34,9
Gesamt	1 900,5	1 558,2	22,0

Operating-Leasing

Zukünftige zu erhaltene Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Operating-Leasing-Verträgen teilen sich nach Laufzeiten wie folgt auf:

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
bis 1 Jahr	32,3	37,6	-14,1
über 1 Jahr bis 5 Jahre	53,8	48,8	10,2
über 5 Jahre	0,4	0,3	33,3
Gesamt	86,5	86,7	-0,2

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen erfolgswirksam erfasst.

Bei der IKB Leasing GmbH, Hamburg, bestehen Verpflichtungen aus Sale-and-Lease-Back-Geschäften in Höhe von 2,2 Mio. € (Vorjahr: 7,4 Mio. €). Diesen Verpflichtungen stehen entsprechende Ansprüche an Leasingnehmer gegenüber.

Im Rahmen eines Operating-Leasing-Vertrages wurden die zwei Verwaltungsgebäude in Düsseldorf für eine Festmietzeit von 20 Jahren angemietet. Es besteht eine zweimalige Mietverlängerungsoption über jeweils fünf Jahre zu dann gültigen Marktkonditionen. Zusätzlich wurde der IKB ein

Vorkaufs- und Vormietrecht eingeräumt. Für die ersten drei Jahre des Mietvertrages wurde eine Preisanpassungsklausel mit 1 % p.a. vereinbart, ab dem 4. Jahr besteht eine Regelung zu einer bedingten Mietzahlung durch die Kopplung der Mieterhöhung an die Veränderung des Verbraucherpreisindexes.

Von der IKB aus unkündbaren Operating-Leasing-Verträgen zu leistende Mindestleasingzahlungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
bis 1 Jahr	13,0	14,7	-11,7
über 1 Jahr bis 5 Jahre	52,9	55,3	-4,4
über 5 Jahre	172,2	185,5	-7,2
Gesamt	238,1	255,5	-6,8

Aus der Untervermietung von Teilen der Verwaltungsgebäude an konzernfremde Mieter erwartet die IKB Mietzahlungen von unverändert mindestens 1,7 Mio. € p.a. (Vorjahr: 1,7 Mio. €).

(64) Angaben zu Sicherheiten

Angaben zu gestellten Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Sicherheiten stellt die IKB vor allem im Rahmen von Offenermarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank. Bei der Deutschen Bundesbank sind finanzielle Vermögenswerte in

Höhe von 8,1 Mrd. € (Vorjahr: 6,0 Mrd. €) als Sicherheiten für das TENDERverfahren und Krediteinreichungsverfahren der Europäischen Zentralbank (Sicherheitenpool) hinterlegt. Am Bilanzstichtag waren Kreditfazilitäten in Höhe von 3,1 Mrd. € (Vorjahr: 0,8 Mrd. €) in Anspruch genommen.

in Mio. €	Als Sicherheit übertragene Vermögenswerte im Rahmen von Refinanzierungsgeschäften mit der Deutschen Bundesbank	
	31.3.2008	31.3.2007
Handelsaktiva		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	19,7	267,8
Finanzanlagen		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	1 495,3	592,1
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	414,7	305,6
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	4 577,0	4 884,4
Forderungen Kunden		
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	1 631,9	0,0
Gesamt	8 138,6	6 049,9

Die IKB hat bei Kreditinstituten Barsicherheitsleistungen (Cash Collaterals) im Zusammenhang mit Kreditderivatgeschäften in Höhe von 294,7 Mio. € (Vorjahr: 290,0 Mio. €) erbracht.

Im Rahmen des Sicherheitenverwaltungs-Managements (Collateral Management) wurden für Zinsderivate Barsicherheiten in Höhe von 685,0 Mio. € (Vorjahr: 262,3 Mio. €) gegeben.

Für die Einhaltung der Zahlungsverpflichtungen bei Wertpapiertransaktionen sind Wertpapierbestände mit einem Nominalwert in Höhe von 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €) gegenüber der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, und ein Wertpapier mit einem Nominalwert in

Höhe von 7,0 Mio. € (Vorjahr: 7,0 Mio. €) bei der Clearstream Banking S.A., Luxemburg, als Sicherheit hinterlegt. Im Rahmen des Futures-Handels an der EUREX Deutschland sind für Marginverpflichtungen gegenüber der BHF-Bank AG, Frankfurt am Main und Berlin, sowie der Citigroup, London, Wertpapiere mit einem Nominalwert in Höhe von 20,0 Mio. € (Vorjahr: 20,0 Mio. €) verpfändet.

Der KfW Bankengruppe sind zur begleitenden Absicherung gemeinsamer Geschäftskonzepte unverändert zum Vorjahr Wertpapiere in Höhe von 390,1 Mio. US-\$ verpfändet.

Für die als Sicherheiten hinterlegten Vermögenswerte existiert bis auf die Barsicherheitsleistungen (Cash Collaterals) kein Recht auf Weiterveräußerbarkeit.

(65) Wertpapierpensionsgeschäfte

Die IKB hat im Geschäftsjahr 2007/08 den Umfang echter Wertpapierpensionsgeschäfte erhöht. Als Pensionsgeber hat die IKB zum Stichtag Finanzanlagen mit einem Buchwert von 1.957,0 Mio. € übertragen (Repo-Geschäfte). Dabei handelt es sich um Sicherheiten, die vom Empfänger weiterveräußert und weiterverpfändet werden dürfen. Aus den Repo-Geschäften resultieren Verbindlichkeiten

gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 1.589,3 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2006/07 wurde lediglich ein einziges Repo-Geschäft durchgeführt. Zum Stichtag 31. März 2007 resultierte hieraus die Passivierung einer Verbindlichkeit in Höhe von 75,2 Mio. €, da dieses Repo-Geschäft infolge eines Reverse-Repo-Geschäft mit dem gleichen Kontrahenten abgeschlossen wurde.

in Mio. €	In Pension gegebene finanzielle Vermögenswerte		Korrespondierende Kaufpreisverbindlichkeiten (Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten)	
	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007
Finanzanlagen				
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	334,8	0,0	264,1	0,0
Erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert	236,4	0,0	201,8	0,0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert	1 385,8	0,0	1 123,4	75,2
Gesamt	1 957,0	0,0	1 589,3	75,2

Zudem hat die IKB als Pensionsnehmer Staatsanleihen mit einem beizulegenden Zeitwert von 229,5 Mio. € (Vorjahr: 74,1 Mio. €) erhalten (Reverse-Repo-Geschäfte), für die die Erlaubnis zu Weiterveräußerung oder Weiterverpfändung besteht. Hieraus resultieren zum Stichtag Forderungen an Kreditinstitute mit einem Buchwert von 230,8 Mio. €

(Vorjahr: 75,1 Mio. €). Für die erhaltenen Staatsanleihen besteht nach den üblichen Bedingungen im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften eine Rückgabeverpflichtung in gleicher Höhe. Im Rahmen von Pensionsgeschäften wurden diese Sicherheiten weiterverpfändet.

(66) Anlagespiegel

Das Anlagevermögen hat sich im vergangenen Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

in Mio. €	Sachanlagen				Immaterielle Anlagevermögen	Beteiligungen/ Assoziierte Unternehmen/ Verbundene Unternehmen *)	Gesamt
	Leasing- gegenstände aus Operating- Leasing- Verträgen	Grundstücke und Gebäude sowie Gebäude im Bau ohne als Finanz- investition zur Veräußerung gehaltene Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung inkl. Gering- wertige Wirtschafts- güter	Als Finanz- investition zur Veräußerung gehaltene Immobilien			
Anschaffungs- und Herstellungskosten							
Bestand zum 31.3.2007	175,7	99,2	60,5	10,1	75,2	300,1	720,8
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	–
Veränderungen aus Währungsumrechnungen	–0,1	–	–	–	–	–	–0,1
Zugänge	67,4	13,1	10,5	–	8,4	61,0	160,4
Umbuchungen	–	–	–	–	6,5	–0,1	6,4
Abgänge	63,7	–	1,3	10,1	1,7	84,1	160,9
Bestand zum 31.3.2008	179,3	112,3	69,7	–	88,4	276,9	726,6
Kumulierte Veränderung aus der At-equity-Bewertung	–	–	–	–	–	21,6	21,6
Ab- und Zuschreibungen							
Bestand zum 31.3.2007	71,7	14,7	39,1	7,9	37,3	10,6	181,3
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	–
Veränderungen aus Währungsumrechnung	–0,1	–	–	–	–	–	–0,1
Planmäßige Abschreibungen	34,6	1,6	7,9	–	17,4	–	61,5
Außerplanmäßige Abschreibungen	–	12,7	–	–	–	74,3	87,0
Zuschreibungen	–	–	–	–	–	18,3	18,3
Umbuchungen	–	–	–	–	1,6	–	1,6
Abgänge	39,1	–	0,6	7,9	–	20,3	67,9
Bestand zum 31.3.2008	67,1	29,0	46,4	–	56,3	46,3	245,1
Kumulierte Bewertungsänderungen	–	–	–	–	–	3,5	3,5
Buchwerte							
Bestand zum 31.3.2007	104,0	84,5	21,4	2,2	37,9	278,1	528,1
Bestand zum 31.3.2008	112,2	83,3	23,3	–	32,1	248,7	499,6

¹⁾ Aufgrund von Ausweisänderung Vorjahreswert gemäß IAS 8 angepasst

(67) Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten

Die folgende Tabelle stellt das Liquiditätsrisiko nach den Anforderungen des IFRS 7.39 (a) dar. Es werden undiskontierte vertragliche Cash-Flows bilanzieller und außerbilanzieller Verbindlichkeiten ausgewiesen. Dabei wird auf den frühestmöglichen Kündigungszeitpunkt bzw. auf den Zeitpunkt der frühestmöglichen Inanspruchnahme abgestellt.

31.3.2008 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4 081,8	3 050,4	1 387,3	5 229,1	6 090,1	19 838,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	164,0	956,0	1 920,7	2 165,5	2 443,7	7 649,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	657,5	1 578,1	6 741,7	10 532,2	108,0	19 617,4
Handelsspassiva	4 257,2	25,7	170,9	381,4	-1 174,2	3 661,2
Nachrangkapital	2,4	10,2	382,4	1 228,2	1 474,1	3 097,3
Gesamt	9 162,9	5 620,3	10 603,0	19 536,5	8 941,7	53 864,4
Außerbilanzielles Geschäft	5 918,5	0,0	0,0	0,0	0,0	5 918,5

31.3.2007 in Mio. €	Vertragliche Restlaufzeiten finanzieller Verbindlichkeiten					Gesamt
	bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2 945,1	2 443,9	1 116,7	4 599,3	4 438,6	15 543,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	127,9	605,1	1 466,0	1 661,5	1 874,9	5 735,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 205,5	12 586,3	8 097,2	19 559,3	154,2	41 602,5
Handelsspassiva	2 622,7	0,8	181,3	386,8	-4,5	3 187,1
Nachrangkapital	19,3	4,9	478,5	1 221,6	2 305,3	4 029,6
Gesamt	6 920,5	15 641,0	11 339,7	27 428,5	8 768,5	70 098,2
Außerbilanzielles Geschäft	6 789,3	0,0	0,0	0,0	0,0	6 789,3

In der Position *Handelsspassiva* sind ausschließlich Derivate enthalten. Die aus Swaps resultierenden Cash-Abflüsse werden in der Darstellung der vertraglichen Restlaufzeiten nach Saldierung mit den Cash-Zuflüssen im jeweiligen Laufzeitband abgebildet. Alle übrigen derivativen Instrumente sind, IDW ERS HFA 24 (Entwurf IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Einzelfragen zu den Angabepflichten des IFRS 7 zu Finanzinstrumenten, 05.12.2007) folgend, mit ihrem beizulegenden Zeitwert enthalten. Die IKB geht davon aus, dass der beizulegende Zeitwert am besten den Cash-Flow, der aus der Schließung der derivativen Positionen entstehen würde, widerspiegelt. Die Einordnung des beizulegenden Zeitwerts in die verschiedenen Laufzeitbänder richtet sich dabei nach den vertraglichen Laufzeiten. Der beizulegende Zeitwert von Kreditderivaten

wird hiervon abweichend dem ersten Laufzeitband zugeordnet.

Im Nachrangkapital sind unter anderem Verbindlichkeiten mit unendlicher Laufzeit enthalten, die ausschließlich mit einem Emittenten-Kündigungsrecht versehen sind. Die hieraus resultierenden Cash-Flows sind den jeweiligen Laufzeitbändern zugeordnet; im letzten Laufzeitband wird der Nominalwert der Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die interne Liquiditätsrisikosteuerung der IKB erfolgt im Gegensatz zu der Darstellung der vertraglichen Cash-Flows auf Basis von Erwartungswerten. Eine Darstellung der internen Liquiditätsrisikosteuerung ist im Risikobericht des Konzernlageberichts der IKB enthalten.

(68) Fremdwährungsvolumina

Die in Euro umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Fremdwährungsaktiva	4 230,7	18 652,4	-77,3
Fremdwährungspassiva	6 538,0	18 393,7	-64,5

Die Umrechnungskurse der wesentlichen Währungen der IKB sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Betrag in Währung für 1 €	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
USD	1,5812	1,3318	18,7
CHF	1,5738	1,6247	-3,1

(69) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	2007/08	2006/07	Veränderung in %
Männlich	1 139	1 056	7,9
Weiblich	713	672	6,1
Gesamt	1 852	1 728	7,2

(70) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Die KfW Bankengruppe hält einen Anteil von 45,5 % (Vorjahr: 37,8 %) an der IKB und ist somit für die IKB ein nahe stehendes Unternehmen im Sinne des IAS 24. Die Kredit- und Refinanzierungsgeschäfte der IKB sowie ihrer Tochtergesellschaften mit der KfW Bankengruppe wurden ausnahmslos zu marktgerechten Konditionen und im Rahmen von für alle Kreditinstitute allgemein zugänglichen Förderprogrammen der KfW Bankengruppe durchgeführt.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind per 31. März 2008 Einzelrefinanzierungen in Höhe von 4,6 Mrd. € (Vorjahr: 4,0 Mrd. €) und Globaldarlehen in Höhe von 1,8 Mrd. € (Vorjahr: 1,7 Mrd. €) enthalten.

Zum Stichtag 31. März 2008 hat die KfW Bankengruppe gegenüber der IKB Private Equity GmbH 7 Garantien (Vorjahr: 10 Garantien) mit einem Volumen von 10,5 Mio. € (Vorjahr: 13,2 Mio. €) und gegenüber der IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG, einer Tochtergesellschaft der IKB Private Equity GmbH, 6 Garantien mit einem Volumen von 8,0 Mio. € (Vorjahr: 9,2 Mio. €) zur Verfügung gestellt. Die Garantien der IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG wurden im Wege der Ausgliederung mit Wirkung zum 1. Januar 2007 durch die IKB Private Equity GmbH übertragen.

Bei diesen Garantien handelt es sich ausschließlich um Avalgarantien der verschiedenen Förderprogramme der KfW Bankengruppe für Beteiligungsgeber. Diese Förderprogramme stehen allen bei der KfW Bankengruppe akkreditierten Beteiligungsgebern zu identischen Konditionen zur Verfügung. Diese Konditionen variieren je nach Förderprogramm und Risikogehalt des Investments. Für Garantien wurden durch die IKB Private Equity GmbH und die IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG an die KfW Bankengruppe Avalprovisionen in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €) gezahlt.

Des Weiteren besteht zwischen der KfW Bankengruppe und der IKB Private Equity GmbH eine individuelle Beteiligungs-garantievereinbarung mit einem Volumen von 3,9 Mio. € (Vorjahr: 5,9 Mio. €). Die Konditionen dieser Beteiligungs-garantievereinbarung wurden in Anlehnung an den in 2001 gemeinsam initiierten Mezzanine Fonds gestaltet und spiegeln dessen wirtschaftlichen Inhalt wider. Der Fonds wurde im Geschäftsjahr 2005/06 aufgelöst. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden für diese Garantien an die KfW Bankengruppe Avalprovisionen in Höhe von 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) gezahlt.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Geschäftsbeziehungen zu den Organen der Bank im Kundenkreditgeschäft:

	Kreditvolumen (Inanspruchnahme oder Höhe der Zusage) in Tsd. €		Durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren		Durchschnittliche Verzinsung in %	
	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007
Personenkreis einschließlich Familienangehörige						
Vorstand	–	–	–	–	–	–
Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat	151	177	5,5	6,2	4,1	4,1
Aktionärsvertreter im Aufsichtsrat	100	400	0,3	1,3	6,3	5,3
Von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	140 472	116 609	8,1	11,5	4,8	4,5
Gesamt	140 723	117 186	8,1	11,5	4,8	4,5

Sämtliche Engagements wurden zu marktgerechten Bedingungen auf der Grundlage der geschäftsüblichen Grundsätze der IKB gewährt und durch Grundpfandrechte und sonstige Sicherheiten besichert. Diese Engagements stellen 0,4 % (Vorjahr: 0,3 %) des Konzernkreditvolumens dar. Es besteht keine Einzelwertberichtigung für diese Engagements.

Die nachstehende Tabelle zeigt die übrigen Geschäftsbeziehungen, die ebenfalls zu marktgerechten Bedingungen abgeschlossen wurden:

Personenkreis	Geschäftsart	Volumen in Tsd. €		Durchschnittliche Restlaufzeit in Jahren		Durchschnittliche Verzinsung in %	
		31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2008	31.3.2007
Von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	Wertpapiere im Bestand der IKB	–	11 900	–	3,0	–	8,0
Von Aktionärsvertretern beherrschte Unternehmen	Zinsswaps	1 500	11 500	1,8	3,1	zahlt variabel: EURIBOR 6M erhält: 3,25	zahlt variabel: zwischen EURIBOR 3M und 6M erhält: 3,25 sowie EURIBOR 6M +/- Basispunkte

Die IKB hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlusserklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Geschäfte von Personen mit Führungsaufgaben gemäß § 15a WpHG

Personen mit Führungsaufgaben, insbesondere Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der IKB sowie mit diesen in einer engen Beziehung stehende Personen, sind gemäß § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes gesetzlich verpflichtet, Geschäfte mit Aktien der IKB oder sich darauf beziehenden Finanzinstrumenten offenzulegen, soweit der Wert der von dem Mitglied und ihm nahestehenden Personen innerhalb eines Kalenderjahres getätigten Geschäfte die Summe von 5.000 € erreicht oder übersteigt.

Im Berichtsjahr sind folgende Mitteilung erfolgt und auf den Internetseiten der IKB (www.ikb.de) veröffentlicht worden:

Name der Person mit Führungsaufgaben	Funktion	Bezeichnung des Wertpapiers	Handelstag / Börsenplatz	Geschäftsart	Stückzahl	Kurs/ Preis in €
Metzger, Jürgen	Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan	IKB AG Inhaber Aktien o. N. ISIN/WKN des Finanzinstruments: DE008063306	02.8.2007/Xetra	Verkauf	792	15,31
Wolfgang Bouché	Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan	IKB AG Inhaber Aktien o. N. ISIN/WKN des Finanzinstruments: DE008063306	03.8.2007/Frankfurt	Kauf	500	11,85
			06.8.2007/Frankfurt	Verkauf	500	14,01

Mitteilungspflichtiger Besitz gemäß Ziff. 6.6 des Deutschen Corporate Governance Kodex lag bis zum 31. März 2008 nicht vor.

Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Tochterunternehmen und Beteiligungsgesellschaften

Die Forderungen gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, setzen sich wie folgt zusammen:

Forderungen	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	35,4	1,9	>100,0
Tochterunternehmen	2,0	0,2	>100,0
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	33,4	1,7	>100,0
Forderungen an Kunden	211,9	242,0	-12,4
Tochterunternehmen	3,0	–	
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	208,9	242,0	-13,7
Handelsaktiva	–	–	
Tochterunternehmen	–	–	
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	101,0	203,6	-50,4
Tochterunternehmen	–	–	
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	101,0	203,6	-50,4
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	144,6	–	
Tochterunternehmen	–	–	
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	144,6	–	
Sonstige Aktiva	1 857,2	–	
Tochterunternehmen	–	–	
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1 857,2	–	
Gesamt	2 350,1	447,5	>100,0

Die Verbindlichkeiten gegenüber nicht konsolidierten Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergeben sich wie folgt:

Verbindlichkeiten	31.3.2008 in Mio. €	31.3.2007 in Mio. €	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8 566,3	5 848,0	46,5
Tochterunternehmen	–	–	
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8 566,3	5 848,0	46,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4,8	6,7	–28,4
Tochterunternehmen	0,8	0,3	>100,0
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4,0	6,4	–37,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	–	–	
Tochterunternehmen	–	–	
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–	
Handelsspassiva	–	–	
Tochterunternehmen	–	–	
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–	
Nachrangige Verbindlichkeiten	–	–	
Tochterunternehmen	–	–	
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–	
Sonstige Passiva	5,8	–	
Tochterunternehmen	–	–	
Assoziierte Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5,8	–	
Gesamt	8 576,9	5 854,7	46,5

Patronatserklärung

Die IKB trägt dafür Sorge, dass ihre Tochterunternehmen, die in der Liste über den Anteilsbesitz der IKB Deutsche Industriebank AG als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können.

Die IKB Leasing GmbH, Hamburg, hat zugunsten der Tochtergesellschaften IKB Leasing Hungaria Kft., Budapest, und IKB Penzüdyi Lizing Hungaria Rt, Budapest, gegenüber der Commerzbank Rt., Budapest, Patronatserklärungen abgegeben. Darüber hinaus besteht eine Patronatserklärung der IKB Leasing GmbH, Hamburg, zugunsten der IKB Leasing Austria GmbH, Salzburg, gegenüber dem Bankhaus Carl Spängler & Co., Salzburg.

(71) Bezüge und Kredite der Organe

Eine ausführliche Beschreibung der Bezüge und des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats befindet sich im Vergütungsbericht des Konzernlageberichts.

Die Vergütung des Vorstands

Für das Geschäftsjahr 2007/08 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 4.264 Tsd. €. Hiervon entfallen 2.023 Tsd. € auf Festbezüge, 2.044 Tsd. € auf variable Bezüge und 197 Tsd. € auf Nebenleistungen.

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder und ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beliefen sich auf 3.822 Tsd. € (Vorjahr: 5.622 Tsd. €) als Auszahlungen, Personal- und Sachleistungen. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurden 42.536 Tsd. € (Vorjahr: 37.227 Tsd. €) zurückgestellt.

(72) Corporate Governance Kodex

Am 27. Juni 2007 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 AktG und am 16. Februar 2008 eine aktualisierte Entsprechenserklärung abgegeben und beide Erklärungen den Aktionären auf den Internetseiten der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht.

(73) Angaben über Ereignisse nach dem 31. März 2008

Hinsichtlich der Ereignisse nach dem Stichtag verweisen wir auf den Abschnitt Ereignisse nach dem 31. März 2008 (Nachtragsbericht) des Konzernlageberichts.

Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2007/08 beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 561 Tsd. €. Hierin sind 37 Tsd. € Auslagenersatz enthalten.

Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 361 Tsd. € (Vorjahr: 403 Tsd. €) gezahlt.

Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

Die IKB hat zum 31. März 2008 an Mitglieder des Aufsichtsrats und des Beraterkreises Kredite in einer Gesamthöhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €) vergeben.

(74) Organe

Bei der nachstehenden Aufstellung der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind jeweils unter

a) die Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und

b) die Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen angegeben.

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Dr. h.c. Ulrich Hartmann, Düsseldorf

Vorsitzender des Aufsichtsrats der

E.ON AG

(bis 27. März 2008)

a) E.ON AG (Vorsitzender)

Deutsche Bank AG (bis 29. Mai 2008)

Deutsche Lufthansa AG

Hochtief AG (bis 26. Juli 2007)

Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG

b) Henkel KGaA

Werner Oerter, Frankfurt (Main)

Direktor der

KfW Bankengruppe

(Mitglied seit 27. März 2008 und Vorsitzender seit

29. März 2008)

b) Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-

Gesellschaft m.b.H.

High-Tech Gründerfonds GmbH & Co. KG

Authentos GmbH

Stellv. Vorsitzende

Detlef Leinberger, Frankfurt (Main)

Mitglied des Vorstands der

KfW Bankengruppe

b) Europäischer Investitionsfonds (Luxemburg)

(EIF)

(bis Mai 2008)

Dieter Pfundt, Frankfurt (Main)

Persönlich haftender Gesellschafter der

Sal. Oppenheim jr. & Cie. KGaA

(Mitglied seit 27. März 2008 und stellv. Vorsitzender

seit 29. März 2008)

a) Börse Düsseldorf AG

b) Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie (Österreich) AG

(stellv. Vorsitzender)

Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie (Schweiz) AG

Financière Atlas S.A.

Kommanditgesellschaft Allgemeine Leasing GmbH & Co.

MB Advisory Group, LLC

Sal. Oppenheim (Hong Kong) Limited

Sal. Oppenheim jr. & Cie. Corporate Finance

(Schweiz) AG (Präsident)

SOAR European Equity Fund plc

Dr. Alexander v. Tippelskirch, Düsseldorf

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

IKB Deutsche Industriebank AG

(bis 27. März 2008)

a) Alba AG (Vorsitzender)

GELITA AG (Vorsitzender bis Ende Juli 2007)

P-D INTERGLAS TECHNOLOGIES AG

(stellv. Vorsitzender)

b) Hako-Holding GmbH & Co. (bis Dezember 2007)

Hako-Werke Beteiligungsgesellschaft mbH

(bis Dezember 2007)

Krono-Holding AG (Schweiz)

Meyra GmbH & Co. KG

nobilia-Werke J. Stickling GmbH & Co.

Schmolz + Bickenbach AG (Schweiz)

Schmolz + Bickenbach KG

Hans Martin Wälzholz-Junius Familienstiftung

Eckart Wälzholz-Junius Familienstiftung

Dietrich Wälzholz Familienstiftung

Mitglieder

Dieter Ammer, Hamburg
Kommissarischer Vorsitzender des Vorstandes der
Conergy AG

- a) *Beiersdorf AG (Vorsitzender bis 30. April 2008)*
Conergy AG (Vorsitzender bis 15. November 2007)
Tchibo GmbH (Vorsitzender bis 15. Juni 2007)
GEA AG
Heraeus Holding GmbH
tesa AG (bis 24. April 2008)

Jörg Asmussen, Berlin
Ministerialdirektor im
Bundesministerium der Finanzen
(bis 27. Mai 2008)

- a) *Euler Hermes Kreditversicherungs-AG (bis 27. Mai 2008)*
Postbank AG (bis 27. Mai 2008)
b) *Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*
(stellv. Vorsitzender)

Dr. Jens Baganz, Düsseldorf
Staatssekretär im Ministerium für
Wirtschaft, Mittelstand und Energie des
Landes Nordrhein-Westfalen

- a) *Messe Düsseldorf GmbH*
b) *NRW.Invest GmbH (Vorsitzender)*
NRW.International GmbH (Vorsitzender)
Entwicklungsgesellschaft Zollverein mbH
Forschungszentrum Jülich GmbH
NRW.BANK
NRW Japan, K.K.
ZENIT GmbH

Dr. Jürgen Behrend, Lippstadt
Geschäftsführender persönlich haftender
Gesellschafter der Hella KGaA Hueck & Co.
(bis 27. März 2008)

- a) *Leoni AG (bis 2. Mai 2007)*

Wolfgang Bouché, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter

Hermann Franzen, Düsseldorf
Persönlich haftender Gesellschafter des
Porzellanhauses Franzen KG

- a) *SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG*
(stellv. Vorsitzender)
SIGNAL - IDUNA Holding AG

Dipl.-Kfm. Ulrich Grillo, Duisburg
Vorsitzender des Vorstands der
Grillo-Werke Aktiengesellschaft
(seit 27. März 2008)

- a) *Praktiker Bau- und Heimwerkermärkte*
Holding AG
Praktiker Bau- und Heimwerkermärkte AG
mateco AG
b) *HDF Hamborner Dach- und Fassadentechnik*
GmbH & Co. KG (Vorsitzender)
Grillo Zinkoxid GmbH
Zinacor S.A. (Belgien)

Dr.-Ing. Mathias Kammüller, Ditzingen
Vorsitzender der Geschäftsleitung der
TRUMPF Werkzeugmaschinen GmbH + Co. KG
(bis 27. März 2008)

- a) *Carl Zeiss AG*
b) *Bürkert GmbH & Co. (bis 31. Dezember 2007)*
Freudenberg & Co. KG
Viessmann Werke GmbH + Co. KG

Jürgen Metzger, Hamburg
Arbeitnehmervertreter

Roland Oetker, Düsseldorf
Geschäftsführender Gesellschafter der
ROI Verwaltungsgesellschaft mbH

a) *Mulligan BioCapital AG*
(Vorsitzender bis 28. November 2007)
Deutsche Post AG
Volkswagen AG

b) *Dr. August Oetker KG (stellv. Vorsitzender)*
RAG-Stiftung

Dr.-Ing. E.h. Eberhard Reuther, Hamburg
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Körber Aktiengesellschaft

a) *Körber AG (Vorsitzender)*

Randolf Rodenstock, München
Geschäftsführender Gesellschafter der
Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG

a) *E.ON Energie AG*
Rodenstock GmbH

Rita Röbel, Leipzig
Arbeitnehmervertreterin

Dr. Michael Rogowski, Heidenheim
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Voith AG

a) *Voith AG (Vorsitzender)*
Carl Zeiss AG
HDI Haftpflichtverband der Deutschen
Industrie V.a.G.
Klöckner & Co. AG
Talanx AG

b) *Freudenberg & Co. KG (stellv. Vorsitzender)*
European Aeronautic Defence and Space
Company EADS N.V. (bis Oktober 2007)
Würth Gruppe (Ehrenmitglied)

Jochen Schametat, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter

Dr. Carola Steingräber, Berlin
Arbeitnehmervertreterin

Dr. Alfred Tacke, Essen
Mitglied des Vorstands der
Evonik Industries AG
(seit 27. März 2008)

a) *Evonik New Energies GmbH (Vorsitzender)*
Deutsche Steinkohle AG
RAG Aktiengesellschaft

Dr. Martin Viessmann, Allendorf (Eder)
Vorsitzender der Geschäftsführung der
Viessmann Werke GmbH & Co. KG

a) *Messe Frankfurt GmbH*
Schott Glas AG
Sto AG (bis 30. Juni 2007)

Ulrich Wernecke, Düsseldorf
Arbeitnehmervertreter

Andreas Wittmann, München
Arbeitnehmervertreter

Vorstand

Dr. Günther Bräunig (Vorsitzender)
(seit 29. Juli 2007)

- b) IKB Autoleasing GmbH
IKB Leasing Berlin GmbH
IKB Leasing GmbH
IKB Private Equity GmbH

Frank Braunsfeld
(bis 15. Oktober 2007)

- b) IKB Capital Corporation (bis 15. Oktober 2007)
IKB Credit Asset Management GmbH
(bis 15. Oktober 2007)
IKB Immobilien Management GmbH
(bis 15. Oktober 2007)

Dr. Volker Doberanzke
(bis 7. August 2007)

- b) IKB Data GmbH (Vorsitzender bis 7. August 2007)
IKB Autoleasing GmbH (bis 7. August 2007)
IKB Capital Corporation (bis 7. August 2007)
IKB Credit Asset Management GmbH (bis 7. August 2007)
IKB International S.A. (bis 7. August 2007)
IKB Leasing Berlin GmbH (bis 7. August 2007)
IKB Leasing GmbH (bis 7. August 2007)
IKB Private Equity GmbH (bis 7. August 2007)

Dr. Dieter Glüder
(seit 29. Juli 2007)

- b) IKB Credit Asset Management GmbH
(Vorsitzender bis 10. Juni 2008)
IKB International S.A. (Vorsitzender)
IKB Autoleasing GmbH (bis 21. Mai 2008)
IKB Capital Corporation
IKB Leasing Berlin GmbH (bis 21. Mai 2008)
IKB Leasing GmbH (bis 21. Mai 2008)

Dr. Reinhard Grzesik
(seit 15. Oktober 2007)

- b) IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender)
IKB Data GmbH
IKB Private Equity GmbH (vom 8. Februar bis 15. Mai 2008)
Movesta Lease and Finance GmbH (bis 21. Mai 2008)

Dr. Markus Guthoff
(bis 15. Oktober 2007)

- a) Carl Zeiss Meditec AG
- b) IKB Capital Corporation (Chairman bis 15. Oktober 2007)
IKB Immobilien Management GmbH (Vorsitzender vom
1. September 2007 bis 15. Oktober 2007)
IKB Credit Asset Management GmbH
(stellv. Vorsitzender bis 27. September 2007)
IKB Data GmbH
(vom 5. Oktober 2007 bis 15. Oktober 2007)
IKB International S. A.
(vom 1. April 2007 bis 15. Oktober 2007)
IKB Private Equity GmbH (bis 15. Oktober 2007)
Movesta Lease and Finance GmbH (bis 15. Oktober 2007)
Pope & Potthoff GmbH

Dr. Andreas Leimbach
(seit 1. April 2008)

- b) IKB Autoleasing GmbH (Vorsitzender) (seit 21. Mai 2008)
IKB Leasing Berlin GmbH (Vorsitzender)
(seit 21. Mai 2008)
IKB Leasing GmbH (Vorsitzender) (seit 21. Mai 2008)
IKB Private Equity GmbH (Vorsitzender)
(seit 15. Mai 2008)
Movesta Lease and Finance GmbH (seit 21. Mai 2008)

Claus Momburg

- b) IKB Autoleasing GmbH
IKB Leasing Berlin GmbH
IKB Leasing GmbH
IKB Private Equity GmbH
IKB Credit Asset Management GmbH
(stellv. Vorsitzender bis 10. Juni 2008)
IKB International S.A. (stellv. Vorsitzender)
Movesta Lease and Finance GmbH (stellv. Vorsitzender)
Argantis GmbH

Stefan Ortseifen
(bis 29. Juli 2007)

a) *Coface Holding AG (bis 30. Juli 2007)*

b) *IKB Credit Asset Management GmbH*
(Vorsitzender bis 29. Juli 2007)

IKB International S.A. (Vorsitzender bis 21. Mai 2007 und stellv. Vorsitzender vom 22. Mai 2007 bis 29. Juli 2007)

IKB Autoleasing GmbH

(stellv. Vorsitzender bis 29. Juli 2007)

IKB Capital Corporation (Vice Chairman bis 29. Juli 2007)

IKB Leasing Berlin GmbH

(stellv. Vorsitzender bis 29. Juli 2007)

IKB Leasing GmbH (stellv. Vorsitzender bis 29. Juli 2007)

IKB Private Equity GmbH

(stellv. Vorsitzender bis 29. Juli 2007)

DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungs-

gesellschaft mbH (stellv. Vorsitzender bis 29. Juli 2007)

Kreditanstalt für Wiederaufbau (bis 30. Juli 2007)

Verzeichnis der Mandate von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Zum 31. März 2008 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften

Rolf Brodbeck

Spiele Max AG

Roland Eschmann

Oechsler AG

Stefan Haneberg

MASA Aktiengesellschaft

Frank Kraemer

ae Group AG

(75) Konsolidierungskreis zum 31. März 2008

	Patronats- erklärung	Kapital- anteil in %	Geschäfts- jahr	Eigenkapital in Tsd. €
A. Konsolidierte Tochterunternehmen				
1. Ausländische Kreditinstitute				
IKB International S.A., Luxemburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	192 165
2. Inländische sonstige Unternehmen				
AIVG Allgemeine Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	4 896
ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	97
ICCO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	43
IKB Autoleasing GmbH, Hamburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	14 000
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	573 172
IKB Credit Asset Management GmbH, Düsseldorf	x ⁵⁾	100	1.4. - 31.3.	40 000
IKB Data GmbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	20 000
IKB Dritte Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		100	1.1. - 31.12.	3 018
IKB Equity Capital Fund I GmbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	74 911
IKB Equity Finance GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	182
IKB Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	12 067
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Degerloch KG, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	6 675
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Hamburg KG, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	13 315
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	10 014
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Uerdinger Straße KG, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	8 675
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	103
IKB Immobilien Management GmbH, Düsseldorf	x	75	1.1. - 31.12.	1 788
IKB Leasing Berlin GmbH, Erkner	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	8 000
IKB Leasing GmbH, Hamburg	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	45 000
IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	90 000
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	33 826
IKB Projektentwicklungsverwaltungsges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	27
IMAS Grundstücks-Vermietungsges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.4. - 31.3.	2 232
ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	254
ISOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	x	100 ¹⁾	1.4. - 31.3.	44
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsges. mbH, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	42
ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsges. mbH & Co. KG, Düsseldorf	x	100	1.1. - 31.12.	46
ISTOS Zweite Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsges. mbH & Co. KG, Düsseldorf		100	1.1. - 31.12.	308
ISTOS Dritte Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- vermietungsges. mbH & Co. KG, Düsseldorf		100	1.1. - 31.12.	189

	Patronats- erklärung	Kapital- anteil in %	Geschäfts- jahr	Eigenkapital in Tsd. €
3. Ausländische sonstige Unternehmen				
IKB Capital Corporation, New York		100	1.4. - 31.3.	33 034
IKB Finance B.V., Amsterdam	x	100	1.4. - 31.3.	10 699
IKB Funding LLC I, Wilmington, Delaware	x ^{2), 4)}	100	1.4. - 31.3.	75 042
IKB Funding LLC II, Wilmington, Delaware	x ^{2), 4)}	100	1.4. - 31.3.	400 170
IKB Leasing Austria GmbH, Salzburg	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	512
IKB Leasing ČR s.r.o., Prag	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	4 070
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1 203
IKB Leasing Hungária Kft., Budapest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1 584
IKB Leasing Polska Sp.z o.o., Posen	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	5 797
IKB Leasing SR s.r.o., Bratislava	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	2 019
IKB Leasing SR srl, Bukarest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	954
IKB Lux Beteiligungen S. à.r.l., Luxemburg	x	100	1.4. - 31.3.	59 266
IKB Penzüdyi Lizing Hungária Rt., Budapest	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1 447
Still Location S.A.R.L., Marne	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	9 766
ZAO IKB Leasing, Moskau	x	100 ¹⁾	1.1. - 31.12.	1 567
B. Joint Ventures/Assoziierte Unternehmen				
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden		30 ¹⁾	1.1. - 31.12.	22 106
Movesta Lease and Finance GmbH, Düsseldorf		50 ¹⁾	1.1. - 31.12.	12 902
C. Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicle) nah SIC-12				
ELAN Ltd., Jersey (drei Zellen)				
Havenrock I Ltd., Jersey				
Havenrock II Ltd., Jersey				
Rhinebridge plc, Dublin				

¹⁾ Mittelbare Beteiligung

²⁾ Inkl. Stille Einlagen/Vorzugsaktien

³⁾ Gesellschaft hat gemäß § 264b HGB keinen eigenen Anhang erstellt

⁴⁾ Nachrangige Patronatserklärung

⁵⁾ Bis 31.3.2008

Die vollständige Aufstellung unseres Anteilsbesitzes wird beim elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich gemacht. Sie kann bei der IKB kostenlos angefordert werden.

Die nachfolgende Aufstellung stellt zusätzlich die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten, Ergebnis und Erträge nach IFRS der at equity bilanzierten Unternehmen dar:

Name des at equity bilanzierten Unternehmens in Mio. €	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten	Ergebnis	Erträge
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	461	428	1,5	24,1
Movesta Lease and Finance GmbH, Düsseldorf	186	176	5,4	92,3

Düsseldorf, den 8. Juli 2008
 IKB Deutsche Industriebank AG
 Düsseldorf
 Der Vorstand


 Dr. Günther Bräunig


 Dr. Reinhard Grzesik


 Claus Momburg


 Dr. Dieter Glüder


 Dr. Andreas Leimbach

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der IKB Deutsche Industriebank AG, Düsseldorf, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Aufstellung der erfassten Erträge und Aufwendungen, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. April 2007 bis 31. März 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahres-

abschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Pflichtgemäß weisen wir darauf hin, dass der Bestand der Gesellschaft durch Risiken bedroht ist, die im Abschnitt „Gesamtaussage zur Risikosituation“ des Konzernlageberichts dargestellt sind. Dort ist aufgeführt, dass der Fortbestand der IKB Deutsche Industriebank AG davon abhängt, dass im Geschäftsjahr 2008/09 wieder ein erweiterter Zugang zum Kapitalmarkt auch für unbesicherte, längerfristige Refinanzierungen erreicht werden kann. Hierzu ist insbesondere erforderlich, dass

- die beschlossene Kapitalerhöhung eingetragen und zeitnah durchgeführt wird und zu einem Kapitalzufluss von mindestens 1,25 Mrd. € führt,
- die geplanten Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung, insbesondere die kurzfristig erforderliche Neuaufnahme und Verlängerung von besicherten Geldmarktrefinanzierungen, umgesetzt werden,
- die Veräußerung eines erheblichen Teils der Portfolioinvestments zu ausreichenden Preisen vorgenommen wird,

- gegen die vorgenannten Maßnahmen und den gesamten Risikoschirm keine rechtlichen Vorbehalte insbesondere im Rahmen von EU-Verfahren geltend gemacht werden und
- aus dem Rechtsstreit mit einem Kreditversicherer keine wesentlichen Risiken entstehen.

Düsseldorf, den 8. Juli 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Ralf Schmitz)
Wirtschaftsprüfer

(Michael Maifarth)
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter nach § 297 Abs. 2 Satz 4 HGB, § 315 Abs. 1 Satz 6 HGB

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Düsseldorf, den 8. Juli 2008
IKB Deutsche Industriebank AG
Düsseldorf
Der Vorstand


Dr. Günther Bräunig


Dr. Reinhard Grzesik


Claus Momburg


Dr. Dieter Glüder


Dr. Andreas Leimbach

Entwicklung wichtiger Positionen

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (IFRS) der IKB Deutsche Industriebank AG

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2007/08	2006/07	2005/06	2004/05*
Zinserträge	3 426,6	3 758,5	2 681,9	2 664,5
Zinsaufwendungen	2 976,7	3 080,6	2 071,4	2 142,9
Zinsüberschuss	449,9	677,9	610,5	521,6
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	255,2	-259,0	-318,6	-313,8
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	194,7	418,9	291,9	207,8
Provisionsüberschuss	54,7	52,0	30,4	83,6
Fair-Value-Ergebnis	-1 825,4	-40,9	-11,2	-
Ergebnis aus Finanzanlagen	-979,9	6,9	13,1	135,7
Personalaufwendungen	181,2	185,8	162,8	139,6
Andere Verwaltungsaufwendungen	195,3	130,4	106,2	96,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	662,2	-6,2	115,8	9,3
Operatives Ergebnis	132,5	114,5	171,0	200,5
Steuern	164,4	76,6	62,2	45,1
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	-31,9	37,9	108,8	155,4
Ergebnis Konzernfremde	-0,1	-0,1	0,0	-0,3
Konzernjahresüberschuss nach Ergebnis Konzernfremde	-32,0	37,8	108,8	155,1
Ergebnis je Aktie in €	-0,36	0,43	1,24	1,76

* Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2004/05 wurde ohne Anwendung von IAS 32 und IAS 39 erstellt.

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (HGB) der IKB Deutsche Industriebank AG

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. €	2003/04	2002/03	2001/02	2000/01	1999/2000	1998/99	1997/98
Zinserträge, Erträge aus dem Leasinggeschäft	3 251,6	3 223,2	3 215,2	3 097,6	2 524,3	2 334,3	2 138,9
Laufende Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen sowie aus Gewinnabführungsverträgen	2,0	1,8	4,8	2,7	36,7	12,9	20,0
Zinsaufwendungen, Aufwendungen und Abschreibungen aus dem Leasinggeschäft	2 728,2	2 740,0	2 748,7	2 661,6	2 141,3	1 953,6	1 793,7
Zinsüberschuss	525,4	485,0	471,3	438,7	419,7	393,6	365,2
Provisionsüberschuss	84,7	64,1	39,5	12,3	7,7	8,8	7,6
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	3,2	0,8	1,9	2,5	-2,6	6,6	8,1
Personalaufwand	146,8	137,8	133,4	117,2	107,2	87,4	82,5
Andere Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen auf Sachanlagen	85,4	82,1	73,1	66,0	59,1	51,3	49,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	11,2	20,2	29,3	91,8	77,8	-3,5	-8,1
Risikovorsorgensaldo	-211,7	-183,4	-175,2	-187,2	-165,5	-88,4	-78,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	180,6	166,8	160,3	174,9	170,8	178,4	162,0
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-1,5	-10,0	-3,1	-7,7
Steuern	75,8	81,0	77,2	87,5	85,3	84,3	77,9
Jahresüberschuss	104,8	85,8	83,1	85,9	75,5	91,0	76,4
Ergebnis je Aktie in €	1,19	0,98	0,94	0,98	0,86	1,03	0,87

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzernbilanz (IFRS) der IKB Deutsche Industriebank AG

Bilanz in Mio. €	31.3.2008	31.3.2007	31.3.2006	31.3.2005*
Forderungen an Kreditinstitute	-2 850	4 442	2 197	1 381
Forderungen an Kunden	28 869	29 685	28 018	26 628
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-861	-1 095	-1 412	-1 378
Handelsaktiva	3 638	2 209	586	766
Finanzanlagen	12 845	27 265	23 174	10 757
Sachanlagen	219	212	231	338
Übrige Aktiva	2 111	820	468	1 011
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17 449	13 912	14 060	12 170
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5 752	4 278	2 546	1 982
Verbrieftete Verbindlichkeiten	18 185	39 556	30 761	18 861
Handelspassiva	5 411	1 165	1 021	1 100
Rückstellungen	84	60	303	254
Ertragsteuerverpflichtungen	88	79	103	142
Sonstige Passiva	163	271	264	850
Nachrangkapital	1 780	3 026	2 910	2 834
Eigenkapital	1 184	1 191	1 293	1 310
Gezeichnetes Kapital	248	225	225	225
Kapitalrücklage	598	568	568	568
Gewinnrücklagen	333	324	273	265
Rücklage aus der Währungsumrechnung	7	-15	-7	-11
Neubewertungsrücklage	30	89	159	192
Anteile in Fremdbesitz	0	0	0	0
Konzernbilanzgewinn/-verlust	-32	0	75	71
Bilanzsumme	50 245	63 538	53 262	39 503

* Zum Zwecke der besseren Vergleichbarkeit wurde die Bilanz zum 31. März 2005 um die Effekte aus der Erstanwendung von IAS 32 und IAS 39 zum 31. März 2005 ergänzt.

Entwicklung wichtiger Positionen aus der Konzernbilanz (HGB) der IKB Deutsche Industriebank AG

Bilanz in Mio. €	31.3.2004	31.3.2003	31.3.2002	31.3.2001	31.3.2000	31.3.1999	31.3.1998
Forderungen an Kreditinstitute	1 238	2 140	1 605	804	1 650	2 273	1 641
Forderungen an Kunden	24 116	24 803	24 600	24 276	22 635	22 188	20 771
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8 211	5 927	4 928	3 814	2 652	1 629	1 364
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	87	38	38	36	13	153	139
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	78	45	47	44	91	176	174
Sachanlagen	262	245	215	212	214	223	223
Leasinggegenstände	2 231	2 466	2 346	2 239	2 114	462	451
Rechnungsabgrenzungsposten	108	136	139	153	164	158	166
Übrige Aktiva inkl. Barreserve	625	610	956	862	408	399	240
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15 112	16 223	15 436	15 182	13 181	13 991	11 876
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2 228	2 019	2 250	2 411	2 414	2 501	2 482
Verbriefte Verbindlichkeiten	14 734	13 700	12 975	10 825	10 803	8 280	8 053
Rückstellungen	310	337	301	282	266	237	235
Nachrangige Verbindlichkeiten	1 042	632	868	803	582	472	473
Genussrechtskapital	563	614	624	439	439	419	419
Fonds für allgemeine Bankrisiken	80	80	80	80	80	77	8
Eigenkapital	1 962	1 729	1 296	1 270	1 187	1 049	1 022
Gezeichnetes Kapital	225	225	225	225	225	225	225
Hybride Kapitalinstrumente	820	620	170	170	100	–	–
Rücklagen	919	873	887	848	817	824	797
Anteile in Fremdbesitz	–2	11	14	27	45	–	–
Rechnungsabgrenzungsposten	316	456	469	514	498	297	299
Übrige Passiva inkl. Bilanzgewinn	609	620	575	634	491	338	302
Bilanzsumme	36 956	36 410	34 874	32 440	29 941	27 661	25 169

Glossar

Agio

Unterschiedsbetrag (Aufgeld) zwischen Ausgabebetrag bzw. Kaufpreis/-kurs und Rückzahlungsbetrag bzw. Nennwert.

Arranger

Eine vom Unternehmenskäufer mandatierte Bank, welche die Finanzierungsstruktur und ggf. die Platzierung des Akquisitionskredits am Kapitalmarkt erarbeitet. In der Regel ist der Arranger (bzw. Arrangeur) auch Underwriter des größten Anteils des syndizierten Kredits. Ausprägungen sind Arranger (bei nur einem Arranger), Co-Arranger, Lead Arranger. Bei einem Syndizierungsgeschäft übernehmen andere Finanzinstitute die Rolle von \mapsto Underwriter, Manager, \mapsto Participant.

Asset Backed Securities (ABS)

Wertpapiere, deren Zins- und Kapitaldienst von einem fest definierten Portfolio abhängt. Emittent ist in aller Regel eine speziell hierfür gegründete Emissionsgesellschaft, die die entsprechenden Aktiva erwirbt. Auf diese Weise wird das Risiko des Portfolios auf den Investor übertragen, der hierfür eine entsprechende Verzinsung erhält. Grundsätzlich kommen alle Arten von Bilanzaktiva in Betracht.

Assoziierte Unternehmen

Von Unternehmen gehaltene Beteiligungen, bei denen der Beteiligungsgeber einen maßgeblichen Einfluss gem. IAS 28 auf den Beteiligungsnehmer besitzt.

At Equity

\mapsto Equity-Methode

Atypische Stille Beteiligung

Die Beteiligung geht hier über die reine Gewinn- und Verlustbeteiligung hinaus. Der Beteiligungsnehmer ist am Zuwachs des Gesellschaftsvermögens beteiligt. Er geht eine Mitunternehmerschaft ein, die je nach Vertragsgestaltung zu Haftungsansprüchen führen kann, die über der Einlagenhöhe liegen (sogenannte Nachschusspflicht). Wer Mitunternehmer ist, wird auch als solcher (Gewerbetreibender) besteuert.

Avalkredit

Bankkredit in Form von Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen.

Backtesting

Überprüfung von mathematisch ermittelten Prognosewerten (\mapsto Expected Loss, \mapsto Value at Risk) anhand der tatsächlich eingetretenen Größen.

Beizulegender Zeitwert (Fair Value)

Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt werden kann. Zur Bewertung werden i.d.R. Marktwerte (z. B. Börsenkurse) oder – sofern diese nicht verfügbar oder inexistent sind – interne Bewertungsmodelle herangezogen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held to Maturity)

Haltekategorie des IAS 39 für Finanzinstrumente, die bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten werden.

Bürgschaften

Einseitig verpflichtender Vertrag, bei dem der Bürge sich gegenüber dem Gläubiger verpflichtet, für die Verbindlichkeiten des Schuldners einzustehen.

Capital Notes

\mapsto First Loss Piece

Cash-Flow Hedge

Absicherung von bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen sowie zukünftigen Transaktionen gegen aus einem bestimmten Risiko resultierende Cash-Flow-Änderungen.

Certificates of Deposit

Inhaberschuldscheine, welche die Entgegennahme einer Termineinlage bestätigen. Die Rückzahlung erfolgt nach Ablauf einer vereinbarten Laufzeit.

Collateralized Loan Obligations (CLO)

Verbriefung von Kreditaktiva, die durch Besicherungsstrukturen (z. B. unterschiedliche Risikoklassen einer CLO-Transaktion) für Investoren aufbereitet und gestaltet werden. Als Risikotransferinstrument dienen \mapsto Credit Linked Notes und als weiteres optionales Element der \mapsto Credit Default Swap.

Collateralized Debt Obligation (CDO)

Verbriefung eines Pools von Aktiva (Kredite, Anleihen, ABS oder alternative Assets), deren Finanzierung über die Emission von tranchierten, nach Seniorität gerateten Anleihen erfolgt. Die Zinszahlungen auf die Verbindlichkeiten sind dabei abhängig von den Zinszahlungen der Aktiva.

Commercial Paper (CP)

Kurzlaufendes, meistens auf diskontierter Basis begebenes Wertpapier. Emittenten sind u.a. Banken und große Industrieunternehmen. Dient als Refinanzierungsinstrument insbesondere als Alternative zum reinen Interbankengeschäft.

Conduit

Anlagegesellschaft, deren Zweck darin besteht, Forderungen verschiedener Art zu erwerben. Zur Refinanzierung werden laufend Asset Backed Commercial Papers (ABCP) emittiert. Diese ABCP-Programme sind in aller Regel von einer oder mehreren Ratingagenturen geratet und üblicherweise von hoher Bonität.

Contractual Trust Arrangement (CTA)

Separierung der zur Erfüllung der Pensionsansprüche erforderlichen Vermögensmittel von dem übrigen Unternehmensvermögen und Übertragung auf einen Unternehmenstreuhänder. Der Unternehmenstreuhänder wird so juristischer Eigentümer der übertragenen Mittel, welche er nach Maßgabe einer Treuhandvereinbarung halten und verwalten muss. Die Verwendung dieser Mittel erfolgt ausschließlich im Rahmen der Zweckbindung.

Corporate Governance

Richtlinien zur Leitung und Überwachung von Unternehmen, mit deren Hilfe eine erhöhte Transparenz und damit eine Stärkung des Vertrauens in eine verantwortungsvolle Unternehmensführung geschaffen werden sollen.

Cost/Income Ratio

Kennziffer zur Darstellung der Effizienz einer Bank; die Cost/Income Ratio sagt aus, welcher Anteil der Erträge für Verwaltungskosten aufgewendet wird; je niedriger der Wert ist, desto effizienter arbeitet die Bank.

Credit Default Swap (CDS)

Bei Eintritt eines vorab spezifizierten Kreditereignisses auf Seiten des Schuldners des zugrunde liegenden Referenzaktivums leistet der Sicherungsgeber eine Ausgleichszahlung an den Sicherungsnehmer. Der Sicherungsgeber erhält – unabhängig vom tatsächlichen Eintritt des Kreditereignisses – für die Übernahme des Kreditrisikos eine entsprechende Prämienzahlung.

Credit Linked Notes (CLN)

Eine vom Sicherungsnehmer emittierte \mapsto Schuldverschreibung, die nur dann am Laufzeitende zum Nennwert zurückgezahlt wird, wenn ein vorab spezifiziertes Kreditereignis auf Seiten des Schuldners des zugrunde liegenden Referenzaktivums nicht eintritt. Kommt es jedoch zu einem entsprechenden Kreditereignis, wird die CLN unter Abzug eines vereinbarten Ausgleichsbetrages zurückgezahlt. Im Unterschied zu den \mapsto Credit Default Swaps leistet der Sicherungsgeber seine Geldzahlung an den Sicherungsnehmer im Voraus.

Cross Currency Swaps

Zins- und Währungsswaps, bei denen neben der Zinsbasis (fest oder variabel) für den gleichen Zeitraum auch der Referenzbetrag, auf den sich der jeweilige Zins bezieht, zum Devisenkassakurs getauscht wird. Dieser kann, muss jedoch nicht zwingend dem Terminkurs für den Rücktausch am Ende der Vertragslaufzeit entsprechen.

Deferred Compensation

Verpflichtungen aus Versorgungszusagen von umgewandelten Gehalts- oder Tantiemeansprüchen.

Derivate

Finanzinstrumente, denen traditionelle Titel (Anleihen, Aktien, Devisen, Indizes etc.) zugrunde liegen. Mit Derivaten lassen sich einerseits Schwankungen von Marktpreisen vermeiden, andererseits besteht die Möglichkeit, mit Derivaten Erträge zu optimieren. Zu den Derivaten zählen insbesondere \mapsto Swaps, \mapsto Optionen, \mapsto Futures und \mapsto Forward Rate Agreements.

Designated Sponsor

Betreuungsfunktion, die eine Bank für eine bestimmte Aktie übernimmt: Sie verpflichtet sich, jederzeit verbindliche Preislimits für den An- und Verkauf der Aktien zu stellen. Dies erleichtert den schnellen Abschluss von Geschäften zu marktgerechten Preisen.

Direktbeteiligung

Unmittelbarer Anteil am Eigenkapital eines anderen Unternehmens. Je nach Ausgestaltung ist dieser entweder zu konsolidieren oder als Beteiligung abzubilden.

Disagio

Unterschiedsbetrag (Abgeld) zwischen Ausgabebetrag bzw. Kaufpreis/ -kurs und Rückzahlungsbetrag bzw. Nennwert.

Dividendenrendite

„Verzinsung“ des in Aktien eingesetzten Kapitals; Berechnung: Dividende in Relation zum Aktienkurs an einem bestimmten Stichtag.

DVFA-Ergebnis

Nach den Standards der Deutschen Vereinigung für Finanzanalyse und Anlageberatung (DVFA) errechnetes Ergebnis je Aktie.

ECA-gedeckte Exportfinanzierung

Forderungen aus Exportverträgen lassen sich gegen das Risiko der Nichtzahlung aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen über Export Credit Agencies absichern. In Deutschland übernimmt dies die Euler Hermes Kreditversicherung AG (bis 2002 Hermes Kreditversicherungs AG). Diese Ausfuhrleistung ist durch die Bundesrepublik Deutschland verbürgt.

Eigenkapitalrendite (EK-Rendite)

Diese Kennziffer gibt an, zu welchem Satz sich das vom Eigentümer (Investor) eingesetzte Kapital verzinst. Berechnung: Operatives Ergebnis in Relation zu durchschnittlichem Kernkapital.

Effektivzinsmethode

Methode zur Ermittlung der \mapsto Fortgeführten Anschaffungskosten durch Amortisation von \mapsto Agien und \mapsto Disagien unter Verwendung des Effektivzinses. Der Effektivzins ist der Zins, mit dem geschätzte zukünftige Zahlungsströme über die erwartete Laufzeit des Finanzinstruments oder, wenn angebracht, eine kürzere Periode genau auf den Nettobuchwert des finanziellen Vermögenswertes oder der finanziellen Verbindlichkeit abgezinst werden.

Embedded Derivatives

Gemäß IAS 39 handelt es sich hierbei um in einen anderen Kontrakt eingebettete derivative Finanzinstrumente, die nicht separat vom Basisvertrag (Host Contracts) handelbar, sondern integraler Bestandteil von diesem sind.

Entkonsolidierung

Vermögensgegenstände und Schulden eines Tochterunternehmens werden bei dessen Veräußerung aus dem Konzernabschluss herausgenommen. Die aus der Veräußerung des Tochterunternehmens entstehenden Aufwendungen und Erträge werden anschließend in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns unter den sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen aufgeführt.

Equity-Methode

Konsolidierungsmethode, die wahlweise für Anteile an Joint Ventures zum Tragen kommt bzw. die bei Anteilen an assoziierten Unternehmen – mit Ausnahme der durch Venture-Capital-Gesellschaften o.ä. gehaltenen Anteile – verpflichtend anzuwenden ist.

Equity Piece

\mapsto First Loss Piece

Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Financial Assets or Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss)

Haltekategorie des IAS 39 für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die originär als zu Handelszwecken gehalten zu klassifizieren sind oder bei erstmaligem Ansatz als erfolgswirksam zum Marktwert zu bewerten designed wurden.

Erwerbsmethode

Methode der Kapitalkonsolidierung. Nach der Erwerbsmethode bilanziert das jeweilige Unternehmen alle Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens, einschließlich aller bisher nicht vom Tochterunternehmen bilanzierten Posten, einzeln.

Eventualverpflichtungen

Eventualverpflichtungen sind in der Zukunft möglicherweise eintretende Verpflichtungen, die auf einem in der Vergangenheit liegenden Ereignis beruhen, jedoch erst bei Eintreten oder Nicht-Eintreten von einem oder mehreren ungewissen zukünftigen Ereignissen bestätigt werden. Zudem fallen hierunter bereits bestehende Verpflichtungen, bei denen es nicht wahrscheinlich ist, dass sie zu einer Vermögensminderung führen oder bei denen die Verpflichtung nicht zuverlässig geschätzt werden kann.

Expected Loss

Statistisch erwarteter Verlust eines oder mehrerer Kredite (Portfolio) auf der Basis des statistischen Erwartungswertes für den Eintritt einer Insolvenz, in Abhängigkeit der Bonitätsklasse des Kreditnehmers sowie des statistischen Erwartungswertes der Sicherheitenerlösrates (Verhältnis zwischen Obligo und Verwertungserlösen der Sicherheiten).

Exposure

Der einem Adressrisiko unterliegende positive beizulegende Zeitwert eines Geschäfts bzw. die zum Zeitpunkt des möglichen Ausfalls erwartete Inanspruchnahme einer Kreditlinie.

Fair Value Hedge

Absicherung von Finanzinstrumenten gegen mögliche Änderungen des Marktwerts.

Fair-Value-Option

In IAS 39 geschaffene Möglichkeit, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die nicht originär zu Handelszwecken gehalten werden, unter bestimmten Voraussetzungen bei erstmaligem Ansatz der Haltekategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten* zuzuordnen.

Final Take

Kreditbetrag, den die arrangierende Bank nach Syndizierung eines Kredites selbst in die Bücher nimmt.

Financial Risk Management

Zielgerichtetes Risikomanagement und Risikocontrolling, das durch entsprechende Management-Informationssysteme ergänzt wird.

Finanzierungsleasing

Leasingverhältnis, bei dem im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen werden.

Finanzinstrument

Vertragliche Vereinbarung, die gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei einem anderen Unternehmen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstrumentes führt.

First Loss Piece

Unterste Tranche einer ABS-Transaktion, auf die Verluste zuerst verrechnet werden, auch \mapsto Equity Piece bzw. \mapsto Capital Notes genannt.

Fixed Income

Gesamtheit der strategischen Anlagen in Wertpapieren, Derivaten sowie eigenen Spezialfonds der Bank. Das Fixed Income umfasst diejenigen Bestände, die längerfristig sowohl einen kontinuierlichen Ertragsbeitrag leisten als auch dem Aufbau von Reserven dienen sollen. Wesentliches Element dieser Anlagen sind die wirtschaftlichen Eigenmittel der Bank.

Floating Rate Note (FRN)

Eine Floating Rate Note ist eine Anleihe, deren Zinssatz an den in den Anleihebedingungen bestimmten Referenzzinssatz (z.B. EURIBOR, LIBOR) angepasst wird und nicht für die gesamte Laufzeit festgeschrieben ist. Die Verzinsung setzt sich aus dem Referenzzinssatz und einem konstanten Aufschlag zusammen, der die Bonität des Ermittlenden, Volumen, Laufzeit etc. berücksichtigt.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Betrag, zu dem finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten bilanziell erfasst werden können. Die Fortgeführten Anschaffungskosten ergeben sich aus dem Wert bei erstmaligem Ansatz abzüglich Tilgungen, zu- bzw. abzüglich Amortisation zwischen Kaufpreis und Rückzahlungsbetrag nach der Effektivzinsmethode sowie abzüglich Wertminderungen.

Forward Rate Agreement

Vereinbarung, in deren Rahmen für einen vereinbarten Nominalbetrag der Zinssatz für einen zukünftigen Zeitraum fixiert wird.

Future

Standardisierter Terminkontrakt, der den Kontrahenten dazu verpflichtet, zu einem festgesetzten zukünftigen Zeitpunkt ein bestimmtes Handelsobjekt (bspw. Wertpapiere, Devisen, etc.) zum börsenmäßig ermittelten Kurs zu kaufen bzw. zu verkaufen.

Garantie

Bürgschaftsähnliche, nicht formgebundene Kreditsicherheit, durch die sich der Garant vertraglich gegenüber dem Garantiennehmer verpflichtet, für einen bestimmten Erfolg einzustehen bzw. den durch einen Dritten verursachten Schaden zu übernehmen.

Genussschein

Verbriefung von Genussrechten. Gesetzlich nicht näher geregelte und daher flexibel zu gestaltende Gläubigerrechte i.d.R. auf eine Gewinn- bzw. Verlustbeteiligung.

Goodwill

Geschäfts- oder Firmenwert; entspricht dem bei einer Beteiligungs- oder Unternehmensübernahme nach Aufdeckung stiller Reserven verbleibenden Unterschiedsbetrag zwischen Kaufpreis und Wert des hierfür erworbenen Reinvermögens.

Granularität

Diversifizierung des Kreditportfolios.

Handelsaktiva/-passiva

Bilanzposten, unter dem Finanzinstrumente, die Handelszwecken dienen, subsumiert werden.

Hedging

Strategie zur Absicherung einer offenen Position (Grundgeschäft) durch Aufbau einer gegenläufigen Position (Sicherungsgeschäft), mithin eine Absicherung gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen.

Host-Kontrakt

Basisvertrag (→ Embedded Derivatives)

Hybrid-Kapital

Bezogen auf die IKB, wird hiermit eine bestimmte Art von Eigenkapitalinstrument beschrieben, nämlich insbesondere die → Stille Einlage. Diese ist nach den Regeln des KWG ein dem Kernkapital zuzurechnendes Produkt.

IAS

→ International Accounting Standards

IAS 39

→ International Accounting Standard, der den Ansatz und die Bewertung von Finanzinstrumenten zum Thema hat.

Impairment

Außerplanmäßige Wertberichtigungen von Vermögenswerten aufgrund dauerhafter Wertminderung der entsprechenden Aktiva.

International Accounting Standards (IAS)

Internationale Rechnungslegungsstandards, die vom International Accounting Standards Committee (IASC) verabschiedet wurden. Mit der EU-Verordnung 1606/2002 sind diese Standards für alle Konzernabschlüsse kapitalmarkt-orientierter Unternehmen ab 2005 verpflichtend anzuwenden.

International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)

Das aus SIC hervorgehende Committee dient der Interpretation der \mapsto International Financial Reporting Standards (IFRS) und soll in Auslegungsfragen etc. Unklarheiten durch seine Stellungnahmen beseitigen.

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Mit Neuorganisation des International Accounting Standards Committees (IASC) werden alle neuen, vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten Standards nun als IFRS bezeichnet. Die bereits bestehenden \mapsto International Accounting Standards (IAS 1-41) heißen auch weiterhin IAS. Die IFRS umfassen sowohl die bestehenden IAS und Interpretationen des Standing Interpretations Committee (SIC) als auch die neuen IFRS und die vom \mapsto International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) erlassenen Interpretationen.

Investment Grade

Bewertung von Anlagen durch internationale Ratingagenturen mit sehr guten bis mittleren Bonitätsnoten (z. B. Moody's im Bereich Aaa bis Baa3) und entsprechend niedrigen Ausfallrisiken.

Joint Venture

Vertragliche Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Parteien, eine wirtschaftliche Aktivität unter gemeinsamer Führung zu unternehmen.

Kategorisierung

Einordnung von Finanzinstrumenten entsprechend \mapsto IAS 39 in eine der vier verschiedenen Haltekategorien: *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten* mit der Unterkategorie \mapsto *Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten* und der \mapsto *Fair-Value-Option, Bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte, Kredite und Forderungen* sowie *Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* mit entsprechenden Auswirkungen hinsichtlich Ansatz und Bewertung.

Kernkapital

Das Kernkapital umfasst das gezeichnete Kapital, die Kapital- und Gewinnrücklagen sowie die stillen Einlagen. Im aufsichtsrechtlichen Sinne hinzuzurechnen ist der Fonds für allgemeine Bankrisiken, während die eigenen Aktien/ Anteile im Bestand sowie Beteiligungsbuchwerte der nicht konsolidierten Tochterunternehmen abgezogen werden.

Konfidenzniveau

Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust in dem Bereich liegt, der durch den \mapsto Value at Risk definiert wird.

Konsortialgeschäft

Gemeinschaftliches Handeln bei der Gewährung von Krediten – aus Gründen der Risikostreuung bzw. wegen geltender Kreditgrenzen – durch mehrere beteiligte Banken im Rahmen eines Konsortiums.

Kosten-Ertrags-Relation

\mapsto Cost/Income-Ratio.

Kreditderivat

Derivatives Finanzinstrument, das einem Beteiligten des Geschäfts (dem Risikoverkäufer bzw. Sicherungsnehmer) erlaubt, das Kreditrisiko einer Forderung oder eines Wertpapiers an einen anderen (den Risikokäufer bzw. Sicherungsgeber) gegen Zahlung einer Prämie zu transferieren. Der Risikokäufer trägt somit das Kreditrisiko teilweise oder voll, ohne dass er das zugrunde liegende Geschäft tatsächlich erwirbt (\mapsto Credit Linked Notes, \mapsto Credit Default Swap).

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)

Haltekategorie des IAS 39 für nicht-derivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden.

Latente Steuern

Latente Steuern werden auf Differenzen zwischen den Wertansätzen der aktiven und passiven Vermögenswerte in der Konzernbilanz und den für steuerliche Zwecke maßgebenden Werten gebildet, soweit sich diese in künftigen Perioden voraussichtlich mit steuerlicher Wirkung umkehren (so genanntes Temporary-Konzept).

Later-Stage-Finanzierung

Beteiligungsfinanzierung aus Anlass einer Expansion, Übernahme oder Überbrückung bei schon seit längerem im Markt etablierten Firmen.

Leasing

Im Gegensatz zur handelsrechtlichen Rechnungslegung, die eine Einordnung der Leasingverhältnisse nach Maßgabe der steuerlichen Leasingergasse vornimmt, orientieren sich die IFRS an der Verteilung von Chancen und Risiken, die mit den jeweiligen Verträgen zusammenhängen. So wird ein Leasingverhältnis als Operating Leasing-Vertrag klassifiziert, wenn es nicht alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer überträgt, mit der Folge der Bilanzierung des Leasingvermögens beim Leasinggeber. IFRS-Finanzierungsleasing-Verträge sind solche Vertragsverhältnisse, die die mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken eines Vermögenswertes im Wesentlichen übertragen, wodurch das Leasingvermögen in der Bilanz des Leasingnehmers abzubilden ist.

Leveraged Buy Out

Fremdfinanzierte Unternehmensübernahme, wobei sich der Investor einen Hebeleffekt im Hinblick auf die Eigenkapitalrendite verspricht.

Management-Buy-Out / Management-Buy-In (MBO/MBI)

Übernahme eines Unternehmens durch das bestehende Management bzw. durch ein externes Management, z. B. im Rahmen einer Nachfolgeregelung oder einer strategischen Neuausrichtung.

Marktwert

Beizulegender Zeitwert (Fair Value).

Mezzanine

Finanzinstrumente, die sowohl den Charakter von Fremdkapital als auch den von Eigenkapital beinhalten; im Wesentlichen gehören dazu Nachrangdarlehen, Stille Beteiligungen, Genussscheine.

Mid Cap

Medium Capitalisation Stock. Aktien von Unternehmen mit mittlerer Börsenkapitalisierung. Mid Caps weisen meist ein geringeres Handelsvolumen auf als marktführende Titel (Blue Chips). Der Mid-Cap-Index der Deutschen Börse (MDAX) setzt sich aus 50 liquiden Aktienwerten der zweiten Reihe zusammen, die in der Rangfolge der Börsenkapitalisierung den 30 Standardtiteln folgen, die im DAX erfasst sind.

Nachrangige Verbindlichkeiten

„Quasi“-Eigenkapital, das betriebswirtschaftlich zwischen Eigenkapital und Fremdkapital angesiedelt ist. Im Verlustfall haften die Nachrangigen Verbindlichkeiten nach dem Eigenkapital; in der Regel sind sie mit einem festen Zinssatz ausgestattet, ergänzt um eine gewinnabhängige Komponente.

Neubewertungsrücklage

Rücklage zur erfolgsneutralen Erfassung von Fair-Value-Änderungen von Finanzinstrumenten.

Non-performing loans

Notleidende Kredite, bei denen der Schuldner mit der Erfüllung seiner Pflichten bereits in Verzug geraten ist, beziehungsweise die Bank aufgrund der Kreditnehmerbonität Zugeständnisse gemacht hat oder die unter strategischen Aspekten kein attraktives Rendite-/Risikoprofil aufweisen.

Operating Leasing

Leasingverhältnis, bei dem die Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, beim Leasinggeber verbleiben.

Optionen

Verbriefen ein Recht, eine festgelegte Menge eines bestimmten Basiswertes (Aktien, Währungen, etc.) von einem Vertragspartner zu einem beim Abschluss bestimmten Preis (Strike) zu kaufen (Call) oder zu verkaufen (Put).

Optionspreismodelle

Modelle zur Ermittlung des Marktwerts von Optionen.

Over-the-Counter (OTC)

Tafelgeschäft; außerbörslicher Handel nicht-standardisierter Finanzprodukte, der direkt zwischen den Marktteilnehmern erfolgt.

Participant

Participant ist derjenige, der im Rahmen einer Platzierung vom \mapsto Underwriter eine bestimmte Tranche an Wertpapieren bzw. eines Kreditbetrags übernimmt.

Patronatserklärung

Üblicherweise fällt hierunter die Verpflichtung eines (Konzern-)Mutter-Unternehmens gegenüber Dritten, für die ordnungsgemäße Geschäftsführung und die Erfüllung von Verbindlichkeiten ihrer (Konzern-)Tochter-Unternehmen Sorge zu tragen.

Portfolio

Die Gesamtheit der Anlagen einer Person/Gesellschaft, die verschiedene Vermögenswerte wie bspw. Aktien, Fondsanteile, Renten, Immobilien etc. enthalten kann.

Preferred Shares

Vorzugsaktien

Private Equity

Vorbörsliches Beteiligungskapital bzw. Investition in nicht börsennotierte Unternehmen.

Rahmenkonzept (Framework)

Das Rahmenkonzept (Framework) des International Accounting Standards Board (IASB) ist als theoretisches Fundament der Rechnungslegungsvorschriften der \mapsto International Financial Reporting Standards (IFRS) zu verstehen, in dem Grundsätze der Bilanzierung niedergelegt sind.

Rating

Beurteilung der Bonität von Unternehmen und der von ihnen begebenen Anleihen und Geldmarktpapiere durch unabhängige Agenturen; die bekanntesten internationalen Rating-Agenturen sind Fitch IBCA, Moody's und Standard & Poors. Auch die in den Banken eingesetzten Verfahren zur Bestimmung der Bonität von Kreditnehmern werden als Rating bezeichnet. Man spricht hier von bankinternen Ratingsystemen im Gegensatz zum externen Rating durch die erwähnten speziellen Agenturen.

Risikoaktiva

Diejenigen Aktivposten in einer Bankbilanz, die mit Eigenmitteln zu unterlegen sind.

Schuldscheindarlehen

Traditionelle Form der Verbriefung von Darlehensforderungen, mit der eine Fungibilität erreicht wird, die jedoch nicht mit der von Inhaberschuldverschreibungen vergleichbar ist.

Schuldverschreibung

Wertpapier, das der Kreditfinanzierung dient und Forderungsrechte verbrieft.

Securitization

Verbriefung von Kreditforderungen und Einlagenpositionen durch die Ausgabe von handelbaren Wertpapieren.

Segmentberichterstattung

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens, aufgliedert nach Geschäftsfeldern und nach geographischen Segmenten.

Sensitivität

Wertänderung eines Produktes bei einer Zinserhöhung um 0,01 Prozent.

Solvabilitätskoeffizient

Gibt an, welchen Anteil die Eigenmittel an der Bemessungsgrundlage mindestens haben müssen. Gegewärtig schreibt das KWG hierfür mindestens acht Prozent vor. Die Bemessungsgrundlage bilden die risikogewichteten Aktivposten und außerbilanzmäßigen Geschäfte (z. B. Eventualverbindlichkeiten) eines Kreditinstituts.

Spin-Off

Ausgliederung eines nicht mehr zum Kerngeschäft eines Unternehmens gehörenden Unternehmensteils, wobei häufig dem Management die Möglichkeit eingeräumt wird, diesen Bereich – mit Hilfe eines Finanzinvestors – zu übernehmen.

Spread

Differenz zwischen zwei Kursen oder Zinssätzen.

Stand-by-Letter-of-Credit

Garantieähnliche Zahlungsabsicherung im Auslandsgeschäft. Der Begünstigte hat das Recht, bei Vorlage bestimmter Dokumente von einer Bank Zahlung zu verlangen, wenn ein Dritter seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllt.

Standing Interpretations Committee (SIC)

↳ International Financial Reporting Interpretation Committee

Stille Einlagen

Eigenkapital eines Beteiligungsgebers, der nicht in das Handelsregister eingetragen wird, dementsprechend nicht nach außen hin in Erscheinung tritt und dem i.d.R. keine Gesellschafterrechte zustehen.

Stille Reserven

Nicht explizit ausgewiesene Rücklagen, die durch die Unterbewertung von Aktiva bzw. die Überbewertung von Passiva entstehen.

Strukturierte Schuldverschreibungen

Inhaberschuldverschreibungen, deren Verzinsung und/oder Rückzahlung mit zusätzlichen Elementen verknüpft ist. Hierbei kann es sich um Optionen, wie z. B. Kündigungsoptionen, aber auch um die Anbindung an Aktien- oder Rentenindizes handeln.

Subprime Segment

Teil des Hypothekenkreditmarktes, der überwiegend aus Kreditnehmern mit geringer Bonität besteht.

Swaps

Kontrakte, die sich auf den Austausch von Objekten, Rechten etc. beziehen. Swaps gehören zu den derivativen Finanzinstrumenten.

Syndizierung

Bildung von Bankenkonsortien (Bankengruppen) zur Vergabe großvolumiger Kredite mit dem Ziel der Risikostreuung; Einsatz auch bei der Platzierung größerer Kapitalmarkt-emissionen.

Tendergeschäft

Auktionsähnliches Verfahren bei der Emission von Wertpapieren. Dabei wird kein bestimmter Ausgabekurs festgelegt, sondern nur ein Mindestkurs. Den ersten Zuschlag erhält der Zeichner mit dem höchsten Gebot, der zweite Zuschlag geht an den Zeichner mit dem zweithöchsten Gebot usw. Tenderverfahren werden insbesondere bei der Emission von Anleihen eingesetzt. Auch die Europäische Zentralbank wendet sie an, wenn sie Kreditinstituten Gelder zur Refinanzierung überlässt.

Termingeschäfte

Im Gegensatz zu Kassageschäften fallen bei Termingeschäften die Zeitpunkte des Vertragsabschlusses und der Vertragserfüllung auseinander. Es wird zwischen Vertragsparteien eine Vereinbarung getroffen, der zufolge ein Kauf/Verkauf von Finanzprodukten zu einem festgelegten Termin (in der Zukunft) zu einem fixierten Preis vorgenommen wird.

Tochterunternehmen

Übt ein Unternehmen die Beherrschung über ein anderes Unternehmen i.S.d. IAS 27 aus, so ist dies im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens einzubeziehen. Im Unterschied zur handelsrechtlichen Rechnungslegung sind nach IFRS für die Beurteilung des Beherrschungsverhältnisses nicht die formalrechtlichen Aspekte maßgebend, sondern die Verteilung von Chancen und Risiken.

Treasury

Geschäftsfeld, in dem die Aufgabenbereiche Refinanzierung und Liquiditätssteuerung, Aktiv/Passiv-Steuerung, \mapsto Fixed-Income und Eigenhandel zusammengefasst sind.

Underwriter

Konsortialmitglied, das sich gegenüber dem Emittenten bzw. gegenüber dem Kreditnehmer verpflichtet, einen bestimmten Betrag (Quote) des emittierten Wertpapiers bzw. der Kreditauszahlung zu bestimmten Konditionen zu übernehmen und an \mapsto Participants zu platzieren.

Unwinding

Erfolgswirksame Fortschreibung des Sicherheitenbarwerts zum nächsten Abschlussstichtag.

Value at Risk (VaR)

Maximal zu erwartende Wertänderung eines Portfolios aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter (u. a. Zinsen, Aktienkurse, Währungskurse, Bonitäten) für einen festgelegten Zeitraum (= Halte-dauer, z. B. zehn Tage beim Marktpreisrisiko) und mit einem festgelegten Sicherheitsniveau (= Konfidenzniveau, z. B. 95 % beim Marktrisiko).

Venture Capital

Haftendes Kapital, das über einen bestimmten Zeitraum, i.d.R. verbunden mit unternehmerischer Beratung des kapitalnehmenden Unternehmens, zur Verfügung gestellt wird. Die Kapitalbereitstellung wird – im Gegensatz zur Kreditvergabe – nicht von der Existenz beleihungsfähiger Kreditsicherheiten abhängig gemacht, sondern erfolgt allein nach Maßgabe der identifizierten potentiellen Ertragschancen des kapitalnehmenden Unternehmens.

Verbriefung

Wichtiges Instrument moderner Finanzmärkte. Dabei wandeln eine oder mehrere Banken oder Unternehmen Forderungen in eine Anleihe um. Die Forderungen werden nach Risikoklasse gebündelt, an eine Zwischengesellschaft verkauft und dienen dann zur Besicherung der Anleihe, die Investoren zum Kauf angeboten wird. Den Banken oder Unternehmen fließt dadurch Liquidität zu.

Volatilität

Schwankungsbreite von Preisen, Kursen, etc.

Wertpapierpensionsgeschäfte

Kombinationen aus Wertpapier-Kassageschäften und gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf auf Termin mit demselben Kontrahenten.

Zinsstrukturkurven

Abbildung der Renditen von Zero-Bonds in Abhängigkeit von der Laufzeit.

Zinsswap

Beschreibt die vertragliche Vereinbarung über den Austausch von Zinszahlungsströmen in der gleichen Währung, wobei die Zahlungsströme auf einen definierten Kapitalbetrag bezogen werden. Der Kapitalbetrag wird dabei jedoch nicht getauscht. Somit wird die Art der Verzinsung (fest oder variabel) geändert, ohne das Grundgeschäft, d. h. die Anleihe oder den Kredit, zu tangieren. Dadurch kann die Liquiditätskomponente von der Zinskomponente getrennt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten (Held for Trading)

Unterkategorie der Haltekategorie *Erfolgswirksam zum Marktwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten* des \mapsto IAS 39 für Finanzinstrumente, die originär als zu Handelszwecken gehalten einzustufen sind.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale)

Auffangkategorie, die alle Finanzinstrumente beinhaltet, die nicht einer der anderen Haltekategorien des \mapsto IAS 39 (*Fair-Value-Option, zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte, Kredite und Forderungen, bis zur Endfälligkeit gehaltene finanzielle Vermögenswerte*) zugeordnet wurden.

Finanzkalender

Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2007/2008	28. August 2008
3-Monatszahlen für das Geschäftsjahr 2008/2009	3. September 2008
6-Monatszahlen für das Geschäftsjahr 2008/2009 (Telefonkonferenz)	13. November 2008
9-Monatszahlen für das Geschäftsjahr 2008/2009	12. Februar 2009
Vorläufige Zahlen für das Geschäftsjahr 2008/2009 (Telefonkonferenz)	14. Mai 2009
3-Monatszahlen für das Geschäftsjahr 2009/2010	13. August 2009
Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2008/2009	27. August 2009
6-Monatszahlen für das Geschäftsjahr 2009/2010	12. November 2009

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

IKB Deutsche Industriebank AG
Kommunikation – VKR1
Wilhelm-Bötzkes-Straße 1 · 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (0)211 8221-4511
Telefax +49 (0)211 8221-2511
E-Mail: investor.relations@ikb.de



www.ikb.de